

Tätigkeitsbericht 2016/2017

70 Jahre vhw (1946-2016)

Engagement für
die Gesellschaft





MITTLER, MACHER, PROTESTIERER
Wohnen und Stadtentwicklung

2001 - Engagement für die Entwicklung und die Erhaltung des Wohnumfeldes in den Kommunen.

2003 - Erhebung der Wohnforschung und des Wohnens durch die vhw-Studien zur Wohnforschung und Wohngleichheit.

2006 - Herausforderung des vhw durch die Einführung des Wohnens als zentralen Bestandteil der vhw-Aktivitäten.

2010 - Realisierung des vhw-Projekts "Wohnen und Stadtentwicklung" in Zusammenarbeit mit der vhw-Studie "Wohnen und Stadtentwicklung".

2011 - Erhebung des vhw-Projekts "Wohnen und Stadtentwicklung" in Zusammenarbeit mit der vhw-Studie "Wohnen und Stadtentwicklung".

2014 - Zusammenfassung der vhw-Projekte "Wohnen und Stadtentwicklung" und "Wohnen und Stadtentwicklung" in der vhw-Studie "Wohnen und Stadtentwicklung".

2016 - Lokale Demokratie stärken durch vhw-Projekte "Wohnen und Stadtentwicklung", "Wohnen und Stadtentwicklung" und "Wohnen und Stadtentwicklung".





Tätigkeitsbericht 2016/2017

2. Halbjahr 2016 / 1. Halbjahr 2017

Dieser Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin, schließt an den anlässlich der ordentlichen Mitgliederversammlung am 17. November 2016 schriftlich vorgelegten und mündlich ergänzten Tätigkeitsbericht 2015/2016 an. Er umfasst – soweit sich aus folgenden Ausführungen nichts anderes ergibt – den Berichtszeitraum 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017.



Tätigkeitsbericht 2016/2017

	Seite		Seite
Vorwort			
Neue Politisierung?	4	5	Impulse für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik aus der Verbandsarbeit des vhw 54
70 Jahre vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.	10	6	Transferformate 60
1 Rahmung und Ausrichtung der vhw-Forschungsarbeit	14	6.1	Veranstaltungen 60
2 Lokale Demokratie stärken – Leitziel des vhw	15	6.2	Zeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 67
2.1 Berichte aus der Deliberationsforschung	15	6.3	Weitere Publikationen zu Forschung und Politik 69
Städtenetzwerk-Projekte	22	6.4	Transferfenster Internet 75
2.2 Akteursforschung – Ein Handlungsfeld entsteht	33	6.5	Pressearbeit 78
3 Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Transformation – Forschungsfeld des vhw	40	6.6	vhw-Kolloquium 2017: Medien. Macht. Politik und Emotionen 81
3.1 Zukunftsdiskurs „Migration und Integration“	41	6.7	Kooperationen 82
3.2 Die qualitative Teilstudie zu den neuen Migrantenmilieus und die Vorbereitung der repräsentativen Befragung	42	6.8	Artikel und Vorträge 85
3.3 Die Bedeutung des öffentlichen Raums für die gesellschaftliche Vielfalt und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren	46	Fortbildung	
3.4 Quartiersforschung	49	7.	Fortbildung: Auftrag und Überblick 92
4 Geflüchtete in der Sozialen Stadt	53	7.1	Entwicklung der Fortbildungstätigkeit 93
		7.2	Das Kerngeschäft im Überblick 94
		7.3	Fortbildung in den Themenfeldern 101
		7.4	Fernlehrgänge 117
		7.5	Fachliteratur Fortbildung 118
		7.6	Öffentlichkeitsarbeit in der Fortbildung 119

	Seite
<hr/>	
Organisation	
<hr/>	
8. Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation	130
8.1 Rechtliche Verhältnisse	130
8.2 Ehrenmitgliedschaften	130
8.3 Organe des Verbandes	131
8.3.1 Die Mitgliederversammlung (§§ 7-9 der Satzung)	131
8.3.2 Das Kuratorium (§ 10 der Satzung)	131
8.3.3 Der Verbandsrat (§ 11 der Satzung)	134
8.3.4 Der Vorstand (§ 12 der Satzung)	135
8.3.5 Rechnungsprüfungsausschuss (§ 6 Abs. 3 der Satzung)	135
8.4 Verbandsstruktur	136
8.4.1 Bundesgeschäftsstelle/Hauptgeschäftsstelle	136
8.4.2 Geschäftsstellen	137
8.5 Mitgliederbewegung	138
8.6 vhw-Dienstleistung GmbH	138
8.7 vhw Stiftung	139

	Seite
<hr/>	
Anhang	
<hr/>	
vhw-Jahresabschluss 2016	141
Anschriften der vhw-Geschäftsstellen	146

Neue Politisierung?

Wie schnell sich politische Gefühlslagen ändern! Vor einem Jahr schrieben wir von einem „durchgeschüttelten Land“, in dem starke Stimmungen von Angst und Wut durch die Gesellschaft wehten und auf die Politik wirkten. Seither ist international so viel passiert, dass der Begriff „Beschleunigung“ wirklich gut passt: Der Brexit, die Wahl von Trump zum Präsidenten, Erdogans Machtergreifung und immer wieder terroristische Anschläge sind Garanten für eine unsichere Zukunft. Und dennoch wirkten sie in Deutschland wie Aufrufe zu mehr Besonnenheit.

So geschieht Überraschendes: Mit dem Brexit und seinen ungeklärten Folgen gewinnt Europa wieder an Zuspruch. Das mühselige Weiterentwickeln gemeinsamer Regeln, Institutionen und politischen Handelns scheint doch besser zu sein, als das wütende Einreißen des Erreichten. Seit der Inauguration von Donald Trump wird der Blick auf das politische Establishment wieder positiver, denn Informiertheit, Erfahrung, Verhandlungsfähigkeit, Verlässlichkeit und zivile Umgangsformen werden wieder mehr geschätzt. Berichte über massive Einschränkungen der Pressefreiheit in der Türkei zeigen den Wert der freien Information und drängen den böswilligen Gebrauch des Wortes Lügenpresse zurück. Und auf das Terrorattentat auf dem Weihnachtsmarkt am Zoo hat die Berliner Bevölkerung – wie Spiegel Online treffend kommentierte – mit maximaler Unaufgeregtheit reagiert.

Mindestens genauso bedeutsam für eine Beruhigung der Stimmungslage sind jedoch die Entwicklungen von Flucht, Migration und Asyl gewesen, wo der „Kontrollverlust des Staates“ vom Spätsommer 2015 überwunden wurde. Obwohl die Ursachen für die großen Fluchtbewegungen aus Afrika und Vorderasien weiterhin bestehen und die Migration nach Europa keineswegs beendet ist, sind zuletzt wesentlich weniger Geflüchtete und Asylbewerber in Deutschland angekommen.

Das Problem liegt vorerst wieder bei den südlichen Nachbarn.

In Deutschland schlug sich die Geflüchtetenwelle vom Sommer/Herbst 2015 in den Asylstatistiken 2015/2016 mit 476.000 und 745.000 Anträgen nieder. In den ersten fünf Monaten 2017 kamen dann „nur“ 95.000 Anträge hinzu (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Gleichzeitig wird vor Ort in den Kommunen immer wieder betont, man sei im Integrationsmodus angekommen. Von der Aufnahme hat sich der Fokus für die Menschen mit Bleibeperspektive auf Spracherwerb, Schulunterricht, Ausbildung, Qualifizierung, Arbeitsvermittlung, Beschäftigung sowie Wohnraumversorgung und sozialräumliche Integration verschoben. Der Bund hilft hier u. a. mit dem Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, der auf die Erhaltung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur und deren Weiterqualifizierung zu Orten des sozialen Zusammenhalts und der Integration in Städten und Gemeinden zielt. Dennoch gilt: Ankommen und Integration sind lange Prozesse mit halboffenem Verlauf, die sich über Jahre hinziehen (vgl. vhw werkSTADT Nr. 6, 10, 13, 14,15).

Kein Problem ist wirklich gelöst, doch zu Recht dominiert gegenwärtig die Wahrnehmung, auf einem gangbaren Weg zu sein. Dementsprechend hat sich auch die öffentliche Stimmung verschoben. So wird in den Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen das Themenfeld „Ausländer/Integration/Flüchtlinge“ im Frühsommer 2017 nur noch mit etwa 40 Prozent als wichtigstes Problem in Deutschland eingestuft, nach dem es im Herbst 2015 nahezu 90 Prozent und im Sommer 2016 noch etwa 70 Prozent waren. Die Entwicklungen im Äußeren und Inneren haben eine Politisierung – oder soll man besser sagen Repolitisierung – in weiten Teilen der Bevölkerung bewirkt. Der sichtbarste Indikator dafür ist die deutliche Zunahme der Wahlbeteiligung bei den jüngsten Landtagswahlen. Sie wurde zunächst von einer Proteststimmung getragen, ging dann aber einher mit einer Stärkung der etablierten demokratischen Kräfte. Auch in der Wahl zur deutschen

Bundesregierung im September 2017 bildet sich diese Entwicklung ab.

Demokratieverdruss bleibt

„Die Demokratie lebt und funktioniert“ könnte man freudig feststellen. Doch so einfach ist es leider nicht. Umfragen zeigen seit Jahren einen erheblichen Teil der Bevölkerung, der der Demokratie kritisch gegenübersteht. Die Zahlen schwanken ein wenig im Lauf der Zeit und reagieren auf aktuelle Ereignisse, doch die Grundmuster sind stabil. Dabei fällt die Haltung in Ostdeutschland durchweg etwas distanzierter aus als in Westdeutschland. Beim Betrachten der Zahlen muss man unterscheiden zwischen zwei Blickwinkeln. Zum einen geht es um die grundsätzliche Ablehnung der Demokratie als Staatsform, für die sich auch über lange Zeiträume nur eine kleine Minderheit von um die 10 Prozent ausspricht. Deutlich kritischer fällt die Einstellung aus, wenn nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie gefragt wird. Umfragen zeigen hier immer wieder – je nach Formulierung der Frage – zwischen 30 und 50 Prozent Distanz zum System (vgl. Umfragen von bpb, forsa, Bertelsmann...).

Die möglichen Motive sind vielfältig. So kann man sich Post-Demokratie-Analytiker im Sinne von Colin Crouch vorstellen, die den gewählten Politikern die Gestaltungsmacht entgleiten sehen, weil die wahre Macht in politisch nicht mehr erreichbare Wirtschaftskreise und internationale Zirkel abgewandert sei. Andere mögen eher den Überlegungen von Jaques Rancière folgen, der eine Depolitisierung als Folge von als alternativlos dargestellten Entwicklungen sieht. Denn, wo mangels Alternativen nichts zu entscheiden ist, da verkümmert der demokratische Streit über Richtungen zur technologischen Optimierung von Sachfragen. Schließlich sieht man mit Jan Werner Müller auch den Populismus aufschwimmen, bei dem einem homogenen Volk mit einem homogenen Willen ein korruptes politisches Establishment und wahlweise auch machtgierige Minderheiten gegenübergestellt werden, die die Macht an

sich gerissen hätten. Diese gelte es für das Volk zurück zu gewinnen, wobei gerne dem populistischen Führer als Inkarnation des wahren Volkswillens gefolgt wird. Im Politikprozess werden dann der informierte demokratische Diskurs und seine mühsame Kompromissuche als Geschwätz diskreditiert und Plebiszite zur Sichtbarmachung des Volkswillens gewünscht. Diese wenigen Ausführungen zeigen, wie unterschiedlich die Deutungen und Motivlagen derjenigen sein können, die eine kritische Haltung zur heutigen Funktionsweise von Demokratie offenlegen.

In allen Motivlagen – so unterschiedlich ihre Deutungen auch sind – zeigt sich ein verbreiteter Vertrauensverlust gegenüber politischen Eliten. Sei es, weil man ihnen ein Primat der Politik in den entscheidenden gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Fragen nicht mehr zutraut („Schwächlinge ohne Rückgrat“), oder weil sie als kollaborierende Nutznießer eines abgehobenen Systems gesehen werden („Establishment“).

Nun könnte man einwenden, das klinge alles sehr theoretisch. Und überhaupt richte der vhw seinen Fokus vor allem auf das Handeln vor Ort, auf lokale Demokratie, auf konkrete Prozesse und Entscheidungen der Stadtentwicklung und des Wohnens. Vor Ort in den Kommunen, Quartieren und Nachbarschaften seien die Bedingungen für politisches Handeln doch noch anders, weil die Themen überschaubarer, die Prozesse durchschaubarer und die beteiligten Personen bekannter seien. Das mag zum Teil auch stimmen und noch dazu führen, dass politische (Partizipations-)Prozesse unaufgeregt geräuscharm verlaufen und allgemein akzeptierte Ergebnisse erbringen. Dann gelingt in den Prozessen die Gewinnung von Legitimität, die Schaffung von Akzeptanz und Verständnis, die Verbesserung der Planungsqualität und im Idealfall auch noch die Aktivierung der Bürgerschaft. Doch zugleich dürften auch die kritischen Sichtweisen auf „die große Politik“ und die kritischen Haltungen zur gelebten Demokratie die Einstellungen zu den lokalen Politik- und Teilhabeprozessen beeinflussen.



Vorwort

Denn es passiert allzu oft auch, dass sich Prozesse festfahren und dass sich Fronten zwischen unterschiedlichen Bürgergruppen aufbauen und verhärten. In solchen Konstellationen wird nicht mehr im informierten Diskurs um bessere Lösungen gerungen oder zumindest ein sinnvoller Ausgleich zwischen Interessen ausgehandelt, sondern die Konflikte werden emotionalisiert und personalisiert. Wenn beispielsweise Angst vor irgendetwas zu einem zentralen Argument gemacht wird, dann ist der Austausch von Argumenten beendet. Das gleiche gilt, wenn andere Bürger, Politiker oder Verwaltungsmitarbeiter beschimpft, lächerlich gemacht oder anderweitig persönlich diskreditiert werden. Die anonymen Kommentarwelten des Internets haben dafür Räume des entfesselten Hasses geschaffen, der dann auch im lokalen Alltag zu oft aufscheint.

Insofern ist es durchaus noch einmal angebracht, auf die „großen Entwicklungen und Zusammenhänge“ zu schauen und nach deren Auswirkungen auf das Leben vor Ort und die lokalen Politikprozesse zu fragen. Bekannt sind seit langem die lokalen und regionalen Auswirkungen von globalen Prozessen, was im Fachjargon auch als Glokalisierung bezeichnet wird. Wenige Beispiele reichen zur Illustration: So führt der Krieg in Syrien zu Asylbewerberheimen in der Nachbarschaft und langfristigen Integrationsaufgaben der Kommune. Die Nationalisierung und Erdoganisierung der Türkei verändert das Zusammenleben von Nachbarschaften in Deutschland oder die Kooperation mit Moscheevereinen. Und islamistischer Terrorismus verändert das Handeln lokaler Polizei- und Sicherheitsbehörden. So werden weit entfernte Ereignisse und Prozesse in der eigenen Kommune, im Quartier oder der Nachbarschaft bedeutsam. Städtische Politik und Gesellschaft können hier Kommunikationsräume bieten, die den Dialog zwischen unterschiedlich positionierten Gruppen immer wieder ermöglichen und anregen, um die Gesprächsfäden nicht abreißen zu lassen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Das gelingt oft. Man

liegt jedoch auch mit der Beobachtung nicht falsch, der Ton sei vielerorts rauer und abgrenzender geworden.

Politisierung von Lebensstilen?

Hinzu kommt ein Phänomen, das man als Ideologisierung oder Politisierung von persönlichen Werthaltungen und Lebensstilen bezeichnen kann. Der vhw steht seit vielen Jahren dafür, die Vielfalt der Gesellschaft durch Milieuzuschreibungen sichtbar und verständlich zu machen. Der Milieuansatz verbindet die äußeren Lebensverhältnisse (sozioökonomische Schichtung) mit der inneren Lebensgestaltung (Werthaltungen) von Menschen und macht so Lebensformationen sichtbar, die sich voneinander unterscheiden und zu unterschiedlichen Typen (Milieus) verdichten. Ein besonderer Gewinn einer gesellschaftlichen Strukturierung mithilfe von Milieus liegt darin, dass damit innerhalb der gleichen sozioökonomischen Schicht sehr unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebenswelten sichtbar werden.

Während gesellschaftliche Modelle, die allein entlang der äußeren Lebensverhältnisse gebildet werden (Klassen- oder Schichtmodelle), aufgrund der sofort sichtbaren Ungleichheiten historisch immer politisch aufgeladen waren (Klassenkampf, soziale Gerechtigkeit), waren Milieus im deutschen Diskurs der letzten drei Jahrzehnte eher unpolitisch, weil die Ausprägung der charakteristischen Werthaltungen vorrangig in den Feldern Konsum, Freizeit, Erlebnis, Geschmack, Musik, (private) Religion und Esoterik usw. gesehen wurde. Wertorientierungen galten als frei wählbar und damit als Ausdruck einer fortschreitenden Individualisierung, die die gesellschaftlichen Strukturen von Schicht und Klasse hinter sich ließ. Im Gegensatz zum im Klassenkonzept angelegten Klassenkampf und dem im Schichtkonzept angelegten Gerechtigkeitsdiskurs, galten die Werthaltungen in den Sinus-Milieus, mit denen der vhw seit Jahren arbeitet, zunächst als relativ unpolitisch. Ob traditionell, sozialökologisch modern oder postmodern – die Wertorientierung enthält wenig Konfliktpotenzial, solange es auf den individuellen Konsum, Dresscode oder die Freizeit-

gestaltung ankommt. Mit dieser Ausrichtung war der Milieuansatz über eine längere Zeit eher entpolitisiert.

Das ändert sich, wenn Werthaltungen nicht nur dazu dienen sollen, individualisierte Lebensentwürfe zu ermöglichen, sondern als Gesellschaftsentwürfe verstanden werden. Dann kommt es rasch zu einer politischen Aufladung. Statt vielfältiger Individuen, die sich selbst verwirklichen wollen und denen die anderen gleichgültig oder allenfalls Objekte eines sich absetzenden Spottes sind, entstehen sozialisierte Milieus mit festen Überzeugungen, die den Vertretern anderer Werthaltungen rasch unversöhnlich gegenüberstehen. In den USA beobachtet man diese Entwicklung seit längerem. Obwohl die neoliberale Ausgestaltung fast aller Lebensbereiche in den letzten Jahrzehnten die sozial-ökonomische Spreizung des Landes vorangetrieben hat, gibt es keinen nennenswerten Oben-Unten-Gerechtigkeitsdiskurs, sondern die gesellschaftlichen Konfliktlinien machen sich fest an Werten und entfalten sich in der Haltung zu Abtreibung, Genderfragen, Identitäten, Kreationismus oder vergleichbaren Gruppenwerten.

Seit einiger Zeit ist auch in Deutschland zu beobachten, dass Wertorientierung – anders als in den 1980er, 1990er und beginnenden 2000er Jahren – weniger als Möglichkeit der individuellen Emanzipation von Schicht und Klasse, sondern stärker als konstituierende Kraft von Gesellschaftsentwürfen gesehen wird. Die Repolitisierung betont gleichzeitig neue gesellschaftliche Konfliktlinien. Die schlagen durch bis auf die Alltagsfragen der Stadtentwicklung und können scheinbar harmlose Themen wie eine Straßenverlegung, eine Parkgestaltung oder eine Ganztageschule zu hochpolitischen Fragen werden lassen, bei denen sich die verschiedenen Protagonisten unversöhnlich gegenüberstehen.

Vor diesem Hintergrund muss der vhw auch die Ausgestaltung seines Milieuansatzes hinterfragen. Zweifels- ohne eröffnet das Arbeiten mit den Milieus erweiterte Perspektive im Vergleich mit der Nutzung gesellschaftlicher Schichtmodelle. Dennoch besteht auch das Risiko,

sich im Denken eines Milieuansatzes bequem einzurichten und darüber den Wandel des Alltags zu übersehen. Angesichts der aktuellen Politisierung muss gefragt werde, ob die in den Sinus-Milieus gebräuchlichen Werthaltungen „konservativ, modern, postmodern“ noch eine hinreichende und angemessene soziale Differenzierung bilden, wenn Vielfalt im kommunalpolitischen Raum abgebildet werden soll. Beispielsweise bildet sich seit einiger Zeit eine sogenannte „Neue Rechte“ heraus, die dezidiert eine antidemokratische, autoritäre und nationalistische Haltung vertritt. Hier ist zu fragen, ob solche Haltungen in einer Milieu-Werthaltung „konservativ“ angemessen gefasst sind, oder ob daneben weitere Werthaltungen in den Blick genommen werden müssen. Oder andersherum gefragt: Bilden wir mit den Werthaltungen „konservativ, modern und postmodern“ nur noch einen Teil der Bevölkerung ab und übersehen dabei neue Milieus, die sich längst lautstark artikulieren? Hier ist für die kommende Arbeit eine analytische Wachsamkeit geboten, auch wenn die Nutzung des etablierten Milieukonzeptes praktisch ist und eine besondere Kompetenz der vhw-Forschung darstellt.

Demokratie im Kontext von Rechtsstaat und Freiheit

Nachdem gerade auf der kommunalen Ebene über Jahrzehnte die Rolle des Bürgers im politischen Prozess gestärkt und die Bürgerbeteiligung ausgeweitet wurde – ganz im Sinne des Satzes von Willy Brandt „mehr Demokratie wagen“ – stellt sich zuweilen eine gewisse Ratlosigkeit ob der demokratischen Wirkung ein. Sicher gibt es besser und schlechter gemachte Verfahren, doch technische Prozessschwächen reichen als Erklärung nicht aus. Zu oft scheinen sich gerade im Lokalen die Rollen von Politik und Verwaltung zu vertauschen. Dem allgemeinen Verständnis zufolge treffen gewählte Politiker Entscheidungen und erklären Politik, während die Verwaltung ausführt und die Dinge im Detail ausarbeitet. In der Praxis der Beteiligung stehen kommunale Verwaltungsmitarbeiter (und von ihnen beauftragte



Vorwort

Büros) aber oft in der ersten Reihe. Sie stellen Planungen vor und erklären Alternativen und Restriktionen. Dabei schauen sie vor allem auf die Qualität von Entwürfen, die Prozessqualitäten und allgemein die Schaffung von Akzeptanz. Politisierung, Emotionalisierung und Personalisierung ist ihre Sache nicht. So sind sie auf viele Situationen des Teilnehmungsalltags nicht vorbereitet, weder mit ihrer Rollendefinition noch praktisch.

Und als sei das nicht genug, sind auch viele altbekannte Herausforderungen weiterhin nicht befriedigend gelöst. So werden bei der Partizipation von Bürgern in Planungsfragen, bei direktdemokratischen Ansätzen und generell beim Herantragen von Interessen an die Politik die gesellschaftlichen Asymmetrien zwischen wohlhabenderen, informierteren, selbstbewussten und stärker politisierten Gruppen einerseits und sozialökonomisch schwächeren, uninformatierten, formal weniger gebildeten und artikulierungsschwächeren Gruppen andererseits sichtbar. Der vhw arbeitet seit Jahren in den von ihm begleiteten Dialogprojekten mithilfe seiner Milieukenntnisse daran, diese Kluft zu schließen. In gut angelegten und intensiv betreuten Fällen auch mit gutem Erfolg. Angesichts des riesigen Aufwandes, den eine sozial inklusivere Bürgermitwirkung erfordert, kann von einem systematischen Durchbruch noch nicht die Rede sein.

All die Konstellationen und Entwicklungen, die wir in unseren Überlegungen auf den vorangegangenen Seiten angesprochen haben, zeigen, dass die Demokratie im Allgemeinen, aber auch die lokale Demokratie, weiterhin vor großen Herausforderungen steht. Zur Demokratie gehören vielfältige Meinungen, der Diskurs, der mühselig errungene Kompromiss und auch die Akzeptanz von Niederlagen, die jedoch nie „total“ sein dürfen. Fixierte Grundrechte, das Ineinandergreifen von Institutionen, ein System von *checks and balances* sowie Macht auf Zeit sichern eine funktionsfähige Demokratie ab. Wir dürfen uns immer wieder vor Augen halten, dass die Demokratie eine Regierungsform ist, die sehr unterschiedliche Ausprägungen annehmen kann. Die Modifikationsmöglichkeiten dieser Regierungsform zwi-

schen Repräsentation und Direktdemokratie, wählen und lösen sowie *arguing und bargaining* sind enorm, und Anpassungen im Zusammenspiel mit gesellschaftlichen Entwicklungen sind sicherlich angemessen.

Doch das allein reicht nicht. Ihren besonderen Wert gewinnt die Demokratie für eine moderne Gesellschaft, wenn Sie mit Rechtsstaatlichkeit, einer freiheitlichen Grundhaltung und einem Balancestreben zwischen individueller Entfaltung und Gemeinwohlorientierung verbunden ist. Nur dann ist sie in der Lage, eine Gesellschaft des Fortschritts und Interessenausgleichs unter den Bedingungen von Vielfalt und Individualität herbeizuführen. Insofern gilt es, sich nicht nur für die demokratischen Formate, sondern auch für die damit verbundene Rechtsstaatlichkeit sowie eine freiheitliche und soziale Gesellschaft einzusetzen. Das sind Gedanken, die kurz nach dem zweiten Weltkrieg schon den Philosophen Karl Popper umtrieben, der damals an seinem Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ arbeitete. Er war der festen Überzeugung, man müsse sich die Frage stellen: „Wie können wir die politischen Institutionen so organisieren, dass es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist, allzu großen Schaden anzurichten?“ Heute muss man auch noch auf mögliches demokratiefeindliches Verhalten von Bürgern, Bürgergruppen, Intermediären und Unternehmen hinweisen. Der schlichte Satz „Demokratie braucht Demokraten“ gilt weiter. Für den vhw ist das ein Orientierungssatz, der die Prozessperspektive einer „Stärkung der Demokratie durch deliberativen Dialog“ ergänzt.

vhw-Perspektiven

Die aktuellen Überlegungen zeigen, dass der vhw gefordert ist, seine konzeptionellen Perspektiven und damit seine *road map* weiterzuentwickeln. Dazu stehen derzeit einige wichtige Punkte auf der Agenda der vhw-Forschung:

- Für die vom vhw begleiteten Dialog- und Beteiligungsverfahren gilt es immer wieder, Qualität einzufordern, d. h. das praktische Einlösen der Standards

demokratischer Deliberation (Inklusion, Informiertheit, Fairness). Gleichzeitig gilt es, die sinnvollen Einsatzmöglichkeiten genauso wie die Begrenzungen offenzulegen, um so eine empirisch gestützte kritische Auseinandersetzung mit den theoretischen Überlegungen zu Deliberation und Legitimation zu erreichen. Schließlich gilt es ganz praktisch, die offenen Fragen der Rückkopplung von Beteiligungsergebnissen an die Stadt- und Gemeinderäte zu thematisieren und Erkenntnisse in einen Transferprozess (Leitfäden, Erfahrungsaustausche, Vernetzungen, Schulungen) zu bringen.

- Umfassender als bisher sollen die Akteursvielfalt in den lokalen Politik- und Governance-Konstellationen in den Blick genommen werden. Die Bürgerperspektive kann nicht gestärkt werden, wenn nur auf Bürger geschaut wird und die Rolle und Perspektive von Politikern, Verwaltungsmitarbeitern, intermediären Akteuren und Gruppen sowie Unternehmen nur schwach ausgeleuchtet werden. Mit der Ausweitung des Blicks auf Intermediäre, insbesondere „neo-intermediäre Stadtmacher“ ist der vhw einen Schritt in diese Richtung gegangen, und hat sich damit auch für kooperative Verfahren der Stadtentwicklung geöffnet. Diese Ausweitung des Blickwinkels wird fortgesetzt.
- Demokratie entfaltet sich nicht nur in Wahlen oder fallbezogenen deliberativen Diskursen, sondern schon im Vorfeld in der allgemeinen Arena des öffentlichen Diskurses. Dies ist die Arena, in der früher klassische Intermediäre wie Parteien und Gewerkschaften und natürlich auch die Medien eine zentrale Rolle als Informationsträger gespielt haben. Durch den Wandel der Parteien- und Medienwelt ist es hier zu weitreichenden Veränderungen gekommen. Die Frage „Wer informiert sich wie?“ ist in der heutigen Zeit keinesfalls trivial. Der vhw wird deswegen auch über einzelne Beteiligungs- und Dialogprozesse hinausschauen und Fragen der Informiertheit in den Blick nehmen. Der Fokus rich-

tet sich damit auch auf Medien, neue Medien und Medienrezeption.

- Neben diesen drei Arbeitsrichtungen, die unmittelbar dem Arbeitscluster „Lokale Demokratie“ zugeordnet sind, bleibt weiterhin der „Gesellschaftliche Zusammenhalt“ als Metathema auf der Agenda. Konkret wird dies für den vhw in Projekten zu Flucht, Migration und Integration, „Sozialer Stadt“, Quartier, Nachbarschaft sowie Wohnungspolitik.

Die Entwicklung der letzten Jahre macht deutlich, welch gutes thematisches Gespür der vhw zu Beginn des Jahrzehnts bei der Formulierung seiner damaligen *road map* und bei der Etablierung des Städtenetzwerks zur Stärkung der lokalen Demokratie hatte. Eine schrittweise Weiterentwicklung von Verfahren im Sinne demokratischer Deliberation markierte dabei den Weg. Wir müssen jedoch auch beachten, dass durch die Wucht und Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklungen ganz neue Herausforderungen entstehen, die über eine erweiterte demokratische Partizipation hinausgehen. Diesen veränderten Konstellationen trägt der vhw in seiner Arbeit Rechnung, wie der vorliegende Tätigkeitsbericht zeigt.

Dr. Peter Kurz
Verbandsratsvorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand

Rückblick

70 Jahre vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Meilenschritte vom Volksheimstättenwerk zum Bundesverband



1946
Gründung des vhw als Deutsches Volksheimstättenwerk mit dem Ziel, die Nachkriegswohnungsnot durch Wohneigentumsbildung zu überwinden. Kleine Siedlungshäuser wurden im Jargon der damaligen Zeit „Heimstätten“ genannt.



1949
Der vhw beginnt sein Engagement in der Fortbildung mit einem Kurzlehrgang über Wohnungsbau und Kleinsiedlung/Landbeschaffung; eigene, Nachbarschafts- und gemeindliche Hilfe und das Dünner Lehmbauverfahren Heimathaus von Pastor Bodelschwing in Dünne.

1964
Der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein wird 1.000 Mitglied im vhw.

1989
Am 25. April wird Peter Rohland Hauptgeschäftsführer des vhw e. V. Er wird den Verband über mehr als 25 Jahre leiten und neu positionieren.

1996
Festschrift „50 Jahre vhw 1946-1996 – Das vhw und sein Beitrag zum Wohnen im Eigentum“



2001
Engagement für die Einbeziehung des selbstgenutzten Wohneigentums in die Riester-Rente

1947

Der ersten „Volksheimstättentag“ am 7. Oktober in Wiesbaden.
Im ersten Jahrgang: Zweimal monatlich wird der „Informationsdienst und das Mitteilungsblatt des Deutschen Volksheimstättenwerks“ herausgegeben.

1960

Das Bundesbaugesetz (BBauG) erscheint. Der vhw engagiert sich u. a. für die Baulandbereitstellung.

1977

„Wohneigentum für alle“: der verbandspolitische Schwerpunkt liegt auf der Vermögensbildung durch Wohneigentum.

1990

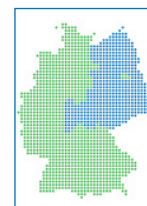
Aufbau der Verbandsstrukturen in den neuen Bundesländern.

2000

Erste Ausgabe von „Forum Wohneigentum“ als regelmäßig erscheinende Fachzeitschrift in Ablösung des „Informationsdienst und Mitteilungsblatt des vhw“.

2003

Einstieg in die Milieuforschung durch das Projekt „Nachfrageorientierte Wohnungspolitik“ in Kooperation mit Sinus Sociovision und microm. Ziel ist die Nutzbarmachung der Milieuforschung für Stadtentwicklung und Beteiligungsformate.



70 Jahre vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

2006

Der vhw erhält sein aktuelles Logo.



2009

Verankerung der Neuausrichtung des vhw „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“ in der neuen Satzung

Annahme des heutigen Namens: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Die Verbandszeitschrift des vhw erhält unter dem Namen „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ einen Relaunch und eine neue Ausrichtung als Forum aller Akteure in der Stadtentwicklung.

Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin.

2011

Der vhw zählt erstmals 40.000 Teilnehmer im Jahr an seinen Fortbildungsveranstaltungen.

2014

Nach über 25 Jahren an der Spitze des vhw geht Peter Rohland zum Jahresende in den Ruhestand. 18./19. September: Der vhw führt erstmals einen internationalen Kongress im Rahmen seines Städtenetzwerks durch: CommUnityCohesion & Diversity in Europe – Zusammenhalt in Vielfalt

2016

Im März 2016 begrüßt der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung das 1.800 Mitglied.

Über 1.800 Fortbildungsangebote des vhw e. V. werden in 14 Themenfeldern umgesetzt.

Die vhw-Forschungslinien werden weiterentwickelt: für die Stärkung der lokalen Demokratie und des sozialen Zusammenhalts über die Arbeit in und den gesellschaftlichen Transfer aus den vhw-Forschungsfeldern.

2008

Vorstellung der Studie zu den Migranten-Milieus. Der vhw e. V. arbeitet erstmals mit den Milieus zu Fragen der Integration.



2010

Etablierung des Städtenetzwerks „Stärkung der lokalen Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“ mit 16 Teilnehmerstädten.

Der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz wird Vorsitzender des Verbandsrats. Er löst Reinhard Chr. Bartholomäi ab, der von der Mitgliederversammlung zum Ehrenvorsitzenden berufen wird.



2013

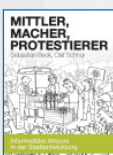
Vorstellung vhw-Kommunikationshandbuch – Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft

Der vhw begrüßt das 1.500 Mitglied im Verband.

2015

Prof. Dr. Jürgen Aring wird Vorstand des vhw e. V.

70 Jahre Engagement für die Gesellschaft – ein Podcast im vhw-Internet unter: <https://www.vhw.de/wir-ueber-uns/profill>







1 Rahmung und Ausrichtung der vhw-Forschungsarbeit

Wir leben in einer Zeit dynamischer Veränderungen, auf welche die Wissenschaften selten schnell und adäquat reagieren können. Das wissenschaftliche Credo – systematische Beobachtung und behutsame Reflexion – steht dem oft diametral entgegen. Der vhw kann jedoch dank seiner dualen Struktur – unabhängige Forschung und praxisaktuelle Fortbildung – und seiner exzellenten fachlichen Netzwerke in besonderem Maße flexibel damit umgehen. Der Forschungsbereich versteht sich deshalb als Organisation, die kurzfristige Dynamiken und längerfristigen Wandel gleichermaßen explorieren, interpretieren und daraus Empfehlungen für die Praxis ableiten kann. Als wichtige konzeptionelle Bezugspunkte dienen der vhw-Forschung die Zyklen des soziodemografischen und des (globalen) ökonomischen Wandels und deren vielfältigen Effekte auf der lokalen Ebene – also in den Städten und Gemeinden und deren durch Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft geprägten Governance-Arenen. Damit ist für den vhw die wichtige Aufgabe verbunden, Möglichkeiten zur qualitativen Verbesserung der lokalen Demokratie auszuloten, etwa bei Fragen der inklusiven Beteiligung, der Steuerung oder der sozialräumlichen, strukturellen Rahmenbedingungen in Quartieren vor Ort. Darüber hinaus hat der vhw auch die längerfristige gesellschaftliche Transformation in Bezug auf Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Stadtentwicklung im Blick. Verschiedene konzeptionelle Hintergrundfolien (z. B. demokratische Deliberation, Milieuforschung, Postmoderne-Diskurs, Integrationstheorien etc.) helfen dabei, den Blick für das Wesentliche zu schärfen, die großen Entwicklungslinien mitzudenken und gleichzeitig die Wirkungen vor Ort besser zu verstehen.

Der vhw-Forschungsbereich widmete sich im Berichtszeitraum deshalb verschiedenen Projektfamilien, die ganz wesentliche Aspekte des skizzierten Wandels vertiefen

(sie werden in nachfolgenden Abschnitten noch ausführlicher dargestellt). Dazu gehört der große Themenkomplex zur Stärkung der lokalen Demokratie (siehe Kapitel 2), in dem der vhw auch im Berichtsjahr wieder mit theoretischen und praktischen Forschungs- und Beratungstätigkeiten aktiv war: So wurden neben der konzeptionellen Weiterentwicklung von deliberativen Systemen und Urban Governance zahlreiche Praxisprojekte im vhw-Städtenetzwerk durchgeführt. Hinzu kommt ein wachsender Schwerpunkt im Bereich der Akteursforschung, der auf dem letztjährig erschienenen Debattenbuch zu „Intermediären“ aufbaut. Eine weitere, große Projektfamilie gruppierte sich um das Themenfeld der sozialen Kohäsion (siehe Kapitel 3). Neben klassischen vhw-Grundlagenforschungen im Bereich der Milieustudien (u. a. zu Migrantenmilieus) wurden hier weitere Themen vertieft und konsolidiert, wie z. B. in Untersuchungen zum öffentlichen Raum im Kontext mit Vielfalt, zur Digitalisierung sowie zu Quartiersentwicklung und postmoderner Nachbarschaft. Auch das große Thema des letzten Jahres – die Fluchtmigration – beschäftigte die vhw-Forschung weiter intensiv, jedoch inzwischen auch mehr im Hinblick auf Integrationsfragen und Steuerungsinstrumente (siehe Kapitel 3.1, 3.2 und 4). Nicht zuletzt, weil auch die städtischen Wohnungsmärkte von der starken Zuwanderung betroffen sind, wurde auch das klassische vhw-Thema der Wohnungspolitik wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt (siehe Kapitel 5).

Die bisherigen vhw-Forschungslinien wurden also kontinuierlich weiterentwickelt, während neue Forschungsfelder etabliert und ausgebaut werden konnten. Die vhw-Forschung bleibt dabei wie bisher konsequent an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis angesiedelt. Ziel ist es, auf der Basis tragfähiger theoretischer Fundierung fachöffentliche Diskurse anzuregen und praxisnahe Konzepte zu entwickeln. Der vhw versteht sich damit als transformativer Wissenschaftsakteur, der sich auf Augenhöhe in einer vielfältiger gewordenen Wissenschaftslandschaft bewegt und gleichzeitig über transdisziplinäre Kompetenzen verfügt.

Im Zusammenhang mit der inhaltlichen Fokussierung und Diversifizierung hat sich der vhw-Forschungsbereich auch organisatorisch weiterentwickelt. Es wurden z. B. neue Projektstrukturen und neue Projekttypen (wie z. B. Ausschreibungsprojekte) etabliert, um die Forschungsschwerpunkte intensiver zu bespielen und zielgerichteter ausbauen zu können. Im Rahmen der offenen Ausschreibungen konnten innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Kontakte mit Institutionen und Büros geknüpft, vielversprechende Kooperationen begonnen und die vhw-Forschung noch stärker in den fachlichen Netzwerken etabliert werden.

2 Lokale Demokratie stärken – Leitziel des vhw

Das Leitziel der Forschungsarbeit des vhw, die Stärkung der lokalen Demokratie und mit ihr der Gemeinwohlorientierung, hat – nachdem diese seit Jahren massiv unter Druck geraten war – auch im Berichtszeitraum nichts von seiner zukunftsweisenden Relevanz verloren: im Gegenteil.

Zwar deuteten mehrere Entwicklungen auf eine Verbesserung der Situation hin, so etwa die rückläufige Wahlabsistenz und eine deutlich zunehmende Politisierung der Bevölkerung, wie sie vor der Bundestagswahl festgestellt wurde. Doch diese Entwicklungen wurden von einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, insbesondere im Kontext der starken Fluchtzwanderung, überlagert und durch das Aufkommen populistischer Gruppen und Parteien weiter verstärkt. Der gesellschaftliche Zusammenhalt bleibt zudem durch die Wahrnehmung steigender sozialer Ungleichheit gefährdet und ist parallel mit den Herausforderungen wachsender Vielfalt konfrontiert, wie sich nicht nur beim Thema „Integration der Geflüchteten“ zeigt.

Um ungeachtet dieser schwierigen Rahmenbedingungen Fortschritte zu erzielen, hat der vhw mehrere

„Hebel“ und Ansätze identifiziert und in praktische Forschungsarbeit überführt, die zur Stärkung von Zusammenhalt und Demokratie beitragen können und sollen. Kernvoraussetzung für die Akzeptanz und Funktionsfähigkeit der lokalen Demokratie bleibt die gerechte Teilhabe aller stadtgesellschaftlichen Gruppen, gerade in den Feldern der Mitwirkung und des Engagements. Der vhw beleuchtet sowohl die Interaktionen, die Akteure und die Inhalte des kommunalen Beteiligungs- und Koproduktionsgeschehens.

Im vorliegenden Kapitel werden die wichtigsten Bausteine der entsprechenden Arbeit im letzten Jahr vorgestellt. Das Thema „Deliberation“ bei Prozessgestaltung und -qualität von Beteiligungs- und Mitwirkungsverfahren wurde 2016/2017 in Richtung von Theorie und Praxis „deliberativer Systeme“ weitergeführt. Daran anschließend wird die praktische Arbeit in und mit den kooperierenden Städten vorgestellt. Die erweiterte Akteursforschung im Berichtszeitraum und die dazugehörigen Projekte runden das Kapitel 2 ab. Im Vordergrund stehen verschiedene Gruppen von Intermediären, und auch das Update der Migrantenmilieustudie (Kapitel 3.2) ist in diesem Kontext relevant.

2.1 Berichte aus der Deliberationsforschung

Mit dem globalen gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte gehen auch im politischen Gefüge der Bundesrepublik signifikante Veränderungen einher. Während die klassischen Formen der politischen Willensbildung, insbesondere auf kommunaler Ebene, erhebliche Bedeutungsverluste erfahren, gewinnen die Emanzipation der Bürger und ihr Wunsch auf gesellschaftliche Mitgestaltung weiter an Gewicht. Für den vhw, der sich in seinen Leitzielen einer Stärkung lokaler Demokratie verschrieben hat, resultiert daraus auch der Anspruch, sich für eine hochwertige Bürgerbeteiligung zu engagieren. Aus diesem Grund hat der vhw in seiner Forschung einen wissenschaftlichen Pfad eingeschlagen, der in den letzten Jahren zahlreiche Grundlagenstudien und Gutachten

sowie eine stattliche Anzahl erfolgreicher Transferprojekte in den Städten hervorgebracht hat.

Rückblick: Der Wandel der Demokratie und die demokratische Deliberation

Die repräsentative Demokratie steckt in einer Krise, so die wissenschaftliche These, die im Mitgliederschwund der Parteien und in sinkenden Wahlbeteiligungen eine Aushöhlung der Demokratie vermuten (Crouch, 2008; Jörke, 2011). Aber selbst mit Abstand zu dieser These sind die Befunde, wie sie auch der vhw in vielen Projekten bestätigt fand, kaum zu negieren: Vertrauensverluste gegenüber den Parteien, rückläufige Mitgliederzahlen, langfristig sinkende Wahlbeteiligungen, Bedeutungseinbußen von Wahlen, eine wachsende Anzahl Nichtwähler sowie die sozialräumliche Spaltung bei der Wahrnehmung politischer Rechte. Man könnte diese Befunde als eher „unproblematisch“ erachten, ginge damit nicht ein Verlust an politischer Legitimation einher, verbunden mit der Frage, ob die Gewählten noch hinreichend legitimiert sind, eine Bevölkerung zu vertreten, die sie mitunter mehrheitlich nicht hat wählen wollen.

Auf der anderen Seite verfügt die repräsentative Demokratie über bewährte Instrumente, wie die immer öfter nachgefragte Bürgerbeteiligung und damit über gesellschaftlich stabilisierende, leistungsstarke Möglichkeiten einer zeitnahen Rückkopplung zwischen Staat und Gesellschaft (Merkel 2015). Somit spricht einiges dafür, dass sich die repräsentative Demokratie weniger in der Krise, als vielmehr im Wandel befindet, bei dem die politische Mitwirkung um thematisch fokussierte, dialogische Beteiligungsformen ergänzt wird – und werden sollte.

Allerdings erfährt heute neben der repräsentativen Demokratie auch die Bürgerbeteiligung eine politikwissenschaftliche Kritik. Diese richtet sich gegen Qualitätsdefizite und gegen die Reproduktion politischer Ungleichheit. Bürgerbeteiligung krankt demnach häufig an einer „von oben“ verordneten Themensetzung, bei der die Interessen vieler Menschen außen vor bleiben und an einem Beteiligungsverständnis, das sich auf „Infor-

mieren“ und „Mitnehmen“ begrenzt, die gleichberechtigte Beratschlagung oder nachvollziehbare Begründung von Entscheidungen aber für unnötig erachtet. Kritisiert wird auch die argumentationsstarke Dominanz der Bessergestellten, während sich sozial schlechter Gestellte oft unfair behandelt und nicht ernstgenommen fühlen und daher immer weniger partizipieren. Versteht man aber die gleichberechtigte Mitwirkung aller als Garant für Ergebnisqualität und Legitimationskraft, dann wird die klassische Bürgerbeteiligung mit ihrem Hang zu Selektivität und Exklusivität dem nicht gerecht, zumal sie von Akteuren dominiert wird, die i.d.R. weder gewählt sind, noch für eine Mehrheit sprechen. Will man künftig durch Bürgerbeteiligung das Gemeinwohl fördern und Legitimität gewinnen, dann dürfte eine Neujustierung der Bürgerbeteiligung erforderlich sein.

Als Reaktion darauf hat der vhw die Stärkung der lokalen Demokratie zum Leitziel bestimmt und ein gleichnamiges Städtenetzwerk ins Leben gerufen. In der wissenschaftlichen Arbeit und anwendungsbezogenen Forschung wurden dabei folgende Beiträge und Projekte hervorbracht, die theoretisch fundiert, praxisnah umgesetzt und thematisch verknüpft wurden:

- das Konzept deliberativer Bürgerbeteiligung (Lietzmann/Mittendorf, 2011) als innovatives Instrumentarium einer hochwertigen Beteiligung; Deliberation wird dabei definiert als „... der auf Argumenten und Begründungen basierende, faire und gleichberechtigte kommunikative Austausch von inhaltlichen Positionen von sich wechselseitig als frei und gleich wahrnehmenden Bürgern ...“ (Schaal / Heidenreich, 2016);
- ein wissenschaftlich fundiertes und belastbares Instrumentarium einer praxisnahen, hochwertigen Evaluation von Verfahren zur Bürgerbeteiligung (Schaal, Ritzki, 2011);
- das Konzept einer Governance-orientierten Kommunikation (Schuppert, 2011);

- eine Zusammenführung der gesammelten Erfahrungen und Kompetenzen in den Leitlinien für eine qualitativ hochwertige und inklusive, deliberative Bürgerbeteiligung (Kuder, 2015);
- die Umriss einer – in den Rahmen der repräsentativen Demokratie eingebetteten – demokratischen Deliberation (Schaal, 2016)
- und die erfolgreiche Umsetzung in zahlreichen kommunalen Beteiligungsverfahren, z. B. in den Städten Hamburg, Berlin, Essen, Mannheim, Ludwigsburg und Filderstadt.

Die realisierten Verfahren einer „demokratischen Deliberation“, also der fair beratshlagenden, inklusiven Bürgerbeteiligung im repräsentativ-demokratischen Rahmen, konnten, wie spätere Evaluationen gezeigt haben, deutliche Gewinne an Qualität, Inklusion und Zufriedenheit bei den Bürgern erzielen. Dies gelang durch Qualitätssicherung (Kuder, 2016) und Einbindung bürgerschaftlicher Interessen mittels telefonisch oder vor Ort geführter Bürgerinterviews, strukturierter Gespräche mit Sozialgruppen, die i.d.R. für Mitwirkung schwer zu gewinnen sind, sowie milieuoientierter Ansprache und Aktivierung weiter Kreise der Stadtbürgerschaft. Trotzdem war regelmäßig auch Skepsis und Misstrauen bei den politisch Verantwortlichen zu konstatieren. Das mag darin begründet sein, dass repräsentative Demokratie ihre Legitimation zuerst aus den Wahlen gewinnt und daher nur gewählte Politiker letztlich zu Entscheidungen legitimiert sind. Zudem lässt sich für die deliberative Bürgerbeteiligung ein Defizit benennen, das auch mit ausschlaggebend für die Skepsis sein dürfte: für sich betrachtet ist sie kaum hinreichend legitimiert, verfügt nicht über eine mit Wahlen vergleichbare Legitimationsquelle und kann ggf. sogar Legitimationskonkurrenzen oder -friktionen (Schuppert) zwischen dem erklärten, im Beteiligungsprozess formulierten Bürgerwillen einerseits und dem Willen der politischen Repräsentanten andererseits aufwerfen. Selbst zwischen dem Bürgerwillen zu einem bestimmten Zeitpunkt und einem – dem diametral entgegengesetzten – Bürgerwillen zu einem anderen Zeit-

punkt, lassen sich solche Legitimationskonkurrenzen und -friktionen sehr zum Leidwesen der gewählten Vertreter der repräsentativen Demokratie nicht ausschließen. Die Politikwissenschaften haben sich bislang den Herausforderungen eher selten gestellt, die aus der Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit repräsentativer und deliberativer Formen der Demokratie auf kommunaler Ebene resultieren. Erst neuerdings wird das „legitimatorische Vakuum“ (Schaal 2016) thematisiert, in dem sich die deliberative Bürgerbeteiligung bewegt, die Frage nach einem erweiterten Legitimationsverständnis aufgeworfen, mit dem ggf. Legitimationskonkurrenzen entschärft und Friktionen dieser Art verhindert werden können.

Deliberative Systeme

Aus den deliberativen Beteiligungsverfahren, die vom vhw im Rahmen des Städtenetzwerks durchgeführt wurden, resultierte u. a. die Erkenntnis, dass eine Fokussierung auf ein einziges öffentliches Forum, d. h. eine deliberative Zentralveranstaltung, den Herausforderungen der gesellschaftlichen Inklusion bei der Bürgerbeteiligung heute kaum noch gerecht zu werden vermag. Es hat sich vielmehr regelmäßig gezeigt, dass sich manche Milieus trotz spezifischer Ansprache und aufwändiger Rekrutierung kaum für eine persönliche Beteiligung an einem deliberativen Forum, noch dazu an einem als ungeschützt empfundenen öffentlichen Ort, motivieren lassen. Zudem kann eine, den Qualitätsansprüchen und den Bedürfnissen der verschiedenen Milieus gerecht werdende „ideale Sprechsituation“ in einer solchen Zentralveranstaltung auch mit besonders geschulter Moderation nur bedingt erreicht werden.

Dem Ideal der Inklusion kann aber durchaus mit ergänzenden Beteiligungsbausteinen näher gekommen werden, z. B. durch Milieugruppengespräche, die sich an unterrepräsentierte Zielgruppen der Stadtgesellschaft richten und sich in der Forschungspraxis bewährt haben. Deren Ergebnisse müssen allerdings zwangsläufig wieder in ein zentrales, alles verbindendes Forum integriert werden, um in der versammelten Allgemein-

heit Gehör und Berücksichtigung zu finden. Solche Konstellationen, die sich ggf. aus mehreren dezentralen Bausteinen und einem solchen zentralen Forum zusammensetzen, wurden regelmäßig erfolgreich in den vom vhw konzipierten Verfahren umgesetzt. Auch in der jeweils nachfolgenden Evaluierung des Beteiligungsverfahrens haben diese Bausteine eine allgemeine Anerkennung erfahren.

Allerdings erfordert diese Erkenntnis als Konsequenz ein erweitertes Beteiligungsverständnis, demzufolge Bürgerbeteiligung als komplexer, aus vielen dezentralen Bausteinen gebildeter Gesamtprozess zu verstehen ist. Es handelt sich somit, um in der Sprache der Deliberation zu bleiben, nicht um ein Einzelereignis, sondern ein „deliberatives System“, das gleichwohl auch weiterhin in den verbindlichen Rahmen repräsentativer Demokratie eingebettet bleibt. Ein solches, aus den praktischen Erfahrungen vor Ort gewonnenes, theoretisch fundiertes und für die kommunale Ebene handhabbar gemachtes Konzept „deliberativer Systeme“ wurde in einem weiteren Gutachten (Schaal, 2017) erarbeitet und der vhw-Forschung zu Grunde gelegt:

Der Begriff „deliberative Systeme“ steht somit für die Summe aller deliberativen Bausteine von Beteiligung, in denen sich Bürger, eingebettet in den institutionellen Kontext repräsentativer Demokratie, unter Anwendung und Geltung deliberativer Prinzipien, miteinander über ein politisches Problem austauschen (Schaal, 2017). Im Falle anerkannter Leistungen, die in einem solchen System erbracht werden, kann ihm situativ oder nach den lokalen Regelwerken zur Bürgerbeteiligung auch ein bestimmtes Maß lokalpolitischer Wirkungsmacht im Rahmen repräsentativer Entscheidungsstrukturen zuge-

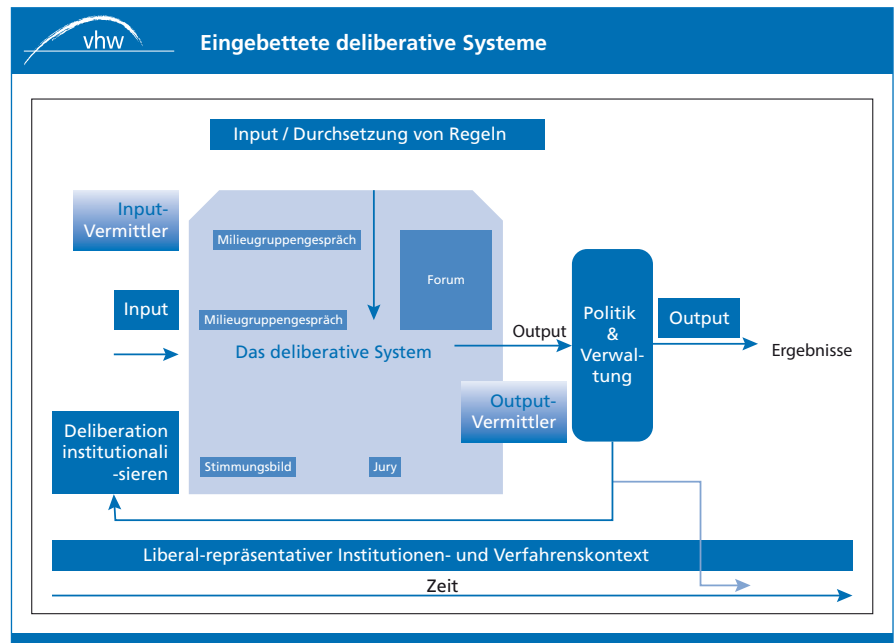


Abb. 1: Das eingebettete deliberative System

Grafik: vhw e. V. 2015

sprochen werden. Das bedeutet praktisch z. B., dass sich politisch Verantwortliche der begründeten und als qualitativ hochwertig anerkannten Argumentation aus einer demokratischen Deliberation anschließen können und die Entscheidung für ihren Verantwortungsbereich übernehmen können. Auch in diesem Sinne konnten im Städtenetzwerk erfolgreiche Projekte, z. B. in Berlin-Neukölln, realisiert werden.

Jedoch stellen sich jenseits der Erkenntnis, dass ein deliberatives System die gesellschaftliche Inklusion durch gezielte Strategien der Einbeziehung verbessern kann, einige neue Fragen, z. B. welche Qualitätskriterien die Bausteine mindestens erfüllen müssen, damit auch der Gesamtprozess als deliberativ bewertet werden kann, oder z. B. wie die „im stillen Kämmerlein“ ermittelten Ergebnisse ohne kommunikative Verluste oder advokatorische Interpretation in einem zentralen Forum transparent dargelegt und argumentativ wirksam gemacht

werden können. Und es stellt sich die Frage, wie sich in einem komplexen, mit vielen Bausteinen schwer durchschaubaren Prozess der Meinungsbildung ein transparentes, von allen getragenes Ergebnis generieren lässt. Auch hier liegt die aufgezeigte Schlussfolgerung nahe, es bedürfe für diese Aufgaben neben dem wachsenden Repertoire an zielgruppenspezifischen Mitwirkungs-chancen insbesondere weiterentwickelter Legitimationskonzepte.

Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Sinne der in repräsentativ-demokratische Institutionen eingebetteten deliberativen Systeme und die parallel dazu erfolgte Grundlagenstudie zu den intermediären Akteuren (Schnur, Beck, 2016) ließ es seitens des vhw konsequent erscheinen, für das Thema der „Lokalen Demokratie“ eine weitergefasste theoretische Rahmung in Angriff zu nehmen. Im Berichtszeitraum 2016/2017 erfolgte dazu die konzeptionelle Einordnung der bisherigen Forschungsaktivitäten in einen erweiterten Urban Governance-Kontext. Für dieses Unterfangen konnten die Professoren Gary Schaal, Hamburg, sowie Gunnar Folke Schuppert, Berlin, gewonnen werden, die zuvor schon die wissenschaftliche Arbeit im vhw begleitet hatten. Im Zuge dieser Aktivitäten widmeten sich die Gutachter einem erweiterten, diskursiven Verständnis demokratischer Legitimation (Schaal, 2017; Schuppert, 2017) und damit den als dringlich erwiesenen Fragen zur Legitimation der demokratischen Deliberation im institutionellen Kontext der repräsentativen Demokratie.

Erweiterte Legitimationskonzepte

In dem vhw-Gutachten „Good Urban Governance“ (Schuppert, 2017) wurde u. a. auch der aktuelle Legitimationsdiskurs in den Politikwissenschaften zusammenfassend skizziert, der sich allerdings vornehmlich mit der transnationalen Politikebene befasst und daher aufgrund abweichender Rahmenbedingungen nur bedingt auf die kommunale Handlungsebene angewendet werden kann. Darin wird unter Bezug auf Nullmeier/Nonnhoff (2010) ausgeführt, dass zum traditionellen

Legitimitätsmodell repräsentativer Demokratien (Modell der Folgebereitschaft) ein neues Bewertungsmodell hinzukomme, das auf die Angemessenheit politischer Ordnung im Lichte neuer Bewertungskriterien ziele. Legitimität könne, so Schuppert unter Bezug auf Nullmeier, Geis, Daase (2012), heute nur noch diskursiv, reflexiv und anhand allgemein anerkannter Bewertungsmaßstäbe für die Akzeptanz einer Ordnung ermittelt werden. Stabilität und Legitimität politischer Ordnung hänge somit davon ab, ob in einem Gemeinwesen eine funktionierende Legitimationskommunikation stattfinde. Politik bestehe vor allem aus dem kommunikativen Austausch von Argumenten, weshalb die Stabilität politischer Ordnungen von der Rechtfertigungs- bzw. Legitimationskommunikation abhängig sei. Zu beobachten sei, nach Zürn (2011), die „Politisierung der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Legitimationsquellen“: Während das Prinzip der Demokratie nach den Ereignissen von 1989 fast weltweit Anerkennung gefunden habe, beschleunige sich zugleich der Verfall des Vertrauens in die demokratischen Kerninstitutionen. Dies werde den Diskurs zur Frage der Legitimation von Herrschaft wieder in den Vordergrund rücken. Es gehe nicht mehr nur darum, eine Herrschaftsordnung zu rechtfertigen, vielmehr würden auch einzelne Legitimationsquellen und deren Zusammensetzung zum Gegenstand des Diskurses werden. Eine zentrale Grundlage legitimer politischer Herrschaft sei insbesondere im Gemeinwohl und einem neutralen und unvoreingenommenen Entscheidungsmodus verankert.

Eine Typologie von Legitimitätskriterien, in der sich die Pluralität der Legitimitätsquellen spiegelt, wurde 2012 von Zürn vorgelegt. Danach sind vor allem sechs Rechtfertigungen für politische Herrschaft mit grundlegender Bedeutung zu nennen:

- unvoreingenommene Expertise und Sachkenntnis für eine zielführende und erfolgreiche Politik zur Beförderung des Gemeinwesens;

- die Unterstützung des Selbstwertgefühls der Beteiligten, die aufgrund der Unterscheidung von „innen“ und „außen“ (wir/ihr) aber als Legitimationsquelle schwierig erscheint;
- der Schutz der Individualrechte und die Beförderung der Rechtsgleichheit;
- die Rechenschaftspflicht der politisch Verantwortlichen, d. h. die politische und rechtliche Übernahme der Verantwortung für Entscheidungen;
- gleiche Partizipationschancen und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle von einer Entscheidung Betroffenen, entweder in direkter oder repräsentativer Form;
- öffentliche Diskurse und Kontestation zur Beförderung des aggregierten Gemeinwohls durch offene Auseinandersetzungen.

Besondere Aufmerksamkeit müsse dabei der rechtlichen Absicherung zukommen, so Schuppert (2017). So mache die Rechenschaftspflicht Entscheidungsträger im Sinne rechtlich ausgestalteter Kontrolle für getroffene Entscheidungen verantwortlich, auch die Beteiligungsformate sollten rechtssicher sein, um gleiche Chancen für alle zu gewährleisten. Zudem basiere der öffentliche Diskurs als prozedurale Legitimationsressource darauf, dass es offene Diskurse über das Gemeinwohl gebe, was ohne garantierte Kommunikationsrechte nicht praktikierbar wäre. Kommunale Legitimität sei somit auch institutioneller Natur.

Eine erweiterte Legitimationsgrundlage für die Bürgerbeteiligung könnte, so Schaal (2016), ergänzend zu den Legitimationsquellen der repräsentativen Demokratie auf lokaler Ebene (Parteien, Wahlen etc.) auch die folgenden Bausteine, die sich weitgehend in der von Zürn vorgeschlagenen Typologie wiederfinden, aufweisen: nachzuweisende wissenschaftliche (epistemische) Qualitäten und Leistungen, das erzielte Maß an gesellschaftlicher Inklusion und eine allgemeine Anerkennung des Verfahrens und der Ergebnisse durch die Bürger.

Neben der Pluralität von Legitimitätskriterien sei, so Schuppert weiter, allerdings auch deren Wandel zu berücksichtigen. Dabei habe sich das Gewicht einzelner Legitimitätskriterien verschoben und zu einem Bedeutungsverlust etablierter demokratischer Verfahren geführt. Andererseits korrespondiere die wachsende Unzufriedenheit mit den Kerninstitutionen der parlamentarischen Demokratie mit einer Wertschätzung nicht-majoritärer Institutionen mit gesellschaftlicher Entscheidungskompetenz, die dem politischen Prozess entzogen seien und auf ein deutlich höheres Ansehen verweisen könnten. Es sei interessant zu beobachten, dass genau solche Institutionen und „*regulatory agencies*“ als Legitimitätsgewinner dastünden, vor allem weil sie als Orte hochwertiger Deliberation beschrieben werden könnten.

Stabilität und Legitimität politischer Ordnung ist somit, will man diesen Ausführungen folgen, abhängig von – allgemeine Geltung beanspruchenden – Kriterien und Bewertungsmaßstäben von Legitimität sowie der resultierenden Qualität der Legitimationskommunikation. Eine zentrale Schlussfolgerung daraus lautet: Legitimität ist diskursiv geworden! Gegenstand solcher Legitimationspolitischer Diskurse könnten, so Zürn (2012), die folgenden, von ihm vorgeschlagenen Kriterien sein: Problemlösung und Expertise, Kollektives Selbstwertgefühl, Schutz von Individualrechten, Rechenschaftspflichtigkeit, Partizipation und Präsentation, Deliberation und Kontestation. Allerdings bedarf es hierzu noch einer kommunalpolitisch handhabbaren Operationalisierung dieser noch recht grobmaschigen Kriterien.

Bei dieser erforderlichen Operationalisierung, eine der Herausforderungen für die künftige vhw-Forschung zur Lokalen Demokratie, sind auch die von Schaal (2017) vorgeschlagenen Kriterien demokratischer Deliberation einzubinden: wissenschaftliche Qualitäten, darunter ein bürgerschaftlich ergänztes Agenda-Setting, das erzielte Maß gesellschaftlicher Inklusion, vor allem die Einbeziehung der Nicht-Beteiligten, und die Anerkennung des deliberativen Gesamtverfahrens durch die Bürgerschaft, seiner ggf. auch dezentral ermittelten, deliberativen

Bausteine und der aus allem resultierenden, begründeten und rückgekoppelten Ergebnisse.

Zukünftige Herausforderungen

Zusammenfassend lässt sich zum Ende des Berichtszeitraumes feststellen, dass der vhw in den letzten Jahren erfolgreiche Methoden für inklusive und hochwertige Verfahren der Bürgerbeteiligung erarbeitet, umgesetzt und evaluiert und im Sinne einer verbindlich geregelten demokratischen Deliberation in einen übergreifenden Urban Governance-Kontext eingebettet hat. Nachfolgend wurde mit den dezentralen Bausteinen zur Bürgerbeteiligung der Erkenntnis Rechnung getragen, dass vollständige Inklusion als hohes demokratisches Ideal nach derzeitigem Wissen nur bedingt unter Einbeziehung dezentraler Beteiligungsbausteine zu erreichen sein dürfte. Die aus der Bürgerbeteiligung und diesem Ansatz resultierenden Legitimationsfragen und -defizite führten in Folge dazu, die Überlegungen für ein erweitertes, diskursives Legitimationsverständnis, wie es in der Politikwissenschaft diskutiert wird, aufzugreifen und konzeptionell für die kommunale Bürgerbeteiligung herunterzubrechen.

Trotz des in der Verbandsforschung der letzten Jahre erreichten Standes lassen sich aber auch heute viele weitreichende Fragen zur Stärkung der lokalen Demokratie noch nicht beantworten. Dies betrifft trotz aller Fortschritte bei der Inklusion breiter Kreise der Bevölkerung in die Bürgerbeteiligungsverfahren insbesondere die Rolle und Erreichbarkeit der Nicht-Beteiligten. Das gilt besonders auch für Nicht-Beteiligte in peripheren Räumen. Nach aktuellen Forschungen zu den Ursachen und Gründen von Nicht-Beteiligung an deliberativen Verfahren, die sich, soweit erkennbar, mit den Erfahrungen im Städtenetzwerk weitgehend in Übereinstimmung bringen lassen, können insbesondere die folgenden Gründe für eine Nicht-Beteiligung bei der Bürgerbeteiligung benannt werden: Konzentration auf das Privatleben, Zeitmangel und Terminprobleme, zudem das Gefühl der eigenen politischen bzw. fachlichen Unzulänglichkeit, die Vermeidung von öffentlichen

Veranstaltungen und exponierten Auftritten, das Gefühl eigener politischer Wirkungslosigkeit sowie Qualitätsdefizite der Bürgerbeteiligung (Jacquet, 2017). Ein Aufgreifen dieser Erkenntnisse und eine praxisbezogene Reaktion darauf, die sich mit denjenigen Teilen dieser Erkenntnisse auseinandersetzt, die sich ggf. beeinflussen ließen, sind bislang allerdings noch nicht erkennbar.

Zudem stellen sich im Sinne eines Ausblicks auf künftige Fragestellungen, die in einen erweiterten und sich stetig wandelnden Urban Governance-Kontext eingebunden werden, neue Herausforderungen, z. B. Fragen zu den Schnittstellen zwischen repräsentativer Demokratie und demokratischer Deliberation, Fragen zu deren Neujustierung sowie zu den dort zu verortenden Akteuren, also insbesondere den überwiegend ehrenamtlich aktiven Kommunalpolitikern und Parteimitgliedern in den Ortsverbänden sowie den verschiedenen Formen kollektiver und korporativer Intermediärer der Lokalen Demokratie. Die Fragen dazu lauten: Wie und mit welchen Akteuren kann die Einbindung der Ergebnisse deliberativer Beteiligungsverfahren in die institutionalisierten Prozesse der repräsentativen Demokratie gestaltet und verbessert werden, bzw. wie können die Schnittstellen zwischen repräsentativer Demokratie und demokratischer Deliberation ertragreich und handhabbar konfiguriert werden?

Ein weiteres, in der Verbandsforschung fest verankertes, aber im nächsten Berichtszeitraum zusätzlich an Eigenständigkeit und Gewicht gewinnendes Themenfeld wird sich darüber hinaus intensiv mit den breit gefächerten Fragestellungen zur Kommunikation in der Lokalen Demokratie befassen. Dazu zählt die Ebene der Informationsvermittlung seitens der staatlich-kommunalen Institutionen, die kommunikationsbezogene Rolle der Medien, der Intermediären und weiterer Akteure, das Thema der Informationsaufnahme und der Informationsrezeption bei verschiedenen sozialen Gruppen und Milieus sowie das komplexe Zusammenspiel und Wirken verschiedener analoger und digitaler Informations- und Kommunikationsmedien, um nur einige der zu diesem Themenfeld zu rechnenden Bausteine abschließend zu benennen.

Literatur:

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.

Jacquet, Vincent (2017): Explaining non-participation in deliberative mini-publics. In: European Journal of Political Research.

Jörke, Dirk (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Postdemokratie? Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, 2011, Bonn.

Kuder, Thomas (2016): Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung. vhw werk-STADT Nr. 8, Berlin.

Lietzmann Hans J. und Volker Mittendorf (2011): Dialogische Local Governance – Ein effektives Konzept für riskante Entscheidungen. In: vhw-Schriftenreihe 3: Dialog: Zur Stärkung Lokaler Demokratie, Berlin.

Merkel, Wolfgang (2015): Nur schöner Schein? Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis. Frankfurt am Main.

Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Postdemokratie? Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, 2011, Bonn.

Nullmeier, Frank und Martin Nonnhoff (2010): Der Wandel des Legitimitätsdenkens. In: Nullmeier et al.: Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation, Frankfurt am Main/New York.

Nullmeier, Frank, Geis, Anna und Christopher Daase (2012): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. In: Nullmeier, Geis, Daase (Hrsg.): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen (Leviathan Sonderband, 27), Baden-Baden.

Schaal, Gunnar F. (2016/2017): Deliberative Systeme I und II. Unveröff. Gutachten, Berlin.

Schnur, Olaf und Sebastian Beck (2016): Mittler, Macher, Protestierer. Berlin.

Schuppert, Gunnar F. (2017): Good Urban Governance. Aktuelle Herausforderungen und Zukunftsperspektiven lokaler Demokratie. Unveröff. Gutachten, Berlin.

Schuppert, Gunnar F. (2011): Bürgerdialog, lokale Demokratie und Urban Governance aus kommunikationstheoretischer Per-

spektive. In: vhw-Schriftenreihe 3: Dialog: Zur Stärkung Lokaler Demokratie, Berlin.

Zürn, Michael (2008): Governance in einer sich wandelnden Welt – eine Zwischenbilanz. In: Schuppert, Zürn (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt. PVS-Sonderheft, 41, Wiesbaden.

Zürn, Michael (2011): Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert. In: PVS 52, Wiesbaden.

Zürn, Michael (2012): Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft Nr. 4/2012, Berlin.

Städtenetzwerk-Projekte

Auch im abgelaufenen Berichtsjahr nahm die Zusammenarbeit mit verschiedenen Städten im Städtenetzwerk (SNW) eine wichtige Rolle in der Forschungsarbeit des vhw ein.

Neben der Fortführung wurde eine Bestandsaufnahme zur bisherigen Städtenetzarbeit und ihren Ergebnissen vorgenommen. Dazu wurden die Erfahrungen mit dem Ansatz und seiner Umsetzung, die Zusammenarbeit mit Kommunen und sonstigen Akteuren und die Frage nach dem Maß der Zielerreichung behandelt. Zu den zentralen Zielen zählen zum einen die Qualität der Verfahren im Sinne der Deliberation (vgl. Kapitel 2.1) und zum anderen die Einbeziehung möglichst vieler zuvor abseits stehender gesellschaftlicher Gruppen unter dem Stichwort „Inklusion“.

Seit Beginn der Städtenetzarbeit im Jahr 2010 hat sich eine Reihe von Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung, aber auch für kommunale Koproduktion deutlich verändert. Zu nennen sind an dieser Stelle unter anderem:

- Die Zurückhaltung vieler Kommunen gegenüber einem weitreichenden Radius und Mitentscheidungseinfluss von Partizipationsverfahren, auch,

aber keineswegs nur, aufgrund polarisierter Stimmungslagen und Interessenlagen in der Bevölkerung.

- Der Wiederanstieg der Wahlbeteiligung in den letzten Jahren, der allerdings zu erheblichen Teilen populistischen Parteien, vor allem der AfD, zugekommen ist.
- Die verschiedenen Folgen der Flüchtlingswelle 2015/2016, wobei positiv das hohe zivilgesellschaftliche Engagement und die Koproduktion von Kommunen und verschiedensten Intermediären, etwa im Bereich „Aufnahme und Integration“, zu nennen sind.

Vor diesem Hintergrund kann für das ehrgeizige Unterfangen und dessen Ziele ein zurückhaltend positives Fazit gezogen werden. Zu den Ergebnissen zählen:

- Die erfolgreichen Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der deliberativen Verfahren, wie sie auch aus der Resonanz der Teilnehmenden abzulesen sind. Neue Methoden zur Ermittlung der Anliegen der Bürgerschaft, wie Milieugespräche oder lokale Stimmungsbilder, haben dazu ebenso einen Beitrag geleistet wie die bessere Strukturierung der Verfahren selbst und eine stärker bürgerorientierte Themen-Agenda.
- Das Ziel einer breiten Inklusion – zentral auch für die Legitimierung von Beteiligung im Rahmen der Urban Governance – konnte nur teilweise erreicht werden. Einerseits ist es nachweisbar gelungen, die Zusammensetzung der (Mini-)Publics zu verbreitern und auch Bewohnerinnen und Bewohner aus zuvor nicht oder unterrepräsentierten Gruppen für die Teilnahme zu gewinnen, gerade auch solche mit Migrationshintergrund. Andererseits sind einige, vor allem jüngere und sozial schwächere bis prekäre Milieus weiterhin unterrepräsentiert. Hier bedarf es einer deutlichen Nachbesserung.
- Zu den Erfolgen muss auch die verstärkte Einbeziehung von Intermediären bzw. Stakeholdern in die Prozesse gezählt werden; teilweise, wie in Hamburg

oder Essen, ist im Sinne verstärkter und bürgerorientierter Koproduktion eine bessere Vernetzung dieser, teilweise sehr unterschiedlichen Akteure zustande gekommen.

- Die Grenzen des Ansatzes wurden dort sichtbar, wo es um die breite Bereitschaft der Kommunen geht, erweiterte Selbstverpflichtungen zum Umgang mit den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren einzugehen. Zumindest die – von etlichen Kommunen praktizierte – Festlegung auf einen beratenden Umgang mit den Bürgeranregungen und -vorschlägen ist jedoch für eine breite Inklusion, also Teilnahmebereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger unerlässlich, wie unsere Befragungen gezeigt haben.
- Deutliche Defizite sind zudem beim Thema Kommunikation festzustellen; dies gilt sowohl für die begleitende lokale Öffentlichkeitsarbeit zu den Verfahren, aber auch ganz generell für die Information der Bewohnerinnen und Bewohner über die partizipationsrelevanten Themen. Hier wird der vhw einen Schwerpunkt seiner weiteren Arbeit setzen.

In den konkreten Projekten im Berichtsjahr kamen verschiedene der genannten Instrumente zum Einsatz; diese werden in den nachfolgenden Teilkapiteln kurz vorgestellt. Folgende Projekte sind zu nennen:

- **Berlin:** Der vhw unterstützte das Quartiersmanagement Flughafenstraße bei der Weiterentwicklung des dortigen Bildungsnetzwerks. Ziel des Projekts war die Ermittlung zusätzlicher Entwicklungspotenziale. Die besondere Herausforderung bestand darin, sowohl die Verwaltung, Institutionen, zivilgesellschaftliche Akteure, als auch die lokale Bevölkerung in die Weiterentwicklung des Netzwerks einzubeziehen.
- **Bergisch Gladbach:** Bei der Neuaufstellung des FNP wurden die Bürgerinnen und Bürger in erweiterter Form eingebunden. Dies erfolgte durch eine Reihe zusätzlicher Themenveranstaltungen, in denen sie Anregungen und Kritik einbringen konnten. Der vhw



Forschung und Politik

hat den Prozess durch Analysen, Bürgerbefragungen und Moderation unterstützt und ausgewertet. Weitgehend erfolgreich verlief auch der Versuch zur Besetzung dieser Veranstaltungen nach einem Milieurepräsentativen Auswahlverfahren.

- **Bremen:** Beim Projekt zur Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung im Bremer Stadtteil Vahr tritt anders als in den meisten Verfahren nicht die Freie Hansestadt Bremen, sondern die GEWOBA AG, ein nichtstaatlicher Akteur, als Träger des Verfahrens auf; die Stadt Bremen beschränkt sich auf die Rolle eines wichtigen Kooperationspartners. Diese komplexe Konstellation ist zum einen aus der Perspektive der Akteursforschung beim vhw und zum anderen für die Perspektive der Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft von Relevanz. Über die städtebaulichen und planerischen Aufgaben hinaus ist es Anliegen der GEWOBA AG, den Planungsprozess mit innovativen Beteiligungsformen zu fundieren und sich zugleich verstärkt der neuen Vielfalt in der Bewohnerschaft zu widmen. Die mehrschichtige Projektarchitektur stellt eine organisatorische Herausforderung dar.
- **Hamburg:** Die Unterstützung der Bürgerbeteiligung zur städtebaulichen Entwicklung auf den Hamburger Elbinseln wurde fortgesetzt. Im Kern geht es um die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie engagierter zivilgesellschaftlicher Akteure und Netzwerke in die Dialog- und Gestaltungsprozesse mit der kommunalen Verwaltung und Politik. Damit werden die etablierten Beteiligungsgremien gezielt erweitert (Sanierungsbeiräte, Beirat für Stadtteilentwicklung).
- **Essen:** Der Entwicklungsprozess „Kreativquartier City Nord“ in der nördlichen Innenstadt wurde fortgesetzt. Durch die Vernetzung der relevanten Akteure und durch Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sollen die Voraussetzungen für das Doppelziel der sozialen Stabilisierung und der Kreativentfaltung geschaffen werden. In thematischen Arbeitsgrup-

pen wurden seit 2016 einzelne Handlungsfelder intensiver bearbeitet und konkrete Entwicklungsziele formuliert. Die bis dato erarbeiteten Handlungsvorschläge sollen 2017 in einem integrierten Handlungskonzept zusammengeführt werden. Zudem wird der Vorbildcharakter des Projekts in der Stadt hinsichtlich kommunaler Koproduktionsansätze betont.

- **Kiel:** Im Berichtszeitraum wurden die beiden Kooperationsverfahren formell abgeschlossen, u. a. mit dem vhw werkSTADT-Bericht Nr. 9 vom November 2016. Ein weiteres Projekt im Stadtteil Gaarden-Ost befand sich im Sommer 2017 in der Vorbereitung.
- Mit der Stadt **Offenbach** wurde eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Städtenetzwerk-Rahmen getroffen; weitere Sondierungen laufen, u. a. mit der Stadt Delmenhorst.

Die Bestandsaufnahme wird dazu dienen, Defizite in der Städtenetzwerk-Arbeit abzubauen und gezielt weitere Erkenntnisfelder ins Blickfeld zu rücken, um das Ziel von Teilhabe und Kooperation in den Stadtgesellschaften und damit einer Stärkung der Lokalen Demokratie weiter voranzubringen.

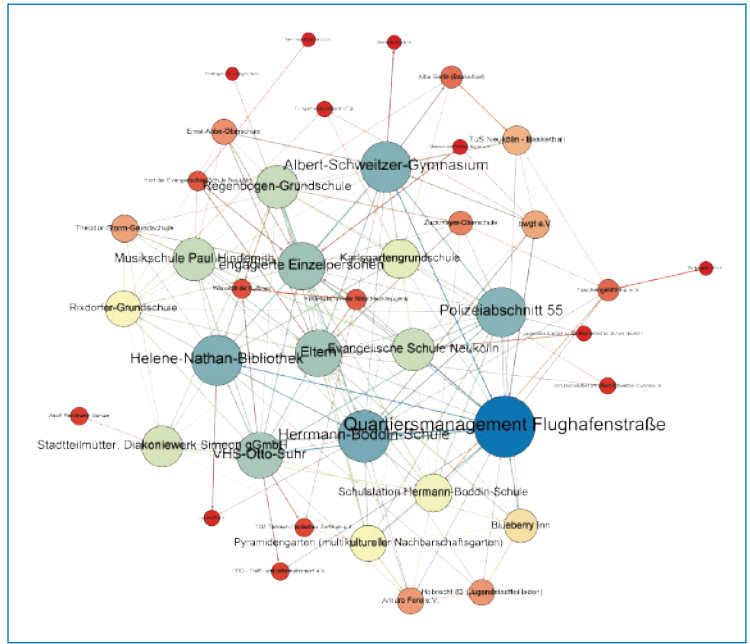
Berlin: Bildungsquartier Flughafenstraße

Der vhw unterstütze das Quartiersmanagement Flughafenstraße bei der Weiterentwicklung von dessen Bildungsnetzwerk im Zeitraum Mai 2016 bis Juni 2017. Ziel des Projekts war es zu benennen, an welchen Punkten noch Entwicklungspotenziale bestehen und wie diese mit konkreten Projekten weiterentwickelt werden können. Das Projekt bewegte sich mit seinem quartiersbezogenen Ansatz zwischen den Polen Bildung und Stadtentwicklung. Die besondere Herausforderung bestand darin, sowohl die Verwaltung, Institutionen, zivilgesellschaftliche Akteure als auch die lokale Bevölkerung, namentlich Eltern und Schüler, in die Weiterentwicklung des Netzwerks miteinzubeziehen.



Abb. 2/3: Bildungsnetzwerk Berlin-Flughafenstraße

Das Projekt bestand aus drei Modulen: Analyse, Dialog und Perspektiven. Der vhw setzte somit nicht nur auf Datenerhebung, sondern auch auf einen intensiven Kontakt mit dem Quartiersmanagement und den Akteuren vor Ort. In der Analysephase kristallisierte sich schnell heraus, dass die Themen Sprache und Kultur, sowie der Bereich der non-formalen Bildung insgesamt eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von Wissen und Fertigkeiten an die überwiegend aus sozial-benachteiligten Familien stammenden Kinder und Jugendlichen spielen. Im Rahmen einer Netzwerkanalyse mit 40 Akteuren verdichtete sich diese Erkenntnis. Darüber hinaus wurde gezeigt, dass zwar die Schulen über Eigennetze verfügen, mit deren Hilfe sie ihr Lehrangebot erweitern, jedoch blieb die Kooperation untereinander hinter ihren eigentlichen Potenzialen zurück. An diesem Punkt setzten die Projektentwicklungsgespräche mit Einrichtungen, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern



© vhw e. V.

sowie Eltern im Frühjahr 2017 an. Hier wurden, ableitend aus den Bedarfen, dialogisch Projekte entwickelt, mit deren Hilfe die Arbeit im Netzwerk enger und damit die Förderung von Schülerinnen und Schülern noch intensiver wird. Prozessual wurden drei Projekte entwickelt: ein Bildungsfest zur Identitätsbildung und Entwicklung von informellen Kontakten im Netzwerk, die Gestaltung von Übergängen von der Grundschule in die Sekundarstufe I sowie der Ausbau einer ehemaligen Schulumhalle zur Freizeitgestaltung in den Nachmittagsstunden. Die Projekte wurden in einem abschließenden „Projektlabor Bildung“ mit allen Beteiligten diskutiert, erste Gestaltungs-ideen wurden formuliert. Durch die Teilnahme der jeweils zuständigen Fachverwaltungen, sowie der Verankerung im aktuellen Handlungs- und Entwicklungskonzept sollen diese Projekte zukünftig organisatorisch und finanziell durch den Projektpartner unterstützt werden.

Bergisch Gladbach: Qualifizierte Bürgerbeteiligung zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans

Der vhw unterstützte die Stadt Bergisch Gladbach, Mitglied im vhw-Städtenetzwerk, im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) mit einem partizipativen Verfahren. Nach diversen vorbereitenden Schritten im Frühjahr 2016, u. a. einer Milieu-, Bevölkerungs- und Wanderungsanalyse der Region, ging das Dialogverfahren nach der Sommerpause in die heiße Phase. Den Auftakt stellte eine große öffentliche Informationsveranstaltung Anfang September dar, auf der knapp 500 Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit wahrnahmen, sich an zehn Informationsständen und in mehreren vertiefenden Diskussionsforen über die Neuerungen des Flächennutzungsplans zu informieren und Fragen zu stellen. Zusätzlich bestand die Möglichkeit, Stellungnahmen direkt vor Ort abzugeben. Der vhw unterstützte Bergisch Gladbach durch Impulsvorträge und die Moderation mehrerer Diskussionsforen.

Das hier zum Einsatz gekommene Einladungsverfahren auf Basis einer qualifizierten Zufallsauswahl stellte einen ersten experimentellen Schritt auf dem Weg zu mehr Inklusion bei Bürgerbeteiligungsverfahren dar. Auf Basis der in Bergisch Gladbach vorliegenden Bevölkerungsstruktur wurden milieubasierte und adressbezogene Daten herausgefiltert und mit Hilfe des Einwohnermeldeamts abgeglichen. Anschließend wurden von den Verantwortlichen der Stadt über 2.000 Einladungsschreiben in maximal drei Wellen verschickt, um eine Mindestanzahl an Teilnehmenden zu gewährleisten. Gleichzeitig wurde um eine verbindliche Zusage gebeten, um die Milieuzusammensetzungen der Gesamtstadt bei thematischen und der jeweiligen Teilräume bei stadtteilbezogenen Bürgergesprächen nachzuvollziehen. Diese Bürgergespräche fanden im Zeitraum von Mitte September bis Anfang Oktober 2016 statt.

Eine Auswertung der Milieuzugehörigkeit auf Basis der Wohnadresse ergab ein erfreuliches Bild: alles in allem waren alle Milieus der Stadtgesellschaft Bergisch Glad-



Abb. 4/5/6: Informationsveranstaltung in Bergisch Gladbach im September 2016, Bürgergespräche

© vhw e. V.

Auf den Erfahrungen langjähriger Praxisarbeit vor Ort aufbauend, kamen zusätzlich dezentrale Beteiligungsformate zum Einsatz. Auf insgesamt neun Bürgergesprächen sollte in einem kleineren Rahmen und entspannter Workshop-Atmosphäre stadtteil- bzw. themenbezogen diskutiert werden. Anders als bei der zentralen Informationsveranstaltung, wurde erstmalig gezielt zu den begleitenden Bürgergesprächen eingeladen.

bachs vertreten, wenn auch mit kleineren Abweichungen hinsichtlich der Anteile. Ebenso positiv fiel auf, dass viele Personen für die Bürgergespräche gewonnen werden konnten, die nach eigenen Angaben bisher noch keinerlei Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung i. w. S. hatten. Es lässt sich festhalten, dass mit Hilfe des Einladungsverfahrens nicht nur der sozialen Schieflage, an der so viele Beteiligungsprozesse kranken, entgegen-

gewirkt, sondern auch ein hoher Grad an Aktivierung der Bewohnerschaft erzielt werden konnte. Gleichzeitig zeigte sich, dass das Verfahren, neben den inhaltlich wertvollen Einlassungen und dem hohen Grad an Aktivierung, vor allem positive demokratische Effekte hatte. So gab knapp die Hälfte der Teilnehmenden an, dass ihre Meinung dazu, wie die Stadt mit Problemen in Bergisch Gladbach umgehe, sich durch die Veranstaltung geändert habe. Diese Meinungsänderung lässt sich angesichts der anfänglich geäußerten Skepsis gegenüber der Politik und der überaus guten Bewertung der Veranstaltungen, u. a. anhand der Parameter „empfundene Wertschätzung“, „Qualität der Informationen“ und „Moderation“, positiv bewerten.

Hier hat sich gezeigt, dasseteiligungsveranstaltungen das Potenzial besitzen, der Skepsis und dem Vertrauensverlust der Bürgerschaft gegenüber der Politik entgegenzuwirken. Dies jedoch nur, wenn den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten wird, sich mit ihren Argumenten gleichberechtigt und konstruktiv in die Diskussion einzubringen.

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans traf in der Bevölkerung Bergisch Gladbachs auf ein breites Echo, was sich allein schon in den rund 4.800 Eingaben zum Planentwurf zeigt. Doch das Beteiligungsverfahren zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans in Bergisch Gladbach war alles andere als ein Selbstläufer. Angesichts der straffen zeitlichen Planung bei gleichzeitig angespannter personeller Lage, war die Stadt trotz des Mehraufwandes bereit, deutlich über das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren hinauszugehen und damit ein positives Signal für eine Verbesserung des angespannten Verhältnisses Kommune – Bürgerschaft auszusenden. Dies wurde von der Bürgerschaft durchaus honoriert.

Von zentraler Bedeutung ist, neben der öffentlich bekundeten Selbstverpflichtung der Verantwortlichen, die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zu beraten und deren Umsetzbarkeit zu prüfen (*Compliance*), die begleitende

und kontinuierliche Kommunikation des Dialogverfahrens. In Bergisch Gladbach wurden unglücklicherweise die positiven Effekte des Dialogverfahrens in ihrer Wirkung überlagert, von dem öffentlich sehr wirksam ausgetragenen Konflikt zwischen der Verwaltung und Politik auf der einen und dem Zusammenschluss mehrerer aktiver Bürgerinitiativen auf der anderen Seite. Damit solche positiven demokratischen Effekte von Beteiligungsverfahren nicht „verpuffen“, sondern nachhaltig wirksam bleiben bzw. sich gar weiter verstärken, sind jedoch eine Verstetigung derartiger Beteiligungsformen, eine angemessene Rückkopplung der Beteiligungsergebnisse in den repräsentativen politischen Prozess sowie eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit unverzichtbar.

Bremen: Der Leitbildprozess „Vahr 2030“

Der vhw engagiert sich seit Ende 2016 im Rahmen seines Städtenetzwerks „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte, integrierte Stadtentwicklung“ in einem neuen Projekt zur Beteiligung der Bürger an der Stadtentwicklung im Bremer Stadtteil Vahr, vielen Menschen bekannt auch durch den Roman und Spielfilm „Neue Vahr Süd“.

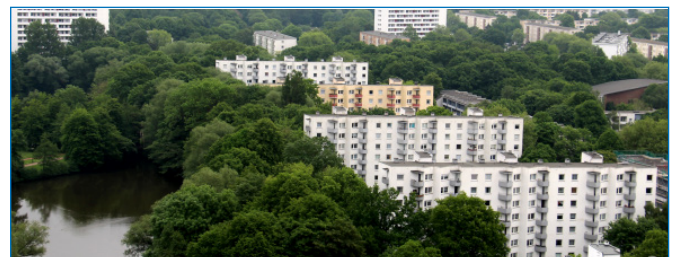


Abb. 7: Bremer Stadtteil Neue Vahr

© vhw e. V.

Zur Vahr gehört die Gartenstadt Vahr und die Siedlung Neue Vahr, erbaut in den 1950er und frühen 1960er Jahren, unter anderem unter Mitwirkung von Ernst May, einem der großen Stadtbaumeister Deutschlands. In der Vahr leben heute knapp 30.000 Einwohner, der überwiegende Teil (rd. 26.000 Einwohner) in der Neuen

Forschung und Politik

Vahr. Der Wohnungsbestand in der Vahr befindet sich mit ca. 80 Prozent der Wohnungen vornehmlich im Eigentum der GEWOBA AG Wohnen und Bauen, einem großen Wohnungsunternehmen mit Sitz in Bremen.

Kennzeichnend für das Planungs- und Beteiligungsprojekt ist die Akteurskonstellation, bei der nicht die Freie Hansestadt Bremen, sondern mit der GEWOBA ein nichtstaatlicher Akteur als Träger des Verfahrens auftritt, während sich die Freie Hansestadt Bremen auf die Rolle eines gleichwohl wichtigen Kooperationspartners beschränkt. Diese besonders komplexe Konstellation ist für den vhw gleich in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung: einmal aus der Perspektive der Akteursforschung beim vhw, die in den letzten Jahren verstärkt auch nichtstaatliche Akteure in neuen urbanen Regimen bzw. komplexen Governance-Arrangements in den Blick genommen hat, und einmal aus der Perspektive der Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, traditionell ein Themenschwergewicht in der Verbandsarbeit des vhw.

Gegenstand des Planungsprozesses ist die Erarbeitung eines neuen Leitbildes „Vahr 2030“, mit einer Rahmenplanung für die weitere Entwicklung des Stadtteils, insbesondere zu den drei Themenfeldern „Einbindung und Erschließung“, „Grün und Freiraum“ sowie „Nachbarschaft und Struktur“. Für diese Planungsaufgaben konnte die GEWOBA mit den Büros COBE Berlin, bgmr Berlin und ARGUS Hamburg drei renommierte Planungsbüros gewinnen, die nach Abschluss der Bürgerbeteiligung im September 2017 mit dem Bearbeitungsprozess im engeren Sinne beginnen werden.

Über die städtebaulichen und planerischen Aufgaben hinaus ist es ein großes Anliegen der GEWOBA, den Planungsprozess mit innovativen Beteiligungsformen zu fundieren. Zudem möchte man sich zukünftig auch verstärkt der neuen Vielfalt in der Bewohnerschaft durch

Generationswechsel und Zuwanderung widmen und die Zukunft der Nachbarschaften im Stadtteil sowie die Stärkung der politischen Teilhabe als wegweisende Aufgaben näher ins Auge fassen. Für die Organisation und Durchführung der teilweise vorgeschalteten und der teilweise prozessbegleitenden Bürgerbeteiligung sowie die in einem Folgeprojekt für das Jahr 2018 angedachten Zukunftsaufgaben ist eine enge, mehrstufige Kooperation mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. vereinbart worden.

Die komplexe, mehrschichtige Projektarchitektur (siehe Grafik, Abb. 8) mit verschiedenen Akteuren, Steuerungsebenen und fachlich-administrativen Zuständigkeiten stellt für das Projekt eine organisatorische Herausforderung dar und macht ein komplexes, mehrstufig spezialisiertes Steuerungsgefüge erforderlich, bei dem auch der vhw gleich an verschiedenen Schnittstellen intensiv eingebunden wurde.

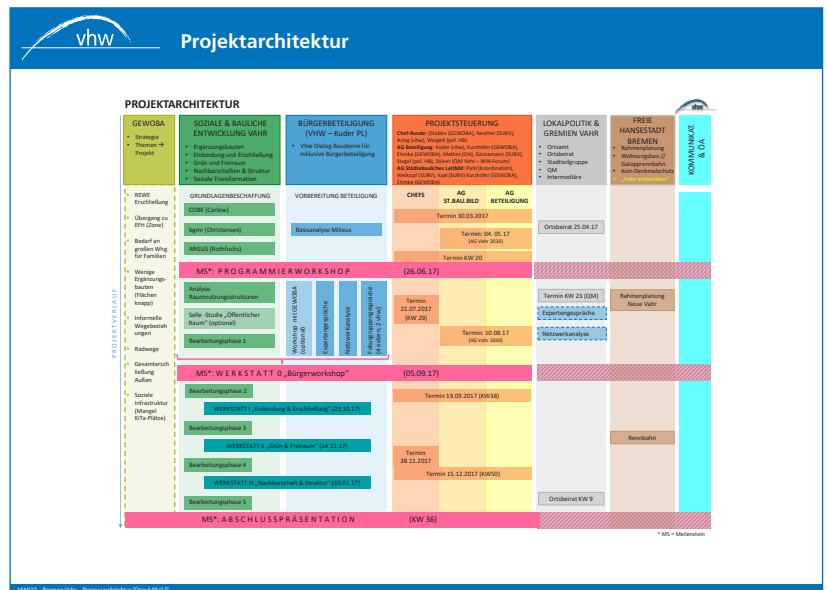


Abb. 8: Projektarchitektur Bremen Neue Vahr

Grafik: vhw e. V.

Der Planungs- und Beteiligungsprozess in der Vahr, der gegen Ende 2016 mit ausführlichen Milieuanalysen begonnen wurde, ist bis zum Ende des Berichtszeitraums im Juni 2017 planmäßig fortgeschritten, d. h. alle analytischen Aufgaben in Vorbereitung der Planungs- und Beteiligungsphase konnten seitens des Bundesverbandes termingerecht abgeschlossen werden. Insbesondere konnten im Berichtszeitraum die nachfolgend aufgezeigten analytischen Tools von Seiten des Bundesverbandes erfolgreich umgesetzt werden:

- eine dialogorientierte Milieuanalyse und Milieuprognose 2030 für die Vahr, u. a. zur mikrogeografisch fundierten Ermittlung von Fokus- bzw. Zielgruppen, die i.d.R. nicht an Beteiligungsprozessen beteiligt bzw. in diesen Prozessen unterrepräsentiert sind und mit dem Ziel einer möglichst inklusiven Bürgerbeteiligung einer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen;
- eine akteursbezogene Netzwerkanalyse zur Beschreibung der zivilgesellschaftlichen Netzwerke und deren Strukturen (Zentren, Peripherien, exkludierte Bereiche), zur Ableitung von Ansätzen für die zukünftige Weiterentwicklung und Optimierung der sozialen Netzwerke;
- eine Befragung ausgewählter lokaler Experten zu den Themenschwerpunkten des Planungs- und Beteiligungsprozesses, mit dem Ziel, ein Mehr an Wissen über die Einstellungen, Werthaltungen, Befindlichkeiten und Bedarfe sowie die bestehenden sozialen Netzwerke in der Vahr zu erarbeiten und zugleich eine zukunftsorientierte, bürgerschaftliche Aktivierung zu unterstützen;
- die Durchführung von Milieugruppengesprächen mit KANTAR public (Partner des vhw) mit Sozialgruppen, deren Einstellungen, Werthaltungen, Befindlichkeiten und Bedarfe es in besonderem Maße zu berücksichtigen gilt, und die für die zukünftige Weiterentwicklung einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur zu gewinnen sind;

- die Durchführung mehrerer Workshops mit Beschäftigten der GEWOBA sowie ergänzende Milieugruppengespräche in Eigenregie mit dem Ziel, das besondere Expertenwissen dieser Beteiligten und dieser Akteure für den Planungsprozess zugänglich zu machen.

Die analytische Fundierung des Planungs- und Beteiligungsprozesses wird begleitet durch eine niedrigschwellige Ansprache- und Kommunikationsstrategie (Plakate, Flyer) sowie einen werbe- und öffentlichkeitswirksamen Auftritt auf einem Straßenfest in der Neuen Vahr, im Vorfeld des eigentlichen Planungs- und Beteiligungsprozesses, bei dem von den Bürgern noch einmal Stärken und Schwächen der Vahr benannt und auf einer Karte räumlich verortet werden können.

Alle durchgeführten Maßnahmen, die in umfassenden Berichten ausgewertet und mehrfach in der Vahr präsentiert und diskutiert werden, dienen letztlich einer um die Einschätzungen, Interessen und Bedürfnisse der Bürgerschaft erweiterten Agenda für den kommenden Planungs- und Beteiligungsprozess im engeren Sinne. Seinen Auftakt wird dieser mit dem vom vhw vorbereiteten Bürger-Workshop im September 2017 haben. In den nachfolgenden Monaten wird die Arbeit intensiv in drei weiteren öffentlichen Arbeitsworkshops mit den beteiligten Planungsbüros fortgeführt werden.

Auf dem einleitenden Bürger-Workshop Anfang September werden zunächst die Berichte zu den bisherigen Aktivitäten der Bürgerbeteiligung vorgestellt und anhand der drei gesetzten Themenschwerpunkte weitere Ideen, Anregungen, Bedenken und Wünsche der Bürger erfragt und diskutiert. Der daraus resultierende Abschlussbericht, der alle bürgerschaftlichen Wünsche und Anregungen aus allen Verfahrensbausteinen noch einmal komprimiert zusammenfasst, wird den beteiligten Planungsbüros quasi als ein erweiterter Arbeitsauftrag der Bürgerschaft der Vahr für den weiteren Planungsprozess überantwortet.

Forschung und Politik

Mit den nachfolgenden öffentlichen Workshops der Planungsbüros, die bis Ende Januar 2018 durchgeführt werden, sowie mit einer Abschlussveranstaltung zur Vorstellung der Planungsergebnisse sowie – im Sinne eines „*comply and explain*“ (Schuppert) – zur begründeten Rückkopplung, was aus den Anregungen, Interessen und Bedürfnissen der Bürgerschaft in der Bearbeitungsphase geworden ist, wird der komplexe Planungs- und Beteiligungsprozess im Frühjahr 2018 zu einem vorläufigen Abschluss kommen.

Ein nachfolgendes zweites Projekt zwischen GEWOBA und vhw, mit dem Schwerpunkt der zukünftigen Entwicklung der lokalen Nachbarschaften und der engagierten Zivilgesellschaft, ist angedacht.

Essen: Das Projekt Kreativquartier City Nord

Im Berichtszeitraum hat der vhw seine Zusammenarbeit mit der Stadt Essen beim Entwicklungsprozess „Kreativquartier City Nord“ in der nördlichen Innenstadt fortgesetzt. Dieser Prozess soll durch die Vernetzung der für das Projekt relevanten Akteure und durch Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzungen für eine zielführende Umsetzung schaffen.

Im Sommer 2016 haben sich die Akteure der dort eingesetzten Lenkungsgruppe in thematischen Arbeitsgruppen aufgeteilt, um einzelne Handlungsfelder intensiver bearbeiten zu können und konkrete Entwicklungsziele zu formulieren. Die Arbeitsgruppen waren mit unterschiedlichen Akteuren aus dem Stadtteil, wie Sozial- und Jugendträger, Immobilienwirtschaft, Kulturschaffende usw. sowie der Verwaltung besetzt. Die Struktur der erarbeiteten Maßnahmen- und Themenkataloge umfasste erforderliche Einzelmaßnahmen, Umsetzungsideen, mögliche Kosten sowie die im Rahmen des integrativen Ansatzes erforderliche Prioritätensetzung. Auch Überlegungen zur Einbeziehung zusätzlicher Akteure wurden diskutiert, welche für die Umsetzung von Maßnahmen oder für bestimmte Handlungsfelder inhaltlich relevant sind.

Alle bis dato erarbeiteten Handlungsvorschläge zur Entwicklung des Quartiers mit der doppelten Zielsetzung der Kreativorientierung und der sozialen Stabilisierung sollen noch 2017 in einem integrierten Handlungskonzept zusammengeführt werden. Mit der Abfassung wurde ein Planungsbüro beauftragt.

Die Stadt Essen beteiligte sich im vergangenen Jahr zudem am Förderaufruf „Starke Quartiere – Starke Menschen“ des Landes NRW. Die „City Nord“ sollte in das Programm aufgenommen werden. Über eine gestärkte Förderkulisse sollen die bisherigen Vorarbeiten fortgesetzt werden. Das Vorgehen in der „City Nord“ sollte nach Auffassung des zuständigen Geschäftsbereichs zudem als Muster für die Ansätze in anderen Stadtquartieren dienen, insbesondere hinsichtlich der Vernetzung der Akteure und der Berücksichtigung der Bürgeranliegen.



Abb. 9: Sitzung der Lenkungsgruppe im Dezember 2016

© vhw e. V.

Bis zum Ende des Berichtszeitraums ist diese Verknüpfung über mehrere Ebenen der Zuständigkeit jedoch noch nicht erfolgt. Entsprechend wurden die geplante Bürgerbeteiligung sowie die Fortführung des Beteiligungsprozesses mit den Akteuren in der „City Nord“ zunächst verschoben. Alle Beteiligten waren sich ungeachtet dieser Verzögerung über den Vorbildcharakter des Projekts im Hinblick auf künftige kommunale Ko-Produktionsansätze und die duale Zielstellung für die integrierte Stadtteilentwicklung einig. Das intensive Engagement der Akteure im Stadtteil war aus Sicht des vhw und der verantwortlichen Teile der Kommunalverwaltung beispielhaft.

Hamburg: Co-Kreative Entwicklungsplanung

Im Berichtszeitraum hat der vhw die Unterstützung der Bürgerbeteiligung auf den Hamburger Elbinseln im Rahmen des Beteiligungsprojekts „Perspektiven! – miteinander planen für die Elbinseln“ fortgesetzt (<http://buewi.de/aktivitaeten/perspektiven>). Dabei geht es im Kern darum, neben den etablierten Beteiligungsgremien (Sanierungsbeiräte, Beirat für Stadtteilentwicklung) auch die einzelnen Bürgerinnen und Bürger ebenso wie engagierte zivilgesellschaftliche Akteure und Netzwerke in die Dialog- und Gestaltungsprozesse mit kommunaler Verwaltung und Politik zur städtebaulichen Entwicklung der Elbinseln einzubinden. Der vhw ist dabei Kooperationspartner der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg, die den Perspektiven!-Prozess koordiniert, wie auch Kooperationspartner der Freien und Hansestadt Hamburg. Das Hamburger Projekt bietet damit einen praktischen Ansatz, der die Kompetenzen des vhw in Bezug auf inklusive Beteiligungsstrategien (Milieus, Deliberation) und die strategische und potenzialorientierte Aushandlung und Gestaltung von Akteurskooperationen in Governance-Prozessen zwischen Kommune, Zivilgesellschaft und Wirtschaft (Intermediäre) verbindet.

Die co-kreative Entwicklungsplanung auf den Elbinseln hat sich bis 2016/2017 weiter verstärkt. Unser Kooperationspartner „Perspektiven! – miteinander planen für die Elbinseln“ hat sich mittlerweile zu einem etablierten städtebaulichen Akteur entwickelt: zu einem professionellen neo-Intermediären Netzwerk. Auch wenn Perspektiven! bis heute über keine Regelfinanzierung verfügt, konnte das Netzwerk eigenständig Beteiligungsprojekte akquirieren, auf deren Basis es sich mittlerweile selbstständig finanzieren kann. Der vhw hat Perspektiven! in 2016/2017 bei folgenden Projekten begleiten können:

1. **Verfahrensrat:** Dieses Gremium besteht in Fortschreibung des Perspektiven!-Prozesses und dient dem steten Dialog zwischen den zivilgesellschaftlichen Perspektiven!-Akteuren, lokaler Wirtschaft (vor allem um die Hamburger Port Authority und lokale Produktions- und Logistikunternehmen), der Entwicklungsgesellschaft IBA Hamburg GmbH, Kommune (Bezirk Hamburg-Mitte wie auch der Senatsbehörde für Stadtentwicklung und Umwelt/Wirtschaft) und Kommunalpolitik. Ziel ist ein Abgleich der gegenseitigen thematischen und projektbezogenen Handlungssagenden, damit etwaige Beteiligungsprozesse entsprechend frühzeitig vorbereitet und angegangen



Abb. 10/11: Beteiligungsprojekt „Perspektiven! – miteinander planen für die Elbinseln“, Veranstaltung im Juli 2016

Forschung und Politik

werden können. Dabei hat der vhw die Moderation der übergreifenden Steuerungsgruppe fortgeführt.

- Beteiligung zum Planungsfeststellungsverfahren der A26 Ost:** Perspektiven! hat im Auftrag des DEGES die zweijährige Beteiligung zum Planfeststellungsverfahren zum Neubau der A26 Ost in Hamburg Wilhelmsburg übernommen. Die A26 ist ein Projekt der Bundesrepublik Deutschland. Die Pläne sehen eine neue Autobahn mit Verlauf durch den Süden von Wilhelmsburg vor. Im Perspektiven!-Beteiligungsverfahren geht es um die Frage: Was muss beachtet werden, damit im Rahmen der vorgesehenen Trassenführung (Planerinnen und Planer sprechen hier von „linienbestimmten“ Planungen) die verträglichsten Lösungen für die Menschen auf den Elbinseln gefunden werden? Wichtig ist dabei, dass die Anforderungen der Bewohnerinnen und Bewohner vor dem Antrag auf Planfeststellung erarbeitet werden. Das stellt sicher, dass sie auch tatsächlich in die Planungen einfließen können. Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens werden in einem Bericht dokumentiert und in das Planfeststellungsverfahren eingebracht und abgewogen. Der vhw begleitet und berät Perspektiven! im Laufe dieses Beteiligungsprozesses (s. a. <http://buewi.de/aktivitaeten/perspektiven/verfahren-a26-wilhelmsburg>)
- Städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerbe:** Die IBA Hamburg GmbH ist seitens des Senats damit beauftragt, auf den Elbinseln Projektgebiete zu qualifizieren und zu entwickeln, auf denen Wohnungsbau entstehen kann. Diese Projekte werden unter anderem über das Instrument des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs entwickelt. In den Gebieten „Dratelnstraße“ (2014/2015) und „Nord-Süd-Achse“ (2015/2016) hat der vhw die entsprechenden Wettbewerbe begleitet. In 2016/2017 haben wir begonnen, die Bürgerbeteiligung zum dritten abschließenden Planungsprozess zum „Spreehafenviertel“ zu begleiten. Zwischen Spreehafen und Ernst-August-Kanal, nordöstlich an das Reiherstieg-

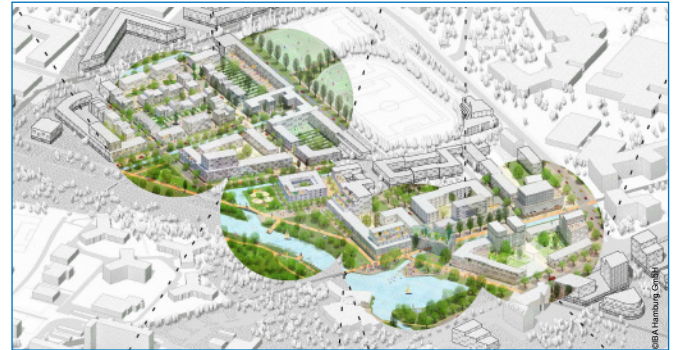


Abb. 12/13: Projekt Dratelnstraße (oben), Projekt Nord-Süd-Achse (unten)
Quelle: IBA Hamburg GmbH

viertel angrenzend, ist ein neues Quartier geplant. Dort sollen ca. 1.000 Wohnungen sowie Gewerbe entstehen. Wie das Spreehafenviertel später einmal aussehen kann, dafür werden jetzt die Grundideen von verschiedenen Planungsteams in einem Planungsverfahren entwickelt. Es geht z. B. um die Fragen, welche Flächen wofür genutzt werden, welche Häuser geplant werden und wo sie gebaut werden, wo Straßen und Wege verlaufen und welche Plätze frei bleiben z. B. für Parks und Grünflächen. Im Verfahren kann daran mitgeplant werden. In 2016 haben wir über aufsuchende milieuorientierte Gespräche, Bürgerworkshops und ein Online-Beteiligungsverfahren die Erarbeitung der entsprechenden Auslobungsunterlagen für ein städtebauliches Workshopverfahren begleitet, das

noch bis Dezember 2017 fortgesetzt werden wird. Geplant ist in 2017/2018 ein Reflektionsprozess, der die Eckpunkte des innovativen Beteiligungsverfahrens in diesen drei Planungsverfahren dokumentieren wird, in dem weiterhin eine Vielzahl an Akteuren beteiligt ist: vhw, Perspektiven!, die IBA Hamburg GmbH, die Senatsbehörde für Stadtentwicklung und Wirtschaft, der Bezirk Hamburg-Mitte, die Architektenkammer Hamburg, die etablierten Beteiligungsgremien, die Lokalpolitik, die beteiligten Planungsbüros und die Bürgerinnen und Bürger.

2.2 Akteursforschung – Ein Handlungsfeld entsteht

Eine Zeit lang mag es noch so erschienen sein, als ob in Sachen Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung alles richtiggemacht worden wäre. Schließlich hatte Willy Brandt bereits 1972 in seiner Regierungserklärung konstatiert, dass wir mehr Demokratie wagen sollen. Folglich war das Bonmot der Bürgerbeteiligung in aller Munde. Auch – wenn nicht gerade insbesondere – in der Stadtentwicklung wurde sie zusehends und immer weiter vorangetrieben. Tatsächlich besteht bis dato ein ganzer Katalog von Bürgerbeteiligungsmethoden: vom Bürgerdialog über das Charet-Verfahren oder die Deliberation bis hin zur Planungszelle, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Doch spätestens mit Stuttgart 21 war klar: Das schien nicht gereicht zu haben. So viel Know-how im Umgang mit der Bürgergesellschaft und trotzdem Vertrauenskrise. Was also tun?

Es ist an der Zeit, die wechselseitigen Bezüge der unterschiedlichen Stadtentwicklungsakteure zueinander aus einem veränderten Blickwinkel heraus zu betrachten, der der zunehmenden Vielfalt an Akteuren und Interaktionen gerecht werden kann. Tatsächlich stoßen wir in der Stadtentwicklung auf ein vielschichtiges „Akteurs-aquarium“, in dem eben nicht nur „Kommunen“ und „Bürgerinnen und Bürger“ agieren, sondern auch Medien, Unternehmen und eine immer stärker differen-

zierte Zivilgesellschaft. Uns begegnen zudem zwei konkurrierende und interagierende Modi von Stadtentwicklung: die vertikale Logik des Urban Governments und die horizontale Logik der Urban Governance. Vertikale und horizontale Akteursnetzwerke gewinnen gleichermaßen an Bedeutung – mit Blick auf formelle Verfahren, wie auch mit Blick auf informelle Kommunikations- und Handlungsbeziehungen. Die Stadtentwicklung befindet sich momentan in einem Transformationsprozess: vom klassischen Urban Government zu einer Urban Governance. Die Arena der Stadtentwicklungsakteure befindet sich im Umbruch:

- Wie verändern diversifizierte und modernisierte – neue – stadtesellschaftliche Teilhabezugänge die Landschaft der Stadtentwicklungsakteure?
- Inwieweit wird die Summe der Stadtentwicklungsakteure dadurch quantitativ „vielfältiger“?
- Und wie verändert sich die Art und Weise, in der die – organisierte bzw. kollektiv auftretende – Stadtesellschaft überhaupt an Teilhabeprozessen teilnimmt bzw. nicht teilnimmt?
- Inwieweit verändern sich in diesem Kontext die Rollen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung?
- Wer vermittelt?
- Wer steuert?
- Wer gestaltet?
- Wer verfügt über welche Ressourcen und Netzwerke?
- Wer weiß wieviel? Und wer darf wie viel wissen?
- Wie verhalten sich dabei formelle Verfahren und informelle Kommunikationsprozesse zueinander?
- Wer kann mit welcher Legitimität auftreten?
- Wer „repräsentiert“ wen?
- Wie responsiv können sich so letztlich formelle Entscheidungsstrukturen und *bottom-up*

formulierte Partizipationsansprüche zueinander verhalten?

Solche Fragen trieben uns um, als wir 2015 begannen, uns im Rahmen einer Expertenkommission mit der Frage nach den zu beobachtenden Veränderungen im Zusammenspiel der unterschiedlichen Stadtentwicklungsakteure zueinander auseinanderzusetzen. Der vhw wollte damit eine Debatte anstoßen, in der es im Kern nicht nur um die Chancen, Perspektiven und Risiken von Bürgerbeteiligung, sondern um die Koproduktion von Stadt seitens Zivilgesellschaft, lokaler Wirtschaft und kommunaler Politik und Verwaltung geht. Dabei erschien insbesondere die Akteursgruppe der „Intermediären“ von besonderer Bedeutung, weil sie „zwischen“ Kommunen und Einzelpersonen wie auch „zwischen“ den vertikalen Strukturen von Government und den horizontalen Kooperationen in Governance-Prozessen agieren. Diese „intermediären“ Akteure definierte der vhw wie folgt: „Intermediäre Akteure – oder auch kurz „Intermediäre“ – stehen gleichzeitig für Vermittlungen zwischen Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern, für zivilgesellschaftliche Netzwerke sowie für die Mitwirkung bei der Koproduktion von Stadt“ (Beck/Schnur 2016¹). Mit Blick auf den Transformationsprozess von Urban Government zur Urban Governance sind die Intermediären allerdings keineswegs ein Vademecum „richtiger“ Stadtentwicklungspolitik, sondern vielmehr die „Spitze des Eisbergs“, in einem zusehends vielfältigeren und immer stärker vernetzten „Akteursaquarium“. Sie stehen paradigmatisch für eine Entwicklung, in der sich Government- und Governance-Strukturen miteinander vernetzen und weiterentwickeln.

Mit dem Blick auf die Umbrüche und Veränderungsprozesse in den Beziehungen der Stadtentwicklungsakteure zueinander, entsteht für den vhw ein neues Handlungsfeld, die Akteursforschung:

¹ Beck, Sebastian und Olaf Schnur: „Mittler, Macher, Protestierer“ – Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin 2016 (Jovis-Verlag)

- Das bedeutet eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Stadtentwicklungsakteuren selbst in Bezug auf empirische Fallstudien wie auch im Hinblick auf eine theoretische Reflexion.
- Die „Intermediären“ standen und stehen dabei momentan im Fokus unserer Auseinandersetzung – wenngleich im Kontext von Figurationsanalysen (vgl. Elias 1970), die stets auch die relative Bedeutung anderer Akteure reflektieren.
- Die Auseinandersetzung mit der organisierten Zivilgesellschaft macht ebendiese im Übrigen auch zum Adressaten unserer eigenen Arbeit und versetzt den vhw, der sich als Partner der Kommunen begreift, zusehends selbst in die gleichzeitig vermittelnde und gestaltende Rolle eines (Para-)Intermediären.
- Als Produzent von Produkten (Veranstaltungen, Publikationen, Vorträge etc.), aber auch als eigenständiger Stadtentwicklungsakteur (Beteiligungsagent, Sachverständiger, Experte etc.) übernimmt der vhw im Kontext der Akteursforschung zunehmend selbst eine aktive bedeutsame und wirksame Rolle in Stadtentwicklungskontexten, entwickelt lokales Vertrauenskapital und steht vor der Aufgabe, seine eigene politische Rolle in diesem Kontext zu reflektieren.
- Zudem kann eine strukturierte Auseinandersetzung mit den Akteuren der Stadtentwicklung nicht monodirektional verlaufen – sie beinhaltet vielmehr multiple Querbezüge zu den anderen Forschungsfeldern des vhw und besitzt damit in weiten Teilen immer auch einen Querschnittscharakter

Projekt „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“

Das Debattenbuch (Beck/Schnur 2016²) markiert einen ersten Meilenstein der vhw-Forschung in Sachen Akteursforschung. Es galt allerdings, diese Debatte auch entlang empirischer Untersuchungen aufzubohren. Das erfolgreich abgeschlossene vhw-

² ebd.

Projekt „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“, das sich mit dem Feld der neuen zivilgesellschaftlichen Berliner Stadtentwicklungsakteure auseinandersetzt, ist ein erster Schritt in diese Richtung. Mit dieser Studie setzt der vhw gemeinsam mit dem Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und der Berliner L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH die Debatte um die Intermediären fort, die mit der Veröffentlichung des Debattenbuches begonnen wurde.

Ziel der Studie war es zunächst, einen projektbezogenen Einblick in die Vielfalt der Berliner Stadtentwicklungsakteure zu bieten. Der Schwerpunkt lag dabei auf Initiativen, die sich durch neuartige Kooperationsformen mit der Kommune, Veränderungen in den diesbezüglichen formellen bzw. informellen Kooperationsstrukturen und Schnittstellen oder eigenständige Ideen und Projekte im Umgang mit aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung auszeichnen. Entlang dieses über mehrere Arbeitstreffen hinweg erstellten Suchrasters wurden auf Basis von Recherchen, zahlreichen Begehungen und ersten Interviews insgesamt 30 Kurzprofile von zivilgesellschaftlichen intermediären Akteuren (Initiativen, Vereine etc.) erstellt. Von diesen 30 Akteuren wurden fünf Beispiele für eine vertiefende Untersuchung ausgewählt: Die Initiativen „Bundesplatz“ und „Kotti & Co“ aus dem Themenfeld Stadtentwicklung und Wohnen, die Initiativen „Hellersdorf Hilft“ und „Willkommen im Westend“ aus dem Themenfeld Flüchtlings- und Willkommensinitiativen und die Initiative „Haus der Statistik“, die an der Schnittstelle dieser Themenfelder liegt.

Ausgewählte Ergebnisse

In der Arbeit der untersuchten Berliner Initiativen zeichnet sich ein neues Miteinander von Kommune, Zivilgesellschaft und auch wirtschaftlichen Akteuren ab. In den Kooperationsformen dieser Governance-Konstellationen zeichnen sich Strukturveränderungen ab, die teils bereits entwickelt, teils aber auch noch in Entwicklung begriffen sind: bei den Schnittstellen zwischen Zivilgesellschaft und Kommune, bei der Formulierung

konkreter Lösungsansätze oder auch bei der Arbeit an strategischen Visionen zu stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen. Dieses neue Miteinander begegnet uns in vielfältigen Kontexten, die sich an zwei Polen kontrastierend zueinander beschreiben lassen:

- Ein erster Pol findet sich in den bereits beschriebenen Stadtmacher-Initiativen, die sehr projektbezogen arbeiten und entsprechend gut lokal verortbar sind. Die Praxis dieser urbanen Macher-Projekte zielt über neue Kooperationsformen und -strukturen mit Verwaltung und Politik auf governanceorientierte Koproduktionen von Stadt.
- Ein anderer Pol neuartiger Stadtentwicklungsakteure zeichnet sich dagegen dadurch aus, dass sie von vornherein eine Netzwerkarbeit betreiben, die deutlich über den Kontext lokal verortbarer quartiersorientierter Gestaltungsprojekte hinausgeht. Sie stoßen stadtentwicklungspolitische Debatten an, die sich auf die gesamte Stadt Berlin beziehen bzw. in Teilen auch darüber hinaus. Dafür stehen Initiativen wie „Stadt neu denken“, „Think Berl!n“ oder „Gentrification Blog“.

Zu den fünf näher untersuchten Initiativen:

- Alle fünf untersuchten Initiativen haben einen anlassbezogenen, lokalen Ursprung und arbeiten gemeinwohlorientiert. Sie können auf einen aktiven Kern von 5 bis 15 Menschen zurückgreifen, wobei vier Initiativen eine erweiterte aktive Gruppe von ca. 50 Personen und darüber hinaus einen Unterstützerkreis von z. T. mehreren hundert Personen haben, die durch niedrigschwellige und offene Angebote an der Initiativarbeit beteiligt werden. Die Organisationsformen der Initiativen sind unterschiedlich ausgeprägt. Von Verein über Genossenschaft bis hin zu nicht vorhandenen formalen Strukturen ist alles vertreten. Die interne Kommunikation innerhalb der Initiativen ist unterschiedlich und reicht von Berichterstattung bis hin zu ausgeprägter Besprechungskultur. Entsprechend unterscheidet sich auch die Entscheidungsfin-



Forschung und Politik

derung, vom Mehrheitsprinzip über Konsensprinzip bis zum Delegieren an eine Steuerungsrunde.

- Für alle Initiativen sind vertikale und horizontale Kooperationen wesentlich für ihre Arbeit, sie unterscheiden sich jedoch in der gewählten Intensität. Die Initiativen wählen ihre Kooperationspartner und -partnerinnen durch gezielte Ansprache aus und ergänzend durch persönliche Kontakte. Die Möglichkeiten der vertikalen Kooperation der Initiativen sind sehr von der Ebene der gegenüberliegenden Seite (Land/Bezirk), den Zielen der Initiativen und den damit verbundenen Handlungsspielräumen abhängig. Obwohl sich „Kotti & Co“ und „Willkommen im Westend“ auf Landes- und Bezirksebene (vertikale Kooperation) einen Beraterstatus erarbeitet haben und hier eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erfahren, schätzen sie ihren Handlungsspielraum auf bezirklicher Ebenen nur gering bzw. mittel ein. Demgegenüber wird der Handlungsspielraum der „Initiative Bundesplatz“ und des „Hauses der Statistik“ auf bezirklicher Ebene hoch angesehen, hier konnten konkrete Vereinbarungen mit der Bezirksverwaltung abgeschlossen bzw. durch den Bezirk unterstützt werden. Die Initiative „Hellersdorf Hilft“ unterhält nur wenige Kooperationsbeziehungen, sie erfahren ihren Handlungsspielraum gegenüber der Bezirksverwaltung als gering. Die Handlungsspielräume auf Landesebene sind durchweg als mittel anzusehen.
- Alle Initiativen suchen die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, die ähnliche Ziele verfolgen (horizontale Kooperationen), sie sind beratend tätig und lassen andere zivilgesellschaftliche Akteure an ihren Erfahrungen teilhaben. Die Wissensakkumulation spielt eine wichtige Rolle in der Initiativarbeit. Durch eigenes Wissen, das sie generieren, werden sie zu Experten und Expertinnen für ihr Anliegen. Dafür nutzen sie zum Teil den Kontakt anlassbezogen zur Wissenschaft oder binden Experten dauerhaft in ihre Initiative ein.
- Die Kommunikation nach außen findet meist bei einer Initiative sporadisch statt; alle anderen Akteure arbeiten hier professionell bzw. mit hoher Flexibilität.
- Als Wegbereiter und Experten erreichen vier der fünf untersuchten Initiativen Strukturveränderungen vor Ort. Die Initiative „Hellersdorf Hilft“ schafft es vor allem über Protest etwas zu verändern. Bis auf „Hellersdorf Hilft“ legitimieren sich alle Initiativen durch ihre breite Basis und ihre Fachexpertise, nur beim „Haus der Statistik“ fehlt es an Aktiven vor Ort. Der Wirkraum aller Initiativen ist quartiers- und bezirkswweit, bis auf „Hellersdorf Hilft“ wirken alle Initiativen auch berlinweit und „Kotti & Co“ sogar deutschlandweit.
- In ihrer Arbeit werden die Initiativen unterschiedlich wahrgenommen. Alle anderen Initiativen erfahren sowohl auf Bezirksebene und Landesebene als auch in der Stadtgesellschaft, Fachöffentlichkeit viel Beachtung. Jedoch wird das „Haus der Statistik“ aufgrund bisher fehlender praktischer Umsetzung von der Nachbarschaft und „Hellersdorf Hilft“ aufgrund zurückhaltender Öffentlichkeitsarbeit von der Landesebene nicht bzw. nur gering wahrgenommen.
- Das politische Handeln der Initiativen ist durchaus unterschiedlich. Wichtig ist ihnen ein öffentliches Zeichen mit ihrer Arbeit zu setzen, lediglich das „Haus der Statistik“ unterscheidet sich hier. Bis auf „Hellersdorf Hilft“ streben alle Initiativen an, eine politische Debatte zu initiieren. Entsprechend geringer ist die Rolle von „Hellersdorf Hilft“ als Mittler, während die anderen Initiativen diese sehr stark ausfüllen.
- Im Aushandlungsprozess nehmen vor allem die Stadtentwicklungsinitiativen großen Einfluss, was allerdings nicht gleichbedeutend mit einem Einfluss auf die gesamtstädtischen Strukturen ist, der nur bei der Arbeit von „Kotti & Co“ und „Willkommen im Westend“ als groß bezeichnet werden kann. „Kotti & Co“ hat mit seinem Wirken ein Gesetz initiiert und gestaltet.

- Alle Initiativen leisten einen Beitrag zur lokalen Demokratie. Während er bei „Kotti & Co“, der „Initiative Bundesplatz“ und „Willkommen im Westend“ hoch ausfällt, lässt er sich bei dem „Haus der Statistik“ und „Hellersdorf Hilft“ nicht so einfach einschätzen.

Impulse für eine Verbesserung der Einbindung von Stadtmacherinnen und Stadtmachern in die Berliner Stadtentwicklungspolitik:

- **Debatte über Kooperationskultur:** Die Legitimität von Stadtmacherinnen und Stadtmachern steht zur Debatte. Sie sind wirksame Akteure, die Stadtentwicklung voranbringen können – und sind gleichzeitig ebenso wenig repräsentativ wie wirtschaftliche Investoren. Als Governance-Akteure und Sprachrohr zivilgesellschaftlicher Interessen benötigen sie eine Anerkennung als ressourcenstarke und kompetente Aushandlungspartnerinnen und -partner.
- **Stadtmacherinnen und Stadtmacher stadtwweit sichtbar machen und Vernetzung intensivieren:** Erfolgreiche Stadtmacherinnen und Stadtmacher stehen schnell vor der Herausforderung, als Expertinnen und Experten in eigener Sache angefragt zu werden. Sie entwickeln sich von konkret lokal Engagierten zu stadtwweit informell Involvierten. Um diesen Prozess zu unterstützen, bieten sich eine Verbesserung ihrer Sichtbarkeit und ihrer Vernetzung untereinander an – wenn sie dies denn wollen.
- **Intermediarität als Stadtentwicklungsressource nutzen:** Nach BauGB haben in der Stadtplanung und in der Politik Tätige die Pflicht, die Gemengelage der zu berücksichtigenden Interessen zu ermitteln und zu gewichten. Eine informelle Einbindung von Stadtmacherinnen und Stadtmachern ist daher häufig Alltagspraxis. Wie wir sehen, gilt dies aber nicht immer. Deshalb benötigen wir Strukturen, um diese informellen Kooperationen verlässlicher bzw. formeller zu gestalten.

- **Verstetigung und Transfer von bezirklichen Schnittstellen:** Die gelingenden Kooperationsstrukturen auf Bezirksebene bieten sich perspektivisch für eine Verstetigung und für einen Transfer an. Zum einen können sie verlässlicher gestaltet werden, indem sie innerhalb der Verwaltung vertikal und ressort-übergreifend besser vernetzt werden. Zum anderen bieten sie sich für einen organisierten Erfahrungsaustausch mit Dritten aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft an.
- **Ansprechpersonen auf Landesebene:** Um die Kompetenzen von Stadtmacherinnen und Stadtmachern bei den stadtwentwicklungspolitischen Herausforderungen auf Landesebene besser in Wert setzen zu können, ist die Benennung konkreter formeller handlungsfeldspezifischer Ansprechpersonen empfehlenswert. So ließe sich von einer Kultur der Zuständigkeitsdelegation zu einer Kultur der gemeinsamen Verantwortungsübernahme gelangen.

Die Debatte geht weiter

Studie Welcome-Netzwerke

In den letzten Jahren, vor allem seit dem Spätsommer 2015, hat sich in Folge der starken Zuwanderung von Asylsuchenden und Flüchtlingen ein enormes Engagement in der Flüchtlingshilfe entwickelt, das zur Entstehung und Ausbreitung vielfältiger Willkommensinitiativen geführt hat. Die Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher – Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik“ hat sich dieser Initiativenlandschaft – zumindest in Berlin – bereits angenähert und aus der Perspektive stadtwpolitischer Governance-Prozesse gezeigt, dass die Rahmenbedingungen auf Seiten der Kommunalverwaltung/-politik zu Öffnungs- und Veränderungsprozessen geführt haben, die den zivilgesellschaftlichen Initiativen zeitweilig besondere Zugänge eröffnet haben, die in verschiedenen sozialräumlichen und politischen Zusammenhängen sehr unterschiedlich ausgestaltet werden.



Forschung und Politik

In einer Folgestudie will der vhw sowohl den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen, als auch die Entwicklungsdynamik und die Gelingensfaktoren von Kooperationsbeziehungen der Initiativen vertiefend in den Blick nehmen, um zu verstehen, ob bzw. in welchen Formen und lokalpolitischen Strukturen sich diese Initiativen verstetigen können.

Bislang ist wenig über die aktuellen Dynamiken der Initiativen und ihrer Rolle in Prozessen der „Local Governance“ bekannt. Neuere Berichte verweisen darauf, dass sich der von den Initiativen bearbeitete thematische Radius immer stärker auffächert: Aus reinen Unterstützerinitiativen werden politisch motivierte Akteure, die ihren Handlungsrahmen beständig ausweiten und bspw. über Wohninitiativen für Geflüchtete auch Einfluss auf Integrationspolitik, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik nehmen. Auch in der Verwaltung und lokalen Politik stellt sich das Akteursfeld in diesem Bereich neu auf: Es entstehen neue Aufgaben und Funktionen in der Verwaltung (Ehrenamts- und Flüchtlingskoordination) mit z. T. intermediärem Auftrag und Selbstverständnis.

Doch über bloße Beschreibungen und die selektive Betrachtung erfolgreicher Einzelfälle hinaus existieren bisher noch keine fundierten Analysen von Willkommensinitiativen, ihren Aktivitäten und Strategien. Vor allem die Frage nach den Rahmenbedingungen und Faktoren, die eine Verstetigung ihrer Arbeit begünstigen sowie den Formen und Aktivitäten, die daraus erwachsen, ist bislang offen und soll in dieser Studie bearbeitet werden.

Die Stadtmacher-Studie trug dazu bei, die Rolle dieser Akteure in kommunalen Governance-Prozessen besser zu verstehen und zu erkennen, dass die Einbindung in diese Prozesse ein Schritt zu einer Verstetigung ihres Engagements sein kann. Nun soll es gezielt auch darum gehen, Engagementförderimpulse von Kommunen (auch zur Lösung der Wohnungsfrage) einschätzen zu können.

Angesichts der Fluidität der aktuellen Entwicklungen und der Geschwindigkeit der Prozesse, mit denen nachhaltige Weichenstellungen im Bereich der Integrationspolitik verknüpft sein werden, haben wir es mit einem engen Zeitfenster zu tun, in dem diese Fragen bearbeitet werden können.

Aus den dargestellten Überlegungen und Forschungsbedarfen ergeben sich die folgenden Leitfragen für das nun zu bearbeitende Projekt:

- Wie nachhaltig ist die Mobilisierungskraft von Willkommensinitiativen über den „Zenit“ der Geflüchteten-Thematik hinaus?
- Inwieweit ist es ihnen gelungen, ihre Arbeit unter veränderten Bedingungen fortzuführen – von der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten in Gemeinschaftseinrichtungen zur dezentralen, quartiersbezogenen Integrationsbegleitung, vom „Bauen von Betten“ zum „Bauen von Brücken“?
- Wie haben sich diese Initiativen inhaltlich weiterentwickelt und institutionell verankert (Politisierung, Professionalisierung, Vernetzung, Kooperation, Verstetigung und Entwicklung weitergehender Projekte), und inwieweit ist es ihnen gelungen, sich als Quartiersinitiativen zu diversifizieren und zu qualifizieren?
- Welche Rolle spielen die Initiativen im Bereich der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik – zwischen und mit kommunalem Integrationsmanagement, Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und Migrantenorganisationen?
- Welche Strategien verfolgen Kommunen, um die Initiativen nachhaltig zu fördern und in ihre Integrationsarbeit einzubinden? Welche Kooperationspfade zwischen Initiativen und Kommunen haben sich entwickelt und bewährt oder sind gescheitert?
- Inwieweit stehen die Willkommensnetzwerke für eine Politisierung bzw. Mobilisierung? Welche orts-

übergreifenden Aktions- und Vernetzungsmodelle lassen sich beobachten?

Das Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) wird diese Studie 2017/2018 durchführen.

Make City

Mit der Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher – Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin“ konnten wir herausstellen, dass die Kooperationspraxis von Stadtmachern zwischen kooperativen Impulsen und konfrontativer Kooperation changiert. Sie verfügen über eine neuartige Qualität von vertikalen, vor allem aber auch horizontalen Netzwerkstrukturen und spielen eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen Bürgerschaft und Verwaltung. Die lokalen Anliegen werden oft mit hoher Professionalität bearbeitet, mit Fachwissen verknüpft sowie durch vertikale und horizontale Netzwerke in politische Aushandlungsprozesse übertragen. „Neu“ an diesen Intermediären ist vor allem die starke horizontale Vernetzung, die – durch die Nutzung digitaler Medien – hohe Geschwindigkeit bei der Aktivierung von Engagement und Protestpotenzialen sowie die Qualität und Quantität, mit der stadtesellschaftliche Anliegen außerhalb der „klassischen“ Vermittlerrolle erfolgreich in der Öffentlichkeit vertreten und platziert werden. Während die Kooperationsimpulse von Stadtmachern vor Ort – in den Bezirken – häufig anschlussfähig an die Agenden von Politik und Verwaltung sind, fällt es den Initiativen dagegen wesentlich schwerer, bei der Landes- und Bundespolitik Gehör für ihre Anliegen zu gewinnen. Hier fehlen oft die entsprechenden Schnittstellen und Ansprechpartner, bzw. werden Stadtmacherinnen und Stadtmacher als Protestierende betrachtet bzw. lediglich als Vermittlerinnen und Vermittler von Informationen oder Impulsen in Themen eingebunden. Die Kooperationserfolge sind nicht verlässlich, was heute mühsam errungen wurde, kann morgen schon hinfällig sein. Es besteht ein Mangel an strukturell nachhaltigen Einbindungsstrukturen. Dennoch avancieren

Stadtmacher über ihre eigenen und über netzwerkartig mobilisierbare Kompetenzen zu relevanten stadtentwicklungspolitischen Akteuren, die Alternativen artikulieren können. Sie sind ein wirksames Potenzial für die lokale Demokratie und die soziale Kohäsion vor Ort. Dabei unterstützt die Entwicklung politischer Visionen die langfristige Wirksamkeit und Handlungsfähigkeit von Stadtmachern. Aus dieser Politisierung heraus entwickelt sich häufig eine übergeordnete Zukunftsvision und eine Entwicklung von „Alternativen“ zu gängigen Logiken, welche zu einem neuen Fokus der Initiativen werden können und langfristiges Engagement generieren. Im Ergebnis haben wir festgestellt, dass die Stadtmacherinnen und Stadtmacher das Potenzial zum Nukleus neuer sozialer Bewegungen besitzen.

Auch, wenn viele Autoren im wissenschaftliche Diskurs längst die Potenziale eines Zusammenspiels von lokaler und repräsentativer Demokratie erkannt haben und auch in der Bevölkerung der Wille nach mehr politischer Partizipation abseits von parlamentarischen Wahlen empirisch belegbar ist, tun sich Akteure aus Politik und Verwaltung im Umgang mit lokalen Initiativen oft schwer. Gerade in der kommunalen Verwaltungspraxis stoßen Kommunen aber auch schlichtweg an ihre Grenzen und sind mit dem Ruf nach stärkerer zivilgesellschaftlicher Partizipation überfordert. Vor allem dann, wenn sie zunehmend professionell und gut organisiert arbeitenden Akteuren gegenüberstehen, die sich intensiv mit Einzelfragen auseinandersetzen und auch bereit sind, sich staatliche Bündnispartner zu suchen, die ihre Themen in die Parlamente tragen und diesen so Nachdruck verleihen.

Das Projekt „Stadtmacherinnen und Stadtmacher II – Zur Beteiligung von Intermediären an der Stadtentwicklungspolitik“ soll einen Beitrag dazu leisten, die zunehmend emanzipierten Stadtmacher mit den Strukturen und Vertretern und Vertreterinnen der repräsentativen Demokratie zusammenzubringen. Ein wichtiger Baustein kann hier der im April 2017 in Berlin initiierte Leitlinienprozess auf Landesebene sein. Dieser Prozess bietet



Forschung und Politik

die Chance der Auseinandersetzung mit der Frage, in welchem Verhältnis Stadtmacherinnen/Stadtmacher zu Akteuren der parlamentarischen Demokratie und zur gesamten Stadtgesellschaft stehen.

Mit dem Projekt „Stadtmacherinnen und Stadtmacher II – Zur Beteiligung von Intermediären an der Stadtentwicklungspolitik“ wird der vhw an die Arbeit der Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher – Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin“ anknüpfen. Ihre Perspektiven und Erfahrungen können die Debatte über die Prinzipien der politischen Willensbildung bereichern. Die Stadtgesellschaft ist erwachsen geworden, das war eines der Ergebnisse des Abschlussworkshops der Stadtmacher und Stadtmacherinnen, das einherging mit der Forderung nach neuen Strukturen der Beteiligung. Vor diesen Hintergrund wird die L.I.S.T. GmbH den geplanten Berliner Leitlinienprozess beobachtend begleiten, ins Verhältnis zu bereits abgeschlossenen Leitlinienprozessen in anderen deutschen Städten setzen und gemeinsam mit dem vhw und Stadtentwicklungsinitiativen einen innovativen Impuls zur Partizipation von Stadtakteuren entwickeln und öffentlich diskutieren.

Als Diskussionsplattform bietet sich das Make City Festival 2018 an, um dort gemeinsam mit Berliner Stadtentwicklungsinitiativen und Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und Verwaltung einen Impuls zu setzen, wie Stadtmacher und Stadtmacherinnen in der Berliner Stadtentwicklungspolitik wirksam werden können.

Die Studie wird 2017/2018 von der L.I.S.T. GmbH durchgeführt und wird sich mit folgenden Aspekten beschäftigen:

- Wirksamkeit von Stadtentwicklungsinitiativen als Koproduzenten von Stadtentwicklung
- Verhältnis von Stadtentwicklungsinitiativen zu Akteuren der parlamentarischen Demokratie und zur gesamten Stadtgesellschaft
- Aus dieser Perspektive: Beobachtung des Berliner Leitlinienprozesses zur Bürgerbeteiligung

- Vergleich mit anderen Städten auf nationaler und internationaler Ebene
- Entwicklung eines innovativen Impulses zur Partizipation von Stadtakteuren (gemeinsam mit dem vhw und Stadtentwicklungsinitiativen); öffentliche Diskussion im Kontext des Make City Festivals 2018 in Berlin

3 Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Transformation – Forschungsfeld des vhw

Der vhw betätigt sich in diesem Forschungsfeld vor allem im Bereich der anwendungsbezogenen Grundlagenforschung. Ziel ist es, den Wissenshorizont im Bereich des sozialen Wandels und der sozialen Kohäsion zu erweitern, um darauf aufbauend in der Praxis passfähige Strategien entwickeln und bessere Entscheidungen treffen zu können. Im vergangenen Jahr spielten – wenig überraschend – auch beim vhw die aktuellen Themen der Vielfalt und der Integration eine große Rolle, nicht zuletzt auch in der groß angelegten neuen Studie zu Migrantenmilieus sowie in einer Studie zum öffentlichen Raum. Neben den Milieus haben wir das Quartier als Bezugsrahmen für stadtentwicklungspolitische und planerische Interventionen als vhw-Fokus etabliert. Vieles in der Quartierspraxis funktioniert als „*learning by doing*“, während wir im konzeptionellen Bereich oft auf eine Black Box treffen: Unscharfe Begrifflichkeiten, unklare Wirkungszusammenhänge, undeutliche Rollenmuster stellen nicht nur eine theoretische Herausforderung dar, sondern auch eine Hypothek für eine gute Praxis. Deshalb arbeitet der vhw-Forschungsbereich daran, auch den Bereich der Quartiersentwicklung mehr und mehr zu fundieren und zu qualifizieren. Dazu gehört es für uns auch, tiefer in die lebensweltlichen Umfelder der Quartiere hineinzublicken

und beispielsweise das Phänomen der Nachbarschaft unter den heutigen Bedingungen besser verstehen zu lernen.

3.1 Zukunftsdiskurs „Migration und Integration“

Integration, Diversity, Multikulti, Inklusion, Assimilation? Es gibt viele Begriffe, die das Zusammenleben von Menschen in heterogenen Gesellschaften beschreiben. Diese Begriffsvielfalt kann nicht nur verwirrend sein, ebenso sind mit den Konzepten unterschiedliche Vorstellungen über das Verhältnis von Zugezogenen und Einheimischen verbunden, mit denen auch verschiedene politische Implikationen und praktische Haltungen einhergehen. Besonders der Begriff Integration ist in der wissenschaftlichen Praxis und in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung umstritten. Einerseits wird er als Analysekonzept zur Messung gesellschaftlicher Teilhabe verwendet, andererseits dient er als Leitbild, welches mit normativen Vorstellungen an Zugewanderte und Aufnahmegesellschaften einhergehen kann. Mit der Zuwanderung Geflüchteter seit dem Herbst 2016 sind die unterschiedlichen Verwendungs- und Auffassungsweisen wieder verstärkt und zum Teil sehr konfliktreich zutage getreten. Nicht nur die aufgeheizten Diskussionen gingen dabei weit über die praktischen Fragen der Aufnahme und Unterbringung hinaus, sondern auch das Selbstbild Deutschlands als Einwanderungsland wurde wieder neu verhandelt.

Der vhw hat mit seinem verbandspolitischen Schwerpunktthema „Geflüchtete und Wohnen“ im Jahr 2016 und mit „Integration und Zusammenhalt“ in 2017 diese gesellschaftspolitischen Diskussionen aufgegriffen. Hierbei will der Verband jedoch nicht auf der Diskursebene stehen bleiben, sondern vor allem den Handlungs- und Entscheidungsbedarfen auf kommunaler und städtischer Ebene durch anwendungsbezogene Forschung Rechnung tragen. Die unterschiedlichen Vorstellungen von Integration, die unter dem Begriff subsummiert werden, beeinflussen jedoch ebenfalls, wie Migration gedeutet,

erforscht und bearbeitet wird. Neben den bereits abgeschlossenen und laufenden Projekten im Bereich Migration und Integration (siehe Kap. 2.2, 3.2, 4) hat der vhw daher eine interne Workshop-Reihe mit dem Ziel durchgeführt, gemeinsame sowie von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragene Zugänge zu Integrationsbegriff und -konzepten zu entwickeln, welche sowohl der internen Verständigung als auch der externen Kommunikation dienen. Im März 2017 fand die erste Veranstaltung statt, die die Entstehung und ambivalente Verwendung des Integrationsbegriffes ebenso zum Inhalt hatte wie die in Abgrenzung entwickelten Konzepte und Leitbilder. Im April wurde zudem ein Zukunftslabor unter externer Moderation des Zukunftsinstituts veranstaltet, um die künftigen Herausforderungen und Aufgabenstellungen in dem Handlungsfeld zu identifizieren. Nicht zuletzt sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forschungsabteilung bundesweit als Gäste und Experten zu verschiedenen Konferenzen und Beiräten eingeladen gewesen, die sich dem Themenfeldern „Migration“ und „Integration“ gewidmet haben. Diese Erfahrungen und Hintergründe sind über zwei weitere interne Workshops im April und Mai 2017 in den Arbeitsprozess des vhw eingeflossen, der bis Ende 2017 in ein gemeinsames Positionspapier münden wird.

Als Zwischenstand lässt sich bereits festhalten, dass Migration und Integration – unabhängig von begrifflichen oder konzeptionellen Varianten – für den vhw immer beides sein wird: eine gesellschaftliche Normalität, die Vielfalt als Chance und Qualität begreift sowie ein analytischer Forschungszugang, der den Städten und Kommunen als handelnden Akteuren praktische Unterstützung bieten soll, um allen Gesellschaftsmitgliedern, ob neuzugewandert oder sesshaft, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, gleichwertige Entwicklungschancen und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

3.2 Die qualitative Teilstudie zu den neuen Migrantenmilieus und die Vorbereitung der repräsentativen Befragung

Wie im Tätigkeitsbericht 2015/2016 (Kap. 3.1.2) bereits beschrieben, ist die angekündigte Neuaufgabe der Migrantenmilieustudie im Berichtszeitraum in die Umsetzungsphase getreten. Die dreiteilige Studie zielt darauf, die Migranten-Milieuforschung durch die Diagnose von Trendverschiebungen im Längsschnitt, eine Beschreibung der Veränderungen in der Migranten-Milieulandschaft und ein besseres Verständnis der aktuellen Integrationsdynamik zu verstetigen. Damit liefert sie einen wichtigen empirischen und analytischen Baustein für die vhw-Arbeit zum Thema „Vielfalt in den Städten“.

Ab Dezember 2016 wurden die Ergebnisse des ersten Teils der Gesamtstudie – der qualitativ ethnografischen Leitstudie – vorgelegt³. Im Kontext der Flüchtlings- und Integrationsthematik trafen diese auf ein erhebliches öffentliches Interesse. Die Ergebnisse dienen zudem der Vorbereitung der repräsentativen Befragung der Migrantenpopulation, die den zweiten Teil der Gesamtstudie bildet und 2017 durchgeführt wurde.

Konzept und Methode in der qualitativen Studie

Als Erhebungsmethode in der ersten Projektphase der qualitativen Leitstudie, wurden non-direktiv angelegte narrative Interviews eingesetzt, die den Untersuchungsteilnehmern Raum zur Selbstdarstellung und Selbstbeschreibung boten. Auf diese Weise können Meinungen, Einstellungen und Wahrnehmungen in der natürlichen Alltagssprache der Befragten und aus ihrer subjektiven Sicht geschildert werden. Um die Beantwortung der für die Forschungsfragen relevanten Aspekte in den Interviews zu gewährleisten, kam ein vorstru-

kurierender Themenkatalog zum Einsatz. Dieser enthielt ein breites Spektrum von Themen, die von typischen Lebenswelten im Alltag über kulturelle Identitäten und Integration bis zur Sicht auf Deutschland und zur Bewertung der Zuwanderung von Geflüchteten reichten.

Auf Basis des 2008 erstmals entwickelten Milieumodells wurden drei Teilstichproben mit insgesamt 160 Befragten zusammengestellt. Besondere Berücksichtigung fanden neben der migrantischen Bestandsbevölkerung – achtzig Interviews – zum einen die Neuzuwanderer, die von 2008 bis 2014 nach Deutschland gekommen sind sowie zum anderen die Geflüchteten ab dem Jahr 2015, mit jeweils vierzig Befragten. Dieses Konzept berücksichtigte die hohe Zuwanderung seit 2010 mit ihren unterschiedlichen Herkunftsschwerpunkten und damit deren Folgen für die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Rekrutierung der Gesprächspartner erfolgte nach einem festgelegten Quotenplan, der die Vielfalt und die sozioökonomischen Strukturen der unterschiedlichen Migrantengruppen im Rahmen der methodischen Erfordernisse und der forschungsökonomischen Möglichkeiten abbildete.

Konturen einer neuen Milieulandschaft

Schon die qualitative Leitstudie hat die Annahme einer erheblichen Bewegung in der lebensweltlichen Ausrichtung der migrantischen Bevölkerung in Deutschland grundsätzlich bestätigt. Hier finden sowohl die Effekte der Zuwanderung, aber auch die „innere“ Entwicklung der Einstellungen und Werte der Bestandsbevölkerung ihren sichtbaren Ausdruck. Gegenüber 2008, der erstmaligen Modellierung der Migrantenmilieus, sind deutliche Veränderungen zu erkennen (siehe Abbildungen 14 bis 16).

Zu nennen sind vor allem Tendenzen zur Ausdifferenzierung im bürgerlichen, aber auch im hedonistischen Segment der Milieulandschaft. Dabei stehen zwei Trends, die auf zentrifugale Kräfte in der Milieulandschaft verweisen, im Vordergrund.

³ vgl. u. a. Zwischenbericht vhw von Dezember 2016, Interview Hallenberg, FWS 1-2017; WerkSTADT Nr. 13 vom Juni 2017

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Transformation – Forschungsfeld des vhw

- Zum einen zählt dazu die Konvergenz in der Mitte und in den modernen Milieus der Migrantenpopulation. Dies bedeutet, dass sich der autochthone und der migrantische Teil der Bevölkerung lebensweltlich nicht mehr voneinander unterscheiden. Dieser Umstand findet seinen Ausdruck in der entsprechenden Annäherung der Milieunomenklatur zum Modell für die Gesamtbevölkerung (Sinus-Milieus).
- Zum anderen ist eine – in ihrem Ausmaß noch zu klärende – Divergenz in den traditionell geprägten Milieus der Migrantenpopulation zu beobachten, sowohl in der einfachen als auch in der gehobenen sozialen Lage, mit unterschiedlicher Ausprägung in den jeweiligen Milieus. Dazu zählt der Rückzug in „ethnische Enklaven“ mit deutlich verstärkten Segregationstendenzen gegenüber der Erststudie 2008. Darüber hinaus ist bei den Statusorientierten eine wachsende kulturelle Distinktion festzustellen. Alle „rationalen“ bzw. „funktionalen“ Integri-

aspekte wie Sprache, Beruf, Regeln und Gesetze werden von ihnen erfüllt. Gleichzeitig entwickelt sich jedoch kein „Heimatgefühl“, sondern eher eine Distanz zur „deutschen Kultur“ (siehe Abbildung 14).

Im „bürgerlichen“ Segment lässt sich ein leistungs- und familienorientierter moderner Mainstream ausmachen – eine neue, junge Generation der gesellschaftlichen Mitte, die einerseits Wert legt auf materielle Sicherheit und finanzielle Kontrolle, sich andererseits aber auch nicht zu sehr einschränken möchte, sondern das Leben – vor allem solange man noch jung ist – genießen will. Auffällig ist hier die Suche nach Balance: Zwar werden ehrgeizige Leistungs- und Bildungsansprüche verfolgt, gleichzeitig aber nicht automatisch einem guten Familien- und Freizeitleben untergeordnet. Typisch für dieses Milieu ist eine „postintegrative“ Perspektive. Man sieht sich selbstverständlich als Teil der Mitte der deutschen Gesellschaft, ohne jedoch die eigenen Wurzeln zu vergessen. Dabei überwiegt eine pragmatisch-flexible Identifikation mit Deutschland. Man will sich zwar nicht festlegen, fühlt sich aber auch nicht hin- und hergerissen zwischen den Kulturkreisen.

Zu den Veränderungen zählt auch die Existenz einer neuen modernen Unterschicht, die sich über ihren Konsum und – ungeachtet des niedrigen Einkommens – ihre materialistischen Wünsche definiert. Typisch sind ein spontaner Konsumstil und ein unkontrollierter Umgang mit Geld. Man versucht, das Leben im Hier und Jetzt zu genießen und macht sich wenig Gedanken um die Zukunft, lässt sich lieber treiben und wartet ab, was auf einen zukommt. Ein ausgeprägter Bildungs- und Leistungsfatalismus gehört ebenso zu den milieutypischen Mustern wie eine geringe Frustrationstoleranz. Viele arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder beziehen Sozialleistungen. Häufig beschrieben wird von ihnen das Gefühl der Entwurzelung. Symptomatisch ist etwa die Aussage: „Ich bin eine staatenlose Bürgerin.“



Abb. 14: Kulturelle Identitäten in der Milieulandschaft 2017

Grafik: vhw e. V. 2017

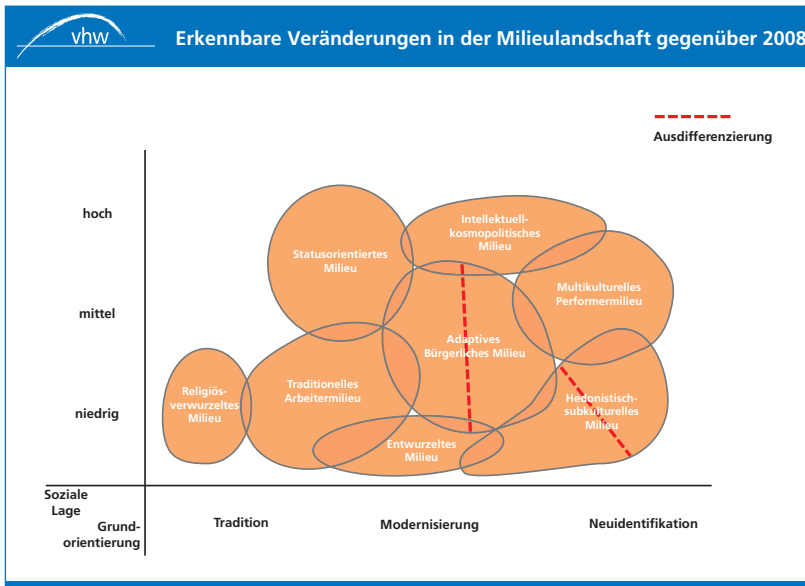


Abb. 15: Erkennbare Veränderungen in der Milieulandschaft gegenüber 2008 Grafik: vhw e. V. 2017

Insgesamt deuten die bisherigen Auswertungen darauf hin, dass der Stand der Integration – wie sich bereits in der Vorgängerstudie zeigte – in den soziokulturell modernen Lebenswelten der migrantischen Bevölkerung unterschätzt wird. Dabei ist in den soziokulturell modernen Lebenswelten ein bi-kulturelles Selbstverständnis die Norm, während die „moderne Mitte“ zu einer post-integrativen Perspektive neigt.

Ausgewählte thematische Ergebnisse der Befragungen

Deutschland wird vor allem als sicheres und stabiles Land wertgeschätzt. Die überwiegende Mehrheit der Befragten bekundet Respekt gegenüber der deutschen Kultur, Politik und Gesellschaft, etwa in den Bereichen Demokratie, Sozialwesen, Bildungssystem oder Rechtsstaatlichkeit. Nur in den Milieus am unteren sozialen Rand der Migrantenpopulation werden diese Aspekte kaum aktiv angesprochen.

Die meisten Milieus betrachten Deutschland als ein liberales Aufnahmeland, das Menschen mit Migrationshintergrund die Chance bietet, sich zu integrieren. „Liberalität“ wird allerdings unterschiedlich bewertet. In den postmodern orientierten Milieus wird Liberalität als Vorzug und als Zeichen von Lebensqualität gesehen, in den Milieus der Mitte und denen mit traditioneller Lebensauffassung geht die liberale Haltung vielen Befragten jedoch zu weit, vor allem mit Blick auf die neuen Flüchtlinge.

Die Geflüchteten selbst, die sich naturgemäß in einer Übergangsphase befinden, schätzen Deutschland wegen seiner Rechtssicherheit, seiner inneren Stabilität, die im krassen Gegensatz zu den Erfahrungen in der Heimat steht, und wegen seines sozialen Systems. Dieses positive Bild wird ausdrücklich auch auf die Religionsfreiheit bezogen. Gleichwohl waren in dieser Gruppe auch Stimmen zu hören, die eine „zu geringe Zahl“ von Moscheen, das Verbot, öffentlich zum Gebet zu rufen oder das Verbot des Hidschab im Unterricht kritisierten.

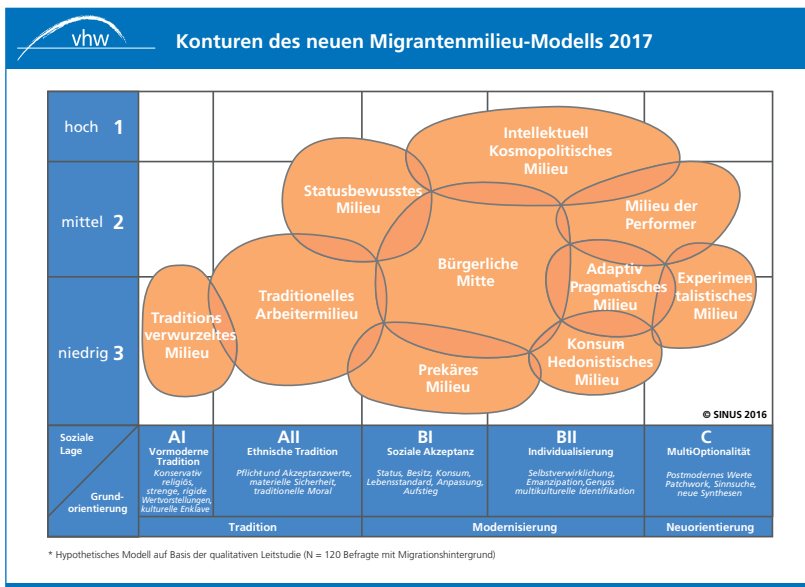


Abb. 16: Sinus-Migranten-Milieus® in Deutschland 2017, Soziale Lage und Grundorientierung. Grafik: © SINUS 2016

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Transformation – Forschungsfeld des vhw

Ein besonderer Assimilationsdruck seitens der Mehrheitsgesellschaft wird ausschließlich von den Milieus am unteren Rand der Migrantenpopulation wahrgenommen und artikuliert. Die Geflüchteten heben die Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit der deutschen Gesellschaft hervor; man fühlt sich von der Mehrheitsgesellschaft willkommen geheißen. Gleichwohl berichten einige Befragte von Diskriminierung und Zuschreibung negativer Stereotypen. Dabei ergeben sich deutliche regionale (Ost-West) und strukturelle Unterschiede (Groß-/Kleinstadt).

Unter den Befragten gibt es klare Vorstellungen darüber, was für Deutschland typisch ist. Dazu zählen Pünktlichkeit, Disziplin, Ordnung, Zuverlässigkeit, Korrektheit, Rationalität oder Nüchternheit. Diese Aspekte werden durchweg positiv bewertet; insbesondere im Vergleich zum eigenen Herkunftsland sieht man bei diesen Punkten dort überwiegend Defizite. Auch imponieren vielen der befragten Geflüchteten die typisch deutschen Tugenden. Einige haben jedoch das Gefühl, durch die streng geregelten Tagesabläufe habe man in Deutschland „zu wenig Zeit für die angenehmen und schönen Dinge im Leben“.

Die Wahrnehmung größerer „sozialer Kälte“ in Deutschland – ebenfalls im Vergleich zum Herkunftsland – ist bei allen Befragten anzutreffen. Kaum ein Befragter betrachtet den Vorwurf der sozialen Kälte dabei explizit als falscher Stereotyp, das den Deutschen Unrecht tue. Einige Befragte meinen, dass Ausnahmen die Regel bestätigten. Festgemacht wird diese Wahrnehmung insbesondere am Umgang innerhalb der Familien, wo es weniger Familienbande gebe oder die Großeltern „abgeschoben“ würden. Teilweise wurde in diesem Zusammenhang auch auf die „anonym bleibende“ Nachbarschaft verwiesen. Auch zeigen sich viele Geflüchtete über den aus ihrer Sicht „schwachen“ Zusammenhalt innerhalb der Familien befremdet.

Demgegenüber hat die Familie in weiten Teilen der Migrantenpopulation weiterhin einen hohen Stellen-

wert. Familie meint hier die klassische Großfamilie – bzw. Blutsverwandtschaft – im Gegensatz zu deutschen Familien, bei denen auch Freunde immer häufiger zur Familie gezählt werden. Doch längst nicht alle Migranten haben eine positive Sicht auf die klassische Großfamilie. Oft werden Fremdbestimmung und Beengtheit als „Nachteile“ genannt. Faktisch deutet sich ein Trend zur Kleinfamilie an – zuvorderst in den jüngeren Alterskohorten.

Unter den Geflüchteten sind die zentralen Ziele in ihrer schwierigen Lebensphase die Sicherheit und das Wohlergehen der Familie. Die Familie rückt noch enger zusammen, wobei Kinder eindeutig an erster Stelle stehen. Die eigenen Bedürfnisse stellt man dagegen hinten an.

Für Partnerwahl und Eheschließung bringen die Geflüchteten überwiegend traditionell-konservative Vorstellungen mit, was angesichts der Herkunftsschwerpunkte nicht überraschen kann. Dies gilt im Kern auch für die Rollenbilder zwischen den Geschlechtern.

Ungeachtet der hohen Bereitschaft, sich sprachlich und beruflich zu integrieren und möglichst auf „eigenen Füßen“ zu stehen, will sich die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe die Rückkehrperspektive offen halten. Allerdings ist man zugleich skeptisch, inwiefern eine Rückkehr in das kriegserschütterte und teilweise zerstörte Herkunftsland überhaupt möglich sein wird. Die Befragung hat die Verlustsituation der Geflüchteten eindringlich dokumentiert. Das oft einzige verbliebene Kapital sind Familien- und Freundesnetze, der Glaube, die tradierte Kultur – sowie die Erinnerungen. Dieses „Restkapital“ zu sichern steht in der Übergangsphase eindeutig im Vordergrund und bildet die Brücke zwischen der Vergangenheit und der Bereitschaft zum Neuanfang.

Vorbereitung Repräsentativbefragung 2017

Durch die qualitative Leitstudie konnten nicht nur die Konturen des neuen Milieumodells herausgearbeitet werden; vielmehr ist auch die große Breite an Einstellungs-, Werte- oder Identitätsmustern deutlich gewor-

den, welche diese vielschichtige Bevölkerungsgruppe kennzeichnet. In der bis Herbst 2017 abgeschlossenen, zweiten Phase der vhw-Migrantenmilieustudie, der repräsentativen und bundesweiten Befragung von mehr als 2.000 Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund, können die sichtbar gewordenen Einstellungen dimensioniert und weiter ausdifferenziert werden. Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr 2017 ein umfangreicher Fragenkatalog entwickelt, der ein breites Spektrum von Themen zur persönlichen Situation und zu grundsätzlichen Einstellungen enthält. Dazu zählen unter anderem Fragen nach Integrationsstand und -bereitschaft, zur Identität, zum Zusammenleben und zu den Kontaktmustern oder auch zu Diskriminierungserfahrungen. Auch Themen wie Wohnen und Nachbarschaft oder Nutzung und Ansprüche nehmen einen breiten Raum ein. Ähnliches gilt für das Vereinsleben oder die Haltung zu Partizipation und das Interesse an politischen Fragen und Themen. Besondere Aufmerksamkeit kommt darüber hinaus den Themen Information und Kommunikation zu, wo es um Quellen, Formate und Wirkungen geht. Durch die Abfrage eines breiten Spektrums von sozialen, bildungsbezogenen oder ökonomischen Merkmalen ist eine vielschichtige Ausdifferenzierung der Ergebnisse möglich.

Ein knappes Fazit

Das Potenzial der immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaften und der Umgang mit den entsprechenden Herausforderungen werden einen zentralen Platz in der künftigen Gesamt- und Kommunalpolitik in Deutschland einnehmen. Der vhw wird diese Entwicklung mit anwendungsorientierter Expertise begleiten und die Kommunen entsprechend unterstützen. Wichtig ist es dabei, über ebenso aktuelle wie differenzierte Erkenntnisse und eine handlungsorientierte Wissensbasis zu verfügen. Die Migrantenmilieustudie ist ein wichtiger Eckpfeiler für diese Ausrichtung. Zudem liefert sie Informationen, die sich unmittelbar für die Gestaltung von Integrationskonzepten nutzen lassen – einer Aufgabe also, die durch die Fluchtbewegungen der letzten Jahre an vorderster Stelle der politischen Agenda steht.

3.3 Die Bedeutung des öffentlichen Raums für die gesellschaftliche Vielfalt und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren

Der vhw hat sich in den letzten Jahren in der perspektivischen Ausrichtung verstärkt den Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts unter den Bedingungen einer vielfältigen Stadtgesellschaft zugewandt. Somit rücken auch Fragen zur Funktion des öffentlichen Raums auf die Tagesordnung, also Orte der Begegnung und der politischen Artikulation. Im Herbst 2015 wurden in Folge Prof. Klaus Selle von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen und sein Team damit beauftragt, das Thema der öffentlichen Räume in einem Gutachten näher zu beleuchten. Erkenntnisleitend waren dabei die Worte des Verbandratsvorsitzenden Dr. Peter Kurz, der bezogen auf die Kohäsions- und Diversitätsforschung beim vhw zu einer „Annäherungen an die Wirklichkeit“ (2013) aufgerufen hatte. Dieser Anspruch erforderte eine intensive Prüfung verfügbarer Methoden und die Verständigung auf nachfolgende Prämissen:

Vielfalt und Verschiedenheit

- stehen nicht zur Disposition, sondern bedeuten ggf. auch Stärke und Potenziale;
- beziehen sich nicht nur auf Migration, sondern auch auf Fragen der Benachteiligung, Barrierefreiheit sowie Ungleichheit;
- meint nicht nur Hinzukommende, sondern ggf. auch Anwesende untereinander. Zum Beispiel können soziale Distanzen zwischen Milieus größer sein als zwischen „Einheimischen“ und „Fremden“;
- werfen dynamische Herausforderungen für die Stadtgesellschaft auf, die zum Verlust scheinbar dominanter Wahrnehmungsweisen und Werte beitragen, zugunsten einer multiperspektivischen „Annäherung an die Wirklichkeit“.

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Transformation – Forschungsfeld des vhw

In diesem Kontext rückten für die Gutachter folgende Untersuchungsfragen in den Fokus:

- Welche Funktion hat der öffentliche Raum in der Integrierten Stadtentwicklung?
- Welche Rolle spielt er für Fragen lokaler Identität und lokaler Images?
- Welche Bedeutung hat er für Zusammenhalt und stadtgesellschaftliche Vielfalt?
- Welche Rolle spielen Identität und Image für Kohäsion und Vielfalt?
- Wie kann die Stadtentwicklungspolitik zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen?

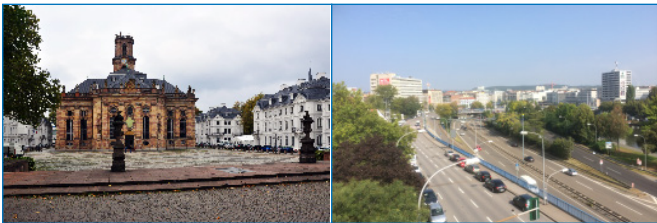


Abb. 17/18: Der Ludwigsplatz und die Stadtautobahn in Saarbrücken © vhw e. V.

Öffentliche Räume: Der Ludwigsplatz und die Stadtautobahn in Saarbrücken

Zur Untersuchung dieser Fragestellungen wurden drei vergleichbare Stadträume bzw. Plätze in Aachen, Saarbrücken und Essen ausgewählt. Diese wurden durch Hintergrundrecherche, teilnehmende Beobachtung sowie mehrdimensionale Nutzerinterviews auf ihre Funktion hin untersucht. Nachdem im Berichtszeitraum 2015/2016 bereits die empirischen Untersuchungen in Aachen und Saarbrücken zum Abschluss gebracht wurden, folgten 2016/2017 die Analysen zu Essen und die Zusammenfassung zu einem Gesamtgutachten. Im Oktober 2016 wurden die komprimierten Ergebnisse in einem internen Workshop vorgestellt und intensiv diskutiert.

Zentrale Ergebnisse anhand der untersuchungsleitenden Fragestellungen

1. Wie werden öffentliche Räume genutzt? Bildet sich dort stadtgesellschaftliche Vielfalt ab?

Die zentrale Erkenntnis der Studie lautet: Stadtgesellschaftliche Vielfalt in Stadtquartieren spiegelt sich in den untersuchten öffentlichen Räumen deutlich wider! So konnten von den Gutachtern viele öffentliche Räume identifiziert werden, die von allen genutzt wurden. Allerdings wurden nicht alle Räume gleichermaßen wahrgenommen, bewertet und genutzt. Überall gab es auch „blinde Flecken“ und Vermeidungsorte, die oft auf Unsicherheitsgefühle, Ängste oder mangelnde soziale Kontrolle zurückzuführen waren. In ausgewählten Quartieren wurden von den Gutachtern an verschiedenen Tagen und Tageszeiten Nutzungen kartiert und Raubeobachtungen durchgeführt. Diese zeigten, dass die Räume tatsächlich von verschiedenen Menschen vielfältig genutzt wurden, wobei öffentliche Räume mit vielfältigem Nutzungsangebot und monofunktionale Räume getrennt untersucht wurden.

2. Finden Begegnungen in den öffentlichen Räumen statt?

Fremdheit und Verschiedenheit gelten als konstitutive Elemente von Stadt, die sich vor allem im öffentlichen Raum niederschlagen. Öffentliche Räume werden als „Orte der Begegnung“ verstanden, wobei die Gutachter differenziert haben zwischen Sichtbarkeit/Ko-Existenz (*visibility*) und weiterführender Interaktion, die auch das gemeinsame Agieren und das Reagieren aufeinander umfasst. Beides erfordert eine „simultane Präsenz im Raum“, mit der ein soziales Miteinander erst möglich wird. Diese war die häufigste Form öffentlicher „Begegnung“ und untermauerte die Feststellung, dass sich Vielfalt tatsächlich in öffentlichen Räumen spiegelt. Nur wenige von den Gutachtern beobachtete Interaktionen, z. B. Nutzungs- oder Verhaltenskonflikte, waren negativ. Häufiger waren Begrüßungen, Gespräche ein

Kinderspiel, wobei unklar blieb, ob das auch gegenüber Fremden der Fall war.

3. Wie werden die öffentlichen Räume von der Bevölkerung wahrgenommen und welche Bedeutung haben sie für sie?

Die Studie bestätigte die häufig formulierte Erfahrung, nach der Nutzung die Wahrnehmung bedingt. Städte und Quartiere werden unterschiedlich wahrgenommen und sind in Umfang und Abgrenzung von individuellen Aktionsräumen geprägt. Gleichwohl finden sich darin Orte, die oft oder von allen genannt werden, z. B. Vermeidungsräume, symbolische Orte oder zentrale Plätze. Vor allem Überschneidungsräume zwischen verschiedenen Wahrnehmungs- und Raumnutzungsmustern ermöglichen Begegnung und die Abbildung von Vielfalt. Differenzieren muss man aber zwischen realer Nutzung und Wahrnehmung, z. B. wenn Orte einen hohen symbolischen Stellenwert haben, der sich nicht in der Nutzung niederschlägt.

4. Was sind fördernde oder hindernde Faktoren für die Nutzung und Begegnung?

Bei der Frage, was öffentliche Räume zu belebten Orten mit vielfältiger Nutzung macht, gilt es notwendige und optionale Nutzungen zu unterscheiden. Notwendig ist z. B. die Querung öffentlicher Räume, um bestimmte Ziele zu erreichen. Sie finden weitgehend unabhängig von der Qualität der Räume statt. Optionale Aktivitäten sind dagegen wesentlich von der Attraktivität abhängig. Besonders zu nennen sind:

- Gute Lage und Erreichbarkeit, ungehinderter Zugang etc.
- Größe und Differenzierung des Raums, die zugleich Nähe und Distanz ermöglichen
- Klare räumliche Definition als Aufenthalts- und Nutzungsorte
- Vielfalt der Nutzungsangebote bei angemessener räumlicher Verteilung

- Pflegezustand und Gestaltung
- Soziale Kontrolle und alle Aspekte, die das Sicherheitsempfinden fördern
- „Momente der Geselligkeit“, also Feste, Märkte und Aktionen. Sie sind besonders geeignet, Verschiedenheit sichtbar und Begegnung möglich zu machen.
- Nutzungen und Einrichtungen auf und neben den öffentlichen Räumen
- Partizipative Planungsprozesse, mit denen möglichst viele einbezogen werden können

Hemmende Faktoren sind laut Gutachten z. B. die Negativausprägungen der fördernden Faktoren. So sinkt die Nutzungswahrscheinlichkeit, wenn öffentlichen Räume peripher liegen, schlecht erreichbar, nicht attraktiv, unüberschaubar und sozial unkontrollierbar sind sowie ungepflegt erscheinen usw. Auch Prostitution, Drogenkonsum und -handel sowie der Aufenthalt sozial auffälliger Personen oder Gruppen sind hemmende Faktoren, genauso wie Verkehr und Verkehrslärm ggf. Nutzungsqualitäten einschränken können.

5. Welche Methoden sind geeignet, um Nutzung, Wahrnehmung und Bedeutung öffentlicher Räume zu erfassen?

Die Untersuchung hatte neben inhaltlichen Fragestellungen auch „sondierende“ Funktion im Sinne eines Methodentests: es galt zu prüfen, mit welchen Methoden sich die Fragen gut beantworten lassen. Als geeignet erschienen dabei: Interviews mit Schlüsselpersonen, Befragung von Bewohnern (kombiniert mit Mental-Mapping) und Raumbenutzung (in Kombination mit Nutzungskartierungen). Als Fazit lässt sich festhalten, dass erst der Methodenmix sowie das Zusammenspiel und die Querauswertung der Fallstudien ein sinnvolles Gesamtbild ergaben und eine „Annäherung an die Wirklichkeit“ ermöglichten.

Schlussfolgerungen

Die leitenden Fragen der Studie bezogen sich im dritten Baustein auf Schlussfolgerungen für den praxisnahen Umgang mit öffentlichen Räumen. Gefragt wurde, welche Impulse sich für integrierte Entwicklungskonzepte und welche Konsequenzen sich für die Gestaltung der Räume ergeben. Dazu lassen sich folgende Hypothesen aus der Studie generieren:

- Öffentliche Räume sind für vielfältige Quartiere wichtig, weil sie deren Wahrnehmung und Bild wesentlich prägen. So entstehen Identität und Image. Das erfordert angemessene Beachtung, was Funktionsfähigkeit, Gestaltung, Pflege und Inszenierung betrifft. Dem Thema „Öffentlicher Raum“ kommt somit strategische Bedeutung zu, und es sollte intensiv eingebunden werden in integrierte Handlungskonzepte sowie Beteiligungsprozesse, die der Vielfalt im Stadtteil gerecht werden.
- Ob öffentliche Räume genutzt werden, hängt von vielen Faktoren ab, z. B. Attraktivität, Lage und Konkurrenz zu anderen Räumen. Wichtig für eine intensive Nutzung sind die Wegebeziehungen: Räume, die auf wichtigen Verbindungslinien liegen, können von der Nutzungsfrequenz profitieren. Womit räumliche Verbindungen und deren Attraktivität stärker in den Fokus rücken: Öffentliche Räume sind ein „System“, das für die Nutzung der Teilräume wichtig ist. Besonderes Augenmerk ist dabei den Fuß- und Radwegen zu widmen, die gefahrlos zu nutzen sind und zur Erweiterung der Streifräume von Kindern beitragen. Wichtig sind aber auch Einrichtungen in und an öffentlichen Räumen, vor allem kultureller oder sozialer Art, die ebenfalls zur Wohnqualität im Quartier beitragen.
- Zu den Grunddispositionen der öffentlichen Räume zählen insbesondere auch die nachfolgenden Aspekte:

- Veranstaltungen, Stadtteilstefte, Patenschaften und Kooperationen. Sie alle fördern Begegnungen vielfältigster Art;
- eine gute Erreichbarkeit und Zugänglichkeit (die Quantität oder Häufung von gleichartigen Räumen stellt dagegen kein Qualitätskriterium dar);
- eine vielfältige Gestaltung und viele Angebote, die weitere Nutzungs- und Nutzervielfalt nach sich ziehen;
- eine gewisse Größe, die ggf. ein zwangloses „Nebeneinander“ von verschiedenen Nutzern und Nutzungsarten ermöglicht. Dabei können auch monofunktionale Räume wie Spielplätze Orte der Begegnung sein;
- die Vermeidung von Angsträumen. Dafür sind Übersichtlichkeit, Randnutzungen, soziale Kontrolle, Beleuchtung etc. von großer Relevanz.

Nachdem das Gutachten nach Fertigstellung als Grundlagenkompendium an der RWTH Aachen publiziert wurde, veröffentlichte es der vhw aufgrund der großen Nachfrage noch einmal als Band Nr. 7 in der vhw-Schriftenreihe. Die Studie wird 2017/2018 weitergeführt werden. Dabei rücken das Thema der zentralen öffentlichen Räume in den Städten sowie die Herausforderungen, die dort unter den Bedingungen von Vielfalt heute gemeistert werden müssen, in den Vordergrund.

3.4 Quartiersforschung

Neben vielerlei kleinerer Aktivitäten dominierten diesen Bereich im Berichtsjahr vier vhw-Projekte: die im Zeitraum vom Baseler Institut Sozialplanung, Organisationsentwicklung und Stadtplanung (ISOS, Fachhochschule Nordwestschweiz) im Auftrag des vhw abgeschlossene **Pilotstudie „Potenziale postmoderner Nachbarschaften“**, das **Projekt „Vernetzte Nachbarn“** die begonnene **Expertise zu „Atmosphären als Ressource von Partizipation und Quartiersent-**

wicklung“ (AQUA) mit dem Projektpartner UMR Ambiances – Architectures – Urbanités/CRESSON der École d’Architecture (Grenoble, Frankreich) sowie die Konzeption der **Tagung „Quartiersentwicklung zwischen Fremdbestimmung und Grassroots – Theorie und Praxis lokaler Demokratie“** in Kooperation mit dem Arbeitskreis Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG).

Pilotstudie „Potenziale postmoderner Nachbarschaften“

Die Pilotstudie „Potenziale postmoderner Nachbarschaften“ markiert den Auftakt einer Nachbarschaftsforschung im vhw unter den heutigen, sich rasch verändernden („postmodernen“) Rahmenbedingungen. Nachbarschaft ist allgegenwärtig – nicht nur in einem lebensweltlichen Sinne, sondern auch im professionellen Alltag – und wird paradoxerweise selten reflektiert. Analog zur Praxis ist auch die heutige Forschungslandschaft fragmentiert: Weil sich angesichts des sozialen, demographischen, ökonomischen und technologischen Wandels die Rahmenbedingungen für Nachbarschaft inzwischen drastisch verändert haben und es kein dezidiertes „Forschungsprogramm“ gibt, wissen wir kaum etwas über die aktuelle Formenvielfalt von Nachbarschaft und darüber, wie und wie gut sie funktioniert. Viele unserer heutigen Interventionen in Quartieren (z. B. die Einrichtung von Quartiersjurs, die Etablierung von Nachbarschaftstreffs, Dialogprozesse etc.) sind nicht vollständig zu verstehen, ohne die Nachbarschaft(en) und deren Netzwerke, Handlungslogiken, Präferenzen und Vorstellungen wirklich zu kennen. Wir operieren oft – und bisweilen unbewusst – in einer Black Box, und die Gefahr besteht, dass wir unsere Bemühungen mangels Wissen nicht adäquat adressieren.

Der Fokus der Pilotstudie lag deshalb auf einem offenen und fragenden Zugang zu Nachbarschaftskonzepten mit Hilfe einer umfassenden, wertfreien Literaturanalyse sowie einer Serie von Experteninterviews mit Fachpersonen, deren Praxis durch Nachbarschaften geprägt oder

entscheidend berührt ist (z. B. Expertinnen und Experten aus der Wohnungswirtschaft, aus Planungsämtern oder Quartiersmanager).

Dass Quartier und Nachbarschaft unscharfe Konzepte darstellen, war gleichsam Ausgangspunkt und auch ein Auftrag für die Studie: Es gibt eine Vielzahl von Definitionen, die wiederum verschiedene Paradigmen oder auch normative Vorstellungen von Gesellschaft repräsentieren und die es zu ordnen gilt. Wir verstehen Nachbarschaften und Quartiere dabei nicht als synonym. Während das Quartier u. a. auch physisch-materielle Rahmenbedingungen umfasst und damit ein integriertes sozialräumliches Verständnis zum Ausdruck bringt, stellt Nachbarschaft eine Teilmenge bzw. einen Subprozess dar. „Nachbarschaft“ zielt vor allem auf die kleinräumigen Prozesse individueller sozialer Netzwerke oder „Sphären“, die sich aus dem „benachbarten Wohnen“ ergeben oder durch dieses in irgendeiner Form gestützt oder hervorgerufen werden. Eine derart verstandene Nachbarschaft kann unter den heutigen – „postmodernen“ – Bedingungen eine wichtige Quelle für Betroffenheit und Beteiligung, für Engagement und Selbsthilfe, für Kreativität etc. sein. Sie kann innerhalb, aber auch quer zu den Milieus funktionieren, und insofern nicht nur einen bindenden, sondern auch einen brückenbildenden Charakter aufweisen, wie etwa Urban Gardening-Projekte oder lokale, nicht-kommerzielle Varianten der *Sharing Economy* zeigen.

Die Pilotstudie zeigt eindrücklich, dass bei den interviewten Experten (u. a. aus Kommunen, Quartiersmanagements, Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft) eine große Sensibilität für Nachbarschaft, deren Konstitutionsbedingungen, Handlungslogiken und Bedeutungen existiert und Nachbarschaft in der Praxis (eigentlich) eine hohe Relevanz aufweist (Drilling, Oehler und Käser 2017⁴).

⁴ Drilling, Matthias, Oehler, Patrick und Nadine Käser (2017): *Potenziale postmoderner Nachbarschaften. Eine Pilotstudie im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.* Berlin. Basel: Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung ISOS, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW.

Die Studie verdeutlicht aber auch, dass die Praxis bislang mit einem diffusen Nachbarschaftsbegriff arbeitet, der manchmal auch andere Dinge meint und zu (ggf. unerkannten) Missverständnissen führen kann (z. B. bestimmte Zielgruppen oder das gesamte Quartier). Ein konzeptioneller roter Faden zum Thema „Nachbarn im Kiez“ wird auch seitens der Experten schmerzlich vermisst. Gleichzeitig distanzieren sich die Praxisexperten von bestehenden normativen Idealvorstellungen und lehnen eine kategorische Festschreibung dessen, was „die“ Nachbarschaft ist, ab. Die Praxis ist mehr daran interessiert zu verstehen, wie sich Menschen in einem räumlichen Gefüge unter sich dynamisch wechselnden (postmodernen) Bedingungen begegnen und wie diese Interaktionen unterstützt werden können. Als Herausforderungen in der Quartiersentwicklung benennen die Experten insbesondere die Dynamiken von Migrationsbewegungen, innerstädtischer Mobilität, pluralistischen Lebensstilen, Altersarmut, die schwer einschätzbaren sozialen und wohnungsmarktlichen Rahmenbedingungen sowie die Digitalisierung der Gesellschaft.

Die Studie macht Angebote für neue konzeptionelle Zugänge zu Nachbarschaft und zeigt weitere Forschungsbedarfe auf. Sie stellt den Auftakt für eine verstärkte Forschungsaktivität des vhw in diesem Bereich dar. In Zukunft soll Schritt für Schritt mehr Wissen generiert werden, ob und wie Nachbarschaften und Nachbarschaftlichkeit in Quartiersumfeldern einen Beitrag zur Stärkung der lokalen Demokratie, zur Bürgergesellschaft und zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Stadtentwicklung leisten können. Die Projektergebnisse sind online auf www.vhw.de verfügbar. Eine eher ethnographisch ausgerichtete Folgestudie ist in Vorbereitung. Es ist weiterhin geplant, aus den Nachbarschaftsstudien im weiteren Verlauf eine Buchpublikation mit dem Fachverlag Springer VS zu entwickeln.

Expertise „Atmosphären als Ressource von Partizipation und Quartiersentwicklung“ (AQUA)

„**A**tmosphären“ sind in jüngerer Zeit zu einem viel beachteten Phänomen in der Stadtforschung avanciert. Damit sind hier keine stadttökologischen Themen gemeint. Vielmehr gehen sozialwissenschaftliche Atmosphärenkonzepte davon aus, dass die sinnliche Qualität einer räumlichen Umgebung in gewissem Grad Effekte auf ihre Nutzer hat und deren emotionalen Zustand und Handlungsfähigkeit beeinflusst. Die vom vhw beauftragte Expertise soll auf einer grundsätzlichen Ebene verdeutlichen, inwieweit Atmosphären (z. B. Images, Stimmungen), als Ressource für Quartiersentwicklung von Bedeutung sind. Vor allem gilt es herauszuarbeiten, wie Atmosphären als zusätzliche Gelingensfaktoren zur Stärkung der Bürgergesellschaft, der lokalen Demokratie und der sozialen Kohäsion auf der Ebene des Quartiers beitragen bzw. für deren Entwicklung in Wert gesetzt können. Die Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Atmosphären bei der Entstehung einer Stimmung im Quartier steht darüber hinausgehend in einer engen Verbindung mit der Frage, wie soziale Kohäsion auf einer kleinräumigen Ebene gestärkt werden kann. Mit Ergebnissen ist Ende 2017 zu rechnen.

Konferenz „Quartiersentwicklung zwischen Fremdbestimmung und Grassroots – Theorie und Praxis lokaler Demokratie“

Die Tagung, die in Kooperation mit dem Arbeitskreis Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) im Herbst 2017 in Berlin stattfindet, wurde im Berichtszeitraum über einen offenen Call for Papers konzipiert. Damit wurde das Ziel erreicht, ein großes Spektrum an Wissenschaftlern und Vor-Ort-Experten zusammenzubringen, um einen intensiven Dialog zwischen Theorie und Praxis zu ermöglichen.

Hintergrund für die Tagung ist die Beobachtung, dass für viele Planungsmodi der sozialräumliche Kontext (Quartier) eine große Rolle spielt, in dem zum Teil auch die Frage der demokratischen Legitimation partizipati-



Forschung und Politik

ver Prozesse verhandelt wird. Während es auf der einen Seite mit der neuen Verfahrensvielfalt oft darum geht, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und damit einer Erosion der lokalen Demokratie entgegenzuwirken, treten auf der anderen Seite verstärkt Bewohnerinnen und Bewohner auf den Plan, die die Entwicklung ihrer Nachbarschaft und ihres Quartiers nicht den Planern überlassen, sondern in die eigene Hand nehmen wollen – z. B. im Rahmen von Netzwerken, neuen Vereinen, Projekten oder sozialen Bewegungen. Unklar ist bei all diesen Aktivitäten, welche Funktionen dabei die kleinräumliche Ebene, der Sozialraum, die Nachbarschaft oder das Quartier genau einnehmen. Vor dem Hintergrund der Postdemokratie-Diskurse drängt sich die Frage auf, ob und wie sich Quartiere als Orte von Differenz, Unordnung und Widersprüchlichkeiten emanzipieren und somit eine Chance für eine Pluralisierung, Politisierung und Demokratisierung von Stadtentwicklung darstellen können. Es ist geplant, aus der Konferenz im weiteren Verlauf einen thematischen Sammelband mit dem Fachverlag Springer VS zu entwickeln. Mehr Infos finden sich auf www.vhw.de sowie unter www.quartiersforschung.de.

Forschungsprojekt „Vernetzte Nachbarn“

Mit dem Forschungsprojekt „Vernetzte Nachbarn“ werden eine ergänzende Perspektive auf die Nachbarschaft gelegt und die gesellschaftlichen Veränderungen durch Digitalisierung in den Blick genommen. Denn auf der einen Seite wird Technologisierung, mobile Internetnutzung und digitale Kommunikation mit einem Bedeutungsverlust nahräumlicher Beziehungen und der Erosion lokaler Gemeinschaften in Verbindung gebracht. Auf der anderen Seite ist eine Vielzahl gesellschaftlicher Entwicklungen zu beobachten, die auf eine gestiegene Bedeutung von Nachbarschaft und Nachbarschaftlichkeit hinweisen. Der demographische Wandel mit Überalterung und einer Zunahme an Allein-erziehenden- und Single-Haushalten lässt vermuten, dass nachbarschaftliche Kontakte in der Zukunft noch

stärker als Unterstützungsnetzwerk relevant werden. Auch die aus der Globalisierung resultierenden Unsicherheiten führen zu einer verstärkten Sehnsucht nach Vertrauen und Stabilität, auf die mit dem Aufbau nahräumlicher Beziehungen reagiert wird. Ebenso bieten Nachbarschaften die Möglichkeit, globale Herausforderungen auf eine handhabbare Ebene zu übersetzen und ihnen durch Aktionen im „Kleinen“ zu begegnen. Dies zeigt sich in der gestiegenen Anzahl sozialer Bewegungen (z. B. „Recht auf Stadt“) und neue Formen kollaborativer Praktiken (*Shared Economy; Urban Commons*). Durch die Pluralisierung von Lebensstilen liegt zudem der Verdacht nahe, dass eine Diversifizierung von Erwartungen und Ansprüchen an Nachbarschaft und lokaler Vernetzung entsteht, die zu neuen Formen und Prozessen der Nachbarschaftsbildung beiträgt.

Auf diese neuen Bedürfnisse nach Nachbarschaftlichkeit und potenziellen Funktionen von Nachbarschaft wurde in den vergangenen Jahren mit einer zunehmenden Vielfalt an digitalen Angeboten reagiert. Kommerziell betriebene Nachbarschaftsplattformen (z. B. nebenan.de; wirnachbarn.com, roundhere.me; pollyandbob.com) sowie Tauschbörsen, Facebookgruppen und weitere sozialräumlich ausgerichtete soziale Medien sollen den Nutzern die Möglichkeit geben, sich in ihrer Nachbarschaft mit Menschen gleicher Interessen, Motivationen und Intentionen zu vernetzen. Seit Kurzem nimmt auch der öffentliche Sektor das Potenzial von digitalen Quartiersplattformen in den Blick; bislang gibt es in Deutschland jedoch kaum empirische Untersuchungen über die sozialräumliche Wirkung digitaler Netzwerke, denen eine Vielzahl offener Fragen hinsichtlich ihrer Effekte im Sozialraum gegenübersteht.

Daher hat der vhw im Herbst 2016 die Explorationsstudie „Vernetzte Nachbarn“ ausgeschrieben und den Auftrag an die Büros Adelphi und Zebralog vergeben. Ziel des Projekts ist zu untersuchen, wie sich webbasierte, sozialraumbezogene Netzwerke auf das Zusammenleben in Nachbarschaften auswirken und, welche Potenziale durch digitale Medien für lokale Demokratie und

Vergemeinschaftung bestehen. Die Studie soll ebenfalls einen Einblick geben, ob und auf welche Weise soziale Medien und Internetplattformen unterschiedliche Vorstellungen und gelebte Praktiken von Nachbarschaft produzieren.

Im Rahmen einer bundesweiten Bestandsaufnahme von Januar bis April 2017 mittels Desktop-Recherche und Online-Befragung konnten bereits erste Erkenntnisse über die Verbreitung und Anwendung von Nachbarschaftsplattformen gewonnen werden. Von Mai bis Oktober 2017 werden in den vier Untersuchungsgebieten Berlin-Wedding, München-Neuperlach sowie Paderborn-Elsen und Meißen vertiefende qualitative Fallstudienuntersuchungen durchgeführt. Mit der Auswahl von zwei großstädtischen Quartieren und zwei kleineren Städten in eher peripheren Regionen soll die vielfältige Nutzung digitaler Plattformen und sozialer Medien abgebildet und ein differenziertes Bild über die Potenziale und Wirkung von digitalen Angeboten auf Gemeinschaftsbildung und lokale Demokratie in unterschiedlichen Kontexten gewonnen werden. Ein erster Zwischenbericht wird im Dezember 2017 vorliegen, dessen Thesen und Ergebnissen in einem Expertenworkshop im Frühjahr 2018 und parallel in einer moderierten Online-Diskussion reflektiert werden. Nach der Vorlage des Endberichts im Frühjahr 2018 ist zudem eine Fachkonferenz vorgesehen, um die Akteure aus Wissenschaft und Praxis sowie der organisierten Zivilgesellschaft und öffentlichen Hand zusammenzubringen. Projektbegleitend werden alle Informationen rund um das Vorhaben sowie aktuelle Eindrücke aus den laufenden Fallstudienuntersuchungen ebenso wie Meldungen und Termine zum Thema „Nachbarschaften und Digitalisierung“ auf der Projektwebseite www.vernetzte-nachbarn.de kontinuierlich dokumentiert.

4 Geflüchtete in der Sozialen Stadt

Die Debatte zum Umgang mit der gegenwärtigen Fluchtmigration bestimmt seit 2015 in hohem Maße den öffentlichen Diskurs in Deutschland und Europa. Im Kern steht dabei immer auch die Frage nach Möglichkeiten zur Steuerung der zukünftigen Entwicklungen in den alltäglichen Lebenswelten der alten und neuen Bewohnern und Bewohnerinnen. Die aktuelle Situation bietet die Chance und die Notwendigkeit, nicht nur auf Geflüchtete zu fokussieren, sondern eine Verbesserung der sozialen Integration *für alle* und auf Dauer zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund führten der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in den Jahren 2016 und 2017 eine gemeinsame Untersuchung mittelfristiger Fragen der quartiersbezogenen Steuerung und Urban Governance im Kontext von Flucht und Asyl durch (Franke, Schnur und Senkel 2017⁵). Ziel war es, den gegenwärtigen Sachstand aufzubereiten, daraus gewonnene Erkenntnisse mit Expertinnen und Experten zu vertiefen und somit einen Beitrag zur Fachdiskussion zu leisten. Im Fokus standen die Perspektiven der Vor-Ort-Ebene von Quartieren und der kommunalen Steuerungsebene. Ausgangsthese war, dass „traditionelle“ Migrationsquartiere auch in Zukunft wichtige Integrationsorte (für Geflüchtete) sein werden und mit dem „Programm Soziale Stadt“ bereits erprobte, gegebenenfalls jedoch zu modifizierende bzw. zu erweiternde Instrumente vorliegen.

Doch es ist nicht ganz so einfach: Die „Soziale Stadt“ ist ein Programm der Städtebauförderung und damit im Wesentlichen auf die Förderung baulich-investiver Maßnahmen und Projekte fokussiert. Dieser Umstand

⁵ Quelle: Franke, Thomas, Schnur, Olaf und Patrick Senkel (2017): *Geflüchtete in der Sozialen Stadt. Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration*. vhw-Schriftenreihe 6, Berlin.

limitiert das Spektrum dessen, was das Programm leisten kann, erheblich. Im Rahmen der damit gegebenen Programmreichweite empfehlen die beteiligten Expertinnen und Experten die Flexibilisierung der Gebietskulisse, die Vermeidung von integrationsbezogenen Sonderstrukturen in Programmgebieten der „Sozialen Stadt“, die Synchronisierung von integrierten Entwicklungs- und Integrationskonzepten auf gesamtstädtischer und Quartiersebene und die Qualifizierung von niederschweligen Orten der Begegnung auch im Sinne einer „Prozessförderung Integration“.

Ein Großteil der zentralen Experten-Vorschläge überschreitet jedoch den Förderrahmen der „Sozialen Stadt“ zum Teil deutlich: Dazu gehört in erster Linie der Wunsch, (nicht nur) in Soziale-Stadt-Gebieten die hier erforderliche Integrationsarbeit (für alle Quartiersbewohner) unter anderem durch eine angemessene personelle „Bespielung“ der gebauten Strukturen leisten bzw. unterstützen zu können. Erforderlich ist demnach eine Gemeinwesenarbeit i.w.S., die auf ausreichende Personalressourcen mit den „richtigen“ Qualifikationen und verlässlichen Vertragsressourcen zurückgreifen kann. In Kitas und Schulen wird (ebenfalls) eine quantitative und qualitative Personalanpassung für notwendig gehalten (mehr Personal, das in Integrationsfragen qualifiziert ist).

Damit wird ein Blick über den Tellerrand der „Sozialen Stadt“ im Spezifischen und der Städtebauförderung generell notwendig, denn: Will man die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Integration (für alle) außerhalb baulich-investiver Maßnahmen – also die eigentliche Integrationsarbeit von Mensch zu Mensch – nicht alleine den „betroffenen“ Kommunen und Quartieren überlassen, muss die Lücke zwischen Förderung der baulichen „Hardware“ und Hoffnungen auf ausreichende kommunale „Software“ anderweitig geschlossen werden.

Es drängt sich Frage auf, welche Integrationsaufgaben tatsächlich rein kommunal bzw. quartiersbezogen sind, und welche Integrationsaufgaben an anderer Stelle

gelöst und daher programmflankierend – also außerhalb des Ansatzes „Soziale Stadt“ – adressiert werden müssen: Bildungs-, Wohnungs-, Integrations- und Arbeitsmarktpolitik gehören sicher dazu.

Um das Projekt einer sozialeren Stadt – inklusive Integration im Quartier – realisieren zu können, ist eine stärkere Berücksichtigung des Sozialraumansatzes in allen gesellschaftspolitischen Bereichen notwendig, institutionalisiert in den verschiedenen Ressorts von Bund, Ländern und Kommunen. Hier richtet sich der Blick derzeit vor allem auf die „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt“ der Bundesregierung.

Als ideal erscheint ein sozialraumorientiertes Integrationsprogramm im Sinne eines Monofonds als Zusatzförderung im Kontext der Fluchtmigration, aus dem sich vor Ort investive und sozial-integrative Maßnahmen und Projekte gleichermaßen finanzieren lassen (vgl. EU-Initiativen URBAN I und II als Vorreiter der „Sozialen Stadt“).

Die Projektergebnisse werden in der vhw-Schriftenreihe als Band 6 erscheinen und online unter www.vhw.de und www.difu.de verfügbar sein.

5 Impulse für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik aus der Verbandsarbeit des vhw

Zum Plädoyer von vhw und Difu für eine Neupositionierung sozialer Wohnungspolitik

Mit der Veröffentlichung eines wohnungspolitischen Plädoyers im Spätsommer 2016 hat der vhw gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) eine wohnungspolitische Debatte angestoßen, die in Anbetracht steigender Wohnraumversorgungsentpässe in den wachsenden Städten eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik verfolgt. Im Folgenden werden die Hintergründe und Aktivitäten des wohnungspolitischen Diskurses skizziert.

Anlass und Ziele

Angesichts der sich immer schneller drehenden Miet- und Preisspierele auf den Wohnungsmärkten in den deutschen prosperierenden Ballungszentren wird eine zielgruppengerechte Wohnraumversorgung – vor allem von Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen – stetig schwieriger. Die nunmehr seit fast einer Dekade andauernde Wohnungsmarkthausse (steigende Preise und Mieten) rückt damit immer stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und wird zunehmend zu einem Kernthema politischer Auseinandersetzungen.

Diese Entwicklungen haben der vhw und das Difu zum Anlass genommen, in einem Diskussionspapier eine Neupositionierung der Wohnungspolitik zu fordern (vgl. Aring et al. 2016⁶). Im Mittelpunkt des gemeinsam erarbeiteten Papiers mit dem Titel „Wohnungspolitik neu positionieren! Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik“ steht die Frage, wie der wachsende Mangel an bezahlbaren Wohnungen durch eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik wirkungsvoll, sozial und möglichst „krisenfest“ – also resilient – beseitigt werden kann. Zwar sind die bestehenden Ansätze zur Beseitigung der Versorgungsprobleme vielfältig und weisen häufig in die richtige Richtung.

Dennoch hinterlassen sie einen Eindruck, der von „Kurzatmigkeit“ und einem reparierenden Charakter geprägt ist. Viele wohnungspolitische Maßnahmen sind darauf ausgerichtet, eine unmittelbare, kurzfristige Wirkung zu erzielen. Die langfristigen Entwicklungen der

Rahmenbedingungen (gesellschaftlich, fiskalisch, etc.) erhalten jedoch nicht jene Aufmerksamkeit, die der vhw und das Difu für erforderlich halten. Mit dem Plädoyer beabsichtigen daher die Verfasser des Diskussionspapiers, die derzeitige wohnungspolitische Debatte in eine längerfristige Perspektive einzubinden. Schließlich wird mit dem Plädoyer das Ziel verfolgt, eine strategisch ausgerichtete wohnungspolitische Diskussion in Politik und Wohnungswirtschaft anzustoßen, um mit Blick auf die nach der Bundestagswahl anstehenden Koalitionsverhandlungen, wichtige Impulse zu setzen.

Veranstaltungen und Impulse

Die Veröffentlichung des Plädoyers im September 2016 bildete den Auftakt für eine breitere Debatte über die Neuausrichtung der Wohnungspolitik. So haben der vhw und das Difu den Diskurs in Politik, Wohnungswirtschaft und Gesellschaft durch die Organisation und Mitwirken an Veranstaltungen sowie mit Vorträgen und Teilnahmen an Expertenrunden weiter begleitet. Hervorzuheben ist hierbei zunächst der vhw-Verbandstag 2016 mit dem Titel „Der Markt wird's schon richten? Wohnungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe“ und eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit den wohnungspolitischen Sprechern/Sprechervertretern der Bundestagsfraktionen sowie einer Vertreterin des zuständigen Bundesministeriums im Januar 2017.

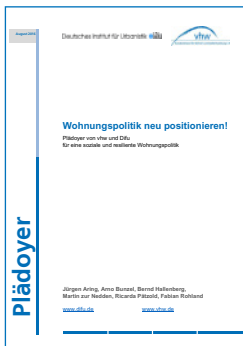


Abb. 19: vhw und Difu: Plädoyer „Wohnungspolitik neu positionieren.“ © vhw e. V.



Abb. 20/21: vhw-Verbandstag 2016 (Bild links) und Diskussionsveranstaltung mit Sprechern/Sprechervertretern der Bundestagsfraktionen am Januar 2017 (Bild rechts)

© vhw e. V.

6 Aring, Jürgen, Bunzel, Arno, Hallenberg, Bernd, zur Nedden, Martin, Pätzold, Ricarda und Fabian Rohland (2016): Wohnungspolitik neu positionieren! Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung Nr. 5/2016, S. 263-269.

Forschung und Politik

Auch wurde das Papier in anderen vhw-internen und externen Diskursen aufgegriffen und als Impuls oder Reibungsflächen wahrgenommen. Exemplarisch zu nennen wären hierbei die Veranstaltung eines internationalen Erfahrungsaustausches mit skandinavischen Wissenschaftlern und Wohnungsmarktpraktikern oder die Vorstellung des Plädoyers im Rahmen der Baurunde der SPD-Bundestagsfraktion.



Abb. 22/23: Internationaler Erfahrungsaustausch mit skandinavischen Wissenschaftlern und Wohnungsmarktpraktikern beim vhw (Bild links); das vhw-Kuratorium befasst sich mit dem Plädoyer in einer Extra-Sitzung (Bild rechts). © vhw e. V.

Die wesentlichen Diskursstränge

Das Papier hat eine breite Resonanz gefunden und in wichtigen Teilen die Diskussion befördert. Das Spektrum der Reaktionen war breit und reichte von weitgehender Zustimmung bis zu offenem Widerspruch. Im Folgenden werden nun die wesentlichen wohnungspolitischen Handlungsfelder bzw. Themen und Erkenntnisse cursorisch aufgezeigt, die sich im Verlauf des angestoßenen Diskurses als zentral für die Lösung der Wohnraumversorgungsprobleme herausgebildet haben oder besonders kontrovers diskutiert wurden (vgl. Aring et al. 2017, S. 115ff.):

- **„Wohnen“ ist zurück auf der Agenda politischer und gesellschaftlicher Debatten**
In dem angestoßenen Diskurs hat sich ungeachtet unterschiedlicher Positionen und Meinungen im Detail vor allem gezeigt, dass das Thema Wohnen

nach jahrelangem Schattendasein wieder im Blickpunkt öffentlicher und politischer Debatten steht. Es wurde deutlich, dass angesichts der vielfältigen Funktionen und Aufgaben dem „Wohnen“ eine zentrale gesellschaftliche und soziale Rolle zufällt, die weit über den engeren Regulierungskontext hinausgeht. Im Zentrum der Debatte über eine mögliche/nötige Neuausrichtung der Wohnungspolitik steht die Frage, wie der Wohnungsmarkt politisch flankiert werden sollte bzw. muss, damit der Markt funktionsfähig bleibt und gleichzeitig die soziale Versorgungsdimension nachhaltig berücksichtigt wird.

- **Die Baulandfrage und die gemeinwohlorientierte Bodennutzung als zentrale Elemente zur Lösung der aktuellen Versorgungsengpässe im preisgünstigen Segment**

Derzeit scheint sich erneut ein Zeitfenster für eine notwendige Modernisierung und Ergänzung des bodenpolitischen Instrumentariums zu öffnen. Im Detail drehte sich die Debatte einerseits um eine verbesserte Praxis, um so die bestehenden Instrumente – vor allem seitens der Kommunen – häufiger und zielführender anwenden zu können. Andererseits wurde eine grundsätzliche Neuorientierung der bodenpolitischen und bodenrechtlichen Rahmung gefordert.

- **Gemeinwohlorientierung als elementarer Baustein einer sozialen und resilienten Wohnraumversorgung**

Bei der Ausgestaltung einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik treffen unterschiedliche Vorstellungen aufeinander. Dies gilt z. B. für die Zielgruppe gemeinwohlorientierter Bestände. Richtet sich soziale Wohnungspolitik an kleine Randgruppen, die keinen Zugang zum freien Markt finden, oder zielt sie auf breitere Schichten der Bevölkerung? Haben gemeinwohlorientierte Bestände eine rein soziale Bedeutung, oder wirken sie auch stadtplanerisch gegen Segregation und allgemein für eine Dämpfung von Preisausschlägen? In diesem Kontext

⁷ Aring, Jürgen, Hallenberg, Bernd und Fabian Rohland (2017): Zwischenbilanz zum Plädoyer von vhw und Difu zur Wohnungspolitik. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung Nr. 3/2017, S. 114-118.

wurde ebenso die Forderung der Bundestagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke nach einer neuen (Wohnungs-)Gemeinnützigkeit kontrovers diskutiert. Aus Sicht von vhw und Difu geht es weniger um das Modell einer „Neuen Gemeinnützigkeit“ und schon gar nicht um eine Kopie des abgeschafften Nachkriegsmodells, sondern um die Sicherstellung einer krisenstabilen Versorgung bspw. in Form von langfristigen Interventionsbeständen.

- **Neue Wege und neue Akteure bei der Mobilisierung privaten Kapitals**

Neben der Baulandproblematik bilden die begrenzten finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand, vor allem der Kommunen, ein Hindernis für eine stärkere Bautätigkeit. Difu und vhw fordern daher den zielgerichteten Einsatz von Förder- und Finanzierungsinstrumenten, der eine regionale Differenzierung ermöglicht. Aus den Beiträgen im Rahmen des angestoßenen Diskurses werden jedoch die bisherige Vernachlässigung des Themas „Mobilisierung privaten Kapitals“ und der vorherrschende Rekurs auf „klassische“ Instrumente, wie z. B. die Anhebung der linearen AfA, deutlich. Aus der Perspektive von Difu und vhw ist zudem ein Ansatz notwendig, der auch institutionelle Kapitalgeber anspricht.

- **Eine resiliente Wohnungspolitik erfordert einen integrierten Ansatz**

Eine zukunftsfähige Wohnungspolitik muss sich als Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik verstehen und damit mit anderen Politikfeldern und deren Zielsetzungen verknüpft werden. Dies funktioniert nur mit Hilfe eines integrierten Politikansatzes, der Wohnungspolitik im Wechselspiel zu anderen Politikfeldern sieht und mögliche Zielkonflikte antizipiert und abwägt. „Integrative Politik“ meint darüber hinaus auch das Zusammenwirken der Akteure, also neben der öffentlichen Hand vor allem die Immobilienwirtschaft und die Bürgerschaft. Ein solches Zusammenspiel von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bedarf neuer

kooperativer Verfahren und der kritischen Reflexion bisheriger Handlungslogiken.

Die bisherigen Diskussionen im Rahmen der angestoßenen Debatte machen vor allem eines deutlich: Die von vhw und Difu ausgehende Initiative eines wohnungspolitischen Diskurses, der primär an strategischen Fragen der Ausrichtung einer Wohnungspolitik ansetzt, wird seitens der Politik, der Wohnungswirtschaft, der Kommunen und der weiteren Wohnungsmarktakeure grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig wurde ein erheblicher Klärungsbedarf bei vielen Fragen der Neujustierung der Wohnungspolitik deutlich.

Ausblick

Das Plädoyer von Difu und vhw schließt mit der Forderung nach einem „Think Tank“ zu den integrierten Grundsatzfragen einer sozialen und resilienten Wohnungspolitik. Als Schritt dorthin haben beide Institutionen einen Expertenkreis zu den „Zukunftsfragen der Bodenpolitik“ ins Leben gerufen, der in Anbetracht der bevorstehenden Koalitionsverhandlungen nach der diesjährigen Bundestagswahl Eckpunkte einer Bodenpolitik formulieren wird, die sich im Kern an einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung ausrichtet. Daneben bilden die Themen „Resiliente Wohnraumversorgung“ und die „Mobilisierung privaten Kapitals“ weitere Handlungsfelder, die die Forschungsarbeit des Bundesverbandes im Zuge der wohnungspolitischen Debatte begleiten werden.

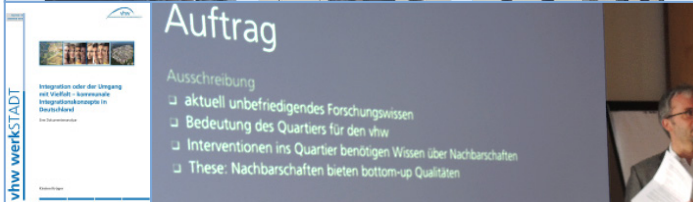


Forschung und Politik



Juni 2017: Konversion ist wohnungspolitische Zukunft – Eine soziale Bilanz.
 Mit diesem Beitrag von Bernd Hallenberg und Fabian Rohland, beide vhw e. V., auf Seite 72 im IV Wälbuch **Konversion** der Stadt Mannheim, wird der Frage nachgegangen, welche Zielgruppen mit den **Konversion**sflächen angesprochen werden sollen und wie sie sich weiterentwickeln. Betrachtet werden dabei der Wohnungsmarkt in Mannheim, die Wanderungsbewegungen, die Milieustruktur und die Milieuprognose 2035.

Stadtentwicklung im Wandel: Dr. Peter Kurz, Mannheims Oberbürgermeister und vhw-Verbandsratsvorsitzender fesselte die Zuhörer

Auftrag Ausschreibung

- aktuell unbefriedigendes Forschungswissen
- Bedeutung des Quartiers für den vhw
- Interventionen ins Quartier benötigen Wissen über Nachbarschaften
- These: Nachbarschaften bieten bottom-up Qualitäten




17. November 2016
vhw-Verbandstag 2016
 Der Markt wird's schon richten? – Wohnungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe
 Berlin Brandenburgische Akademie der Wissenschaften





6 Transferformate

Der Bundesverband hat sowohl im Forschungs-, als auch im Fortbildungsbereich die Aufgabe, Ergebnisse und Sachstände von Projekten und Prozessen seinen Mitgliedern, den Gremien, Partnern und der (Fach-)Öffentlichkeit zielgruppenspezifisch zu vermitteln. Dazu bedient er sich verschiedener Informationskanäle und -formate. Für den Informationstransfer im Forschungsbereich nutzt der vhw e. V. standardisierte Formate, wie den jährlichen Verbandstag, die sechs Mal im Jahr erscheinende Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“, die vhw-Schriftenreihe und die vhw werkSTADT. Zudem vermitteln Informationen im Internet, der Städtenetzwerk-Newsletter, Pressemitteilungen und -gespräche, sowie Workshops, Expertengespräche oder Regionalkonferenzen die Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem Forschungsbereich.

Verstärkt wurde im Berichtszeitraum die Vortragstätigkeit bei anderen Verbänden und Partnern, um die Erkenntnisse aus Forschung und Politik einer breiteren Fachöffentlichkeit zu vermitteln und damit die Position des vhw als einen zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen der Stadtentwicklung arbeitenden Verband weiter zu etablieren.

Für den Bereich der Fortbildung spielen neben dem Flyer und den E-Mailings zu den Fortbildungsofferten auch die Zweitverwertung über Termininformationen in Fachmedien, die aktuelle Nachrichtenkopplung an vhw-Präsenzveranstaltungen im Internet und anlassbezogene Pressemitteilungen eine wichtige Rolle.

6.1 Veranstaltungen

Im Schmelztiegel – Stadtentwicklung zwischen Vielfalt und Sehnsucht nach Vereinfachung 6. Städtenetzwerkkongress in Mannheim! – 22. Juni 2017

Etwa 100 Interessierte aus Politik, Bürgerschaft, Kommunen und Wissenschaft trafen sich am 22. Juni 2017 für einen gemeinsamen Austausch erstmals in Mannheim, im Kongresszentrum der Neckarstadt.



Abb. 24/25: vhw-Vorstand Prof. Dr. Jürgen Aring (Bild links): Vielfalt sind nicht immer nur „die anderen“. Ca. 100 Gäste kamen nach und aus Mannheim (Bild rechts).

© vhw e. V.

Vielfalt, so Jürgen Aring, ist für den vhw ein ganz zentraler Begriff. Wir leben in vielfältigen Stadtgesellschaften, die nicht nur New York oder London heißen, sondern auch Mannheim, Berlin und Köln. Vielfalt, das bedeutet nicht immer nur „die anderen“, sondern es ist auch die eigene Wahrnehmung, die unterschiedlich bewertet. Ohne Toleranz gelingt es nicht, mit den Herausforderungen von Vielfalt umzugehen. Als verlässliches Regulativ gelten Recht und Gesetz. Wenn wir aber einerseits die Rechte der Minderheiten fordern, was ist dann andererseits mit den Rechten der Mehrheiten? Dissens in den Rechtsansprüchen? Die salomonische Antwort lautet oft: Gesellschaftliche Arrangements!

Im Umgang mit den Herausforderungen von Vielfalt ist auch der Wunsch verbunden, in den Lösungen einfach sein zu können. Im Alltag von Stadtentwicklung ist aber spürbar, dass das Planen und Gestalten oft mit langen Prozessen, Überraschungen in den Verfahren, vielfältigen Interessen und unübersichtlichen Folgen einher-

geht und somit keine einfachen Antworten ermöglicht. Nutzen wir nun diesen Kongress, um unsere Erfahrungen miteinander auszutauschen.

Stadtentwicklung im Wandel: Dr. Peter Kurz' Beitrag fesselt



Abb. 26/27: „Die Fragen zu Vielfalt sind aktueller denn je.“, so der Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz (Bild rechts). © vhw e. V.

„Der vhw hatte vor fünf Jahren offenbar ein gutes Gespür für so ein heutiges ‚Megathema‘. Auch ich hätte gern einfachere Antworten, aber sie sind nicht einfach. Unsere Stadt ist ein gutes Beispiel dafür, dass das Nebeneinander von Traditionen Vielfalt gestaltet – Mannheim war Residenz-, Plan-, Kultur-, Handels- und Industriestadt. Heute leben hier 170 verschiedene Nationen.“ Verstärkt hat sich, dass internationale Konflikte vor Ort hineinwirken,



Abb. 28: Zu Komplexität bei Vielfalt gab Migrationsforscher Dr. Mark Terkessidis einen wichtigen Input. © vhw e. V.

so der Mannheimer Oberbürgermeister. Unmittelbarer sind damit die Auswirkungen auf Stadtentwicklung geworden. Unsere gute Kommunikationsplattform in der Stadt hat uns dabei geholfen, eine lebendige Dialogfähigkeit zu pflegen. Und noch etwas hat sich verändert: Die politische Funktion der Verwaltung hat enorm

zugewonnen. Im Grunde sind wir als öffentliche Verwaltung darauf wenig vorbereitet.

Man hat einerseits das Gefühl ansteigender Komplexität und andererseits erlebt man eine Kommunikation, die einfacher und einfacher wird. Je mehr der mediale

Bereich die Beziehung zur Vielheit verliert, umso mehr konzentriert er sich auf die „alten“ Zielgruppen, was übrigens auch dem medialen Bereich selbst immer weniger nutzt. So erreicht das Leitmedium Fernsehen seine Nutzer im Durchschnittsalter von 45 Jahre.

Wo ist die Agora dieser Gesellschaft?

Es ist in einer komplexen Gesellschaft zudem oft schwierig, Folgen von Ereignissen vorherzusagen. Das heißt aber auch, es bleibt nichts anderes übrig als zu experimentieren. Das ist etwas, was Verwaltung sehr schwer fällt. Deutschland hat einen sehr hierarchischen Arbeitsstil, der das Experimentieren nicht gerade befördert.

Überraschungsgast mit Botschaft



Abb. 29/30: Moritz Neumeier (Bild links) erzählte in Mannheim pointiert und unterhaltsam (Bild rechts) die Geschichte (s)einer Jugend in einer Dorfgemeinschaft, verwies darauf, kein Stadt-Experte zu sein und holte doch die Verhaltensweisen eines Jugendlichen bei seinem Auszug in die Stadt sehr wohl in die Verhaltensanalogien, die uns allen bekannt sind. © vhw e. V.

Neue, fremde Situationen machen Menschen mitunter Angst. Das Schlimme, so Neumeier, ist aber nicht die Angst, sondern es sind die Abwehrmechanismen. So können aus Menschen, die Angst haben, Menschen werden, die wütend sind. Und die gehen dann – sehr verkürzt zusammengefasst – zu Facebook und merken, dass sie Recht haben. Er aber hat gelernt, den Argumenten aus Gefühlen und Phrasen entgegenzureden. Und das müssen wir alle tun, immer wieder.

Vier parallele Workshops am Nachmittag

Behandelt wurden anschauliche Beispiele zu aktuellen Stadtentwicklungsfragen. Kleine Inputs – jeweils zu

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Beginn des Workshops – bildeten die Grundlage für die anschließende Diskussion mit den Teilnehmern.



Abb. 31/32: Workshop 1: Stadtentwicklung unter den Bedingungen von Vielfalt
© vhw e. V.

Andreas Bomheuer (Bild rechts), Geschäftsbereichsvorstand Kultur, Integration und Sport, aus der Ruhrmetropole Essen sowie Bernd Hallenberg, vhw e. V., gaben kurze Inputs zu den Herausforderungen von Stadtentwicklung unter den Bedingungen von Vielfalt. Moderiert wurde der Workshop von Sebastian Beck, vhw e. V.

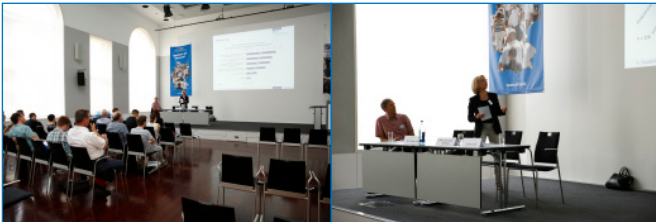


Abb. 33/34: Workshop 2: Gemeinsam Bauen: Planer, Nachbarn, Investoren, Nutzer
© vhw e. V.

Prof. Dr. Heidi Sinning (Bild rechts) vom Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt gab einen Input zu Sharingansätzen im Bereich Wohnen und Quartier. Achim Judt, MWS Projektentwicklungsgesellschaft aus Mannheim, konnte aus den Erfahrungen zum Thema Konversionsflächen-gestaltung mit den Bürgern berichten. Moderiert wurde der Workshop von Dr. Frank Jost, vhw e. V.



Abb. 35/36: Workshop 3: Öffentliche Räume zwischen Einfachheit und Vielfalt
© vhw e. V.

Dr. Daniela Karow-Kluge (2. von rechts im linken Bild) von der RWTH Aachen und Dr. Cornelia Peters (2. von links im linken Bild) von der Behörde für Umwelt und Energie in Hamburg hielten kurze Einführungen mit Beispielen aus den Städten. Danach wurde im kleinen Kreis intensiv diskutiert. Moderiert wurde der Workshop von Prof. Dr. Jürgen Aring, Vorstand vhw e. V.



Abb. 37/38: Workshop 4: Quartiere und Nachbarschaft im Wandel
© vhw e. V.

Dr. Ingeborg Beer (Bild links), Stadtforschung + Sozialplanung aus Berlin, Harris Tiddens (Bild rechts) vom Institut für Stadt- und Umweltstudien der chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften in Peking und Dr. Marcus Andreas von alephi research aus Berlin gaben ihre interessanten Inputs, um danach gemeinsam mit den Teilnehmern viel zu diskutieren. Moderiert wurde der Workshop von Dr. Thomas Kuder, vhw e. V.

Podiumsdiskussion: Komplex, aber verständlich?



Abb. 39: Stadtentwicklung im Kontext von Vielfalt mit Prof. Elke Pahl-Weber (2. v.l.) von der TU, Berlin, Prof. Dr. Otfried Jarren (3. v.l.) von der Universität Zürich und Prof. Dr. Klaus Selle (1. v.l.) von der RWTH, Aachen. Moderiert hat der SWR-Journalist – Gerhard Augstein (4. v.l.). © vhw e. V.

Wie wir morgen leben? Diese Frage nach der Zukunft unserer Städte können wir nicht wirklich beschreiben, so Prof. Elke Pahl-Weber. Neue Funktionszusammenhänge und dass sich die physischen Gegebenheiten, wie private und öffentliche Räume ändern werden, sind sehr wahrscheinlich. Und es muss sich ändern, denken wir nur an unseren Flächenverbrauch. Prof. Dr. Otfried Jarren stimmte dem zu, verwies auf den Rückgang der Vielfalt und die Bedeutung der Nachhaltigkeit. Die Digitalisierung wird uns helfen, einige Dinge anders zu entwickeln als bisher. Prof. Dr. Klaus Selle will dabei zwischen Stadt und Stadtgesellschaft unterscheiden. Die Stadt verändert sich deutlich langsamer als ihre Gesellschaft. Und in der Rolle des Bürgers bei der Gestaltung von Stadt sind wir alle mal Betroffene, mal Marktakteure oder Teilhabende. Viel hat sich verändert. Nur, in letzter Zeit endet Teilhabe zu oft in der Ecke der Konfrontation. Da muss sie wieder raus. Alle drei sehen sich hier in ihrer Rolle als Experten in der Pflicht, sich dafür einzusetzen, wieder anders – verständlicher – darüber zu reden.



Abb. 40-45: Immer wieder gern – der Austausch untereinander und mit den Impulsgebern © vhw e. V.

vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“
Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse
28. Februar 2017 in Berlin

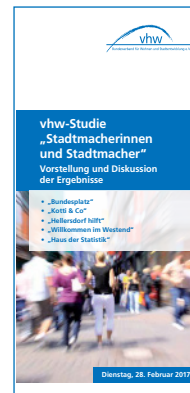


Abb. 46/47: Mit dem Format des Fish-Bowls wurden viele Meinungen abgeholt © vhw e. V.

Etwa 100 Gäste folgten der Einladung zur Ergebnispräsentation in das „Aquarium“ am Kotti, einem Veranstaltungsort, der selbst aus einer Initiative entstanden ist. Die Studie wurde von Juni 2016 bis Januar 2017 im Auftrag des vhw e. V. durch das Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die L.I.S.T. Lösungen im Stadtteil – Stadtentwicklungsgesellschaft mbH durchgeführt. Im Fokus der Studie standen die Veränderungen der Aushandlungsprozesse zwischen Kommune, Wirtschaft, organisierter

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Initiativen, die sich durch neuartige Kooperationsformen mit der Kommune, Veränderungen in den diesbezüglichen formellen bzw. informellen Kooperationsstrukturen und Schnittstellen oder eigenständige Ideen und Projekte im Umgang mit aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung auszeichnen. Untersucht wurden insgesamt 30 – vor allem zivilgesellschaftlich basierte – Berliner Stadtentwicklungsinitiativen. Die zentrale Frage, zu der es erste Ergebnisse gab, die aber auch weiter fortgeführt wird: Wie können zivilgesellschaftliche Initiativen eingebunden werden, um Berlin als Koproduktion von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik zu gestalten? In einer entspannten Diskussionsrunde kamen Vertreter von Bezirk, Land und Initiativen mit den Gästen in einen regen Austausch.

Ergebnisse der Studie unter: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/Quartier_Soziale_Stadt/PDF/vhw-Studie_Stadtmacherinnen_und_Stadtmacher_Ergebnisse.pdf

Brauchen wir eine Neue Gemeinnützigkeit in der Wohnungswirtschaft? Podiumsdiskussion 24. Januar 2017 in Berlin



Abb. 48/49: Brennpunktdebatte: Bezahlbares Wohnen, Wohnen als soziale Frage und Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, von Trägern, Politik, Unternehmen und Genossenschaften und Privaten © vhw e. V.

Die Themen Wohnen und Wohnungsbau stehen im Zenit der öffentlichen Aufmerksamkeit – insbesondere in den großen Städten, Bündnissen und politischen Gremien. Ungeachtet vieler Programmansätze gelingt es in vielen Groß- und Universitätsstädten nicht, eine

quantitative und bezahlbare Wohnraumversorgung sicherzustellen. Ursächlich sind nicht nur verschiedene Entwicklungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite, sondern auch die Vernachlässigung einer aktiven Wohnungspolitik seit den 1990er Jahren. In der wohnungspolitischen Debatte werden zwar Instrumente und Anreize zur Behebung des Mangels an bezahlbaren Wohnungen verhandelt. Über grundsätzliche Fragen der (Neu-)Ausrichtung wird jedoch nur im Hintergrund diskutiert. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und der vhw haben sich gemeinsam diesen Fragen gestellt und ein Plädoyer für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik vorgelegt, das sich als Anstoß für eine wohnungspolitische Debatte mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2017 versteht.

Auf der Grundlage dieses Plädoyers haben Difu und vhw zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wohnungspolitik neu positionieren?“ mit den wohnungs- und baupolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen sowie Anke Brummer-Kohler vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit am 24. Januar 2017 in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften am Berliner Gendarmenmarkt eingeladen.

Der Beitrag zur Podiumsdiskussion in der Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“, Nr. 3/2017 unter: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/3_2017/FWS_3_17_Interviews_MdBs.pdf

Verbandstag 2016: Der Markt wird's schon richten? Wohnungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe – 17. November 2016



Abb. 50/51: Was den vhw ausmacht? Dr. Peter Kurz (Bild links) beschrieb es so: Der vhw hat oft schon frühzeitig die richtigen Fragen gestellt. 245 Gäste folgten der Einladung in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Bild rechts).

© vhw e. V.

Die Teilnehmer waren Interessierte aus größeren und kleineren Städten, aus Wohnungswirtschaft und Politik, aus Stadtplanung und Stadtgestaltung, aus Bürgerorganisationen und engagierter Bürgerschaft, aus Unternehmen und Universitäten. Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender des vhw und Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, begrüßte die Gäste und positionierte das Verbandstags-Thema als hochaktuell. Dabei verwies er auf einen langen Atem, den wir aufbringen müssen. Denn aus der Tatsache, ihn in der vergangenen Zeit nicht gehabt zu haben, erwachsen uns heute Probleme. Wie gelangen wir bei aller Notwendigkeit von kurzfristigen Lösungen wieder dahin? Das gilt es durchaus auch kontrovers zu diskutieren, denn der Markt allein wird es nicht richten, die verschiedensten Akteure müssen gemeinschaftlich wirken.

sestadt Hamburg geprägt. Nicht jede Zustimmung zur städtebaulichen Entwicklung war damals gut. Aus der Distanz von heute lässt sich das leichter bewerten. Großstädte sind, und dazu führte er einen Vergleich in Anlehnung an Helmut Schmidt an, heute so etwas, was früher einmal die Bischofssitze waren. Von ihnen gehen die geistigen, kulturellen und politischen Impulse aus. Wie wollen wir leben ist dabei die zentrale Frage und wer ist dabei eigentlich „wir“? Ole von Beust beschrieb dazu eine zunehmende Entfremdung, die sich in einem Misstrauen in die Eliten begründet. Eine Ursache dafür sieht er im Fehlen von Vorbildern, die sich aufgrund permanenten medialen Durchleuchtens auch immer weniger finden, und dem Fakt, dass Kontrolle nicht ausreichend erlebt und Zusammenhänge für den einzelnen oft undurchschaubar werden. Das wird sich auf unser Zusammenleben auswirken.



Abb. 54/55: Offensive soziale Wohnungspolitik, unter dem Fokus stand der Input von Florian Pronold (Bild links), Parlamentarischer Staatssekretär. Die Teilnehmer hatten Fragen (Bild rechts). © vhw e. V.

In den letzten 25 Jahren hat der Bund Programme wie beispielsweise das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ aufgestockt und Maßnahmen ins Leben gerufen, die ein solidarisches Miteinander wieder stärker unterstützen und bezahlbares Wohnen ermöglichen sollen. Das Thema „Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung“ war noch nie so stark im Fokus der Bundespolitik, weil jetzt alle begriffen haben, dass das eine der Schlüsselfragen für Zusammenhalt und die Zukunft der Gesellschaft ist. Die soziale Wohnraumförderung wurde verdreifacht, obwohl wir gar nicht mehr zuständig sind. Nach dem Auslaufen der Förderung 2019 steht man sicher wieder vor der Finanzierungsfrage. „Es wäre klüger, wenn man



Abb.: 52/53 Wie wollen wir leben? So der Titel der Keynote von Ole von Beust (Bild rechts) © vhw e. V.

Die „wachsende Stadt“ hat die Ära von Ole von Beust in der Zeit als Erster Bürgermeister der Freien und Han-

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Wohnen als Gemeinschaftsaufgabe begreift und versteht, dass Kommunen, Länder und der Bund in eine gemeinsame Verantwortung gehen. Wir haben mittlerweile den höchsten Stand in der Städtebauförderung. Wir dürfen keine Ghettobildung zulassen. Wir wollen keinen reinen Flüchtlingsneubau, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle.“, so Pronold.



Abb. 56: Wie arbeitet man in Bremen zusammen? Senatsbaudirektorin der Freien und Hansestadt Bremen Prof. Dr. Iris Reuther (Bild) bestätigte, dass das Bauen und Wohnen wieder zur zentralen Frage von Stadtentwicklung geworden ist. © vhw e. V.

Die Generationen, die in unseren Städten wohnen, sind mit ihren kulturellen Hintergründen nicht alle in den Städten auch verwurzelt. Es macht daher sehr viel Sinn, über Haushalte und Lebensstile nachzudenken, geht es doch letztendlich um eine Idee der Gemeinschaft in einer Familie, mit Nachbarn, in einem Quartier.

„Wohnungspolitik neu positionieren“



Abb. 57/58: Zusammen mit dem Difu hat der vhw e. V. das Plädoyer für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik erarbeitet und stellt es im Gespräch den Gästen vor. © vhw e. V.

Prof. Dr. Jürgen Aring (Bild rechts, 1. v.l.), Vorstand vhw e. V.: „Die Zeit war einfach reif!“, war die Antwort auf die erste Frage von Moderatorin Elke Frauns (Bild rechts) „Warum jetzt?“. Es war uns wichtig, von einer „Kurzatmigkeit“ wegzukommen und Wohnungspolitik in einer längerfristigen Perspektive anzulegen. Warum wir uns einmischen? Seit Jahren beschäftigt sich der Bundesverband mit Bürgergesellschaft, Legitimation und Vertrauen, das hat ganz klar aber auch mit Inhalten wie Wohnen zu tun. Prof. Dr. Arno Bunzel (Bild rechts, Mitte), Stellvertretender Institutsleiter des Deutschen Instituts für Urbanistik zum Duktus des Papiers: Es hat die Funktion, Anstoß für eine Diskussion zu geben. Der Befund im Frühjahr 2016 war, wir haben handfeste Probleme. Die Lösungen waren aber oft nicht nachhaltig.

Bürgerinteressen erkennen und berücksichtigen



Abb. 59: Dr. Thomas Kuder (Bild) zieht mit NDR-Kommentar Projektbilanz: „Anwohnerproteste sind laut NDR 90,3 nicht zu erwarten. Denn die Wilhelmshurger sind seit Monaten ganz eng in die Planung eingebunden.“

© vhw e. V.

Nachverdichtungen angehen, Konversionsflächen neu nutzen, Nachbarschaftsgrundstücke ausbauen... alles das berührt die Interessen von vielen. Eine Annahme aus einem Zustand zu entwickeln, nur weil auf manchen Flächen keiner wohnt, würde es womöglich auch keinen interessieren, ist gefährlich. Die Stadt beginnt mit bestem Vorsatz zu bauen und erlebt doch Protest. Im Städte-

netzwerk, so führte Dr. Thomas Kuder, Seniorwissenschaftler und Projektleiter vhw e. V. aus, haben wir mit unseren Partnerstädten zu verschiedenen fachlichen Stadtentwicklungsfragen Beteiligungsprozesse begleitet, bei denen Bürgerinteressen rechtzeitig, fair und gleichberechtigt in die Beteiligungsprozesse einzubinden waren und eingebunden wurden. Als Fallbeispiel erläutert er das Vorgehen auf den „Hamburger Elbinseln“ in Wilhelmsburg, wo über Jahre gewachsener Protest und ein Misstrauen ungünstige Voraussetzungen boten, um die Bürgerschaft aktiv einzubinden.

Für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik



Abb. 60/61/62: Moderatorin Elke Frauns bat Monika Fontaine Kretschmer (Bild links), Technische Geschäftsführerin der Unternehmensgruppe Naussauische Heimstätte/ Wohnstadt, Michael Groß MdB (Bildmitte), wohnungs- und baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie Dr. Reiner Braun, stellvertretender Vorstandsvorsitzender empirica AG, zum Meinungsaustausch auf das Podium. © vhw e. V.



Abb. 63/64/65: Das Thema bewegte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer © vhw e. V.

Kontrovers muss die Debatte geführt werden, denn viele Perspektiven kommen hier zusammen. Kontrovers wurde sie geführt. Das Publikum diskutierte heftig mit, welche Instrumente, welche Förderpolitik, welche Handlungsmöglichkeiten bereits jetzt schon bestehen und welche für eine nachhaltige Wohnungspolitik notwendig sind. Die Diskussion wird weitergehen.

Bildbericht im Internet unter: <https://www.vhw.de/termine/veranstaltungsberichte/verbandstag-2016/>
 Bericht in der „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“
 Nr. 6/2016: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2016/6_2016/FWS_6_16_Jost.pdf

6.2 Zeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“

Die Verbandszeitschrift des vhw „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ gehört zu den wichtigen Publikationen an der Schnittstelle von Stadtplanung, Städtebau, Wohnungswirtschaft und Sozialforschung im deutschsprachigen Raum. Auch im Berichtszeitraum 2016/2017 wurden die sechs Ausgaben pro Jahr neben Mitgliedern und Abonnenten auch der Fachöffentlichkeit auf Tagungen und Kongressen – nicht nur des vhw – zugänglich gemacht, wenn thematische Schnittstellen bestanden. Die Autoren der Hefte kommen aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern im Spannungsfeld von Wohnen und Stadtentwicklung, sei es aus der Wohnungswirtschaft, aus Wissenschaft und Forschung, aus Politik und Verwaltung, aus Bund, Ländern oder Kommunen. Der Forumscharakter der Zeitschrift befördert dabei den Wissensaustausch und die Diskussion zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis.

Als Verbandsorgan und Fachzeitschrift berichtet das „Forum“, bei einer Auflage von derzeit 3.000 Heften, weiterhin nicht nur über die vielfältigen Aktivitäten des Verbandes, sondern darüber hinaus auch über ein Schwerpunktthema in jeder Ausgabe. Auf den Internetseiten des vhw bietet die Online-Präsenz des „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ mit ihrer Archivfunktion einen Überblick über alle bislang erschienenen Zeitschriftenausgaben. In den Inhaltsverzeichnissen finden sich seit dem Jahrgang 2003 Abstracts zu jedem Artikel. Überdies können seit Nummer 1/2009 alle Beiträge pro Ausgabe kostenlos im PDF-Format heruntergeladen werden.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienen Ausgaben vorgestellt.

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

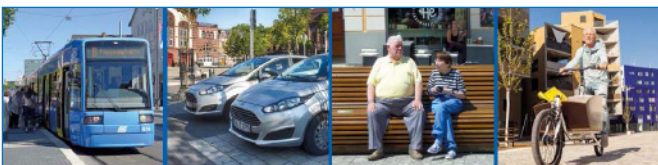


„Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 3/2017

Sozialorientierung in der Wohnungspolitik

Mai – Juni 2017

Die Themen Wohnen und Wohnungsbau stehen im Zenit der öffentlichen Aufmerksamkeit – insbesondere in den großen Städten, Bündnissen und politischen Gremien. Ungeachtet zahlreicher Programmansätze gelingt es in vielen Groß- und Universitätsstädten nicht, eine quantitative und bezahlbare Wohnraumversorgung sicherzustellen. Ursächlich sind nicht nur verschiedene Entwicklungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite, sondern auch die Vernachlässigung einer aktiven Wohnungspolitik seit den 1990er Jahren. In der wohnungspolitischen Debatte werden zwar Instrumente und Anreize zur Behebung des Mangels an bezahlbaren Wohnungen verhandelt. Über grundsätzliche Fragen der (Neu-)Ausrichtung wird jedoch nur im Hintergrund diskutiert. Das vorliegende Schwerpunktheft beleuchtet die aktuellen Fragen in der Wohnungspolitik aus unterschiedlichen Perspektiven und dokumentiert darüber hinaus einige Praxisbeispiele.



„Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 2/2017

Mobilität und Stadtentwicklung

März – April 2017

Seit mehreren Jahren erleben wir einen Trend zurück in die Stadt, eine Phase der Urbanisierung. Dies wird unterstützt durch Programme zur Verkehrsberuhigung in Innenstadtrandbereichen in den achtziger Jahren,

durch autoreduzierte Innenstadtkonzepte mit Auflagen für mehr Wohnnutzung und durch den Boom des Radverkehrs. Die Charta von Leipzig gilt als neues Leitbild für die urbane Stadt. Die Reurbanisierung unterstützt die Priorität der Innenentwicklung und stellt zusammen mit einer noch einzufordernden erhöhten Kostenwahrheit beim Verkehr eine gute Basis für einen zukunftsfähigeren Verkehr dar, denn die Mobilität bestimmte schon immer die Entwicklung unserer Städte – die dann gebaute Realität hatte dann wiederum starken Einfluss auf den Verkehr.

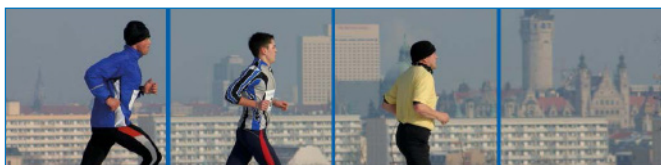


„Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 1/2017

Vielfalt im Öffentlichen Raum

Januar – Februar 2017

Hinsichtlich ihrer Bedeutung für das Stadtbild, für Identität und gesellschaftliche Prozesse wird an öffentliche Räume ein hoher Anspruch formuliert. Generell werden sie als Orte möglicher Begegnung, als wichtig für die Bewältigung gesellschaftlicher Vielfalt eingeschätzt. In ihnen wird die Stadtgesellschaft sichtbar. Hier gibt es zum einen die Chance, Vielfalt und Verschiedenheit wahrzunehmen und Fremden Begegnungen zu ermöglichen. Zum anderen werden gerade in öffentlichen Räumen gesellschaftliche Spannungen, Vorbehalte und Ausgrenzungen sichtbar.



„Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 6/2016

Stadtentwicklung und Sport

Dezember 2016

Das Thema Sport leistet nicht nur wesentliche Beiträge zu aktuellen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern spielt auch in nahezu allen Arbeitsfeldern des vhw eine große Rolle. Anlass genug, diese Ausgabe von „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ in enger Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) zu verfassen, dem unser besonderer Dank für seine Unterstützung gilt. Ein geeigneter Anlass zudem, wie schon 2012 wieder einmal einige ausgewählte Beiträge zum vielseitigen Thema „Stadtentwicklung und Sport“ aufzugreifen und kritisch zu würdigen.

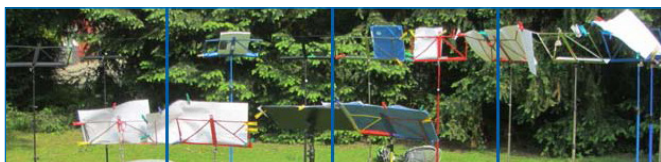


„Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 4/2016

Fluchttort Kommune

Juli – September 2016

Beim Umgang mit der Migration nach Deutschland tragen die Kommunen die Hauptlast, ohne dass sie bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen ein wesentliches Mitspracherecht hätten. Der vhw-Workshop „Fluchttort Kommune“ vom 17. März 2016 in Essen, von dem wesentliche Aspekte in den Beiträgen dieses Hefts vertieft dargestellt werden, verfolgte mit Gewinn das Prinzip, alle Akteure des Sozialraums an einen Tisch zu bringen, um über Erfolge und über Defizite der Arbeit zu reden – Stadtentwicklung ist Gemeinschaftsaufgabe, auch in diesem Feld.



„Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ 5/2016

Kommunalpolitik zwischen Gestaltung und Moderation

Oktober – November 2016

Ausgabe 5/2016 greift ein aktuelles Thema unserer Zeit auf, das ein wesentlicher Bestandteil der lokalen Demokratie und damit der Teilhabe an Fragen der Stadtentwicklung ist. Die langen Diskussionen um „Stuttgart 21“ sowie Volks- und Bürgerentscheide auch in anderen Städten deuten auf eine zunehmende Bewegung in Richtung „Ablehnungsbeteiligung“ hin. Die Beiträge des Hefts beleuchten die Rolle der gewählten kommunalen Entscheidungsträger im Spannungsfeld von Gestaltungsspielräumen und Moderationserfordernissen.

6.3 Weitere Publikationen zu Forschung und Politik

vhw werkSTADT

Die vhw werkSTADT ist seit 2016 ein neues Format, das in unregelmäßiger Folge erscheint und kostenfrei im Internet herunterzuladen ist. Der Umfang ist i. d. R. auf 12 Seiten maximal begrenzt. Inhalte sind Positionen zu wichtigen Fragen der Stadtentwicklung, Projektbeispiele und fachliche Diskurse. Das Format ist unter ISSN: 2367-0819 beim Deutschen Buchhandel angemeldet.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen werkSTADT-Ausgaben vorgestellt.

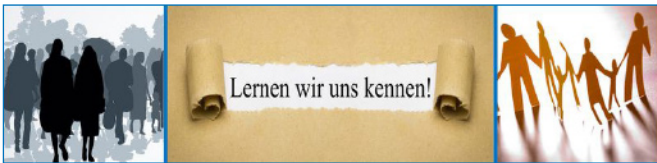
Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Sicherheit, Freiheit, Stabilität – aber auch Irritationen

Perspektiven von Geflüchteten im Prozess des Ankommens

Teilergebnisse der vhw-Migrantenmilieustudie 2017/2018

Autor: Bernd Hallenberg



Nr. 13, Juni 2017: Ende 2016 legte der vhw die Ergebnisse der ersten Phase der neuen Migrantenmilieustudie vor, die in drei Abschnitten gemeinsam mit dem Heidelberger Sinus-Institut erarbeitet wird. Die ersten Befunde aus der qualitativen Teilstudie, in der sowohl die langjährige Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch die in mehreren Perioden Zugewanderten einbezogen wurden, fanden ein breites und teilweise kontroverses Echo. Diese Ausgabe fasst die Erkenntnisse aus jenen vierzig Interviews zusammen, die mit den Geflüchteten der Jahre 2015 und 2016 geführt wurden. Im Mittelpunkt standen ihre Sicht auf das Aufnahmeland, ihre Bedürfnisse, Wünsche und Perspektiven sowie ihre kulturellen Orientierungen.

Qualifizierte Bürgerbeteiligung zur Neuaufstellung des FNP in Bergisch Gladbach

Ein Projekt im vhw-Städtenetzwerk zur Stärkung der lokalen Demokratie

Autoren: Bernd Hallenberg, Steffen Jähn, Fabian Rohland, Anna Voth



Nr. 12, April 2017: Der aktuell gültige Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach stammt aus dem Jahr 1978, Zeit also für eine Neuaufstellung. Unter dem Titel

„Bergisch Gladbach – 2035 – Wo wollen wir wohnen, wo arbeiten?“ wurden die Bürger und Bürgerinnen nicht nur in herkömmlicher Form in die Neuaufstellung eingebunden, sondern in Zusammenarbeit mit dem vhw durch eine Reihe zusätzlicher Themenveranstaltungen, in denen sie ihre Anregungen und Kritik einbringen konnten, aktiv einbezogen. Der vhw hat den Prozess durch Analysen, Bürger-Befragungen und Moderation in einem mehrstufigen Verfahren unterstützt und ausgewertet.

vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“

Teil 1: Zwischenergebnisse

Bürgergesellschaft zwischen Government und Urban Governance

Autoren: Sebastian Beck, Martin Kriemann, Christian Luchmann



Nr. 11, Januar 2017: Mit der Explorationsstudie nimmt der vhw die zunehmende Vielfalt der Berliner Stadtentwicklungsakteure in den Blick. Das Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und die Berliner L.I.S.T. – Lösungen im Stadtteil – Stadtentwicklungsgesellschaft mbH führten die Studie im Auftrag des vhw von Juni 2016 bis Januar 2017 durch. Sie gingen dabei der Frage nach, auf welche Art und Weise sich die Akteurslandschaft der Berliner Stadtentwicklung verändert und entlang welcher neuen Akteure sich diese Entwicklung paradigmatisch nachvollziehen lässt. Im Fokus standen dabei die Veränderungen der Aushandlungsprozesse zwischen Kommune, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern. Mit der Studie wird die Debatte des vhw um die Intermediären fortgesetzt (vgl. Beck/Schnur 2016¹), die

¹ Beck, Sebastian und Olaf Schnur: „Mittler, Macher, Protestierer“ – Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin 2016 (Jovis-Verlag)

sich mit jenen Akteuren beschäftigt, die in Vermittlungs-, Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen der Stadtentwicklung agieren und sich dabei an den Schnittstellen von reglementiertem, rechtlich gerahmtem Government und eher informellen Governance-Strukturen befinden.

Integration oder der Umgang mit Vielfalt – kommunale Integrationskonzepte in Deutschland

Eine Dokumentenanalyse

Autorin: Kirsten Krüger



Nr. 10, Dezember 2016: Nicht erst seit der starken Flüchtlingszuwanderung vor allem im Jahr 2015 ist das Thema der Integration in den Fokus der Kommunen gerückt. Während es bereits sehr viel früher massive Zuwanderungen gab (u. a. während der Industrialisierung im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert), ist spätestens mit der Gastarbeiteranwerbung seit den 1950er Jahren der kommunale Alltag in der Bundesrepublik immer bunter und vielfältiger geworden. Es versteht sich von selbst, dass sich damit auch bereits ad hoc Integrationspraktiken entwickelt haben. Viele Kommunen haben darüber im Verlauf der Zuwanderungsgeschichte eine grundsätzliche Haltung zum Umgang mit Vielfalt vor Ort entwickelt und diese zunehmend auch in Form von Leitlinien und Handlungsempfehlungen festgehalten.

„Es gibt Wichtigeres als diese Bushaltestelle!“

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung zur Nahversorgung in Kiel-Suchsdorf

Autor: Christian Höcke



Nr. 9, November 2016: Diese Ausgabe stellt ein Verfahren lokaler dialogorientierter Bürgerbeteiligung im Kieler Stadtteil Suchsdorf vor, welches in enger Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem vhw umgesetzt wurde. Inhaltlich ging es um die Aufrechterhaltung lokaler Nahversorgung und sozialer Teilhabe im Stadtteil Suchsdorf. Das Verfahren hatte dabei den Anspruch, einen konstruktiven Beitrag für die kommunale Fachplanung zu leisten und im selben Zuge das Vertrauen in Politik und Verwaltung und die Bereitschaft der Bürger zur Mitwirkung am demokratischen Gemeinwesen zu stärken.

Starke Lokale Demokratie: Leitlinien für eine hochwertige, inklusive Bürgerbeteiligung

Autor: Thomas Kuder



Nr. 8, Oktober 2016: Der Selbstzufriedenheit vieler Städte über ordentliche Teilnehmerzahlen in routinieren Verfahren steht heute eine nicht minder deutliche Kritik an der Bürgerbeteiligung gegenüber, wie sie auch die repräsentative Demokratie in aktuellen Diskursen erfährt. Diese Kritik richtet sich neben Qualitätsdefiziten vornehmlich gegen die reproduzierte politische Ungleichheit. So kranken Beteiligungsverfahren häufig

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

an einem „von oben“ festgelegten, eindimensionalen Thema, bei dem die lebensweltlichen Interessen der Menschen oft zu kurz kommen. Und sie leiden noch immer unter einem Verständnis von Beteiligung, das sich auf „Informieren“ und „Mitnehmen“ beschränkt, während die öffentliche Beratschlagung „auf Augenhöhe“ und der transparente und begründete Entscheidungsprozess vernachlässigt werden.

Bürgerorientierte Quartiersentwicklung in der „Sozialen Stadt“

Zwei Dialogprojekte in Berlin-Neukölln im Rahmen des vhw-Städtenetzwerks zur Stärkung lokaler Demokratie
Autor: Thomas Kuder



Nr. 7, August 2016: Die innenstadtnahen Quartiere in Neukölln sind urban und vielfältig. Hier leben 325.000 Menschen. Die Arbeit des Quartiersmanagements ist heute vor allem darauf ausgerichtet, beteiligungsferne Gruppen und Milieus in seine Arbeit einzubeziehen. Wie also gelingt hier Beteiligung? Zwei Beispiele in Neukölln: 1. Bedarfe und Wertvorstellungen aller Sozialgruppen und Milieus im Quartier Flughafenstraße für ein Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept einzubringen und 2. ein Ausschreibe- und Bewerbungsverfahren unter Bürgerbeteiligung für die Nachfolge einer Quartiersmanagerstelle machen deutlich, wie Dialogprozesse mit dem Anspruch, fair und gleichberechtigt zu sein, auch umgesetzt wurden.

Integration von Geflüchteten – quo vadis?

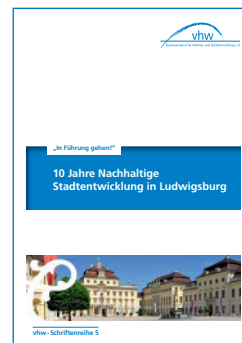
Diskussion und Position im Spiegel der vhw-Kommunalbefragung
Autoren: Christian Höcke, Olaf Schnur



Nr. 6, Juli 2016: „Sprache, Sprache, Sprache“ – Auf die Frage in der vhw-Kommunalbefragung, welche Faktoren besonders zum Gelingen von Integration beitragen, ist das eine der zentralen Antworten. Die Ausgabe Nr. 6 nimmt die Fachdiskurse der letzten Jahre vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen in den Blick. Gehandelt wird immer vor Ort – pragmatisch und lösungsorientiert und doch nicht losgelöst von den genannten übergreifenden theoretischen und politischen Diskursen. Dabei geben einige Erkenntnisse in der Nachbetrachtung der vhw-Kommunalbefragung gute Impulse.

Die Ausgaben aller werkSTÄDTE befinden sich im Internet unter: <https://www.vhw.de/publikationen/vhw-werkstadt/>

vhw-Schriftenreihe



Dieses Format behandelt ausgewählte Themen in einem umfangreichen, wissenschaftlichen Kontext, die der vhw unter seinem Leitbild Bürgergesellschaft für die Handlungsfelder Stadtentwicklung und Wohnen als notwendig zu bearbeitende Aufgabenstellungen betrachtet.

Die vhw-Schriftenreihe Nr. 5 entstand in Kooperation des vhw mit der Stadt Ludwigsburg anlässlich ihres zehnjährigen Jubiläums zur „Nachhaltige Stadtentwicklung in Ludwigsburg“. Mit einer den internationalen Kontext

betrachtenden Einleitung des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler und dem Vorwort des vhw-Vorstandes geben 17 Autoren wertvolle Beiträge aus unterschiedlichen, aber zugehörigen Perspektiven.

Im Internet unter: <https://www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe/>

Eine weitere Schriftenreihe zum Thema „Geflüchtete in der Sozialen Stadt“ ist in Arbeit und wird im Juli 2017 erscheinen.

Studien

Potenziale postmoderner Nachbarschaften

Eine Pilotstudie im Auftrag des vhw – Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin

Projektleitung: Olaf Schnur

Projektpartner: Matthias Drilling, Prof. Dr., MAS Raumplanung ETH/ SIA, MAS Management & Leadership IAP ZHAW; Leiter Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung, Patrick Oehler, Dr. phil., Sozialarbeiter und Soziologe, MA Community Development; Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung, Nadine Käser, MA Sozialwissenschaften und Gender Studies; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung
Zeitraum: 6/2016 bis 1/2017

Einerseits sollte mit der Studie für die Verbandspolitik im Forschungsfeld Quartiersforschung eine als notwendig erachtete Grundlage geliefert werden, andererseits soll es gelingen, mit Blick auf die (inter)nationale Forschungs- und Praxislandschaft die zukünftige Bedeutung von Nachbarschaft und Nachbarschaftlichkeit grundsätzlicher als bisher vorliegend herauszuarbeiten.

Drei Fragenkomplexe wurden für die Pilotstudie als maßgeblich vereinbart:

- Wissensfragen (theoretischer Stand, blinde Flecken, Typologien) und Fragen zu Nachbarschaftsbildern (Vorstellungen, Stereotypen, Adressierungsprozesse).

Diese Fragen zielen darauf ab, den Verband mit einem Wissenskorporus auszustatten, der ihn dabei unterstützt, auf nationaler und internationaler Ebene zu einem wichtigen Knotenpunkt für die professional sowie die scientific community im Bereich Nachbarschaft zu werden.

- Fragen zu Nachbarschaftskonstellationen (starke/schwache Nachbarschaften, Leistungsfähigkeit, etc.), Adaptionsfähigkeit an Programmatiken (z. B. Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“) sowie die Verknüpfungen zu lokaler Demokratie (Funktionsfähigkeit politischer Artikulation) und Steuerungsformen (z. B. zur Förderung von guter Nachbarschaft) dienen der Reflexion der normativen Vorstellungen des Bundesverbandes, die der Politik implizit zugrunde liegt.
- Fragen zur Selbstorganisierungsfähigkeit von Nachbarschaft verweisen auf ein Interesse an speziellen Formen von Nachbarschaft, die für den Bundesverband aufgrund der Veränderungen im Rahmen der Post-Politiken eine zukünftige Rolle spielen könnten.

vhw-Studie „Stadtmacherinnen und Stadtmacher“ – Zentrale Ergebnisse & Impulse

Kooperationsstrukturen, Wirkungen, Politisierung und Zukunftsvisionen

Projektleitung: Sebastian Beck

Projektpartner: Frank Gesemann, Martin Kriemann, Christian Luchmann, Margit Mayer und Susanne Walz
Zeitraum: 2016/2017

Mit der Studie setzt der vhw gemeinsam mit dem Berliner Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) und der Berliner L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH die Debatte um die Intermediären fort, die mit der Veröffentlichung des Debattenbuches „Mittler, Macher, Protestierer“ (Beck/Schnur 2016, jovis Verlag, Berlin) begonnen wurde. Im Fokus der Studie stehen die Veränderungen der Aushandlungsprozesse zwischen Kommune, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgerinnen



Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

und Bürgern. Der Schwerpunkt liegt auf Initiativen, die sich durch neuartige Kooperationsformen mit der Kommune, Veränderungen in den diesbezüglichen formellen bzw. informellen Kooperationsstrukturen und Schnittstellen oder eigenständige Ideen und Projekte im Umgang mit aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung auszeichnen. Zentral behandelte Fragestellung darin: Wie können zivilgesellschaftliche Initiativen eingebunden werden, um Berlin als Koproduktion von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Politik zu gestalten?

Update Migrantenmilieustudie 2017/2018 Migranten-Lebenswelten in Deutschland 2016 – Projektphase 1: Qualitative Leitstudie

Zwischenbericht des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Projektleitung: Bernd Hallenberg

Projektpartner: Sinus-Institut, Heidelberg

Zeitraum: 2016 bis 2018

Migration und Integration haben einen enormen Einfluss auf die gesellschaftliche Situation in Deutschland; dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Flüchtlingszuwanderung. Im Zeitraum 2007/2008 wurden zum ersten Mal die Lebenswelten und Lebensstile von Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund, mit dem gesellschaftswissenschaftlichen Ansatz der Sinus-Milieus® untersucht. Ziel war ein unverfälschtes Kennenlernen und Verstehen der Alltagswelt von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, ihrer Wertorientierungen, Lebensziele, Wünsche und Zukunftserwartungen. Im Ergebnis konnten acht Migrantemilieus mit jeweils ganz unterschiedlichen Lebensauffassungen und Lebensweisen identifiziert und beschrieben werden. 2016 war die Zeit „reif“ für ein Update: Zunächst wurde eine qualitative Studie – basierend auf 160 sogenannten narrativen Interviews – durchgeführt. Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgte nach systematischen Prinzipien, um die unterschiedlichsten Lebenswelten einzubeziehen. Mit diesen Interviews bekamen wir tiefere Einblicke in die persönliche Situation von Migranten

unterschiedlicher Milieus. Diese intensiven Einsichten sind zentral für eine sinnvolle Ausgestaltung der weiteren Untersuchungen. Sie helfen, das Typische an den Milieus zu erkennen und die Unterschiede zwischen den Milieus herauszuarbeiten. 2017 hat der vhw darauf aufbauend eine bundesweite Repräsentativbefragung mit mindestens 2.000 Fällen in Auftrag gegeben.

Die zentralen Forschungsfragen dafür lauten:

- Wer sind die in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund? Wie leben und erleben sie tatsächlich ihren Alltag? Welche Lebensziele verfolgen sie, welchen Wertvorstellungen hängen sie an, und welche Faktoren sind dabei prägend (Familientradition, soziales Umfeld, Religion etc.)?
- Was bedeutet kulturelle Identität für Menschen mit Migrationshintergrund, und wie bringen sie die unterschiedlichen Teile ihrer Identität in Einklang?
- Wie sieht der Freundeskreis/die Community aus, und welche Veränderungen zeichnen sich ggf. in der Zusammensetzung des sozialen Umfeldes ab?
- Wie wird der Stand der eigenen sozialen Integration wahrgenommen? Was sind erstrebenswerte Ziele? Wieviel Integration ist nötig, und wo ist die Grenze? Welche Wünsche, Perspektiven gibt es, welche Strategien zur Erreichung sieht man, welche Chancen bzw. Hemmnisse werden erwartet?
- Wie erleben Menschen mit Migrationshintergrund das Zusammenleben in Deutschland? Welche gesellschaftlichen Regeln nehmen sie wahr, und wie stehen sie zu diesen? Welche Regeln sind aus ihrer Sicht wichtig für ein gutes Miteinander?
- Wie wird die künftige Entwicklung Deutschlands mit Blick auf Zuwanderung/Integration/Zusammenleben eingeschätzt, und wie beurteilt man die eigene Zukunftsperspektive?

Alle Studien(teil-)ergebnisse werden im Internet veröffentlicht unter: <https://www.vhw.de/publikationen/studien-befragungen/>

6.4 Transferfenster Internet

Eine wesentliche Informationsplattform im Transfer des vhw e. V. ist der vhw-Internetauftritt mit seiner regelmäßigen Internetredaktion und seiner technischen Entwicklung.

Mit dem im 1. Halbjahr 2017 für mobile Endgeräte optimierten vhw-Internetauftritt ist der Verband im WWW ein gutes Stück nutzerfreundlich geworden und entspricht damit dem zunehmenden Kunden- und Nutzer-trend, auch von mobilen Endgeräten aus den Bundesverband erreichen zu können (das betrifft ca. 10 Prozent der Nutzerschaft).

dem Bereich „Forschung und Politik“ besser auffindbar zu machen. Ein Beispiel: Mit den Stichworten „Stadtentwicklung, Forschung“ im WWW gesucht, wird der vhw mittlerweile auf der zweiten Seite der Ergebnisse via Google angezeigt. Für die Suchworte „Städtenetzwerk“ und „Quartiersforschung“ steht der vhw bereits auf der ersten Seite in der Ergebnisliste.

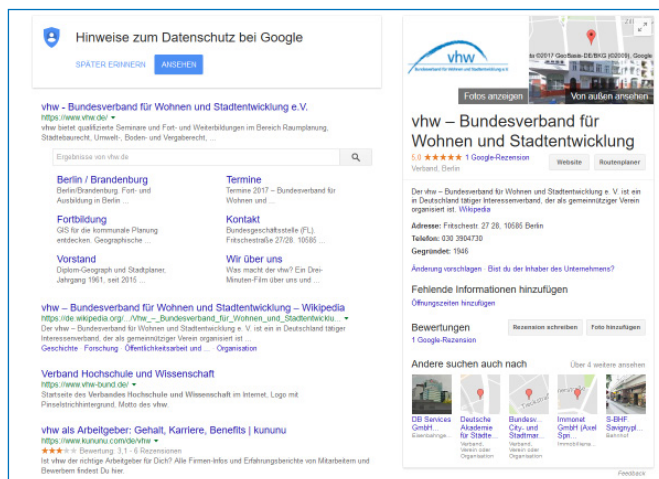


Abb. 66: Der vhw ist im WWW gut aufgestellt Screenshot: Google

Die drei Hauptaufgaben der Internetentwicklung für 2017 (Optimierung für Mobilgeräte, Suchmaschinenoptimierung und Suchoptimierung im vhw-Internetauftritt) wurden im zweiten Teil des Berichtszeitraumes mit entsprechenden Vorbereitungen und Analysen begonnen. Während die Anpassung für mobile Endgeräte abgeschlossen ist, sind die anderen zwei Aufgaben noch in der Umsetzung. Die Suchmaschinenoptimierung auf technischem und redaktionellem Wege sind wichtige Schritte, um Inhalte, Projekte wie auch Ergebnisse aus



Abb. 67: vhw auf Seite 2 bei „Stadtentwicklung, Forschung“ Screenshot: Google

Nutzerverhalten

Im Berichtszeitraum 2016/2017 fanden über 270.000 Sitzungen und über 1,2 Mio. Zugriffe statt. Im Vergleich zum vorherigen Zeitraum eine leichte Steigerung. Der vhw-Internetkunde sieht sich knapp fünf Seiten an und nutzt für seine Informationen durchschnittlich vier Minuten.

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

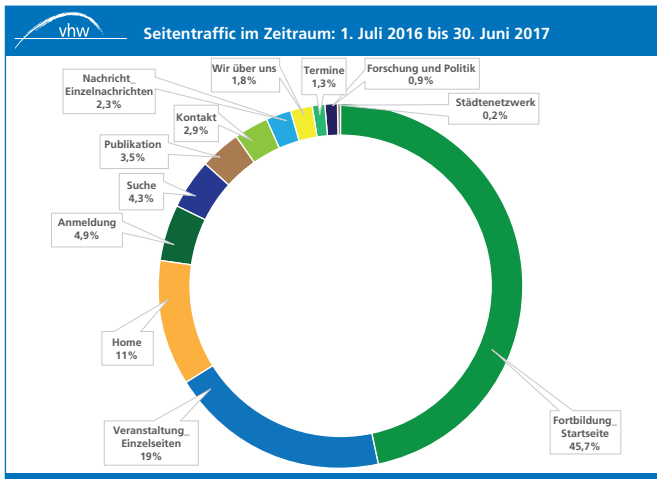


Abb. 68: Ein Überblick über interesselgeleitete Seitenzugriffe, Bezugsgröße 97,8 Prozent
 Grafik: vhw e. V.

Zugriffsentwicklung 2009 bis 2017

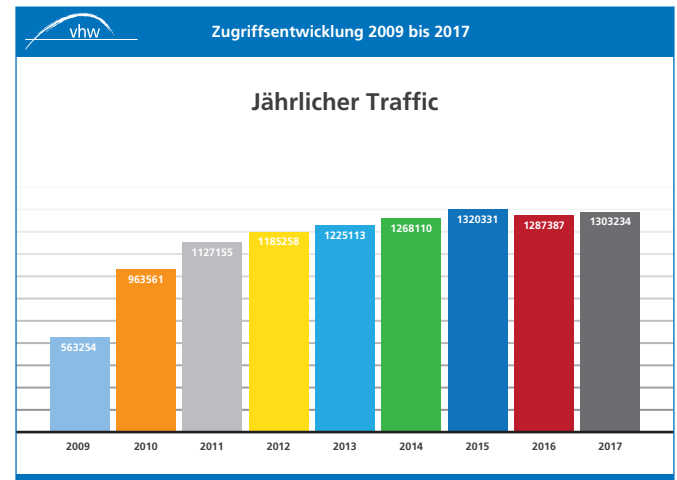


Abb. 70: Seitenaufrufe von 2009 bis 2017 (2. Halbjahr 2017, hochgerechnet) seit 2015 auf ähnlichem Niveau
 Grafik: vhw e. V.

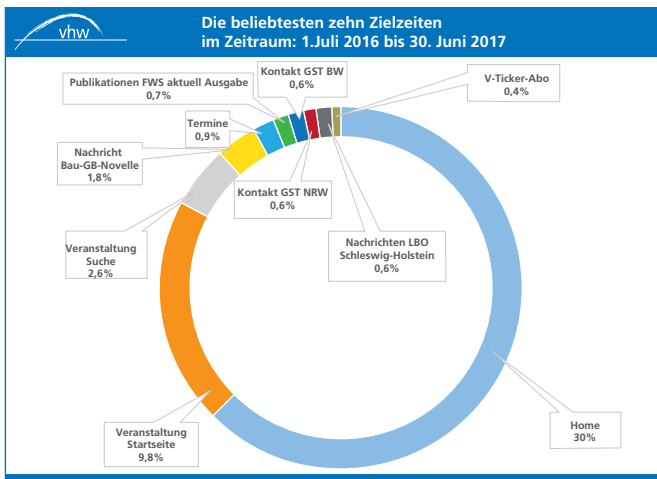


Abb. 69: Wohin gingen die Nutzer bei ihren Sitzungen? Eine gruppierte Übersicht Bezugsgröße sind 271.000 Sitzungen
 Grafik: vhw e. V.

*Zielseite bezeichnet jene Seite, über die der Nutzer in den vhw-Internetauftritt einsteigt, die er für seinen Besuch dadurch als „Ziel“ definiert.

Unter den Top-20 der Trafficbereiche stehen von über 250 Bereichen die Forschung an 12. Stelle und die Städtenetzwerkprojekte an 15. Stelle. Bei den Publikationen, an vierter Position des Rankings, werden vor allem die Artikel der Verbandszeitschrift vor den Fachbüchern der Fortbildung und den Ausgaben der vhw-Schriftenreihe aufgerufen.

Ereignisse im Überblick

Ereignisse bilden die Indikatoren für Interaktionen zwischen Besucher und Bundesverband. Wird ein Veranstaltungsprogramm oder eine vhw werkSTADT heruntergeladen, wird in der Fortbildung oder zu Ausgaben der „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ gesucht, kopiert oder heruntergeladen, nutzt der Besucher einen Link in einem Slider zu einem Programm, bestellt er Fachbücher oder den Veranstaltungsticker, zählt das als Ereignis. Von Anfang Juli 2016 bis Ende Juni 2017 hatten wir knapp eine Million Ereignisse zu verzeichnen.

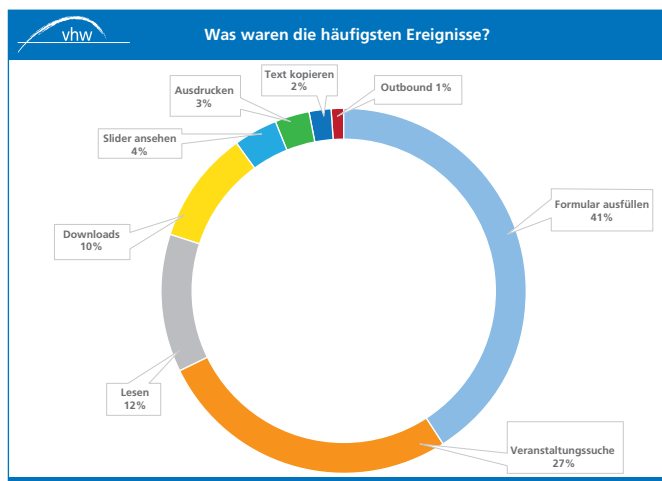


Abb. 71: Ereigniskategorien im Berichtszeitraum

Grafik: vhw e. V.

Dass die Kategorie „Formular ausfüllen“ auf dem ersten Platz steht, ist dem fortlaufenden positiven Trend des Buchens von Fortbildungsveranstaltungen im Internet anzurechnen. 40 Prozent unserer Besucher nutzen die Veranstaltungssuche oder lesen, 10 Prozent der Ereignisse sind Downloads von Artikeln, Programmen, Präsentationen und neuen Informationsformaten wie der vhw werkSTADT.

Internetredaktion

Zunehmend erfolgt die Information zu Forschungsaktivitäten und -inhalten in Form von Nachrichten auf den Themenseiten der Forschung und deren fachlichen Unterseiten. Aktuell informiert der vhw auf sechs zentralen Seiten unter „Forschung und Politik“ über Forschungsprojekte und -ergebnisse. Diese Informationskultur unterstützen Veröffentlichungen auf zentralen Portalen, Informationen an Fach- und Personenverteiler, Impulsvorträge, Artikel und Interviews in den Medien. Das Pilotprojekt zur Überarbeitung der Forschungsseiten – in Anpassung an die bis Herbst 2017 zu überarbeitenden Forschungscluster – war der Auftritt zu „Woh-

nungspolitik und Wohnungsmarkt“. Die anderen Seiten unter „Forschung und Politik“ werden folgen.

Die Nachrichtenredaktion wird in Absprache mit den jeweiligen Projektleitern in einer Art Blog geführt und monatlich – bzw. nach Anlass – aktualisiert. Bei der Darstellung nutzt die Redaktion medientypische Vernetzungs-Links, die die vielfach vorhandenen Bezüge und die integrierte Fachlichkeit der vhw-Projekte sichtbar machen hilft.

Termine

Der vhw veröffentlicht die Termine seiner verbandspolitischen Veranstaltungen, Impulsvorträge bei Partnern und auch Termine anderer Veranstalter mit entsprechender wissenschaftlicher oder gesellschaftspolitischer Relevanz. Mit Platz 11 gehört der Bereich Termine mit über 16.000 Zugriffen zu den Traffic-intensiven Bereichen. Die gegenseitigen Verlinkungen wirken sich zudem positiv auf die Reichweite des vhw e. V. aus.

Veranstaltungsberichte

Alle verbandspolitischen und großen Projektveranstaltungen werden im Internet als Bildberichte unmittelbar nach ihrem Stattfinden dokumentiert und – wo es abgestimmt und möglich ist – mit den Vorträgen zur Nachnutzung verlinkt.

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

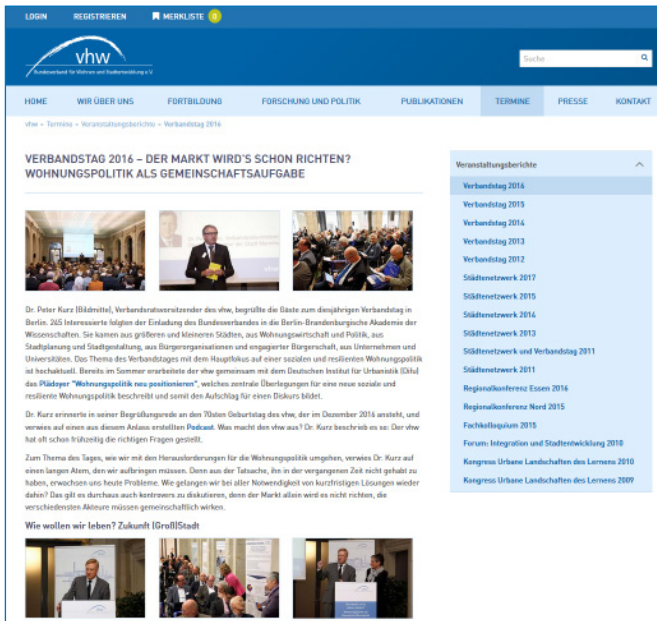


Abb. 72: Verbandstag 2016 – ein Bildbericht

Screenshot: vhw e. V.

Städtenetzwerknewsletter

Vier bis fünf Mal im Jahr erhalten Abonnenten des Städtenetzwerknewsletters die E-Mail mit Informativem aus dem Bereich Forschung und Politik. Welche Projekte sind angelaufen? Wie lautet das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe der Verbandszeitschrift? Gibt es neue Beteiligungen? Was läuft gerade im Städtenetzwerk? In knapper Form wird informiert und zur ausführlichen Information im Internet geleitet.



Abb. 73: Erster Städtenetzwerknewsletter 2017

Screenshot: vhw e. V.

6.5 Pressearbeit

Im Berichtszeitraum wurden neun Pressemitteilungen erarbeitet und über den Pressedienst OTS versendet sowie an gezielte Medienverteiler übergeben.

Zusammenleben mit neuen Nachbarn: Integrationspreis 2017 geht nach Lippstadt und Rheinsberg



Juni 2017: Am 13. Juni fand der 11. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklung in Hamburg statt. Im Rahmen der Veranstaltung wurde erstmalig der „Integrationspreis 2017“ vergeben. In der Kategorie „Nachbarschaften“ wurde

das Projekt „Rheinsberger Modell: Dezentraler Wohnverbund – ‚Rheinsberger Initiative‘. Ein starkes Netzwerk ehrenamtlicher Bürger unterstützt die Integration von Flüchtlingsfamilien“ prämiert. In der Kategorie „Netzwerke“ setzte sich das Projekt „Flüchtlings ein Gesicht geben – ‚Migranten mischen mit‘ (MMM) in Lippstadt“ durch.

Integrationspreis 2017: Nominierungen stehen fest



März 2017: 12 vorbildliche Projekte in zwei Kategorien haben es nun auf die Nominierungsliste geschafft. Wer den Integrationspreis in den beiden Kategorien ‚Netzwerk‘ und ‚Nachbarschaft‘

mit nach Hause nehmen darf, wird auf der Preisverleihung am 13. Juni 2017 in Hamburg bekannt gegeben. Der „Integrationspreis 2017“ zeichnet hervorragende Projekte aus, die in den Wohnquartieren Voraussetzungen dafür schaffen, dass lebendige Nachbarschaften erhalten, Ausgrenzung vermieden und Integration unterstützt wird.

vhw-Vorstand hat als Sachverständiger im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit des Bundestages Position zur Novelle des Städtebaurechts bezogen



Februar 2017: In seiner Stellungnahme befürwortet der vhw die Einführung der neuen Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ (§ 6a BauNVO-RE) als städtebauliches Instrument zur Umsetzung der

„Leipzig-Charta“. Gleichzeitig hat Prof. Dr. Aring den Abgeordneten empfohlen, diese Regelung solle erst nach Lösung von zwei für die Praxis bedeutsamen Fragen in Kraft treten.

Wie kommunizieren Nachbarschaften in digitalen Zeiten? Das Portal „Vernetzte Nachbarn“ startet



Februar 2017: Der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung lädt auf dem Portal www.vernetzte-nachbarn.de seit 14. Februar 2017 bundesweit Nutzer und Betreiber von Nachbarschaftsnetzwerken und -initiativen ein, um inter-

aktiv ein gemeinsames Wissen über On- und Offline-Aktivitäten und deren Einfluss auf das Zusammenleben im Quartier herzustellen. Mittels eines Fragebogens werden die Nachbarschaftsverbände zu ihren Motiven der Nutzung, ihren Vorstellungen von Nachbarschaft und lokalen Beziehungen befragt.

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. wird 70 Jahre



Dezember 2016: Städte sind Orte der Vielfalt. Hier wird geplant, gewohnt, gelebt und gestritten. Hier kulminieren Themen wie Bürgerbeteiligung, Wohnen, Nachbarschaft, Kommunikation, Städteplanung. Als gemeinnütziger Verband engagiert sich der Bundesverband

in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung für die Leistungsfähigkeit der Kommunen, eine vielfältige Bürgergesellschaft und die Stärkung der lokalen Demokratie.

Ein Podcast wurde eigens für diesen Anlass erarbeitet. Hörbar unter: <https://www.vhw.de/wir-ueber-uns/profill>

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Erste Zwischenergebnisse der vhw-Migrantenmilieustudie



Dezember 2016: Was die ersten Ergebnisse zur vhw-Migrantenmilieustudie 2016/2017 – ebenso wie viele andere Migrationsstudien – deutlich zeigen, ist die Tatsache, dass ein überwältigend großer Anteil der

Zuwandernden offen und integrationsbereit ist. Diese positive Energie zu kanalisieren und die Integration zu ermöglichen, ist eine Herausforderung für unsere Institutionen und ein unschätzbare Kapital für unsere Gesellschaft. In vielen Milieustudien wird sichtbar, dass wir es mit den unterschiedlichsten Menschen und damit mit einer großen Varianz von Haltungen, Schicksalen, Identitäten, Motiven, Zielen etc. zu tun haben. Um diese große Vielfalt in der Zuwanderung besser verstehen und somit zu einer Stärkung der lokalen Demokratie und des Zusammenhalts in der Gesellschaft beitragen zu können, beschäftigt sich der vhw seit einigen Jahren auch mit Migrantenmilieus.

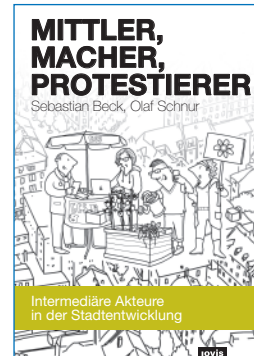
Integrationspreis 2017 erstmalig ausgelobt!



November 2016: Die Zuwanderung stellt eine große Herausforderung für das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden dar. Unter dem Motto „Zusammenleben mit neuen Nachbarn“ will

der erstmals stattfindende bundesweite Wettbewerb zum „Integrationspreis 2017“ besondere Leistungen bei der Integration von Zuwanderern in Nachbarschaften und Wohnquartieren würdigen.

Mittler – Macher – Protestierer in der Stadtentwicklung – vhw-Debattenbuch betrachtet neue Rollen intermediärer Akteure



November 2016: Wie gelingt es, Bürgerinteressen bei Stadtentwicklungsthemen wieder stärker in demokratische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse zu bringen? Eine These des jetzt vom Bundesverband herausgegebenen und im Jovis Verlag erschienenen Debattenbuches Mittler-Macher-Protestierer ist, dass ein großes Potenzial in der sich stark verändernden Akteursgruppe der Intermediären liegt.

Mit der Veröffentlichung stellt der Bundesverband einen pointierten, praxistauglichen Text zur Diskussion.

In einem gemeinsamen Arbeitspapier plädieren Experten von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik.



August 2016: Die Entwicklung der Wohnungsmärkte in Deutschland zeigt, dass es der Markt allein nicht richtet. In einer Reihe von Städten sind bereits massive Versorgungsengpässe für

Gering- und Normalverdiener entstanden. Diese Situation ist u. a. das Ergebnis der Vernachlässigung einer aktiven und ganzheitlichen Wohnungspolitik in den letzten drei Jahrzehnten. Die daraus resultierenden Knappheiten sind nicht temporärer Art, und sie sind auch nicht durch kleinere Anpassungen im Rahmen bestehender Prozesse lösbar. Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) plädieren vielmehr für eine konsequente wohnungspolitische Neuausrichtung.

Alle Pressemeldungen unter: <http://www.vhw.de/presse/>

6.6 vhw-Kolloquium 2017: Medien. Macht. Politik und Emotionen

Als der vhw e.V. im Herbst 2016 das Thema „Medien. Macht. Politik und Emotionen“ wählte, war nicht vorherzusehen, welche hohe Brisanz und Aktualität es noch entfalten würde. Die Diskussion um die Flüchtlingszuwanderung hatte bereits in den klassischen Medien zu Wellen beunruhigender und Gegenwellen optimistischer Berichterstattungen geführt. Ein Großteil der Debatten findet allerdings in den sozialen Medien statt, in denen die Gesprächskultur zunehmend rauer und aggressiver wird. Die gezielte Verbreitung von Falschmeldungen (*fake news*) trägt zu einer weiteren Aufladung der Diskurse und einer Polarisierung der politischen Lager und Meinungen bei. Hiervon scheinen vor allem die populistischen und rechtsnationalen Parteien zu profitieren. Zudem ist durch die Differenzierung von Informationsquellen und die selektive Wahrnehmung von Nachrichten eine wachsende Medienskepsis zu beobachten, die sich nicht nur in den „Lügenpresse“-Vorwürfen an den gesellschaftlichen Rändern zeigt.

All diese Beobachtungen werfen zunehmend die Fragen zur demokratischen Funktion der klassischen und neuen sozialen Medien sowie zur Zukunft des gesellschaftlichen Diskurses und der politischen Meinungsbildung auf. Denn Medien bestimmen im hohen Maße wie wir die Welt sehen. Das Vertrauen in den Journalismus scheint für das Funktionieren demokratischer Öffentlichkeit elementar. Droht mit dem Vertrauensverlust nun auch die demokratische Funktion der Medien verloren zu gehen? Was bedeutet der Umbruch der Medienstruktur und der demokratischen Öffentlichkeit für die Politik und politische Kommunikation? Besteht ein Zusammenhang zwischen sozialen Medien und der emotionalen Aufladung gesellschaftspolitischer Diskurse? Kann die (Wieder-)Entdeckung von Emotionen gar gegen Politikverdrossenheit helfen, oder stärkt sie nur den Populismus? Und wie sollten Politik und Journalismus, zivilgesellschaftliche und öffentliche Akteure darauf reagieren?

Diese Fragen hat der vhw im Rahmen des Kolloquiums im Gespräch mit Wissenschaftlern, Praktikern und Aktivist*innen diskutiert:

Die Folgen des medialen Strukturwandels auf den öffentlichen Diskurs und die politische Meinungsbildung wurden mit dem Kommunikationswissenschaftler Fabian Prochazka von der Universität Hohenheim (April 2017) sowie mit der Politikwissenschaftlerin Dr. Isabelle Borucki von der Universität Trier (Juni 2017) aus zwei fachlichen Perspektiven reflektiert. Die Bedeutung von Gefühlen in der Politik zwischen Motivation und Manipulation stand in dem Beitrag des Politikologen Prof. Dr. Gary Schaal der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität (Mai 2017) im Zentrum sowie die emotionsverstärkende Wirkung von Sozialen Medien im gesellschaftspolitischen Diskurs.

Ausblick

Passend zur anstehenden Bundestagswahl wird der Online-Journalist Markus Reuter von netzpolitik.org im August 2017 eine Einschätzung geben, ob gezielte und automatisierte Meinungsbeeinflussung durch *social bots* und *fake news* auch im deutschen Wahlkampf zu erwarten sind. Christina Dinar von der Internetplattform *debate//de:hate* der Amadeu Antonio Stiftung wird uns im September 2017 erklären, wie man *Hate Speech* und der Verbreitung diskriminierender und fremdenfeindlicher Inhalte durch Präventionsarbeit (*Digital Streetwork*) sowie Empowerment (*Counter Speech*) entgegenwirken kann. Mit der Rechtsphilosophin Lorena Jaume-Palasi werden zudem Auswirkungen algorithmischer Prozesse auf individuelle und öffentliche Meinungsbildungen sowie die gesellschaftlichen und ethischen Fragen diskutiert, die mit der unternehmerischen Anwendung von Algorithmen auftreten. Zum Abschluss der Reihe hat der vhw Dr. Daniel Dettling vom Zukunftsinstitut eingeladen, der mit uns einen Blick auf die „Politik der Zukunft“ werfen wird.

In diesem Jahr hat der vhw die Veranstaltungsreihe auch für externe Gäste geöffnet. Alle Termine und die Möglichkeiten stehen auf der vhw-Homepage unter: <https://www.vhw.de/termine/>

6.7 Kooperationen

Kooperationen und das gemeinsame Ingangsetzen von Diskursen unterstützen den vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. sowohl bei der Erarbeitung als auch beim Transfer gewonnener Erkenntnisse auf zentrale Fragen stadtgesellschaftlicher Entwicklungen im Kontext stetig verändernder Herausforderungen in wichtige Zielgruppen. So hat der Verband seine Kooperationsaktivitäten im Berichtszeitraum intensiviert. Die Formen der Kooperation reichen dabei von gemeinsamer Positionserarbeitung im Rahmen einer Debatte über Vorträge und Namensartikel bei Partnerpublikationen und -veranstaltungen bis zu gezielter wirtschaftlicher Unterstützung gemeinnütziger Projekte.

Kooperationspartner bei der Jahrestagung des Arbeitskreises Quartiersforschung der Deutschen Gesellschaft für Geographie



Partizipatorische Ansätze haben in der Stadtentwicklung eine sehr lange Tradition und sich gleichzeitig im neuen Jahrtausend so sehr verändert wie die sie gestaltenden Menschen. Das Ziel der Jahrestagung, die am 28./29. September 2017 stattfinden wird, ist es, einerseits demokratietheoretische Ansätze für die Quartiersforschung hin zu eruieren und Forschungsperspektiven aufzuzeigen und andererseits auch deren prakti-

sche Konsequenzen fruchtbar zu machen. Umgekehrt sollen praxisbezogene Ansätze auf ihren Beitrag zu einer demokratietheoretischen Weiterentwicklung im Kontext der Quartiersebene untersucht werden. Quartiersforschung und -entwicklung ist eines der Hauptforschungsthemen beim vhw und so lag eine thematische und organisatorische Zusammenarbeit „auf dem Fuß“.

City Health International Conference 2017



Die Universität Basel, älteste Universität in der Schweiz, richtet die inzwischen 6. Internationale Gesundheitskonferenz am 13./14. September 2017 in Basel aus. Der vhw wurde für eine Unterstützung angefragt und hat diese zugesagt. Gesundheit der Menschen in den Städten ist mittlerweile ein fachlich sehr komplexer Bereich geworden, der über Immissionen und Feinstaubbelastungen deut-

lich hinausgeht. Gesundheitsfaktoren sind heute auch Resilienz und ein soziales Wohlfühlen, was auch die Bereiche Arbeiten, Wohnen, Infrastruktur, Bauen und Zusammenhalt in Stadtteilen und Quartieren einbezieht. Zur Auswertung der Ergebnisse dieser internationalen Tagung wird der vhw zum Thema ein Schwerpunktheft der Verbandszeitschrift „Forum Wohnen und Stadtentwicklung“ herausbringen.

Netzwerkpartner für den Deutschen Nachbarschaftspreis



Auf Anfrage der Stiftung nebenan.de unterstützt der vhw den Deutschen Nachbarschaftspreis als Netzwerkpartner. Der Deutsche Nachbarschaftspreis wird 2017 erstmals vergeben. Er zeichnet lokale Initiativen und Projekte aus, die sich durch Engagement mit Vorbildcharakter vor ihrer Haustür, in ihrer Straße und ihrem Viertel für ein gutes lokales Miteinander einsetzen. Aus mehr als 1.300 Einsendungen wurden

66 Projekte mit Vorbildcharakter nominiert. Die Preisverleihung findet am 13. September 2017 in Berlin statt.

Integrationspreis 2017 „Zusammenleben mit neuen Nachbarn“



Abb.: 74: Auslober und Preisträger
Foto: ©GdW/Jann Wilken

Am 13. Juni fand der 11. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklung in Hamburg statt. Im Rahmen dieser Veranstaltung und unter dem Label „Soziale Stadt“ wurde erstmalig der „Integrationspreis 2017“ vergeben. Der Wettbewerb wurde mit Beteiligung und Unterstützung des vhw e. V. zusammen

mit dem AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem Deutschen Mieterbund, dem Deutschen Städtetag und mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit als Gemeinschaftsinitiative durchgeführt. In den Kategorien „Nachbarschaften“ und „Netzwerke“ wurden zwei Projekte mit dem Integrationspreis prämiert. Insgesamt waren 12 Projekte nominiert.

Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund



Im Rahmen eines mehrstündigen Gedankenaustauschs zwischen den Verantwortlichen des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. und dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) wurde am 3. April 2017 in der Frankfurter

Zentrale des DOSB eine zukünftig engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbänden angedacht und vereinbart. Insbesondere in den Themenfeldern Öffentliche Räume und Sporträume, Sportstätten, Sportverwaltung, Breitensport sowie gesellschaftliche Verantwortung und Mitgestaltung des Sports bieten sich eine Vielzahl von Möglichkeiten des Zusammenwirkens, sowohl im Bereich Fortbildung als auch im Bereich

Forschung, die zukünftig mit gemeinsamen Aktivitäten zum Leben erweckt werden sollen.

Plädoyer für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik



Abb.: 75: Wohnungspolitische Podiumsdiskussion in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften © vhw Foto: © vhw e. V.

Im Sommer 2016 initiierte der vhw die gemeinsame Arbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), um in einem Plädoyer die zentralen Überlegungen für eine neue soziale und resiliente Wohnungspolitik zu beschreiben und damit den

Aufschlag für einen Diskurs zu setzen, der mit Inputs und Austausch zum Verbandstag im November 2016 sowie im Kuratorium und in der wohnungspolitischen Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des Bundestages im Januar 2017 fortgesetzt wurde. Ziel des Diskurses ist es, bis zur Bundestagswahl im Herbst 2017 diesen Zeitraum zu nutzen, um die Konturen einer positionierten Wohnungspolitik auszuarbeiten. Die im Plädoyer formulierten Anforderungen: „Eine soziale und resiliente Wohnungspolitik bedarf einer staatlichen Beeinflussung des Marktgeschehens, die sowohl nachhaltige soziale Prinzipien als auch flexible Haltungen, entsprechend der jeweiligen Marktsituation, miteinander verbindet. Ein wesentliches Ziel ist die dauerhafte Behebung von Engpässen im Segment preisgünstiger Wohnungen. Viele aktuelle Vorschläge und Maßnahmen zielen auf die Intensivierung und Beschleunigung des Wohnungsbaus. Bezahlbarkeit soll vor allem über die preisdämpfende Wirkung von Förderprogrammen und die Absenkung von baulichen Standards erreicht werden. Die Erwartungen sind hoch, doch die Wirkung dieser neuen und der noch verfügbaren wohnungspolitischen Instrumente ist begrenzt und wenig zielgerichtet. Die initiierten Maßnahmen, z. B. Sonderabschreibungen, gehen in

Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

der Breite ihrer Wirkungen teilweise weit über das Ziel der sozialen Wohnraumversorgung hinaus und begünstigen eher Marktsegmente, die eine solche Unterstützung nicht benötigen. Ein solches Vorgehen begünstigt Mitnahmeeffekte, Fehlallokation von Ressourcen, ohne den eigentlichen Zweck, nämlich die Schaffung preisgünstigen Wohnraums, wirklich zu erfüllen.“

Kooperationspartner bei der Tagung „Das Politische Klima, Migration und Demokratie“ der Interdisziplinären Studiengesellschaft mbH



Von den Geflüchteten werden viele bleiben. Sie brauchen Wohnungen und Arbeitsplätze, Bildung und Sprachunterricht. Viele von ihnen, die durch die Umstände der Flucht traumatisiert wurden, benötigen außerdem Therapien. Über die Art und Weise, wie nicht nur die Integration, sondern darüber hinaus eine sinnvolle kulturelle Einbindung der Flüchtlinge erfolgen kann oder soll, wird kaum gesprochen. „Geflüchtete vor Ort“ ist ein thematischer Schwerpunkt in

der Arbeit des vhw und war ein sehr guter Grund, die Tagung vom 23. bis 25. September 2016 in Oberursel mit zwei Inputs zu unterstützen – Olaf Schnur: „Integration – Potenziale im Quartier!“ und Henning Dettleff: „Kulturelle Vielfalt: Herausforderungen für die öffentliche Verwaltung.“ Im Anschluss an die Tagung erschien in: „Migration und Demokratie“ der überarbeitete Artikel „Integration und soziale Netzwerke: Potenziale im Quartier von Olaf Schnur, Asanger Verlag Köln, Herausgeber Dieter Korczak.

6.8 Artikel und Vorträge

Im Berichtszeitraum hielten die Mitarbeiter des vhw-Forschungsbereichs verstärkt Vorträge auf externen Veranstaltungen und veröffentlichten über die vhw-Eigenpublikationen hinaus Aufsätze in externen Buchpublikationen und Zeitschriften.

Vortragstätigkeit (extern)

Datum/Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
28. Juni 2017, Mainz	„Die Stadt ist für alle da! Wohnungspolitik neu positionieren“ (Vortrag)	17. Bauforum Rheinland-Pfalz	Jürgen Aring
27. Juni 2017, Hamburg	„Aktuelle planungsrechtliche Rahmenbedingungen für mehr Wohnungsbau in der Innenentwicklung“, Vortrag auf der Fachveranstaltung „Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in wachsenden Kommunen“ zum Auftakt des ExWoSt-Forschungsfeldes	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)	Petra Lau
8. Juni 2017, Offenbach	„Stadtgesellschaftliche Milieus und Milieuanalysen Offenbach“, (Vortrag)	Stadt Offenbach, Sozialdezernat, Agentur für Arbeit	Thomas Kuder
7. Juni 2017, Hannover	„Herausforderung der Baulandmobilisierung und Gemeinwohlorientierung: Wohnungspolitik unter Zugzwang?“, Vortrag auf dem Wohnbaukongress der Region Hannover zur „WohnBaulInitiative“	Region Hannover	Jürgen Aring
15. Mai 2017, Berlin	„City Makers in Berlin. A Study on Cooperation between City Administration and Politics and Civil Society“, Vortrag auf der Tagung „Tri-City-Symposium: Migration and Integration: Local Cooperation in Action“	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin	Sebastian Beck
4. Mai 2017, Bremen	„Milieu- und Netzwerkanalysen für den Stadtteil Bremen-Vahr“, (Vortrag)	Stadt Bremen, GEWOBA	Thomas Kuder



Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Datum/Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
22. April 2017, Hamburg	„Ergebnisse der Online-Beteiligung zum Beteiligungsverfahren zur A 26 in Wilhelmsburg“, Vortrag auf der Veranstaltung „Planungswerkstatt zur Planung der A 26 in Hamburg Wilhelmsburg“	Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg	Sebastian Beck
29. März 2017, Andernach	„Regiopolregion – Worum geht es?“ (Vortrag)	Initiative Koblenz-Mittelrhein e. V.	Jürgen Aring
23. März 2017, Dortmund	„Methoden und Instrumente für eine breite Beteiligung“, (Input)	Allianz Vielfältige Demokratie, Arbeitsgruppe Breite Beteiligung	Thomas Kuder
13. März 2017, Hamburg	Steuerungsgruppe zum „Perspektiven!-Prozess“ auf den Hamburger Elbinseln, (Leitung/Input)	Bezirk Hamburg-Mitte, Bürgerhaus Wilhelmsburg	Thomas Kuder
24. Februar 2017, Rosenheim	„Mit Wachstumsdruck umgehen. Zwölf Kommunen in der Region Rosenheim auf dem Weg“ (Vortrag)	Mehrpolegion München/Stadt Rosenheim	Jürgen Aring
23./24. Februar 2017, Berlin	„Welche intermediären Akteure und Strukturen brauchen wir für generationengerechtes und gemeinschaftliches Wohnen vor Ort?“ Vortrag auf der Tagung: „Nicht Rudern, sondern Steuern – Strategien zur Zusammenarbeit der Akteure des Wohnungsmarktes“	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.	Sebastian Beck
16. Februar 2017, München	„Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“, (Anhörung als Sachverständiger)	Enquete Kommission des Bayerischen Landtags zur Integration	Bernd Hallenberg
26. Januar 2017, Loccum	„Intermediäre Akteure“ Vortrag auf der Tagung „Lernende Demokratie: Wie können Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besser zusammenarbeiten?“	Evangelische Akademie Loccum	Sebastian Beck

Datum/Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
20. Januar 2017, Bonn	Workshop zum Forschungsprojekt „Smart Cities – Webbasierte Medien in der Stadtentwicklung: Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der digitalen Gesellschaft“ im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) (Experteninput)	Universität Bonn, Geographisches Institut	Sebastian Beck
16. Januar 2017, Berlin	„Migrationsort Quartier: Wie aufnahmefähig sind Quartiere? Was brauchen sie dafür?“ Vortrag beim 1. Roundtable Nationale Stadtentwicklung	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	Olaf Schnur
8./9. Dezember 2016, Aachen	„Dezember Dialog“ zum Forschungsprojekt multikom – Multilaterale Kommunikation in Prozessen der Stadtentwicklung (Experteninput)	RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie und Planungsentwicklung, Fakultät für Architektur	Sebastian Beck
7. Dezember 2016, Berlin	Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2017, Expertenhearing zum Thema „Stadtentwicklung und Wohnen“ (Input)	SPD Parteivorstand	Thomas Kuder
24. November 2016, Berlin	„Breite Beteiligung“ Input und Podiumsbeitrag zum Kongress „Allianz Vielfältige Demokratie“	Allianz Vielfältige Demokratie, Arbeitsgruppe Breite Beteiligung	Thomas Kuder
10. November 2016, Mannheim	„Bezahlbarer Wohnraum – Die Herausforderung für Politik und Wohnungswirtschaft“, (Vortrag)	Universität Mannheim, Wohnungswirtschaftliches Seminar	Fabian Rohland
25. Oktober 2016, Loccum	„Quartierstypen und ihr spezifischer Umgang mit Flüchtlingen“, Vortrag auf der Tagung „Flüchtlingenzuzug als Herausforderung für die Stadtentwicklungspolitik“	Evangelische Akademie Loccum	Frank Jost
6. Oktober 2016, Köln	„Die Nutzung der Geo-Milieus in den Feldern Wohnen und Stadtentwicklung“, (Vortrag)	3. Kolloquium der Microm GmbH	Bernd Hallenberg



Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik

Datum/Ort	Thema	Veranstalter	Inputgeber
24. September 2016, Oberursel	„Integration – Potenziale im Quartier“ Vortrag auf der Tagung „Migration und Demokratie“	ISG Interdisziplinäre Studiengesellschaft	Olaf Schnur
20. September 2016, Berlin	Nationaler Kongress „Quartiersmanagement in der Sozialen Stadt“, (Input Podium)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	Olaf Schnur
19. September 2016, Berlin	Fachgespräch Bundesstiftung Soziale Stadt (Input)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	Olaf Schnur
16. September 2016, Hannover	„Daseinsvorsorge und Zusammenhalt“ (Podium)	DASL/ARL	Jürgen Aring
8. September 2016, Leipzig	„Die Wohnraumversorgung Geflüchteter – Eine kommunale Herausforderung“ (Vortrag)	Kommunaler Fachtag zur Integration vor Ort „Gut ankommen – in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen“	Fabian Rohland

Veröffentlichungen (extern)

Wohnen im Alter und die Veränderung von Lebensstilen und Lebenswelten



Künftige Senioren werden ihr Leben in vielen Bereichen anders gestalten als ihre Vorgängergeneration. Dabei variieren die Lebensentwürfe im Alter im Mobilitätsverhalten, in der Engagement- und Mitwirkungsbereitschaft in Stadt und Quartier oder in den nachbarschaftlichen Aktivitäten im Wohnumfeld sowie in der Wohnungswahl. Bernd Hallenberg schrieb einen Gastbeitrag zum Thema, der im September

2017 veröffentlicht wird, in: „Altersgerecht wohnen und leben im Quartier: Trends, Anforderungen und Modelle für Stadtplanung und Wohnungswirtschaft“, herausgegeben von Heidi Sinning (Fraunhofer IRB Verlag).

„Konversion ist wohnungspolitische Zukunft – Eine soziale Bilanz“



Unter diesem Titel ist im IV Weißbuch Konversion der Stadt Mannheim ein Fachbeitrag von Bernd Hallenberg und Fabian Rohland erarbeitet worden, der der Frage nachgeht, welche Zielgruppen mit den Konversionsflächen angesprochen werden sollen und wie sie sich weiterentwickeln.

Betrachtet werden dabei der Wohnungsmarkt in Mannheim, die Wanderungsbewegungen, die Milieustruktur und die Milieuprognose 2035. Erschienen ist das Weißbuch im Juni 2017.

Establishing functional interrelations and political governance- On the way to a cross-border metropolitan region of Szczecin, Jürgen Aring (2017) in: Europa Regional 3/2015, S. 11-16

„**Integration – Potenziale im Quartier**“, Schnur, Olaf (2017) in: Dieter Korczak (Hrsg.): Migration und Demokratie. Asanger Verlag, Kröning: S. 121-140.

„**Quartier und Gesundheit. Impulse zu einem Querschnittsthema in Wissenschaft, Politik und Praxis**“, Herausgeber: Carlo Fabian, Matthias Drilling, Oliver Niermann und Olaf Schnur (2017), Wiesbaden, Springer VS.

„**Quartier und Gesundheit – Klärungen eines scheinbar selbstverständlichen Zusammenhangs**“, Carlo Fabian, Matthias Drilling, Oliver Niermann und Olaf Schnur (2017) in (Hrsg. dies.): Quartier und Gesundheit. Impulse zu einem Querschnittsthema in Wissenschaft, Politik und Praxis. Wiesbaden, Springer VS: S. 9-37.

„**Lernen, in Alternativen zu denken. Die Stadtgesellschaft ist erwachsen geworden**“, Sebastian Beck (2017) in: Behörden Spiegel, 3/2017, S. 25.

„**Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau – Chance oder Hindernis?**“, Thomas Kuder (2017) in: Immobilien und Finanzierung: Die Zukunft der Städte. Positionen zur Stadtentwicklung. Heft 1/2017, Frankfurt am Main.

„**Migrantenmilieus als Schlüssel zur Stadtgesellschaft von morgen**“, Beck, Sebastian (2016) in: Torsten Groß, Susanne Huth, Birgit Jagusch, Siglinde Naumann und Ansgar Klein (Hrsg.): Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft, S. 45-52.

„**Konversion ist wohnungspolitische Zukunft – Soziale Bilanz**“, Bernd Hallenberg und Fabian Rohland (2016) in: Weißbuch IV, Bilanz der Konversion von 2011-2016 in Mannheim. Mannheim, November 2016.

„**Lokale Demokratie als Demokratie der Etablierten? Neue Wege zur Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen**“, Thomas Kuder (2016) in: DEMO Impulse Nr. 4/Okttober 2016.

„**Die Flüchtlingskrise als Renaissance der Bürgergesellschaft**“, Sebastian Beck (2016) in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 4/2016, S. 101-106.



Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit zu Forschung & Politik



7. Fortbildung: Auftrag und Überblick

Die Konzeption und Durchführung von Fachtagungen und Fortbildungsveranstaltungen stellt eine zentrale Aufgabe des vhw dar, die auch in seiner Satzung verankert ist. Der vhw verbindet damit das Ziel, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Zugang zu aktuellem Wissen genauso wie zu erprobten Techniken und Erfolgsmodellen zu verschaffen und dadurch professionelles Handeln zu fördern.

Ein flächendeckendes Angebot in allen 16 Bundesländern stellt sicher, dass Interessenten bundesweit hieran teilnehmen können. Dabei verbindet der vhw die zentralen Kompetenzen seiner Bundesgeschäftsstelle in Berlin mit dem regionalen Know-how und Ortsbezug seiner Geschäftsstellen. Auf allen Ebenen unterhält er enge Kontakte zu Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sowie zu Fachexperten und Wissenschaftlern. Auf diese Weise gewährleistet er, dass bundesweit relevante Themen genauso Eingang in die Programmentwicklung finden wie regionale und landesspezifische Besonderheiten.

Veranstaltungstatistik 2010-2017

Geschäftsstellen	2010		2011		2012		2013		2014		2015	
	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare
Baden-Württemberg	4.103	122	5.055	151	4.961	154	5.403	163	5.707	189	6.253	219
Bayern	2.961	99	3.813	121	4.464	154	4.705	176	5.295	186	5.661	228
Hessen	3.017	102	3.550	116	3.340	126	3.113	126	3.291	134	3.400	158
Niedersachsen/Bremen	5.052	160	4.979	153	5.340	174	5.262	172	6.402	214	6.104	228
Nordrhein-Westfalen	8.609	198	9.180	222	9.410	238	9.646	251	9.702	291	9.870	323
Rheinland-Pfalz	1.539	55	1.353	51	1.531	54	1.708	56	2.109	85	1.693	80
Saarland	753	18	663	18	623	19	608	19	671	18	828	21
Schleswig-Holstein/Hamburg	1.228	44	1.620	60	1.623	66	1.851	68	2.200	84	2.725	103
Summe alte Bundesländer	27.262	798	30.213	892	31.292	985	32.296	1.031	35.377	1.201	36.534	1.360
Berlin/Brandenburg	3.726	105	4.209	160	4.658	167	4.933	179	5.427	212	5.333	213
Mecklenburg-Vorpommern	827	35	678	28	830	36	655	30	702	31	811	42
Sachsen	2.787	110	3.059	119	3.108	134	3.614	151	3.584	159	3.716	194
Sachsen-Anhalt	1.288	47	998	43	947	41	963	45	667	34	917	45
Thüringen	1.375	55	1.084	33	1.053	42	750	30	793	42	594	31
Region Ost	471	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe neue Bundesländer	10.474	366	10.028	383	10.596	420	10.915	435	11.173	478	11.371	525
Gesamtzahlen	37.736	1.164	40.241	1.275	41.888	1.405	43.211	1.466	46.550	1.679	47.905	1.885

Abb. 76: Übersicht der Angebots- und Teilnehmerentwicklung ab 2010

Inhaltlich deckt der vhw mit seinem Fortbildungsangebot ein breites Themenfeld ab. Den klassischen Kern bilden Veranstaltungen, die auf eine korrekte und professionelle Rechtsanwendung zielen. Darüber hinaus bietet der Verband zahlreiche Veranstaltungen an, um die technische und planerische Kompetenz seiner Zielgruppen zu stärken. Er richtet sich damit an alle Akteure, die am Wohnungswesen, Städtebau, an der Raumordnung und der Gestaltung der Umwelt beteiligt sind. Hierzu gehören in erster Linie die öffentliche Verwaltung auf Ebene der Kommunen, Landkreise, der Mittelbehörden und Länder, die Siedlungs- und Wohnungsunternehmen, die Versor-

gungswirtschaft, andere kommunale Betriebe, die einschlägigen Verbände, die Kreditinstitute sowie Architekten, Ingenieure und Sachverständige.

7.1 Entwicklung der Fortbildungstätigkeit

Im Jahr 2016 besuchten mit 51.167 Teilnehmern erstmals mehr als 50.000 Personen die bundesweit insgesamt 1.826 Veranstaltungen des vhw. Damit nahmen im Vergleich zum Vorjahr 3.262 Personen mehr an Seminaren teil, deren Zahl gegenüber 2015 um 59 Veranstaltungen sank.

Betrachtet man die Entwicklung der Fortbildungstätigkeit im Detail, so ergibt sich folgendes Bild:

Beginnend mit dem Jahr 2003 ist die Fortbildungstätigkeit in den neuen Bundesländern als Gesamtregion Ost neu strukturiert worden. Betrachtet man die Entwicklung der Fortbildungstätigkeit getrennt nach neuen und alten Bundesländern, so konnten in der Region Ost in 2015 mit 525 Veranstaltungen 11.371 Teilnehmer angesprochen werden. Der positive Trend konnte 2016 mit einer annähernd konstanten Anzahl der Veranstaltungen von 513 und der Steigerung der Anzahl der Teilnehmer um 781 auf 12.152 fortgeschrieben werden. In den alten Bundesländern ist gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Veranstaltungen um 47 von 1.360 in 2015 auf 1.313 in 2016 leicht gesunken; allerdings ist die Teilnehmerzahl um 2.481 von 36.534 in 2015 auf 39.015 in 2016 gestiegen.

Die Anzahl der Teilnehmer im 1. Halbjahr 2016 war mit 28.085 um 5.003 Teilnehmer höher als im 2. Halbjahr 2016 mit 23.082 Teilnehmern. Also nahmen knapp 55 Prozent aller Teilnehmer 2016 an Veranstaltungen im 1. Halbjahr teil, womit der Anteil des 1. Halbjahres nur geringfügig höher ausfällt als 2015 mit 54 Prozent der Gesamtteilnehmerzahl.

Für die Gesamtzahlen des Jahres 2017 ist die Tendenz weiterhin positiv. Die Anzahl der Teilnehmer im 1. Halb-

2016		2017 1. Halbjahr		Gesamt 2010 bis 30.06.2017	
Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare	Teilnehmer	Seminare
6.582	213	3.773	126	41.837	1337
6.684	232	3.904	131	37.487	1327
3.842	165	1.962	80	25.515	1007
6.479	211	3.783	114	43.401	1426
10.260	305	6.139	175	72.816	2003
1.958	78	1.329	50	13.220	509
654	17	480	11	5.280	141
2.556	92	1.656	58	15.459	575
39.015	1.313	23.026	745	255.015	8.325
6.003	229	3.001	117	37.290	1.382
650	31	507	16	5.660	249
4.009	186	2.215	90	26.092	1.143
871	37	377	15	7.028	307
619	30	209	8	6.477	271
0	0	0	0	471	14
12.152	513	6.309	246	83.018	3.366
51.167	1.826	29.335	991	338.033	11.691

Tabelle: vhw e. V.

Fortbildung

jahr 2017 ist mit 29.335 um 1.250 höher als im 1. Halbjahr 2016, während die Anzahl der Veranstaltungen leicht um 22 auf 991 gesunken ist.

7.2 Das Kerngeschäft im Überblick



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten in Baden-Württemberg

Die Geschäftsstelle Baden-Württemberg hat im Berichtszeitraum 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 219 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt und hiermit erstmals über 6.800 Teilnehmer erreicht. Damit konnte im Vergleich zum Berichtszeitraum 2015/2016 – trotz eines geringeren Angebots von Fortbildungsveranstaltungen – die Anzahl der erreichten Teilnehmer um 300 erhöht werden.

Von den 219 durchgeführten Veranstaltungen lagen 74 thematisch in der Verantwortung der Geschäftsstelle Baden-Württemberg. Auf diese soll hier auszugsweise eingegangen werden.

Das Fortbildungsangebot verteilt sich thematisch wie folgt: 26 Veranstaltungen zum Städtebaurecht, 17 zur Landesbauordnung, 12 zum besonderen Verwaltungsverfahren, fünf zum allgemeinen Verwaltungsverfahren, vier zum Abgabenrecht und drei Seminare zum Immobilienrecht.

Zum zweiten Mal in Folge ausgebucht waren die „Baurechtstage Baden-Württemberg“, die am 26. und 27. September 2016 in Heidelberg stattfanden. Ziel dieser Leuchtturmveranstaltung ist es, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen breiten Einblick in die mit dem Planen und Bauen verbundenen rechtlichen Probleme zu geben. Zehn Referenten sprachen vor 95 interessierten Teilnehmern über aktuelle Entwicklungen in der Bundes- und Landesgesetzgebung, über die aktuelle

Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte sowie zu ausgesuchten Spezialthemen wie z. B. die Möglichkeiten der Kommunen zur Schaffung und Sicherung preiswerten Wohnraums, dem Verkehrslärmschutz in der Bauleitplanung oder den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Durchführung von Planungswettbewerben. Passend zu diesem Programm wurden als Rahmenprogramm städtebauliche Exkursionen durchgeführt, bei denen unter anderem die Wohnraumschaffung auf Konversionsflächen in Heidelberg besichtigt werden konnte.



Abb. 77: Würdiger Rahmen: Baurechtstage des vhw im Ballsaal des Heidelberger Kongresszentrums © vhw e. V.



Abb. 78: Exkursionen runden das Programm ab: Neues Wohnen im Stadtteil „Bahnstadt“ © vhw e. V.

Fortbildung: Auftrag und Überblick

Die umfangreiche Novellierung des BauGB durch das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt“ stand im Zentrum des Fortbildungsangebots der Geschäftsstelle Baden-Württemberg. Nach Inkrafttreten der Novelle am 13. Mai 2017 konnten in drei zeitnahen Großveranstaltungen mit über 230 Teilnehmer die wichtigsten Änderungen der Novelle vorgestellt, die Praxisrelevanz aufgezeigt und Handlungsempfehlungen gegeben werden. Die umfangreichen Änderungen des BauGB führen dazu, dass ein Großteil der Vertiefungsseminare zum Städtebaurecht konzeptionell angepasst werden muss.

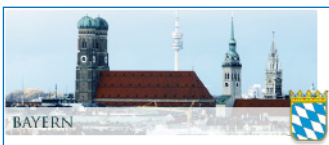
Grundsätzlich lässt sich in der Geschäftsstelle Baden-Württemberg ein größerer Bedarf an reinen Einsteigerseminaren feststellen. Das Seminarangebot hierzu wurde ausgeweitet. Bei den Vertiefungsseminaren konnte ein neues zweitägiges Seminarkonzept zur Vertragsgestaltung von städtebaulichen Verträgen erfolgreich durchgeführt werden.

Zudem war die Geschäftsstelle auch bei der Gewinnung neuer Mitglieder wieder sehr erfolgreich. Unter den 12 neuen Mitgliedern aus Baden-Württemberg finden sich u. a. die Städte Herrenberg, Schwäbisch Gmünd, Bad Waldsee und Leimen sowie der Landkreis Tübingen und der Ortenaukreis.

Bayern im Geschäftsstellenkernbereich und in den Kompetenzfeldern angebotenen Fortbildungsveranstaltungen. Davon entfielen auf den Bereich des Kerngeschäfts allein über 2.500 Teilnahmen.

Dabei ist die Geschäftsstelle ihrem Anspruch, teilnehmerrelevante Themen anzusprechen und dabei zum einen aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie zum anderen auch generelle Praxisfragen in ihre Veranstaltungen zu tragen, wiederum gerecht geworden. Beispielhaft zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Veranstaltungen „BauGB-Novelle 2017 – Überblick und wesentliche Änderungen“, mit der die Teilnehmer über die im Zusammenhang mit dem „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt“ stehenden Neuerungen in vier Seminaren informiert wurden sowie die beiden Veranstaltungen „Bauordnungsrecht aktuell“, in denen in jährlichem Rhythmus die gegebenen und zu erwartenden Neuerungen des bayerischen Bauordnungsrechts vorgestellt werden.

Neben zahlreichen neu konzipierten Veranstaltungen konnten aber auch die Klassiker im Angebotsportfolio der Geschäftsstelle, wie die Tagung im Themenbereich Abgabenrecht „Aktuelle Rechtsfragen zur Finanzierung von Wasserversorgungs- und Entwässerungsanlagen“ in Ising, die Fachtagung „Wohnungseigentum in der Verwaltungspraxis“ in München sowie das Rechtsprechungsseminar zum Städtebaurecht erfolgreich fortgeführt werden.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten in Bayern

Im zurückliegenden Berichtszeitraum hat die Geschäftsstelle Bayern die erfolgreiche Platzierung ihres thematisch breit gefächerten Veranstaltungsangebots fortführen können. Es fanden über 7.000 Teilnehmer in die in



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten der Region Nord

Die vhw-Geschäftsstelle Region Nord hat in den Bundesländern Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg im Berichtszeitraum 299 Veranstaltungen

Fortbildung

durchgeführt. 179 Seminare entfielen auf Niedersachsen, 23 Seminare auf Bremen, 13 Seminare auf Schleswig-Holstein und 84 Seminare auf Hamburg. Insgesamt wurden über 9.300 Teilnehmer erreicht. Auf die größte Nachfrage stießen das Fortbildungsangebot zum Städtebau- und Bauordnungsrecht, gefolgt vom Wohngeld- und Sozialrecht und dem Vergabe- und Bauvertragsrecht.

Die Fortbildungstätigkeit der Geschäftsstelle selbst umfasste 120 Seminare mit 3.988 Teilnehmern, wovon 70 Seminare in Niedersachsen, 17 Seminare in Bremen, 10 Seminare in Schleswig-Holstein und 23 Seminare in Hamburg stattfanden. Von den von der Geschäftsstelle auch inhaltlich zu verantwortenden Veranstaltungen seien besonders die „Klassiker“ wie die Bad Zwischenahner Beitragstage, Hannoversche Beitragstage und die Abgabentage in Neumünster mit 82, 57 bzw. 47 Teilnehmern hervorgehoben. Das Baurechtsforum wurde im Berichtszeitraum nach den Jahren 2009 und 2013 wieder einmal dem Schwerpunkt Windenergie gewidmet. Es erreichte 57 Fachleute aus den Kommunen und der Windenergiebranche. Bereits zum dritten Mal, damit noch kein Klassiker aber Tradition, konnte das Experten-seminar für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung in Niedersachsen angeboten werden. In acht prägnanten Kurzvorträgen wurde eine Auswahl von Themen auf den Punkt gebracht, die besonders für kommunale Führungskräfte von praktischer Relevanz sind. 2016 wurde das Konzept auch erstmals in Schleswig-Holstein angeboten.

Dem Anliegen, seine Mitglieder und alle an den aktuellen rechtlichen Entwicklungen Interessierten über die für ihre berufliche Praxis relevanten Gesetzesänderungen zeitnah zu informieren, ist der vhw in der Region Nord erneut gerecht geworden. Darüber hinaus wurden eruiert, wo der kommunalen Verwaltung „der Schuh drückt“ und wurden vorausschauend Fragestellungen und Problemkonstellationen aufgegriffen, um den Teilnehmern Hilfestellung bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu geben.

Zur Novelle der Landesbauordnung Schleswig-Holstein mit Wirkung zum 1. Juli 2016 wurde eine Informationsveranstaltung in Schleswig angeboten. Vertreter der obersten Bauaufsicht und der kommunalen Praxis gaben 60 sehr interessierten und diskussionsfreudigen Teilnehmern einen Überblick über die wesentlichen Änderungen und stellten sich ihren Fragen.

Die Novelle des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes zum 1. November 2016 war ebenfalls Gegenstand von Seminaren. Drei ausgebuchte Veranstaltungen unter der Leitung von Jürgen Franke, bis 30. Juni 2016 Leiter des Referats Kommunale Verfassung, Organisation, Dienstrecht im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, konnten am Ende angeboten werden.

Auch die erste Veranstaltung zur geplanten Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge in Niedersachsen zum 1. April 2017 war schnell ausgebucht, sodass weitere Zusatztermine offeriert werden konnten.



Abb. 79/80: Mit Blick auf die Elbphilharmonie: Baurechtsforum Nord im Mai 2017



© vhw e. V.

Fortbildung: Auftrag und Überblick

Schließlich fiel die Novelle des Baugesetzbuches mit Wirkung zum 13. Mai 2017 in den Berichtszeitraum. Unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Söfker wurden bereits im Juni zwei ausgebuchte Informationsveranstaltungen angeboten. Weitere sind geplant, um der großen Nachfrage gerecht zu werden.

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht hat zum Straßenreinigungsgebührenrecht in jüngster Zeit zahlreiche neue Entscheidungen von ganz erheblicher Bedeutung für die Kommunen gefällt, sodass hierzu eine spezielle Veranstaltung angeboten wurde. Besonders in den Blick genommen wurden die Entscheidungen des 9. Senats zur Festlegung des Gemeindeanteils, zur Winterdienstgebühr, zu den Anforderungen an die Kalkulation des Gebührensatzes und zum Kreis der bevorteilten Grundstücke.

Auf sehr guten Zuspruch traf ein gemeinsam mit Prof. Dr. Dr. Jörg Berkemann neu konzipierter, auf 25 Gäste begrenzter Workshop zum Thema „Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen“. Anhand real ergangener, aber anonymisierter Bescheide verschiedener unterer Bauaufsichtsbehörden erhielten die Teilnehmer wertvolle Tipps zur rechtssicheren Bescheidung. Der Workshop konnte fünf Mal in der Region Nord durchgeführt werden.

Erstmals angeboten wurden ein zweitägiger Intensivkurs zum Bauordnungsrecht in den norddeutschen Bundesländern speziell für Nicht-Juristen, ein Seminar zum Bauvorbescheid sowie zur Teil-, Bau- und Nachtragsbaugenehmigung, ein interdisziplinäres Seminar zum Thema Städtebauliche Verträge, gestaltet von einer Rechtsanwältin und einem Planer, und darüber hinaus auch ein Seminar zu den Grundlagen der Kommunalverwaltung für Fachbeschäftigte. Zudem wurden erstmalig Seminare zum Wohnungseigentumsrecht angeboten.

Mit 139 Teilnehmern waren die differenzierten Seminare zum Brandschutz (Sonderbauten, Bestandsschutz, Industriebau) auch in diesem Berichtszeitraum wieder stark nachgefragt. Im Sommer 2017 sind zu diesem

Thema ergänzend Workshop-Seminare mit begrenzter Teilnehmerzahl geplant.

Das Seminar zur Abgrenzung des Innen- und Außenbereichs mit Richter Roland Weiß-Ludwig vom Verwaltungsgericht Schleswig fand dieses Mal mit sehr guter Resonanz erstmalig außerhalb von Schleswig-Holstein, nämlich in Hannover, statt.

Zum Eisenbahnkreuzungsrecht wurde ein zusätzliches Seminar zu den rechtlichen Grundlagen angeboten. Das 2015 neu ins Programm aufgenommene zweitägige Seminar zum Außenbereich wurde mit Erfolg auch in diesem Berichtszeitraum durchgeführt.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten in Nordrhein-Westfalen

Im Berichtszeitraum Juli 2016 bis Juni 2017 wurden 317 Seminare in Nordrhein-Westfalen durchgeführt, die von 11.029 Teilnehmern besucht wurden. Davon wurden allein 120 Veranstaltungen von der Geschäftsstelle selbst konzipiert – die weiteren entfielen auf die Aktivitäten der Module (Kompetenzteams). Damit ist und bleibt NRW das Bundesland mit dem größten Seminarangebot des vhw.

Es gab eine personelle Veränderung in der Geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen: Im November 2016 schied Dr. Stephan Smith aus, der zwei Jahre lang in Bonn tätig gewesen war. Als seine Nachfolgerin wurde Nora Winkel gewonnen, ebenfalls Juristin. Sie widmet einen Teil ihrer Arbeitszeit dem Kerngeschäft in Nordrhein-Westfalen, den größeren Teil jedoch dem bundesweit übergreifend tätigen Kompetenzteam Sozialrecht.

Das Seminarangebot der Geschäftsstelle setzte sich im Berichtszeitraum aus bewährten „Klassikern“ und zahl-



Fortbildung

reichen, gänzlich neuen Themen zusammen, die erstmals beim Bundesverband angeboten wurden.

Der Berichtszeitraum war vor allem geprägt von diversen Novellen auf Bundes- und Landesebene. Die Novelle des Baugesetzbuches (BauGB) und der Baunutzungsverordnung (BauNVO) setzen die EU-Richtlinie 214/52/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und zur „Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt“ um. Seit Inkrafttreten im Mai 2017 fanden und finden eine Reihe von Veranstaltungen statt, auch im Herbst 2017 wird es dazu noch einige Seminare geben.

Im Landesrecht wurde im Herbst 2016 zunächst die Sonderbauverordnung NRW novelliert, und dazu fand eine große Veranstaltung statt. Die jahrelang umstrittene Novelle zum Landesbauordnungsrecht wurde im Dezember 2016 verabschiedet und soll (größtenteils) im Januar 2018 in Kraft treten. Dementsprechend gab es zur neuen Bauordnung NRW im Frühjahr 2017 insgesamt 5 Seminare mit durchschnittlich je 100 Teilnehmern. Nachdem die Neuwahl in NRW im Mai 2017 jedoch zu einem Regierungswechsel geführt hatte, wurde beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens um ein Jahr nach hinten zu verschieben: Dieses Moratorium soll genutzt werden, die Landesbauordnung auch noch einmal zu überarbeiten. Sobald zu der Neugestaltung der Novelle verlässliche Informationen vorliegen, werden wir selbstverständlich Seminare dazu anbieten.

Wie in den letzten Jahren gab es auch wieder Veranstaltungen, die sich mit dem Flüchtlingszustrom und dessen Auswirkungen befassten: der vhw bot den Behörden praktische Hilfestellung durch Schulungen zum Thema Ausländerrecht.

Nicht nur als Konsequenz der Zuwanderungsentwicklung, sondern auch als Auswirkung neuer Schulmodelle (Inklusion) entwickeln die Kommunen erhebliche Neubau- und Umbautätigkeiten bei Schulen. Im Zeitraum August 2016 bis Juli 2017 fanden zum Thema „Brandenschutz in Schulen“ vier Veranstaltungen mit insgesamt 255 Teilnehmern statt, und diese Serie wird fortgesetzt.

Eines der innovativen Themen befasst sich mit Medienrecht, nämlich mit dem Umgang mit kritischer Berichterstattung.

Neu war auch ein Seminar zur Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens in Beitragsangelegenheiten: das Widerspruchsverfahren war als Folge des Bürokratieabbaugesetzes 2007 so lange ausgesetzt gewesen, dass nun erheblicher Schulungsbedarf bestand.

Dem demographischen Wandel in den Kommunen entsprechend werden Fragen der Friedhofsentwicklungsplanung, insbesondere aber auch der Friedhofsfinanzierung immer wichtiger – dies spiegelt sich auch in den bei diesen Themen erreichten Teilnehmerzahlen wider.

Nach vielen Jahren der Pause konnte der vhw in NRW im Frühjahr 2017 endlich wieder ein Seminar zur Kostenmiete im sozial geförderten Wohnungsbau anbieten. Der Zustrom war groß, es wird Folgeveranstaltungen geben.

Ein Thema, das die Kommunen losgelöst von allen Novellen oder politischen Entwicklungen immer wieder beschäftigt, ist die Frage der korrekten Aufstellung von Bebauungsplänen. Auch dazu gab es im Frühjahr 2017 eine sehr erfolgreiche Veranstaltung.

Unsere Veranstaltungsorte befinden sich vorwiegend in Bonn, Köln, Bergisch Gladbach, Düsseldorf, Essen, Dortmund, Bochum, Münster, Hamm und Bielefeld. Manchen Interessenten kommt die Geschäftsstelle Nordrhein-Westfalen jedoch im wahrsten Sinne des Wortes entgegen, indem sie Seminare als Inhouse-Veranstaltungen in der jeweiligen Stadt anbietet und durchführt. Im Berichtszeitraum waren es 18 Seminare, die zu den bereits genannten 317 Veranstaltungen hinzuzuzählen sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Bundesland Nordrhein-Westfalen, was die Menge der Seminare, die Anzahl der Teilnehmer, den erzielten Umsatz und den dadurch erreichten Überschuss angeht, seit Jahren ein wichtiger Pfeiler der Arbeit des vhw ist.

Fortbildung: Auftrag und Überblick



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten der Region Ost

Im Kerngeschäft der Region Ost wurden im Berichtszeitraum 265 Seminare mit 6.187 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Wie in den Vorjahren fanden diese Veranstaltungen teils in den einzelnen Bundesländern, teils länderübergreifend für die gesamte Region Ost an zentral gelegenen Orten – zumeist Berlin und Leipzig – statt. Diese Verortung ermöglichte es, Interessierten aus mehreren Bundesländern ausdifferenzierte und spezialisierte Seminarthemen anzubieten, deren Zielgruppe im einzelnen Bundesland als zu klein eingeschätzt wurde.

Die Seminare waren den Themenfeldern „Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht“, „Abgabenrecht“ sowie „Bauplanungs- und Bauordnungsrecht“ zuzuordnen. Sie griffen sowohl etablierte Themenschwerpunkte auf, zu denen insbesondere Anwendungsprobleme oder aktuelle Rechts- und/oder Praxisfragen behandelt wurden, als auch neu entwickelte Seminarthemen. Darüber hinaus wurden Rechtsänderungen unterschiedlicher Regelungsbereiche zum Gegenstand von Seminaren gemacht.

Aus der Vielzahl der Veranstaltungsangebote wird Folgendes exemplarisch herausgehoben:

Im Bereich des Allgemeinen Verwaltungsrechts wurden insbesondere etablierte Seminare zum rechtssicheren Erlass, der Änderung oder Aufhebung von (Widerspruchs-)Bescheiden, zum öffentlich-rechtlichen Vertrag, zum Planfeststellungsverfahren und -beschluss angeboten. Besonders gefragt waren Seminare zum Informationszugang und Akteneinsichtsrecht sowie zur Einführung der E-Akte.

Seminare zum Besonderen Verwaltungsrecht mit ordnungs- und polizeirechtlichen Fragestellungen waren auch in diesem Berichtszeitraum von großer Relevanz. Häufiges Thema war die Vielfalt der Aufgaben und Befugnisse der allgemeinen Ordnungsbehörden, insbesondere in Abgrenzung zu denen der Sonderordnungsbehörden. Wie in den vergangenen Jahren wurden dabei Aspekte bei abwesenden, unbekanntem und unauffindbarem Eigentümern thematisiert. Darüber hinaus wurden Seminare mit dem Fokus auf besondere Rechtsfragen in den neuen Bundesländern (z. B. Leitungsrechte und deren Entschädigung) angeboten.

Die zum Denkmalrecht angebotenen Seminare befassten sich schwerpunktmäßig mit den Befugnissen der Denkmalbehörden, der (Zumutbarkeit der) Erhaltung von Denkmälern, mit steuerlichen Problemen sowie mit der Kommunikation zwischen Denkmalbehörden und Eigentümern.

Darüber hinaus wurden Frage- und Problemstellungen zum öffentlichen Raum behandelt. Diese betrafen die Verkehrssicherungspflicht für Behörden und Eigentümer, straßen- und straßenverkehrsrechtliche Themenstellungen bis hin zu Zustandserfassung, Sanierungs- und Erhaltungspflichten bestimmter Infrastruktureinrichtungen. Bestimmte grünordnerische Maßnahmen, wie die Pflege von Straßenbäumen und den Baumschutz bei bestimmten Bauarbeiten, wurden ebenfalls thematisiert.

Die Seminare im Themenfeld Abgabenrecht beschäftigten sich mit Rechts- und Anwendungsfragen zur Erhebung verschiedenster Beiträge, Gebühren und kommunaler Steuern. Beispielhaft zu nennen sind

Fortbildung

Erschließungs-, Straßenbau- und Ausbaubeiträge, Beiträge für leitungsgebundene Einrichtungen, Kur- und Tourismusabgaben sowie Friedhofsgebühren. Für die mit der Abgabenerhebung befassten Personen wurden zudem Seminare angeboten, die sich mit speziellen Anwendungsproblemen und deren Lösung aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht und Baurecht beschäftigten. Darüber hinaus wurden in einigen Ländern die schon traditionellen Beitrags- und Gebührentage erfolgreich durchgeführt.

Auch in diesem Berichtszeitraum wurden die Seminare im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht durch eine Reihe von Rechtsänderungen und eine beträchtliche Anzahl von Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichte geprägt und in verschiedenen Seminaren thematisiert. Hervorzuheben sind Seminare zur Novellierung der Bauordnungen in den Ländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die entweder einen Gesamtüberblick beinhalteten oder sich mit einzelnen Themenschwerpunkten beschäftigten.

Von großer Relevanz waren zudem Überblicksseminare zur mehrfachen Novellierung des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung in allen Ländern der Region Ost. In der Folge werden daraus resultierende aktuelle Einzelfragen seminaristisch aufbereitet und angeboten.

Des Weiteren wurden im Bereich des Bauplanungsrechts aktuelle Rechts- und Praxisfragen bei bereits etablierten Themen, wie formelle und materielle Fragestellungen der Bauleitplanung und sonstigen städtebaulichen Satzungen, rechtssichere Gestaltung von städtebaulichen Verträgen und Zulässigkeit von Vorhaben, bearbeitet.

Im Bereich des Bauordnungsrechts waren Seminare zum Brandschutz bei verschiedenen Nutzungs- und Gebäudearten, zum Bestandsschutz, zum behördlichen Umgang mit baurechtswidrigen Zuständen, zu der Teilung von Grundstücken und der Sicherung öffentlich-

rechtlicher Verpflichtungen durch Baulasten von besonderer Bedeutung.

In personeller Hinsicht gab es im Berichtszeitraum mehrere Veränderungen. So beendete Eleonore Papenhagen ihre langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Geschäftsführerin der Geschäftsstellen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Petra Lau übernahm die Geschäftsführung für die Geschäftsstellen Berlin-Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten der Region Südwest

Die Region Südwest wird von der Geschäftsstelle Hessen und der Geschäftsstelle Rheinland-Pfalz von Ingelheim am Rhein aus betreut.

Im Berichtszeitraum wurde der überwiegende Teil der Veranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet und den umliegenden Regionen durchgeführt. Die Tagungsstätten waren für alle Teilnehmer aus beiden Bundesländern zentral gelegen und mit verschiedenen Verkehrsmitteln erreichbar. Der sonstige Teil der Veranstaltungen wurde in den entfernteren Regionen angeboten, um die Kundenbindung auch dort zu stärken.

Zum einen wurden einheitliche Veranstaltungen über die gemeinsame Landesgrenze hinweg durchgeführt, deren Themen in beiden Bundesländern gleichermaßen von Interesse sind. Zum anderen wurden speziell für das jeweilige Bundesland zugeschnittene Veranstaltungen durchgeführt, wenn sich die Themen landesspezifisch unterschieden. Im Kernbereich wurden Veranstaltungen zu allen Themen angeboten, die nicht den Modulbereichen zugeordnet waren.

In Hessen betrug die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen zum Allgemeinen Verwaltungshandeln 9, zum Abgabenrecht 9, zum Bauordnungsrecht 13, zum Bauplanungsrecht 8, zum Ordnungsrecht 9 und zum Straßenrecht 5. Unter anderem lagen Schwerpunkte auf dem neuen Glücksspielrecht, den Sterbefällen ohne Angehörige, den Ausnahmen und Befreiungen im Bau-recht sowie Wechselbeziehungen zwischen Bundesbau-recht und Hessischer Bauordnung.

In Rheinland-Pfalz betrug die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen zum Allgemeinen Verwaltungshandeln 8, zum Abgabenrecht 2, zum Bauordnungsrecht 10, zum Bauplanungsrecht 8, zum Ordnungsrecht 7 und zum Straßenrecht 5. Unter anderem lagen Schwerpunkte auf der Sicherheit öffentlicher Veranstaltungen, der Fehlervermeidung in Städtebaulichen Verträgen, der Rechtsprechung zum Bauplanungs- und Bauordnungs-recht sowie der Novellierung der Landesbauordnung.

Die Veranstaltungen wurden zielgerichtet und umfangreich beworben. Das Interesse der Teilnehmer an neuen oder modifizierten Konzepten war erfreulich hoch. Im Gesamtergebnis hat sich der Trend aus dem letzten Berichtszeitraum positiv weiterentwickelt. Es konnte eine weitere Steigerung der Teilnehmerzahl erreicht werden.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten im Saarland

Über die Geschäftsstelle Saarland hat der vhw im Berichtszeitraum seine Fortbildungsaufgaben in der Region wahrgenommen. Die Veranstaltungen wurden als Tagesseminare, Tagungen oder Workshops durchgeführt.

Die Geschäftsstelle Saarland bietet traditionell fachliche Fortbildung für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung und der Wohnungswirtschaft sowie für Architekten, Ingenieure und Rechtsanwälte.

Im Berichtszeitraum hat die Geschäftsstelle Saarland im Jahre 2016 17 Seminare mit 654 Teilnehmern (und zusätzlich 3 Inhouse-Seminare) sowie im 1. Halbjahr 2017 11 Seminare mit 482 Teilnehmern durchgeführt.

In Lehre und Forschung anerkannte Referenten aus Anwaltschaft und Justiz, Öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Hochschulen sorgten für die Aktualität und Qualität der Seminarinhalte.

Der vhw e. V. im Saarland hat sich im Berichtszeitraum als kompetenter und erfahrener Bildungsträger mit einem breit angelegten Themenspektrum rund um die Stadtentwicklung und die Immobilienwirtschaft bewährt.

7.3 Fortbildung in den Themenfeldern

Im Folgenden werden Aktivitäten in neun der insgesamt vierzehn Themenfelder der vhw-Fortbildung vorgestellt. Die Fortbildungsveranstaltungen dieser Themenfelder vermitteln Kenntnisse in Rechtsgebieten und Planungsfragen sowie praxisrelevante Fähigkeiten für den behördlichen Arbeitsalltag, die nicht landes- bzw. regionalspezifische Bezüge haben, sondern generell für die Arbeit der Kommunen relevant sind.

Fortbildung



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im Jahr 2014 wurde das Kompetenzfeld „Arbeits-, Dienst- und Beamtenrecht“ im Fortbildungsbereich des vhw geschaffen. Bereits im Januar 2015 wurde die Seminartätigkeit aufgenommen und mit der Planung für 2018 geht das junge Kompetenzfeld in sein drittes Jahr.

Im Berichtszeitraum 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 hat das Modul bundesweit 71 Seminare durchgeführt. 993 Personen besuchten die angebotenen Veranstaltungen. Obwohl zu den Mitgliedern des vhw überwiegend die Kommunen gehören, hat sich in jüngster Zeit die Tendenz herauskristallisiert, dass sich zunehmend auch Teilnehmer aus Bundes- und Landesinstitutionen anmelden.

Arbeits- und Dienstrecht

Auf großes Interesse stoßen sämtliche Seminare rund um das Thema „Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst“ (TVÖD). Dies betrifft insbesondere Eingruppierungs- und Bewertungsfragen. Hinzu kommen Veranstaltungen mit dem Fokus auf die personen-, verhaltens- und krankheitsbedingte Kündigung.

Beamtenrecht

Die Veranstaltungen zum Beamtenrecht fanden regen Zulauf. Hier seien an erster Stelle Seminare zur beamtenrechtlichen Konkurrentenklage genannt. Diese Thematik wurde besonders von Mitarbeitern der Bundes- und Landesbehörden nachgefragt. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Veranstaltungen zum Disziplinarrecht und zur Dienstunfähigkeit.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt rund 130 Seminare mit ca. 3.400 Teilnehmern bundesweit durchgeführt. Themenschwerpunkte im Kompetenzfeld Bodenrecht & Immobilienbewertung für das Fortbildungsjahr 2016/2017 waren u. a.:

- Erbbaurecht
- Landpachtverträge, Pachtpreise und landwirtschaftlicher Grundstücksverkehr
- Grundbuch und Grundstücks-/Immobilienverkauf, Verkauf öffentlicher Immobilien, Beschaffung von Grundstücken für gemeindliche Vorhaben
- Ausgleichsbeträge in Sanierungsgebieten
- Spezifische Verfahren und Instrumente der Wertermittlung bei unterschiedlichen Wertermittlungsanlässen
- Bodenordnungs- und Baulandentwicklungsverfahren

Bewährte Veranstaltungen mit Fragestellungen aus dem Agrarbereich fanden auch weiterhin – ebenso wie Neukonzeptionen – Anklang und bildeten einen Schwerpunkt des bodenrechtlichen Fortbildungsprogramms. Seminare zu den Themen „Landpacht und Pachtpreise“, „Wertermittlungsfragen im ländlichen Raum“ und „Fragen zum siedlungsrechtlichen Vorkaufsrecht“ wurden ausgebaut und vertieft.

Neu in das Programm aufgenommen wurde die Veranstaltung „Flurbereinigung – aus der Praxis für die Praxis“. Flurbereinigungsverfahren sind ein unverzichtbares Instrument, um den ländlichen Raum für die Zukunft zu entwickeln. Ohne ein effizientes und zukunftsgerichtetes



Abb. 81/82: Ausgebucht: Veranstaltung zum Thema „Beschaffung von Grundstücken für gemeindliche Vorhaben“ im Februar 2017 in Stuttgart

© vhw e. V.

Landmanagement können auch viele andere Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums nicht umgesetzt werden. Aus diesem Grund haben Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz im Rahmen der europäischen Strategien sowie beim Bund und den einzelnen Bundesländern eine hohe Bedeutung.

Das Seminar liefert einen Überblick über die verschiedenen Anlässe und Arten von Flurbereinigungsverfahren und die damit einhergehenden Abläufe. Aufgezeigt wird, in welcher Form Flurbereinigungsverfahren für die kommunale Entwicklung oder die Umsetzung wasserwirtschaftlicher oder naturschutzfachlicher Planungen eingesetzt werden können.

Ebenfalls neu im Programm ist das Seminar „Der Grundstückssachverständige als Gerichtsgutachter“. Das Seminar informiert über wichtige Fragen der Beweiserhebung durch Sachverständige unter Berücksichtigung der ab dem 15. Oktober 2016 geltenden Neuerungen im Sachverständigenrecht.

Die Weiterbildungsveranstaltungen rund um den Themenbereich Grundbuch und Grundstücks-/Immobilienverkauf stellen seit Jahren einen wichtigen Schwerpunkt im Veranstaltungsportfolio dar. Neben verschiedenen Grundlagenseminaren wurden auch diverse Vertiefungsseminare angeboten. Guten Zuspruch fand hier u. a. das Seminar „Nutzungsrechte an Grundstücken mit Schwerpunkt Leitungs- und Wegerechte“.

Die Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) ist seit der letzten Richtlinie zur Ermittlung des Ertragswerts nahezu vollständig. Die einzelnen Richtlinien zur Ermittlung des Bodenrichtwerts, des Sachwerts, des Vergleichswerts und des Ertragswerts lösen in ihrer Gesamtheit die Wertermittlungsrichtlinien aus dem Jahr 2006 (WertR 2006) ab. Der vhw hat daher u. a. Spezial- und Vertiefungsseminare zur Immobilienbewertung angeboten. Die in 2016 neu aufgelegten Seminare zur Ermittlung von Bodenrichtwerten wurden mit gutem Zuspruch in 2017 weitergeführt.

Im Themenkreis Erbaurecht ist zu beobachten, dass für die Grundlagenseminare jeweils eine beträchtliche Anzahl Neukunden gewonnen werden konnten. Das beweist, dass sich heute nicht mehr allein Kirchen und Stiftungen, sondern immer mehr Kommunen für diese sehr alte Form des Boden- und Immobilienmanagements interessieren. Einen lebhaften Erfahrungsaustausch gab es in der Veranstaltung „Stadtentwicklung und Wohnungspolitik durch Erbaurechte“, insbesondere zu dem aktuellen Problem „Bezahlbaren Wohnraum schaffen“.

Das Profil des Kompetenzfeldes „Bodenrecht und Immobilienbewertung“ wird kontinuierlich weiterentwickelt und um aktuelle Fragestellungen ergänzt. Dabei wird u. a. der Themenkomplex „Enteignung/Entschädigung“ in den nächsten Jahren weiter ausgebaut.

Fortbildung



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Zwischen Juli 2016 und Juni 2017 wurden bundesweit 159 Veranstaltungen im Bereich Immobilienrecht, -management, -förderung angeboten, die insgesamt 4.400 Teilnehmer zum vhw e. V. brachten.

Themenfeld Mietrecht

Neben weiteren Themenfeldern des Immobilienrechts richtet der vhw einen besonderen Fokus auf das Mietrecht. Bereits durch seinen Verbandsnamen wird deutlich, dass dem Bereich Wohnen und damit einhergehend dem Wohnraummietrecht ein besonderer Stellenwert zukommt. Daneben widmete sich der Verband mit seinen Fortbildungsveranstaltungen – wie bereits in den Jahren zuvor – aber auch dem gewerblichen Mietrecht und mietrechtlichen Randthemen.

Im Berichtszeitraum ist es erneut gelungen, den Teilnehmerkreis aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Mieterverwaltungen in Wohnungsunternehmen und Wohnungsverwaltungen, aus kommunalen Wohnungs-, Rechts- und Liegenschaftsämtern, Mieter- und Grundstückseigentümerversuchen sowie Rechtsanwälten und sonstigen am Mietrecht Interessierten durch ein gut aufgestelltes Seminarangebot zu erweitern. Knapp 1.600 Teilnehmer besuchten Mietrechtsveranstaltungen. In diesen wurden neben klassischen mietrechtlichen Themen, wie etwa dem Betriebskostenrecht, auch regelmäßig in der Praxis auftretende Problemkonstellationen und damit einhergehende mietrechtliche Schnittmengenprobleme dargestellt und erörtert.

Fortgeführt wurden die jährlich platzierten Rechtsprechungsseminare zum Wohnraummietrecht. Dr. Dietrich Beyer stellte die besonders relevanten Entscheidungen

„seines“ ehemaligen XIII. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs vor. Er bespricht zudem regelmäßig Fälle, die im Internet eingestellt und kostenfrei herunterzuladen sind.

Link: <https://www.vhw.de/bgh-komentierungen-dr-beyer-2017/>

Das Angebot der Rechtsprechungsseminare wurde erfolgreich ausgebaut. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Veranstaltungen der Richter des XIII. Zivilsenats am Bundesgerichtshof – mit den Referenten Dr. Peter Günter und Hartmut Guhling. Beide stellten und erläuterten besonders relevante Entscheidungen ihres, u. a. mit dem Gewerberaummietrecht befassten, Senats vor.

Gemeinsam mit dem Deutschen Mieterbund veranstaltete der vhw die traditionellen Weimarer Immobilienrechtstage, die, wie in den Jahren zuvor, von über 200 Mietrechtspraktikern besucht wurden.

Auch die seit vielen Jahren vom vhw durchgeführt Mietrechtstage in Bad Salzungen und Meißen, bei denen einem weiten Interessentenkreis aktuelle Entwicklungen und wegweisende Rechtsprechung im Mietrecht vorgestellt werden, wurden wieder erfolgreich angeboten.

Fortgeführt wurde zudem auch der Fernlehrgang „Wohn- und Gewerberaummietrecht“, der für Einsteiger in den Bereich der Mietrechtsverwaltung konzipiert wurde.

Themenfeld Public Real Estate Management (PREM)

Den Schwerpunkt in diesem Fortbildungsbereich bildet die Seminarreihe „Kommunale Immobilien“.

Seminarreihe „Kommunale Immobilien“

Während die Situation in den Kommunen und auf Kreisebene im Jahr 2015 durch den Zustrom von Flüchtlingen und ihre Unterbringung in zentralen und dezentralen Gemeinschaftsunterkünften gekennzeichnet war, hat sich die Unterbringungsfrage schon im 1. Halbjahr 2016 abgeschwächt, sodass die Resonanz bei Semina-

ren, die im 2. Halbjahr auch die Unterbringung im ländlichen Raum thematisiert haben, geringer war.

Einen besonderen Themenschwerpunkt im Bereich der kommunalen Immobilien bildet nach wie vor die Organisation der Betreiberverantwortung. In Zusammenarbeit mit dem Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e. V. (VKIG) als Mitveranstalter wurden im Berichtszeitraum insgesamt 10 Seminare zu dieser Thematik durchgeführt. Mit den Themen „Betreiberverantwortung: Rechtsgrundlagen und Handlungsempfehlungen – unter besonderer Berücksichtigung der Schulen“ und „Sichere Organisation der Betreiberpflichten – Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und Sicherheitsbegehungen“ konnten insgesamt 367 Teilnehmer erreicht werden.

Größeren Zuspruch fanden auch die fortgeführten Seminare zu den Themen „Vorausschauende Instandhaltungsplanung und -budgetierung – mit Anwender-Tools für die Umsetzung“ sowie „Personalbedarfsermittlung im hochbaulichen und technischen Gebäudemanagement“. Mit jeweils drei Seminaren konnten insgesamt 237 Teilnehmer erreicht werden.

Weitere Themenschwerpunkte waren einerseits die kommunale Gebäudereinigung (13 Seminare mit 287 Teilnehmern) und andererseits die Umsetzung der Trinkwasserverordnung in der kommunalen Praxis (7 Seminare mit 147 Teilnehmern).

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 60 Seminare mit 1.479 Teilnehmern für die Zielgruppe der Bauverwaltungen auf Kommunal- und Kreisebene durchgeführt. Zudem wurden drei Inhouse-Seminare mit insgesamt 60 Teilnehmern umgesetzt.

Die im Berichtszeitraum durchgeführten Seminare verteilen sich wie folgt auf die Regionen:

- Bayern: 9 Seminare mit 186 Teilnehmern
- Baden-Württemberg: 12 Seminare mit 295 Teilnehmern
- Region Südwest: 7 Seminare mit 168 Teilnehmern

- Nordrhein-Westfalen: 10 Seminare mit 353 Teilnehmern
- Region Nord: 12 Seminare mit 280 Teilnehmern
- Region Ost: 10 Seminare mit 197 Teilnehmern

Seminarreihe „Kirchliche Immobilien“

Die Angebote dieser Seminarreihe werden in gemeinsamer Trägerschaft von Ev. Bundesverband für Immobilienwesen in Wissenschaft und Praxis e. V. sowie dem KSD Katholischer Siedlungsdienst e. V. und vhw entwickelt und durchgeführt. Die Seminarreihe soll dem bundesweiten Austausch von Erfahrungen und Handlungsansätzen im kirchlichen Immobilienmanagement dienen.

Im Berichtszeitraum wurde in dieser Seminarreihe ein Seminar zum Thema „Klosteranlagen in der Entwicklung zu gemeinschaftsorientierten Wohn- und Erlebnisräumen“ angeboten, das – vor dem Hintergrund der stark sinkenden Anzahl an Ordensgemeinschaften – mit 40 Teilnehmern auf ein breites Interesse traf und die unterschiedlichen Chancen und Schwierigkeiten in Abhängigkeit von den Lage- und Größenverhältnissen beleuchtet hat.

Seminarreihe „Seniorenimmobilien/ Sozialimmobilien“

Hierfür stand die Aufgabe, neue Zielgruppen zu gewinnen. Träger und Betreiber von Pflegeheimen sowie Anlagen des Betreuten Wohnens wurden daher mit neuen Angeboten erfolgreich angesprochen.

Hingegen war die Resonanz auf Seminarangebote zu operativen Themen wie zur Trinkwasserverordnung und zur „Reinigung und Hygiene von Pflegeeinrichtungen“ nicht so erfolgreich. Im zweiten Halbjahr 2017 wird daher ein erneuter Versuch unternommen, mit dem strategischen Thema „Marktentwicklungen und Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich der Träger und Betreiber von Pflegeeinrichtungen“ das Interesse zu wecken.

Fortbildung



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im Jahr 2013 wurde das Kompetenzfeld Kommunalwirtschaft im Fortbildungsbereich des vhw gegründet. Bereits im Januar 2014 wurde die Seminarartätigkeit aufgenommen und nun, mit der Planung für 2018, geht das Kompetenzfeld in sein viertes Jahr. Anfangs besetzt mit zwei, ab 2015 mit drei Referenten, bearbeiten heute vier vhw-Referenten die Themen um die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, Haushalt und Doppik und um die Bereiche Finanzen und Steuern. Das Kompetenzfeld konnte so seine Seminarartätigkeit in diesem Bereich bündeln, ausbauen und weiter diversifizieren.

Im Berichtszeitraum wurden bundesweit 87 Seminare durchgeführt. 1.797 Teilnehmer besuchten die angebotenen Veranstaltungen.

Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

Angeboten wurden Seminare zu Rechtsformen wie der Anstalt des öffentlichen Rechts und dem Eigenbetrieb sowie zur Betriebsführung von Bäderbetrieben. Seminare zur Infrastruktur wurden aus aktuellem Anlass angeboten, da sich die Novellierung der §§ 46 ff EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) auf Konzessionen und Netzübernahmen auswirken wird. Besonders gefragt waren Seminare zur Prozesssteuerung sowie zum Thema „Zweckverband und interkommunale Zusammenarbeit“.

Haushalt und Doppik

Auf großes Interesse stießen die Seminare zum Jahresabschluss kommunaler Unternehmen. Grund hierfür waren die Neuerungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG). Das Gesetz ist verpflichtend

für den Jahresabschluss 2016 anzuwenden, freiwillig in Teilbereichen auch früher. Der Abschlussersteller ist spätestens für den Jahresabschluss 2016 angehalten, sich mit den gesetzlichen Neuerungen zu befassen. Viele nutzten die Gelegenheit, dies bei den Seminaren des Bundesverbandes zu tun.

Finanzen und Steuern

Die Seminare zur Steuerpflicht der Kommunen fanden erneut regen Zulauf. Etabliert hat sich nach vier Jahren das Format „Aktuelle Steuerinformationen für die kommunale Wirtschaft und Verwaltung“, das Führungskräfte in allen Regionen Deutschlands im 1. Quartal eines jeden Jahres über die Jahressteuergesetze, die Entscheidungen der Finanzgerichte und praxisrelevante BMF-Schreiben informiert.

Inhaltlich waren die Veranstaltungen nach wie vor vom neuen Umsatzsteuerrecht für die öffentliche Hand geprägt, insbesondere durch §§ 2, 2b UStG (Umsatzsteuergesetz) und den Folgen des lang erwarteten Schreibens des Bundesfinanzministeriums vom 16. Dezember 2016.

Dass der vhw auch Seminare für Teilnehmer mit Spezialinteressen vorhält, zeigt eine Seminarreihe zur Querverbundverrechnung von kommunalen Schwimmbädern und anderen Einrichtungen, die einen Wärme- und Strombedarf haben. Hintergrund auch hier ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums. Beim vhw erfuhr die Teilnehmer, ob ihr bestehender steuerlicher Querverbund auf den Prüfstand gehört und was bei neu geplanten Querverbänden in Zukunft zu beachten sein wird.

Neu in das Programm aufgenommen wurde der Workshop „Tax Compliance in der Kommune praxisnah umsetzen“. Der Workshop vermittelt das Know-how zur Einrichtung eines innerbetrieblichen Kontrollsystems, das der Erfüllung der steuerlichen Pflichten dient.

Ein gut ausdifferenziertes Programm kann das Kompetenzfeld auch im Bereich des Zuwendungsrechts anbieten. Neben Seminaren zum Zuwendungsverfah-

ren, dem Zuwendungsbescheid und der Prüfung von Verwendungsnachweisen, werden Veranstaltungen zur Vermeidung typischer Fehler beim Umgang mit Fördermitteln angeboten, die zu einer Rückforderungen von Zuwendungen führen können.

Lüneburger Beitragsforum am 6./7. März 2017

Das von Prof. Dr. Hans-Joachim Driehaus geleitete Lüneburger Beitragsforum am 6./7. März 2017 in der LEUPHANA Universität Lüneburg besuchten mehr als 120 mit dem Erschließungs- und Ausbaubeitragsrecht befassete Personen aus dem gesamten norddeutschen Raum, namentlich Beschäftigte der Kommunen, Rechtsanwälte und Verwaltungsrichter.

Auf diesem Beitragsforum wurde die neueste Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichte zum Erschließungs-, Erschließungsbeitrags- und Straßenbaubeitragsrecht sowie die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Praxis vorgestellt und erläutert. Darüber hinaus wurden spezielle Fragen zur Aufwandsverteilung im Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht, zu wiederkehrenden Beiträgen sowie ausgewählte praktische Fallkonstellationen behandelt und Hinweise für rechtskonforme Problemlösungen gegeben. Ein weiterer Beitrag widmete sich dem Verfahren zur Aufstellung von beitragsrechtlichen Satzungen. Hier wurden typische Fehlerquellen analysiert und Empfehlungen zur Vermeidung bzw. Heilung formeller Fehler gegeben. Die Veranstaltung wurde durch ein Diskussionsforum abgerundet, bei dem das Referententeam eine Vielzahl von aus dem Teilnehmerkreis aufgeworfenen beitragsrechtlichen Fragestellungen beantwortete und praktische Fallkonstellationen diskutierte.



Eine zielführende Kommunikation, Transparenz in der Entscheidungsfindung und ein modernes Management gehören inzwischen zum täglich Brot in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und (kommunalen) Unternehmen; zumindest auf dem Papier. In der Praxis stehen die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung dabei aber vor beträchtlichen Herausforderungen.



„Wut-Bürger“, Volksbegehren und Proteste gegen kleine wie große Projekte zeigen, wie wichtig es ist, für die komplexen Problemlagen und Steuerungserfordernisse nicht nur fachlich und rechtlich abgesicherte Lösungen anzubieten. Auf dem Weg zur Umsetzung geht es vor allem auch darum, Überzeugungsarbeit zu leisten, Verbündete zu gewinnen und den Dialog mit dem Bürger neu zu definieren. All dies mit immer weniger Personal, steigender Regelungslast und unter verschärfter Beobachtung durch die digitale Öffentlichkeit.

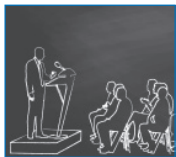
Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Vor diesem Hintergrund hat der vhw im Jahre 2014 das Kompetenzfeld „Kommunikation, Personalentwicklung & Soft Skills“ in sein Fortbildungsprogramm aufgenommen, um für die zunehmenden Anforderungen im behördlichen Arbeitsalltag gezielte Hilfestellungen anbieten zu können. Schwerpunkte der im Berichtszeitraum angebotenen Veranstaltungen waren:

- Führungskräfte-Trainings (Führungswissen für Einsteiger, Mitarbeitergespräche, Team-Entwicklung),

Fortbildung

- Rhetorik- und Kommunikations-Workshops (Vorträge & Präsentationen, Argumentations-Techniken, Schlagfertigkeitstraining, Schreibwerkstatt),
- Organisations-Hilfen (Zeit-Management, Delegieren, Arbeitsplatz-Organisation),
- Veranstaltungen zum Umgang mit Konflikten (im Team, mit Bürgern in der Dienststelle und bei Außendienst-Tätigkeiten) sowie
- Seminare im Bereich der strategischen Kommunikation (Übermittlung von „Bad News“, professioneller Umgang mit den Medien in Krisen-Situationen).



Die Veranstaltungen richten sich vorwiegend an Führungskräfte und zeichnen sich durch eine intensive Arbeit in kleinen Gruppen unter Anleitung von professionellen Trainern und Dozenten aus. Dabei wird

auch dem praktischen Erfahrungsaustausch ein hoher Stellenwert eingeräumt. Das Profil des Kompetenzfeldes „Kommunikation, Personalentwicklung & Soft Skills“ wird kontinuierlich weiterentwickelt und um neue Fragestellungen ergänzt. Für das Jahr 2018 werden bundesweit mehr als 60 Termine vorbereitet. Aktuelle Highlights sind die Seminare „Reden mit der Politik“, „Alles im Griff“ und „Erfolgsfaktor Persönlichkeit“.

Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung

Auf vielfachen Wunsch unserer Seminarteilnehmer im Bereich der informellen Bürgerbeteiligung wurde im Berichtszeitraum ein für den vhw neues Fortbildungsformat angeboten: Die „Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung“, bestehend aus insgesamt drei Ausbildungseinheiten, die jeweils an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (freitags und samstags) stattfinden. Somit umfasst die Fort-

bildung insgesamt 48 Fortbildungsstunden, verteilt auf sechs Tage bei einem Teilnehmerlimit von 15 Personen. Es handelt sich dabei um einen berufsbegleitenden Lernprozess, eingebettet in ein praxisnahes und modernes Konzept für die Moderation von Stadtentwicklungsprozessen. Die Fortbildung soll die Teilnehmer dazu befähigen, selbständig Moderationskonzepte zu entwickeln und Beteiligungsprozesse erfolgreich durchzuführen. Des Weiteren sollen Techniken vermittelt werden, die es im alltäglichen Planungsleben leichter machen, die Herausforderungen in der Kommunikation mit der breiten Bürgerschaft zu meistern – im strategischen Umgang, in der Steuerung von Partizipationsmethoden sowie in der operativen Umsetzung. Ziel ist es, Methoden und Vorgehensweisen zur Gestaltung und Umsetzung von Moderationsprozessen zu vermitteln. Im Mittelpunkt steht dabei, das erlernte Wissen auf die Anwendungsbedarfe der Teilnehmer zu übertragen. Hierfür stehen den Teilnehmern zwei Trainer mit ihrem breiten Erfahrungsschatz zur Seite.



Abb. 83: Stößt auf großes Interesse: Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung © vhw e. V.

Fortbildung: Auftrag und Überblick

Im Berichtszeitraum fand die Ausbildung erstmals im Herbst 2016 in Karlsruhe statt. Aufgrund der großen Nachfrage wurde die Fortbildung im Frühjahr 2017 erneut in Karlsruhe angeboten. Beide Fortbildungen waren ausgebucht, sodass zwei weitere Termine im Herbst 2017 in Hannover und Karlsruhe angeboten werden, die bereits jetzt schon ausgebucht sind. Somit wird die „Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung“ ein fester Bestandteil im Fortbildungsprogramm des vhw und soll jährlich in verschiedenen Regionen angeboten werden.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im Kompetenzfeld Stadtentwicklung wurden im Berichtszeitraum 104 Seminare durchgeführt, an denen 2.964 Personen teilnahmen.

Das Modul Stadtentwicklung ergänzte das Veranstaltungsprogramm des vhw im Berichtszeitraum mit Fortbildungen zu folgenden Themenschwerpunkten:

- Verkehrsplanung und Mobilität
- Einzelhandel
- Methoden und Instrumente der informellen Planung
- Integrierte Stadtentwicklung
- Betriebs- und volkswirtschaftliche Grundlagen der Stadtplanung
- Soziale Wohnungspolitik

Verkehrsplanung und Mobilität

Das Themenfeld Verkehrsplanung und Mobilität wurde im Berichtszeitraum gezielt als Fortbildungsschwerpunkt

weiter ausgebaut und um neue Veranstaltungskonzepte ergänzt. Mehr als ein Drittel der Veranstaltungen des Moduls Stadtentwicklung gehören zu diesem fachlichen Schwerpunkt. Die neuen Fortbildungen im Bereich Verkehrsplanung und Mobilität schließen eine thematische Lücke im Angebot des vhw; die hohen Teilnehmerzahlen belegen das starke Interesse und den Fortbildungsbedarf.

Zu den durchgeführten Veranstaltungen gehörten u. a. Seminare mit Themen wie:

- Radverkehr
- Car-Sharing und Elektromobilität
- Umgestaltung von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen und Ortsdurchfahrten
- Wohin mit den vielen Autos?
- Tempo 30 und Begegnungszonen (Gestaltung nach „Shared Space“)
- Barrierefreie Straßen- und Freiräume
- Vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV bis 2022!? – Anforderungen, Planung und Lösungsansätze
- Moderne Schulwegplanung: Hol- und Bringzonen und Verkehrszähler

Einzelhandel

Die Fortbildungen im Themenfeld Einzelhandel greifen aktuelle Herausforderungen auf, vor denen die Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik derzeit stehen. Dazu gehören u. a. neue Trends im Verbraucherverhalten (Online-Handel), aber auch klassische Fragen der kommunalen Steuerung des Einzelhandels. Angeboten wurden im Berichtszeitraum u. a. die Seminare „Einzelhandelsgutachten“, „Erstellung und Fortschreibung von Einzelhandelskonzepten“, „Auswirkungen des Online-Handels auf die Innenstädte“ sowie die Seminarreihe „Einzelhandel – Update mit Experten“. Einige der Seminare wurden in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) durchgeführt.



Fortbildung

Integrierte Stadtentwicklung

Der Themenbereich Integrierte Stadtentwicklung umfasst ein Fortbildungsangebot, das dazu beitragen will, die Arbeits- und Kommunikationsprozesse in der Verwaltung zu verbessern. Dieser Fortbildungsbereich zeichnet sich durch viele interaktive und innovative Formate aus: in Workshops, kollegialer Beratung oder Rollenspielen und häufig teilnehmerbegrenzten Veranstaltungen können die Teilnehmer zentrale Fragen zur Bürgerbeteiligung und zur Integrierten Stadtentwicklung gemeinsam erörtern und trainieren. Im Berichtszeitraum wurden u. a. die Veranstaltungen „Das Rathaus im Wandel: Integrierte Stadtentwicklung braucht veränderte Verwaltungsstrukturen“, „Kreativitätstechniken in der Stadtplanung/Stadtentwicklung“ und „Stadtentwicklung braucht gute Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgerschaft!“ angeboten.

Methoden und Instrumente der informellen Planung, Betriebs- und volkswirtschaftliche Grundlagen der Stadtplanung und Soziale Wohnungspolitik

Diese Themenfelder bildeten im Berichtszeitraum weitere inhaltliche Schwerpunkte und umfassten insgesamt mehr als ein Viertel der angebotenen Fortbildungen. Angeboten wurden u. a. Seminare und Workshops zu folgenden Themen:

- Informelle Bürgerbeteiligung
- Planungswettbewerbe und E-Partizipation
- Sozialraum- und Datenanalyse
- Geographische Informationssysteme (GIS)
- Betriebswirtschaftliche Kalkulation von städtebaulichen Projekten
- Modelle kommunaler Kosten-Nutzen-Rechnungen in der Stadtentwicklung
- Hilfen in Wohnungsnotfällen

Redevelopment

Eine Sonderveranstaltung in Kooperation mit der Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung (gif) wurde zum Thema Redevelopment durchgeführt. Ausgangspunkt war der Umstand, dass das Bauen im Bestand zunehmend in den Fokus von Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung rückt. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich Redevelopment als zentrales Handlungsfeld der Stadt- und Immobilienentwicklung ab.

Beim Redevelopment geht es um bestehende Gebäude und bebauten Flächen, bei denen die bisherige Nutzung weitgehend oder vollständig entfallen ist und die einer neuen Nutzungsbestimmung zugeführt werden sollen. Hierauf sind die Erfahrungen aus der Projektentwicklung von Immobilien, welche auf einer freien Fläche neu entstehen, nicht eins zu eins übertragbar. Vielmehr bedarf es einer Erweiterung und Vertiefung der Standards. Hier setzt die Veranstaltung an. Ein interdisziplinär zusammengesetztes Referententeam mit Praktikern von namhaften Unternehmen aus Bau- und Immobilienwirtschaft, Projektsteuerung, Wirtschaftsförderung, Umwelt- und Rechtsberatung, der Finanzbranche und Wirtschaftsprüfung diskutierte alle wesentlichen Fragen des Redevelopments von Bestandsimmobilien, die in zwei Workshops vertieft und genauer unter die Lupe genommen wurden.

Die Veranstaltungen des Moduls Stadtentwicklung zeichnen sich neben der Themen- und Methodenvielfalt besonders dadurch aus, dass regelmäßig mehrere Referenten mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen und Expertisen in die Veranstaltungen eingebunden sind. Dieses Vorgehen kommt insbesondere querschnittsorientierten Fortbildungen zugute: Die Referenten nähern sich dem Thema aus verschiedener – z. B. ökonomischer, sozialer, baulicher und juristischer – Richtung. Die Teilnehmer erleben so unterschiedliche Perspektiven, die für ihre Praxis zusammen gehören.

Das Angebot des Kompetenzfeldes Stadtentwicklung soll im Geschäftsjahr 2017/2018 fortgeführt und systematisch weiterentwickelt werden.

11. Bundesrichtertagung des vhw zum Städtebaurecht am 30. November 2016 in Bergisch Gladbach (Bensberg)

Die vhw-Bundesrichtertagung zum Städtebaurecht ist für viele ihrer Teilnehmer längst zu einem festen Termin im Kalender geworden. Zur 11. Veranstaltung mit den Richtern aus dem 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig haben sich die mit dem Bau- und Planungsrecht befassten rund 170 Gäste nach zehn Jahren in Bonn erstmalig nach Bensberg ins Kardinal-Schulte-Haus auf den Weg gemacht, um sich über die neuen höchstrichterlichen Entscheidungen unterrichten zu lassen. Erfahrenen Baurechtlern ebenso wie Nichtjuristen wurden die für das Städtebau-, Planungs- und Umweltrecht so wichtigen aktuellen höchstrichterlichen Leitentscheidungen aus erster Hand vorgestellt und rechtssichere Wege für die Anwendung des immer komplexer werdenden Rechtsgebiets aufgezeigt. Fragen aus dem Kreis der Teilnehmer, die teilweise zu lebhaften Diskussionen führten, waren wie stets sehr willkommen. Die Auswahl der von den vier Bundesrichtern vorgestellten – teilweise noch nicht veröffentlichten – Entscheidungen illustriert die Bandbreite der gegenwärtigen Aufgaben des Städtebaurechts und seiner Nebengebiete. Sie reichte von Klassikern wie Problemen bei der Verkaufsflächenberechnung im Einzelhandel (BVerwG 4 C 1.16) über die im Europarecht wurzelnde nachträgliche UVP-Pflicht bei kumulierenden Vorhaben (BVerwG 4 C 4.14) bis zu komplexen Auslegungsfragen im

Zusammenhang mit der Planung von Großvorhaben zur Umsetzung der Energiewende (BVerwG 4 A 5.14). Die 11. vhw-Bundesrichtertagung hat den Teilnehmern wieder einen nahen Einblick in die höchstrichterliche Rechtsprechung des vergangenen Jahres zum Städtebaurecht gewährt und zu angeregten Diskussionen geführt. Die Bundesrichter wurden mit Dank und Applaus bis zum Dezember 2017 verabschiedet. Ein Bericht zu der Tagung ist in „Forum Wohnen & Stadtentwicklung“ 1/2017 erschienen.

Link: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2017/1_2017_FWS_1_17_Coulmas.pdf



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Das Umweltrecht stellt ein sehr komplexes, selbst für Fachleute nur noch schwer überschaubares Rechtsgebiet dar. Es wird durch eine Vielzahl unterschiedlichster Vorschriften auf völkerrechtlicher, europäischer, bundes- und landesrechtlicher Ebene mit einer hohen Dynamik in Gesetzgebung und Rechtsprechung geprägt und ist zudem sehr stark mit anderen Rechtsgebieten, wie dem Bauplanungsrecht und Planfeststellungsrecht, verzahnt.

Die Komplexität dieser Materie spiegelt sich im Seminarangebot des Kompetenzfeldes Umweltrecht & Klimaschutz wider. In den Seminaren werden die aktuellen Rechtsgrundlagen und bedeutsamen Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichte unter Einbeziehung planerischer, technischer, biologischer und weiterer fachlichen Aspekte dargestellt und erläutert. Diesem spezifischen Fortbildungsbedarf wird dabei vielfach durch den Einsatz



Abb. 84-87: Bundesrichtertagung 2016: Am Rednerpult Bundesrichter Dr. Andreas Decker, Günter Halama, Prof. Dr. Christoph Külpmann und Helmut Petz © vhw e. V.



Fortbildung

interdisziplinär besetzter und besonders fachlich ausgewiesener Referententeams Rechnung getragen.

Im Berichtszeitraum wurden bundesweit 104 Seminare mit rund 3.100 Teilnehmern durchgeführt. Diese Veranstaltungen beschäftigten sich vorrangig mit den Themenfeldern Immissionsschutz sowie Natur- und Artenschutz. Zum Portfolio gehörten ferner Veranstaltungen, insbesondere zu Fragen des Wasserrechts, des Bodenschutzes, des Klimaschutzes sowie zu Fragen im Zusammenhang mit der Planung von Großvorhaben zur Umsetzung der Energiewende.

Immissionsschutzrecht

Das Immissionsschutzrecht war – wie in den vergangenen Jahren – ein Schwerpunktthema innerhalb des Fortbildungsangebots. Zu den erfolgreichen Seminaren gehörten erneut zwei traditionelle Veranstaltungsreihen, die auf der Grundlage aktueller Rechtsgrundlagen und Rechtsprechung einen Überblick über den Immissionsschutz in der Bauleitplanung bzw. im Genehmigungsverfahren und in der Überwachung geben.

Darüber hinaus wurden Seminare zum Lärmschutz unter besonderer Berücksichtigung unterschiedlicher in Betracht kommender Lärmquellen, wie Gewerbe- und Industrielärm, Straßen-, Schienen-, Sport- und Freizeitlärm, durchgeführt. Dabei standen Rechts- und rechtstechnische Fragen zum Verständnis der Rechtsgrundlagen, zur Ermittlung und Bewertung des Lärms sowie zur Konfliktbewältigung zwischen unterschiedlichen Nutzungsarten bei der Neuordnung oder Nachverdichtung innerstädtischer Flächen im Fokus. Diskutiert wurden zum Beispiel aktuelle Rechtsänderungen der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) infolge der Einführung „Urbaner Gebiete“ in § 6a Bau-nutzungsverordnung (BauNVO) und der Sportanlagen-lärmschutzverordnung. Neu in das Seminarprogramm aufgenommen wurde eine Seminarreihe zur Rechtsprechung zum Immissionsschutzrecht.

Natur- und Artenschutz

Auch in diesem Berichtszeitraum bildete der Themenbereich Natur- und Artenschutz einen weiteren Schwerpunkt. 15 thematisch und landesspezifisch ausdifferenzierte Programme wurden an über 30 Veranstaltungsorten im Bundesgebiet durchgeführt. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten dabei die Seminare zum Umgang mit dem Artenschutz bei der Planung von Windenergieanlagen. Eine Vielzahl von Seminaren widmete sich zudem unter verschiedenen Blickwinkeln der Eingriffsregelung und den artenschutzrechtlichen Belangen in der Bauleitplanung und in der Fachplanung. Das Spezial-Seminar zum Management vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen gehört in diesen Kontext.

Das neu ins Programm aufgenommene Seminar „Kompensation naturschutz- und baurechtlicher Eingriffe trotz Flächenknappheit“ geht u. a. den Potenzialen von multifunktionalen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft nach. Ein weiteres neues Kompakt-Seminar schlägt den Bogen vom Klima- und Lärm- bis zum Artenschutz und deren Bewältigung im Bebauungsplan.

Fortgeführt wurden Seminarangebote zum Bodenschutz, zu Baumschutzsatzungen und zu Störfallbetrieben, insbesondere auch im Hinblick auf die Umsetzungsfrist der Seveso-III-Richtlinie in nationales Recht, die sich u. a. im 2017 novellierten Baugesetzbuch (BauGB) niederschlugen. Die Themen „Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung“, „Gebietsschutz im Planungsrecht“, „Umweltinformationsgesetz“, „Umweltverbandsklage“ und „Strategische Umweltprüfung“ rundeten das Seminarangebot ab.

Über die aktuelle Gesetzgebung und neue Rechtsprechung zu einzelnen Fragen und Aspekten des Wasserrechts und den dazugehörigen fachlichen Fragen wurde in Seminaren mit unterschiedlichen Schwerpunkten informiert.

Veranstaltungen wurden u. a. angeboten

- zur Wasserrahmenrichtlinie (insbesondere zum Verschlechterungsverbot nach der Rechtsprechung des EuGH),

- zum Hochwasserschutz unter Einbeziehung der besonderen Fragen zum Umgang mit Starkregen und Sturzfluten,
- zu Wasserschutzgebieten,
- zu aktuellen Novellierungen des Landeswassergesetzes NRW und
- zur neuen Bundesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV).

Im Berichtszeitraum wurde die Veranstaltungsreihe „Grundlegende Entscheidungen zum Umweltrecht“, in der Urteile des Europäischen Gerichtshofs, des Bundesverwaltungsgerichts sowie der Obergerichte mit grundlegender Bedeutung für das Umweltrecht vorgestellt und erläutert werden, fortgeführt.

Zudem wurden fünf Seminare zur „Öffentlichkeitsbeteiligung in umweltrechtlich relevanten Planungs- und Genehmigungsverfahren“ durchgeführt – einem Thema, dem in der Planungspraxis eine immer weiter zunehmende Bedeutung zukommt.

Im Frühjahr 2017 wurden Seminare zu den Knackpunkten der Umweltrechts-Novellen 2017 (BNatSchG, UVPG, UmwRG und BauGB) vorbereitet. Ausgebaut wird künftig der Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung.



Die Rechtsentwicklung im Vergabe- und Bauvertragsrecht

Nach der Novellierung des Rechtsrahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge oberhalb der EU-Schwellenwerte durch den neuen Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und die Vergabeverordnung (VgV) zum 18. April 2016 hat sich nach einem

knappen Jahr auch der Rechtsrahmen für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der Schwellenwerte geändert. Nun steht im Vergaberecht nur noch eine materielle Anpassung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) 1. Abschnitt aus.

Die neue Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) ist Anfang Februar 2017 im Bundesanzeiger veröffentlicht worden und ersetzt künftig die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A) 1. Abschnitt. Die UVgO regelt das Vergaberecht unterhalb der EU-Schwellenwerte vollständig neu. Sie orientiert sich an der Vergabeverordnung (VgV) und entspricht dieser in Struktur und Aufbau. Dies hat zur Folge, dass sich im Vergleich zur bisherigen Rechtslage für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen zahlreiche Änderungen ergeben. Wie die VOL/A wird auch die UVgO für die Gemeinden und andere Behörden erst dann verbindlich, sobald sie durch Erlasse, die den persönlichen Anwendungsbereich regeln, eingeführt wird.

Auch im Bauvertragsrecht bleibt kein Stein auf dem anderen. Mit dem langersehnten Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Modernisierung des Kaufrechts vom 28. April 2017 (BGBl. I, S. 969) werden erstmals spezifische Regelungen zum Bauvertrag, zum Architekten- und Ingenieurvertrag sowie zum Baurägervertrag in das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) aufgenommen. Die Praxis wird sich insbesondere auf geänderte Vorschriften zur Abnahme, zur Leistungsänderung und deren Vergütung sowie zur Kündigung von Bauverträgen einstellen müssen.

Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 fünf Vergabeforen und 132 Seminare durchgeführt, 33 davon zum Bauvertragsrecht. 5.658 Teilnehmer konnten erreicht werden.

Die Reform des Vergaberechts oberhalb der Schwellenwerte hat die Arbeit des Moduls Vergabe- und Bauvertragsrecht im Berichtszeitraum entscheidend geprägt.



Fortbildung

Hinzu kam die Reform der Unterschwellenvergabe, die sich in der Fortbildungstätigkeit niedergeschlagen hat; so machen Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte geschätzt rund 90 Prozent aller Vergaben aus, gemessen am Vergabevolumen über 75 Prozent. Die Novelle des Bauvertragsrechts spielte im Berichtszeitraum noch keine Rolle. Diese tritt erst zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Nach den Überblicksseminaren zur Reform der europaweiten Vergabe im Berichtszeitraum standen nun vor allem Vertiefungsseminare zu GWB, VgV und VOB/A-EU im Fokus. Insbesondere die neuen Verfahrensarten und die mit der Vergaberechtsreform erheblich ausgeweiteten oder vollständig neu geregelten Bereiche, wie etwa zu weiteren fakultativen Ausschlussgründen, zur Eignungsleihe sowie zum Nachweis der Eignung und zum Umgang mit unvollständigen oder unklaren Angeboten, waren hier von Interesse. Breiten Raum nahmen auch wieder Seminare zur E-Vergabe ein, auf deren Einführung sich die Beschaffungsstellen bis spätestens zum 18. Oktober 2018 vorbereiten müssen.

Bereits mit Veröffentlichung der UVgO im Bundesanzeiger am 7. Februar 2017 wurden unter Mitwirkung von Vertretern des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums Schulungen zum neuen Recht der Unterschwellenvergabe angeboten. Und dies, obwohl die UVgO bislang weder im Bund noch in einem einzigen Bundesland anwendbar ist. Dass diese Entscheidung richtig war, zeigt die Nachfrage nach den Veranstaltungen. Die Praxis möchte sich frühzeitig auf die Neuerungen einstellen, zumal diese nicht unerheblichen Anpassungsbedarf in der Verwaltung nach sich ziehen. Aufgrund des großen Bedarfs konnten hier sogar Zusatzveranstaltungen angesetzt werden.

Auf sehr großes Interesse stießen auch die Veranstaltungen zum Landesvergabe- und Tariftreuerecht, die nahezu in allen Bundesländern angeboten werden. Herausgegriffen seien die Seminare zu den Neuerungen im niedersächsischen Vergaberecht zum 1. Januar 2017 und der Novellierung des Tariftreuerechts und Vergabe-

gesetzes Nordrhein-Westfalen zum 1. April 2017. Zwei Zusatztermine mussten hier jeweils angeboten werden, um die Nachfrage zu befriedigen.

Das sehr gut ausdifferenzierte Veranstaltungsangebot im Vergaberecht bot auch wieder Raum für spezielle Seminare, etwa zur Absicherung, Finanzierung und Vergabe kommunaler ÖPNV-Leistungen, der Vergabe von Reinigungsdienstleistungen, IT-Dienstleistungen, kommunalen Grundstücksgeschäften oder der Vergabe von Konzessionen.

Im Bauvertragsrecht waren insbesondere die Seminare zur Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen gut nachgefragt. Auch hier haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Vergabereform im Ober- und Unterschwellenbereich gegenüber der früheren Rechtslage geändert.

Vergabeforen als bekannte Plattformen

Auch in diesem Berichtszeitraum führte der vhw bundesweit wiederum fünf Vergabeforen durch, die mit hochkarätigen Vertretern von Bundes- und Landesministerien, Vergabesenaten und Vergabekammern sowie Kommunalverwaltung und Rechtsberatung besetzt waren.

- 10. Vergaberechtsforum Süd am 18./19. Juli 2016 in Lindau
- 10. Vergaberechtsforum Südwest am 12./13. September 2016 auf Schloss Hadamar
- 10. Vergaberechtsforum West am 12./13. Dezember 2016 in Köln
- 14. Vergaberechtsforum Ost am 27./28. April 2017 in Potsdam
- 13. Vergaberechtsforum Nord am 29./30. Mai 2017 in Hamburg

Fortbildung: Auftrag und Überblick



Abb. 88/89: Zum 10. Mal fand das gut besuchte Vergaberechtsforum West statt – mit reger Beteiligung. © vhw e. V.

Ausblick

Nach der EU-Vergaberechtsreform ist die Umstellung auf die Anwendung der neuen Vorschriften von GWB und VgV in der Praxis angekommen. Nun muss sich der Umgang mit diesen einspielen und die sich aus den ersten Anwendungserfahrungen ergebenden Auslegungsfragen diskutiert und gegebenenfalls durch die Rechtsprechung geklärt werden.

Im Unterschwellenbereich warten die Rechtsanwender nun gespannt, wie Bund und Länder die UVgO zur Anwendung bringen. Der Bund hat für seine Behörden mit der Änderung der §§ 30 HGrG, 55 BHO „Öffentliche Ausschreibung“ und der Klarstellung, dass die Verfahrensarten der Öffentlichen Ausschreibung und der Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb

gleichgestellt sind, die Voraussetzung für die Einführung der UVgO auf Bundesebene bereits geschaffen. In den Ländern ist die Lage uneinheitlich. Während einige Bundesländer die Anpassung ihrer Landeshaushaltsordnungen angegangen sind, ist die Frage, ob und wie die UVgO zur Anwendung gebracht wird, in anderen Bundesländern noch völlig offen. Weiterhin ist zu beobachten, was sich in Sachen VOB/A 1. Abschnitt tut.

Im nächsten Berichtszeitraum wird die Reform des Bauvertragsrechts ihren Niederschlag finden. Sie tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft. Erste Veranstaltungen hierzu sind bereits terminiert und buchbar.



Fortbildungsveranstaltungen und -aktivitäten

Im Berichtszeitraum war das Kompetenzfeld Wohngeldrecht/Sozialrecht erneut durch eine große Dynamik gekennzeichnet. Die Anzahl der Teilnehmer stieg auf über 7.000 und die Anzahl der Seminare auf über 260, hinzukommen über 30 Inhouse-Schulungen.

Ergebnisse und Entwicklungen in den einzelnen Rechtsgebieten

SGB II/III

Der grundsätzliche Bedarf an Fortbildungen und Austausch über die Rechtsprechung im Bereich der Hartz-IV-Gesetze wurde durch zahlreiche Veranstaltungen mit erfahrenen Richtern als Referenten abgedeckt.

Daneben war das Fortbildungsangebot im Berichtszeitraum geprägt vom 9. SGB II- Änderungsgesetz, welches zum 1. Januar 2017 in Kraft trat. Die zu erwartenden



Fortbildung

Änderungen und ihre praktische Handhabung sowie ein erster Erfahrungsaustausch waren Bestandteil von Grundlagenveranstaltungen wie „Aktuelles und erste Erfahrungen zum 9. SGB II-Änderungsgesetz“ und zahlreichen Spezialveranstaltungen wie bspw. „Die vorläufige Leistungsbewilligung nach dem SGB II“ oder „Kosten der Unterkunft – Fragen und Antworten zu den Bedarfen zu Unterkunft und Heizung“.

Nach wie vor ist der Umgang mit Selbstständigen sowohl im Vermittlungs- als auch im Leistungsbereich des SGB II Thema zahlreicher Veranstaltungen. So sind Grundsätze zur Einkommensermittlung oder auch der Abschluss von wirkräftigen Eingliederungsvereinbarungen in der praktischen Handhabung unter Berücksichtigung der immer detailreicheren Rechtsprechung ein Dauerbrenner.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vermittlungsbereich nehmen außerdem gerne an Seminaren zum Umgang mit psychischen Problemen der grundsätzlich erwerbsfähigen Leistungsberechtigten teil, wie bspw. an der Veranstaltung „Umgang mit psychisch belasteten Menschen im Fallmanagement – Schwerpunkt Sucht“. Neben der Darstellung des rechtlichen Instrumentariums wurden verstärkt psychologische und sozialmedizinische Kenntnisse vermittelt.

Jährlicher Höhepunkt der Fortbildungstätigkeit im Bereich des SGB II sind die in allen Bundesländern stattfindenden Veranstaltungen zur neuesten Rechtsprechung des Bundessozialgerichts und der Landessozialgerichte mit den Vorsitzenden Richtern der jeweils zuständigen Gerichte.

SGB VIII/XII

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen bestimmte weiterhin einen wichtigen Teil des vhw-Fortbildungsangebots im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, u. a. mit Seminaren wie „Integrationshelfer/ Schulbegleiter für Kinder und Jugendliche“, „Eingliederungshilfen nach dem SGB XII und SGB VIII“, „Reha-

bilitation und Teilhabe von behinderten Menschen“. Darüber hinaus wurden in mehreren Veranstaltungen die zu erwartenden Neuerungen des in der ersten Stufe im Juli 2017 in Kraft tretenden Bundesteilhabegesetzes (Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen) thematisiert.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Neuregelungen des Zweiten und Dritten Pflegestärkungsgesetzes, das Verbesserungen bei der Versorgung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen bringt. Hier wurden erste Erfahrungen in Veranstaltungen wie z. B. „3. Pflegestärkungsgesetz: Die Umsetzung des PSG II durch die örtlichen Sozialhilfeträger“ ausgetauscht.

Asylbewerberleistungsrecht

Nach wie vor sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen in der Flüchtlingsversorgung enormen Anforderungen ausgesetzt. Die Handhabung des mehrfach geänderten Asylbewerberleistungsrechts bei großen Fallzahlen erzeugt einen stetigen Fortbildungsbedarf, dem der vhw kontinuierlich – mit über zehn Veranstaltungen im Berichtszeitraum – gerecht wurde.

Wohngeldrecht

Die Umgestaltung des Wohngeldrechts zum 1. Januar 2016 und ihre Auswirkungen auf die Wohngeldpraxis bestimmte auch im vorliegenden Berichtszeitraum als grundsätzliche Novelle das Fortbildungsangebot des vhw.

Auch die Veröffentlichung der „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Neuregelung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Wohngeldgesetzes (Wohngeld-Verwaltungsvorschrift – WoGVwV)“ am 12. April 2017 fand Berücksichtigung. In über 20 Veranstaltungen mit mehr als 400 Teilnehmern wurde das neue Instrumentarium vorgestellt und diskutiert.

7.4 Fernlehrgänge



Die sechs aktuellen Fernlehrgänge des vhw

Mit den vhw-Fernlehrgängen zum vhw-Diplom

Nach jahrzehntelanger, erfolgreicher Arbeit im Rahmen von Präsenzseminaren ist der vhw seit März 2010 mit Fernlehrgängen auf dem Markt. In der Ausbildungsreihe „Basiswissen für Nichtjuristen“ bietet er gegenwärtig die sechs folgenden Fernlehrgänge an:

- Anschlussbeitrags- und Benutzungsgebührenrecht,
- Erschließungs- und Straßenbaubeitragsrecht,
- Städtebaurecht,
- Straßen- und Straßenverkehrsrecht,
- Vergaberecht und
- Wohn- und Gewerberaummietrecht.

Alle Fernlehrgänge sind von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) zugelassen und werden mit einem vhw-Diplom abgeschlossen. Das Format der Fernlehrgänge ermöglicht den Teilnehmern, sich neben ihrer Arbeit orts- und zeitunabhängig Wissen anzueignen. Jeder Lehrgang ist in 12 bis 14 Lektionen aufgeteilt; in den entsprechenden Lehrheften ist der Lehrstoff auf zwischen mindestens 30 bis maximal 60 Seiten komprimiert und in einer für Nichtjuristen verständlichen Weise aufbereitet. Der Inhalt der Lehrhefte wird fortlaufend kontrolliert und bei Bedarf etwaigen Gesetzesänderungen angepasst. So wurden beispielsweise die Lehrhefte des Fernlehrgangs Vergaberecht nach der Vergaberechtsreform 2016 weitgehend neugefasst und die Lehrhefte des Fernlehrgangs Städtebaurecht nach der BauGB-Novelle 2017 der neuen Rechtslage angepasst.

Jedes Lehrheft endet mit vier Selbstkontrollaufgaben und einer Fremdkontrollaufgabe (Einsendeaufgabe). Die Bewertung der Einsendeaufgabe erfolgt durch den Autor des jeweiligen Lehrhefts; diese Bewertung ist Grundlage für das bei erfolgreichem Abschluss des Lehrgangs zu erteilende vhw-Diplom. Die Autoren der Lehrhefte sind renommierte Experten, vornehmlich Richter und Rechtsanwälte.

Das vom vhw entwickelte Konzept für die Fernlehrgänge hat sich nicht zuletzt dank der engagierten Mitarbeit der Autoren der Lehrhefte bewährt; die Fernlehrgänge sind vom Markt überwiegend gut angenommen worden. Bereits über 900 Teilnehmer haben sich angemeldet. Interessenten können telefonisch oder schriftlich Informationsunterlagen anfordern und sich u. a. auf der Grundlage von Lehrheftauszügen ausführlich über Aufbau und Inhalte der Lehrgänge informieren.

Viele Teilnehmer haben inzwischen einen Fernlehrgang erfolgreich abgeschlossen und ein vhw-Diplom erhalten; sie konnten dadurch an den vhw gebunden werden und sind seither mehr oder weniger regelmäßig Teilnehmer von Präsenzseminaren des vhw geworden.

7.5 Fachliteratur Fortbildung

Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 2016 und 1. Halbjahr 2017:



Öffentliches Baunachbarrecht Drittsschutz im Bauplanungs-, Bauordnungs- und Immissionsschutzrecht

Nicolai Rosin
1. Auflage, Januar 2017

Nachbarstreitigkeiten: Der Klassiker unter den baurechtlichen Verfahren vor Gericht...

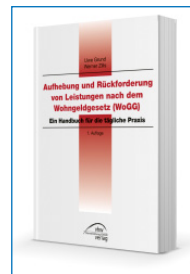
Der öffentlich-rechtliche Nachbarschutz ist stark von der Rechtsprechung geprägt. Diese entscheiden letztlich, welche Vorschriften des Bauplanungs-, Bauordnungs- und Immissionsschutzrechts Drittsschutz vermitteln und somit Abwehransprüche des Nachbarn begründen. Ausgehend von einer methodischen Eingrenzung wird in dem Werk – in Abgrenzung zum privaten Nachbarrecht – der öffentlich-rechtliche Nachbarschutz im baurechtlichen Bereich betrachtet.

In praxisnaher Weise erläutert wird u. a.:

- der Begriff des Nachbarn (Dritter) und die Abgrenzung von öffentlichem und zivilem Baunachbarrecht,
- der Nachbarschutz im Bauplanungsrecht,
- nachbarschützende Vorschriften des Bauordnungsrechts und der Nachbaranspruch auf bauordnungsrechtliches Einschreiten,

- der Nachbarschutz im Bereich des Immissionsschutzrechts mit Schwerpunktbildung zum Thema Lärm und Geruch,
- Verzicht und der Verwirkung von Nachbarrechten,
- der Rechtsschutz des Nachbarn mit dem Schwerpunkt des vorläufigen Rechtsschutzes.

Eine Übersicht zu wichtigen Entscheidungen aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und der Obergerichte in Leitsätzen runden das Werk ab.



Aufhebung und Rückforderung im Wohngeldverfahren von A bis Z Ein Handbuch für die tägliche Praxis

Uwe Grund, Werner Zills
1. Auflage, Juni 2017

Eine wichtige Anwendungshilfe für die Praxis

Mit dem Handbuch steht eine praxisorientierte Hilfe für den speziellen Themenkreis der Aufhebung von Wohngeldbescheiden und Rückforderung zu Unrecht erbrachter Leistungen zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der in der Praxis regelmäßig auftauchenden Frage- und Problemstellungen erläutern die Autoren neben den materiell-rechtlichen Anforderungen an eine rechtskonforme Umsetzung der Aufhebungs- und Rückforderungsvorschriften aus dem WoGG und dem SGB X insbesondere auch die verfahrensrechtlichen Erfordernisse ausführlich.

Auch die notwendigen Fragen des Forderungsmanagements und der Einleitung von Sanktionsverfahren werden in eigenen Abschnitten der Schrift erläutert. Nicht zuletzt werden zahlreiche Mustertexte für die Gestaltung von Bescheiden und weiterem notwendigen Schriftverkehr angeboten.

7.6 Öffentlichkeitsarbeit in der Fortbildung

Veranstaltungsmarketing

Bei ca. 1.800 Veranstaltungen im Jahr sichert dem vhw e. V. ein stetiger Informationsfluss über Flyer, Veranstaltungskalender, E-Mailings und die Veranstaltungspräsenz im Internet sowie Auslagenaktivitäten auf den Präsenzveranstaltungen selbst die Ansprache der Zielgruppen, um rechtzeitig, nutzerorientiert und einladend zu den verschiedenen Veranstaltungen und Veran-

staltungsformaten zu informieren. Neben diesen eigenen Kanälen werden die Fortbildungsangebote aber auch gezielt und regelmäßig (monatlich) in Landes- und Fachportale eingepflegt, in einem monatlichen Informationsservice (seit 2008) an Medien, Newsletter und für Informationskanäle Externer zusammengestellt und an Partner mit entsprechenden Terminrubriken versendet. So ergänzen sich eigene und externe Informationskanäle, um die unterschiedlichen, interessierten Zielgruppen auch mehrfach und in „ihren“ Medien“ und mit ihren Informationsgewohnheiten zu erreichen.

In der Regel werden neben den Kommunallisten monatlich 13 Themenlisten zu folgenden Themenfeldern erstellt und versendet:

1. Abgabenrecht, 2. Bodenrecht & Immobilienbewertung, 3. Immobilienrecht, -management und -förderung, 4. Kommunikation & Personalentwicklung, 5. Stadtentwicklung (gesondert 6. Denkmalrecht), 7. Städtebau-recht, 8. Umweltrecht (gesondert 9. Abfall- und Wasserrecht, 10. Erneuerbare Energien), 11. Vergaberecht, 12. Verwaltungsrecht, 13. Wohnung- & Sozialrecht. Die Versandlisten dienen zur etablierten Zweitverwertung von Veranstaltungsterminen für die Zielgruppe durch Multiplikatoren wie Fach- und Kommunalmedien mit eigenen Plattformen, eigenen Medien und Newslettern.

 vhw-Fortbildungstermine 2017

Anbei unser monatliche Informationsservice zu [Veranstaltungen des vhw](#) (Änderungen vorbehalten)
Über Ihre redaktionelle oder informelle Verwertung in passenden Veranstaltung- oder Fernstudienkursen oder internen E-Mailverteilern würden wir uns freuen.
Sollten die die Informationen nicht mehr wünschen, melden Sie bitte über [AGB/ST/11/13](#)
Sollten sich Ansprechpartner geändert haben, bitten wir um freundliche Mitteilung unter [diss@vhw.at](#)

Mit besten Grüßen

wir finden einige Ihrer Seminartermine höchst interessant und haben sie deshalb in unseren Onlinekalender geschrieben – mit Link zur Ihrer Website. Ich wünsche Ihnen viele Teilnehmer und einen guten Erfolg.

<http://www.ivv-magazin.de/termine/bautechnik-aktuell-waermedaemmung-lueftung-enev-und-co-nw174956>
<http://www.ivv-magazin.de/termine/bautechnische-grundlagen-fuer-kaufmaennische-mitarbeiter-wohnungsunternehmen-nw174955>
<http://www.ivv-magazin.de/termine/zukunftsgerechte-gestaltung-von-50er-bis-80er-jahre-wohnungsbauten-nw174954>

Mit freundlichen Grüßen

Martina Eisinger
Redaktionsassistentin

IVV-immobilien vermieten & verwalten
Das Magazin für die Wohnungswirtschaft

 **ivv** immobilien
vermieten &
verwalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben soeben vier Termine unter <http://www.public-manager.com/veranstaltungen.html> veröffentlicht und bitten um evtl. Korrekturen.

Viele Grüße
Claudia-Regine Soll

PUBLIC MANAGER

Rolf Soll Verlag GmbH

Fortbildung

der bauhofletter – Dezember 2015 Veranstaltungskalender | 43

Veranstaltungskalender

Januar

12. Januar
Bauelementeicherung an Straßen (1-tägig)
Ort: Heidelberg
Info: www.moravia-akademie.de

22-25. Januar
European Tree Worker-ETW
Ort: Berlin
Info: www.nuernbergerschule.de

Februar

4. Februar
Wartung und Reparatur von Kleingeräten
Ort: Freising
Info: www.akademie-landschaftsbau.de

15.-19. Februar
Fachgerechte Baumpflege
Ort: Kempen
Info: www.deula-kempen.de

16.-19. Februar
GRÜNBÄU BERLIN
Ort: Berlin
Info: www.bautec.com

22. Februar
Der sichere Spielplatz
Ort: Frankfurt
Info: www.tuev-sued.de

27-29. Januar
Gehälzschnitt im öffentlichen und privaten Grün
Ort: Grünberg
Info: www.bildungsstaette-gartenbau.de

21.06.2017
Tag der Immobilien-Sicht (2017)
Info: auf Einladung, 2A Zentrale Immobilien-Anschaff. v. Z.
Tel: 030 200 2950-0
www.tag-immobilien.de

21.-22.06.2017
Lehrtage 2016
Pflanzern, 793 Euro,
Kaufmann, Deutschhof St.,
Tel: 071 308-2044
www.kaufmann.de/
www.kaufmann2016.de/

22.06.2017
8. Weinbaufesttag 2017
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

23. Februar
Unfallkontrolle im kommunalen Bereich
Ort: Magde
Info: www.akademie-rlp.de

25. Februar
Leistungsanspruch für Bauhofbedienstete in einem zukunftsorientierten Baubetriebshof
Ort: Hannover
Info: www.vhw.de

27-28.06.2017
5. Weinbaufesttag 2017
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

28.-29.06.2017
Holzkarren: Innovative Wege für Planung, Befahrung und Ausbau von Gärten
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

Termine

Nach mehr Termine unter www.vhw.de/immobilien

Veranstaltungen

21.06.2017
Tag der Immobilien-Sicht (2017)
Info: auf Einladung, 2A Zentrale Immobilien-Anschaff. v. Z.
Tel: 030 200 2950-0
www.tag-immobilien.de

21.-22.06.2017
Lehrtage 2016
Pflanzern, 793 Euro,
Kaufmann, Deutschhof St.,
Tel: 071 308-2044
www.kaufmann.de/
www.kaufmann2016.de/

22.06.2017
8. Weinbaufesttag 2017
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

23. Februar
Unfallkontrolle im kommunalen Bereich
Ort: Magde
Info: www.akademie-rlp.de

25. Februar
Leistungsanspruch für Bauhofbedienstete in einem zukunftsorientierten Baubetriebshof
Ort: Hannover
Info: www.vhw.de

27-28.06.2017
5. Weinbaufesttag 2017
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

28.-29.06.2017
Holzkarren: Innovative Wege für Planung, Befahrung und Ausbau von Gärten
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

29.-30.06.2017
6. Deutscher Logistik-Immobilienkongress
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.hoefer-dilling.de

04.-05.07.2017
Forum - Holzgewerkschaft 2017
Info: s. Holzgewerkschaft 2017
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

06.07.2017
REAL HOHWISSEN Property Media Tooltag
Ort: Berlin, 790 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.hoefer-dilling.de

17.07.2017
Immobilienforum Berlin - Jahrestagung
Ort: Berlin, 1495 Euro, Management
Tel: 030 200 2950-0
www.immoforum.de

19.07.2017
10. Verwalterkongress
Ort: Berlin, 499 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

22.-23.06.2017
Rechtliche in der Wohnungswirtschaft
Ort: Berlin, 1495 Euro, Management
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

28.-29.06.2017
Holzkarren: Innovative Wege für Planung, Befahrung und Ausbau von Gärten
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

22.-24.06.2017
Cost Flow & Financial

23.-24.06.2017
Zukunftsvisionen Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

04.07.2017
Lehrerbildung Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

06.07.2017
Forstwirtschaftliche Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

07.07.2017
WFS Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

10.07.2017
Mineralkongress: Präzision, Qualität und Innovation
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

12.07.2017
Betriebskostenrechnung
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

19.07.2017
Lehrerbildung Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

29.-30.06.2017
Wohnungswirtschaft
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

Termine

27-28. April, Stuttgart
Bauelementeicherung an Straßen (1-tägig)
Ort: Heidelberg
Info: www.moravia-akademie.de

22-25. Januar
European Tree Worker-ETW
Ort: Berlin
Info: www.nuernbergerschule.de

4. Februar
Wartung und Reparatur von Kleingeräten
Ort: Freising
Info: www.akademie-landschaftsbau.de

15.-19. Februar
Fachgerechte Baumpflege
Ort: Kempen
Info: www.deula-kempen.de

16.-19. Februar
GRÜNBÄU BERLIN
Ort: Berlin
Info: www.bautec.com

22. Februar
Der sichere Spielplatz
Ort: Frankfurt
Info: www.tuev-sued.de

27-29. Januar
Gehälzschnitt im öffentlichen und privaten Grün
Ort: Grünberg
Info: www.bildungsstaette-gartenbau.de

21.06.2017
Tag der Immobilien-Sicht (2017)
Info: auf Einladung, 2A Zentrale Immobilien-Anschaff. v. Z.
Tel: 030 200 2950-0
www.tag-immobilien.de

21.-22.06.2017
Lehrtage 2016
Pflanzern, 793 Euro,
Kaufmann, Deutschhof St.,
Tel: 071 308-2044
www.kaufmann.de/
www.kaufmann2016.de/

22.06.2017
8. Weinbaufesttag 2017
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

23. Februar
Unfallkontrolle im kommunalen Bereich
Ort: Magde
Info: www.akademie-rlp.de

25. Februar
Leistungsanspruch für Bauhofbedienstete in einem zukunftsorientierten Baubetriebshof
Ort: Hannover
Info: www.vhw.de

27-28.06.2017
5. Weinbaufesttag 2017
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

28.-29.06.2017
Holzkarren: Innovative Wege für Planung, Befahrung und Ausbau von Gärten
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

29.-30.06.2017
6. Deutscher Logistik-Immobilienkongress
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.hoefer-dilling.de

04.-05.07.2017
Forum - Holzgewerkschaft 2017
Info: s. Holzgewerkschaft 2017
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

06.07.2017
REAL HOHWISSEN Property Media Tooltag
Ort: Berlin, 790 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.hoefer-dilling.de

17.07.2017
Immobilienforum Berlin - Jahrestagung
Ort: Berlin, 1495 Euro, Management
Tel: 030 200 2950-0
www.immoforum.de

19.07.2017
10. Verwalterkongress
Ort: Berlin, 499 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

22.-23.06.2017
Rechtliche in der Wohnungswirtschaft
Ort: Berlin, 1495 Euro, Management
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

28.-29.06.2017
Holzkarren: Innovative Wege für Planung, Befahrung und Ausbau von Gärten
Info: s. Weinbaufesttag 2016
Tel: 0431 300-1000
www.wdg.de

22.-24.06.2017
Cost Flow & Financial

23.-24.06.2017
Zukunftsvisionen Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

04.07.2017
Lehrerbildung Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

06.07.2017
Forstwirtschaftliche Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

07.07.2017
WFS Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

10.07.2017
Mineralkongress: Präzision, Qualität und Innovation
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

12.07.2017
Betriebskostenrechnung
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

19.07.2017
Lehrerbildung Holzmarkt
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

29.-30.06.2017
Wohnungswirtschaft
Ort: Berlin, 190 Euro, Inklusiv: 2-tägige Vorkurs, 2-tägige Vorkurs
Tel: 030 200 2950-0
www.vhw.de

58 Berlin, 19.07.2017

Abb. 90 bis 93: Ergebnisse dieses monatlichen Informationsservices sind mess- und sichtbar.

Screenshots: vhw e. V.

Arbeitsgemeinschaft Flyeroptimierung

Zukunftsfähige Baulandentwicklung in Kooperation mit Privaten

Montag
12. Juni 2017
Berlin

www.vhw.de

Abb. 94: Übersichtliche Informationen auf dem Flyertitel © vhw e. V.

In Gang gesetzt, um mehr Kundenorientierung sowohl in die Gestaltung als auch für die Nutzung der Informationsflyer einzubringen, die i.d.R. jede der vhw-Fortbildungsveranstaltungen begleiten, führte die Arbeit der AG zu einem konkreten Ergebnis, welches ab 1. Januar 2017 in der Flyergestaltung generell umgesetzt wurde. Dazu gehörte, dass Bilder nunmehr in 100 Prozent s/w gedruckt werden und damit auch eine bessere Informationsunterstützung und eine attraktivere Einladung für den potenziellen Kunden schon in der Titelaufmachung sein können. Die bis zu diesem Zeitpunkt verwendete Formatkategorisierung auf dem Titel wurde durch eine Themenzuordnung substituiert und

gibt auf diese Weise dem Interessierten eine Auf-den-ersten-Blick-Information, welches Grundthema oder welches Arbeitsgebiet das Programm bzw. die Veranstaltung behandelt.

Werbeträger, Bilderservice, Kleinkooperationen, Sondermitarversendungen, Trailer und Mitarbeiterinformation

Die Öffentlichkeitsarbeit unterstützte bei verschiedenen Kleinprojekten: ob es die Bildermotivsuche für einen Programmflyer oder die Nachricht im Internet war, ob es eine spezielle Kooperation zwischen Veranstaltungsverantwortlichem und Medienpartner zur Ankündigung dieser Veranstaltung betraf, ob es Sonderverteiler an Fachmedien zu Leuchtturmveranstaltungen waren oder das Anfertigen

Zukunftsfähige Baulandentwicklung in Kooperation mit Privaten

Montag
12. Juni 2017
Berlin

www.vhw.de

gen von Trailern bei bestimmten Veranstaltungsformaten – alle diese speziellen und grundlegenden Aktivitäten zur Unterstützung von Information und Marketing im Fortbildungsbereich wurden in einem Handout „Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung“ zusammengefasst. Dieses steht mit einer Übersicht über verfügbare Maßnahmen jedem nachlesbar zur Verfügung.



Abb. 95: Im Berichtszeitraum wurden 15 Trailer gefertigt. © vhw e. V.

Regelmäßig informiert die Öffentlichkeitsarbeit mit dem Format „ÖA informiert“ zu verbandspolitischen Veranstaltungen, dem Erscheinen der Verbandszeitschrift, Werbemaßnahmen, Kooperationen und Projektaktivitäten.

22 Informationsstelen wurden mit gleichem Motiv für die Verwendung auf Präsenzveranstaltungen produziert. Gestaltet wurden sie mit Inhalten zu Fortbildung und Forschung, um verstärkt am frequenzintensivsten Platz – unseren Fortbildungsveranstaltungen – im „Zwei-Kanal-Ton“ zu informieren. Teilnehmer an Präsenzveranstaltungen sollen mittels dieser Stele erfahren, dass es ein breites Themenspektrum des vhw im Fortbildungsbereich gibt, dass interessante Publikationen zur Fortbildung jedes Jahr erscheinen, aber auch, dass unsere Verbandszeitschrift sechs Mal im Jahr mit Schwerpunktthemen sowie interessanten Artikel herauskommt und somit sogar Hilfestellungen durch Best Practice leisten kann sowie dass eine projektfokussierte Forschungsabteilung zu zentralen Fragen von Stadtentwicklung und damit zur Stärkung der lokalen Demokratie in unseren Stadtgesellschaften forscht und in den Kommunen arbeitet. Dabei entstehen sehr anwendungsbezogen geschriebene Ausgaben von neuen Formaten, wie bei der vhw werkSTADT. Diese Forschungsleistungen sind bis dato nur bedingt dem Kreis der Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen bekannt und sollen u. a. mit solchen kleinen Informationsinstrumenten – den Stelen – ein bisschen bekannter gemacht werden.

ÖA informiert: **Drei Infos**

- Integration von Geflüchteten – quo vadis? Die [vhw werkSTADT Nr. 6](#) ist online. Sie kann – wo es thematisch passt – gern auch ausgelegt bzw. es kann auf sie verwiesen werden. Die Ausgabe nimmt Bezug auf die Fachdiskurse der letzten Jahre, führt zum aktuellen „Integrationsmodus“, in dem die Kommunen aktuell angekommen sind, und verwendet dabei weitere Ergebnisse aus der vhw-Kommunalebefragung.
- Ein Begrüßungstrailer für Präsenzveranstaltungen mit Inhalten zu Fernlehrgängen und Publikationen (Vorschlag & Aufgabe aus der Bereichstagung Fortbildung) liegt auf: [N:XXCorporate_Design_Vorlagen_RegelnBegrüßungstrailer](#). Der Trailer ist eine Vorlage. Inhalte und Bilder können natürlich den jeweiligen Veranstaltungen angepasst werden. Der Fernlehrgang Vergaberecht ist (noch) nicht enthalten, sobald er wieder angeboten wird, stellt die ÖA ihn in die Vorlage ein. Bildunterstützung kann bei der ÖA oder im Bildarchiv unter: [N:XXFotoablage_vhw/Fjermotive_ab_14](#) einholt werden.
- Die [fachliche Stellungnahme des vhw](#) zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/62/EU im Städtebaurecht ist als Nachricht mit Link auf den vollständigen Text zur Stellungnahme unter Fortbildung verortet. Erarbeitet wurde sie von den Kollegen Diana Coulmas, Petra Lau und Philipp Sachsinger.

Im Berichtszeitraum gab es 31 „ÖA informiert“:

ÖA informiert: **Plädoyer: Wohnungspolitik neu positionieren!**

ÖA informiert: **Dialogfilm – In eigener Sache – Verbandstag 2016**

ÖA informiert: **2. Onlinebefragung zur vhw-Internetseite startet**

Fortbildung

Pilot Einleger



Der vhw e. V. hat mit einer Einlegeaktion in drei ausgewählten Medien des Boorberg Verlages: der Gemeindeverwaltung Rheinland-Pfalz (mit 360 Ex. Auflage), der Fundstelle Bayern (mit 1.950 Ex. Auflage) und der Fundstelle Hessen (mit 200 Ex. Auflage) ab Februar 2017 ein werbliches Pilotprojekt unternommen. In die drei Medien werden alle zwei Monate Veranstaltungskalender, wie sie zum Teil Flyerversendungen beigelegt werden, hinzugefügt. Ziel ist es, der vhw-Fortbildungszielgruppe in anderen Medien zu begegnen, neue Kontakte herzustellen und neue Teilnehmer (identifizierbar über einen eindeutigen Code) zu generieren.

Internet/Digitale Agenda

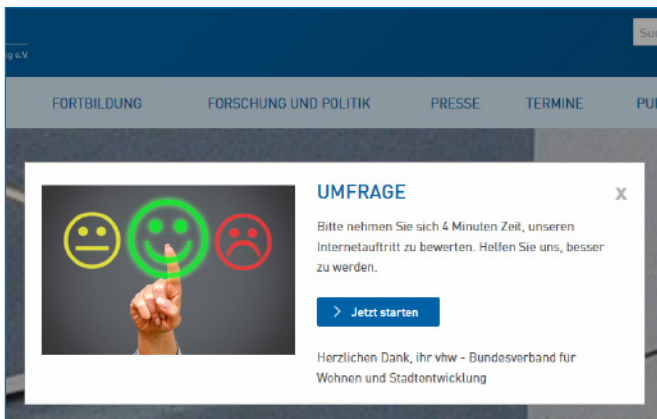
Im Berichtszeitraum haben wir – nach dem Relaunch 2014/2015 – vor allem service- und kundenfreundliche sowie marketingunterstützende Verbesserungen für die konzeptionelle Weiterentwicklung des Internets in den Blick genommen. Etwa 100 Arbeitsaufträge (Tickets) sind so im Zeitraum bearbeitet worden, darunter Services wie die Möglichkeit zur Angabe von V-Ticker-Abmeldegründen, das Gendern von auf der Veranstaltungsde-

tailseite zugeordneten Referenten und Referentinnen, Bildüberarbeitungen bei Referenten und Mitarbeitern, Eingabeverbesserungen für Veranstaltungstermine, Verbesserungen im Buchungsprozess, Überarbeitung des Formulars zur vhw-Mitgliedschaft, das Boosten (Vorbringen) von Ergebnissen bei der Fortbildungssuche mit Suchworten im Titel.

Von den drei Hauptaufgaben für 2017, diese Aufgaben beziehen sich auf zwei Berichtszeiträume, wurde die Optimierung des gesamten Internetauftritts für mobile Endgeräte im ersten Halbjahr 2017 umgesetzt. In Arbeit befinden sich noch zwei weitere Aufgaben: die technische und redaktionelle Suchmaschinenoptimierung und die Suchoptimierung über den gesamten Internetauftritt.

Um den Servicebereich immer wieder den aktuellen Standards und den Kundenerwartungen anzupassen, hat das Referat Öffentlichkeitsarbeit mit der Seminarverwaltung ein Brainstorming durchgeführt. In der Verwaltung laufen die meisten Wünsche und Anmerkungen zusammen, dort verfügt man über die direktesten Anforderungswünsche. Im Ergebnis des Meetings wurde daraus ein 12-Maßnahmenbündel erarbeitet und mit Kosten der Umsetzung durch unseren Internetpartner Form 4 GmbH ergänzt. Parallel zu dieser Maßnahme wurde eine umfassende Analyse mit dem Fokus auf Kundenorientierung in den Prozessen der Fortbildung entwickelt und durchgeführt. Diese bereitet den Weg in ein neues, integriertes Projekt der Digitalisierung – die digitale Agenda – dem auch Maßnahmen der Kundenbindung im Internet zugeordnet wurden und werden. Neben dem darin verorteten 12-Maßnahmenbündel wurden zwei zentrale neue Aufgaben für einen besseren Kundenservice definiert. Hier ist das Referat Öffentlichkeitsarbeit (=Internetredaktion) gemeinsam mit unserem Internetdienstleister und der Fachbereichsleitung sowie der -steuerung in der konzeptionellen Aufbereitung.

Online-Umfrage 2016



Über 200 Nutzer haben die Onlinebefragung im Dezember 2016, die wir bereits zum zweiten Mal seit 2013 durchgeführt haben, beantwortet. 50 Prozent besuchen uns demnach spontan bzw. anlassbezogen, aber doch schon recht regelmäßig. Im Interessenfokus stehen an erster Stelle die Fortbildungsseiten, gefolgt von Publikationen (Fachbücher Fortbildung) und bereits auf Platz 3 den Nachrichten.

Der wichtigste Zweck ist es, sich zu den Fortbildungsveranstaltungen zu informieren, gezielt eine Veranstaltung zu finden und diese dann auch zu buchen. Hilfreich sind dabei vor allem der Suchfilter auf der Fortbildungsseite und die Stichwortsuche in diesem Tool. Über zwei Drittel bestätigten uns einen serviceorientierten und verständlichen Buchungsablauf, wohingegen das Bestellen von Publikationen zu überarbeiten empfehlenswert wäre. Diesen Punkt haben wir in das 12-Maßnahmen-Bündel aufgenommen. Bei der Frage nach dem Image des vhw e. V. bei den Antwortenden, die zu 75 Prozent alle bereits Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen waren, dominiert das Fortbilderimage. Für den vhw e. V. eine bereits angenommene Aufgabe, in dieser Zielgruppe das Image als Partner in Stadtentwicklungsfragen weiter auszubauen. Die Stelen auf Präsenzver-

anstaltungen sind ein kleiner Schritt, der Transfer der Ergebnisse aus dem Forschungsbereich in die kommunalen Zielgruppen mit verständlichen und anwenderbezogenen Formaten ein ganz wesentlicher.

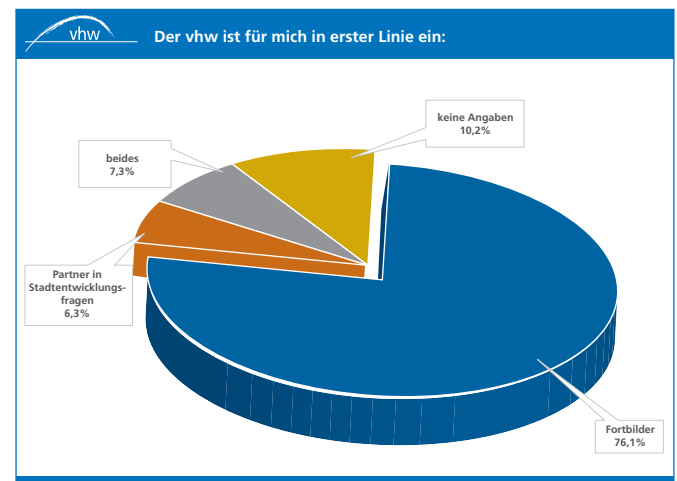


Abb. 96: Das Image des vhw in der Onlineumfrage 2016

Grafik: vhw e. V.

Nutzerverhalten

Das Nutzerverhalten hat sich im Vergleich zu den beiden letzten Berichtszeiträumen nur partiell und marginal verändert, was die Zugriffszahlen und -zeiten im Bereich Fortbildung betrifft. Zum Anfang des Jahres gibt es in der Regel einen Hype, der in Monaten mit vielen Feiertagen und gegen Ende des Jahres abfällt. Insofern können wir von einem verlässlich stabilen Nutzerverhalten sprechen. Dass die Nutzungshäufigkeit und die Nutzungsgründe sich erweitern, ist erfreulich.

Fortbildung

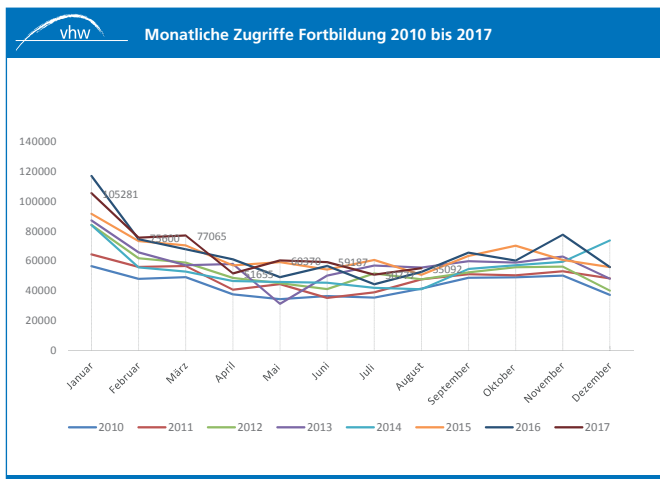


Abb. 97: Der typisch jährliche „Liegestuhl“ mit Zugriffszahlen für 2017 (bis August) mit monatlichen Schwankungen im Vergleich zu den Vorjahren, aber leichter Steigerungstendenz in der Gesamtzahl. Grafik: vhw e. V.

Bei den Zielseiten – also den Seiten des Einstiegs in den vhw-Internetauftritt – gehen ca. 50 Prozent der gezielten Einstiege auf das Konto von Veranstaltungsdetailseiten. Dem mit Verlinkungen zu diesen Seiten arbeitenden E-Mailings, welche diese Einstiege erst ermöglichen, bestätigt das Ergebnis guten Erfolg. Die Schnittstelle zwischen On- und Offlinemarketing funktioniert in guter Kundenakzeptanz.

4,5 Prozent der Seitenaufrufe oder 20 Prozent der Sitzungen sind mit Suchaktivitäten verbunden. Auch das hat sich in den letzten Jahren nicht geändert. 2,3 Prozent der Aufrufe oder 10 Prozent der Sitzungen sind mit dem Anschauen von Nachrichten verbunden. Bei den Ereignissen stehen die Downloads der Programmflyer an zweiter Stelle (nach dem Ausfüllen von Feldern durch Suchen, Bestellen, Buchen...). Ein Durchschnittswert von heruntergeladenen Programmflyern liegt bei ca. 25 Mal, wobei es Spitzenreiter mit ca. 300 Downloads gibt, z. B. die Fernlehrgänge Vergaberecht und Städtebaurecht sowie der Veranstaltungskalender Baden-Württemberg, bzw. wie – mit über 200 Downloads – das Lüneburger Beitragsforum, die Veranstal-

tungskalender von Nordrhein-Westfalen und Südwest sowie das Potsdamer Vergaberechtsforum. Etwa 85 Prozent aller Interaktionen fanden auf den Fortbildungsseiten statt, durch Suchen, Downloads, Ausfüllen von Formularen, Linknutzung bei Nachrichten.

Der vhw-Kunde (180.000 Nutzer) geht im Durchschnitt auf knapp fünf Seiten und bleibt ca. 4 Minuten auf diesen aktiv.

VHW VERANSTALTUNGSTICKER ✉

Nichts mehr verpassen. [Jetzt abonnieren!](#)

Abb. 98: An drei Stellen ist der Veranstaltungsticker platziert.

Platziert auf jeder Veranstaltungsdetailseite, auf jeder Fortbildungsseite im Footer und in jedem Buchungsprozess von Veranstaltungen im Internet ist der Veranstaltungsticker eine Kundenbindungsmaßnahme, die seit April 2015 sehr gut angenommen wird. Der Nutzer kann mit dem Filter nach Thema/Themen und Bundesland/Bundesländern entsprechend seines Bedarfs die Informationen zu Veranstaltungen selbst zusammenstellen. Ende Juni 2017 hatten schon über 4.200 Nutzer das Angebot abonniert. Die Abmeldungen erfolgen bisher im Bereich von unter einem Prozent. Zum überwiegenden Teil sind Arbeitgeberwechsel der Grund für eine Abbestellung.

Nachrichten

Seit der eingeführten Nachrichtenredaktion im Juli 2013 hat dieser Bereich eine große Aufmerksamkeit erhalten, die sich auch in der Umfrage im Dezember 2016 bestätigte. Die Nachrichtenredaktion arbeitet mit ca. 50 auszuwertenden Newslettern/RSS-Feeds, z. B. von Fachministerien, Landesregierungen, EU-Institutionen, Bundes- und Obergerichten sowie Forschungseinrichtungen.

Nachrichten zu den rechtlichen Themenfeldern der Fortbildung spielen sowohl auf der Startseite (Rubrik Fortbil-

dung), als auch auf der Fortbildungsseite (dort als eigene Kategorie, die sich je nach gesuchtem Themenfeld automatisiert zuordnet) eine große Rolle. 83 Prozent der Nachrichten – im Berichtszeitraum waren es insgesamt 318 Meldungen im Fortbildungsbereich – wurden mit thematisch passenden und aktuellen Fortbildungsveranstaltungen (Neu: Veranstaltungstipp) verknüpft.



Abb. 99: Auf der Fortbildungsseite im Nachrichten-Slider (Bildbühne) werden zu dem in der Suchmaske gewählten Themenfeld die 10 aktuellsten Nachrichten angezeigt.
Screenshot: vhw e. V.

Die Nachrichtenübersichtsseite ermöglicht dem Nutzer mit den Filterfunktionen Zeit, Themenfeld und Region Nachrichten aus dem eigenen Interessengebiet zu finden.

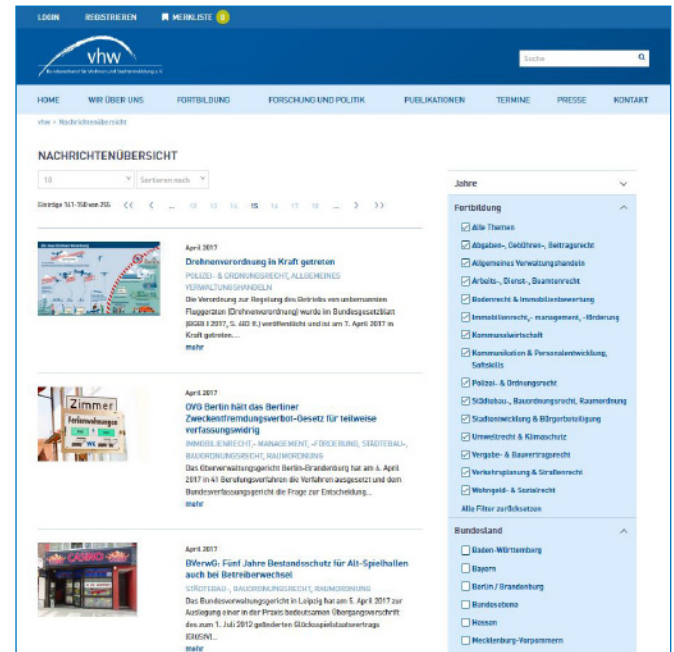


Abb. 100: Nachrichtenübersichtsseite mit Filterfunktionen Zeit, Themenfeld und Region
Screenshot: vhw e. V.

Diese Verknüpfungen aktueller Nachrichten mit passenden vhw-Fortbildungsangeboten generierten ein reges Interesse. Die Nachrichten zur Fortbildung wurden im Berichtszeitraum insgesamt über 27.000 Mal aufgerufen.

Von größtem Interesse sind für die Nutzer die Nachrichten im Fortbildungsbereich, die Neuigkeiten zu Gesetzesvorhaben, -änderungen und Verordnungsnovellen beinhalten. So gelangten beispielsweise im Ranking der Top-Nachrichten in diesem Berichtszeitraum die Nachrichten zur neuen Landesbauordnung in Schleswig-Holstein und zur BauGB-Novelle auf die ersten Plätze.

Fortbildung

NEUE LANDESBAUORDNUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN AM 1. JULI 2016 IN KRAFT GETRETEN

VERANSTALTUNG ZUM 7-HEMA

1. Die neue Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO SH) tritt am 1. Juli 2016 in Kraft. Die LBO SH ist die neue Landesbauordnung Schleswig-Holstein. Sie regelt die Anforderungen an die Bauweise, die Gestaltung und die Nutzung von Gebäuden in Schleswig-Holstein.

BUNDESTAG: BAUGB-NOVELLE VERABSCHIEDET

VERANSTALTUNGSEMPFEHLUNGEN

1. BauGB-Novelle 2017: Überblick und wesentliche Änderungen (BY172079)
Zeit/Dat.: 18.06.2017
in Nürnberg
Weiterführend (externell):
o 31.05.2017 in München (BY172080)

2. BauGB-Novelle 2017: was ändert sich? (NW174821)
Zeit/Dat.: 13.06.2017
in Dortmund

3. BauGB-Novelle 2017: Die Änderungen und die Auswirkungen auf die Praxis (NS170871)
Zeit/Dat.: 14.06.2017
in Hannover

4. BauGB-Novelle 2017: Änderungen und Auswirkungen auf die Praxis (IS170514)
Zeit/Dat.: 13.06.2017
in Heidelberg

5. BauGB-Novelle 2017: Änderungen und Auswirkungen auf die Praxis (TH170410)
Zeit/Dat.: 19.06.2017
in Erfurt

6. BauGB-Novelle 2017: Änderungen und Auswirkungen auf die Praxis (SN170434)
Zeit/Dat.: 20.06.2017
in Ulfen

Abb. 101/102: Meistgelesen im Berichtszeitraum: Neuigkeiten zur BauGB-Novelle und der neuen Landesbauordnung Schleswig-Holstein
Screenshot: vhw e. V.

Das Nachrichtenangebot des vhw in Verbindung mit Veranstaltungstipps stellt einerseits einen Service für die Kunden der Fortbildung dar, die bereits das vhw-Interneangebot nutzen. Andererseits bietet es die Möglichkeit, einen weiteren Kreis an Interessierten über entsprechende Suchtreffer in Suchmaschinen wie Google zum vhw zu führen, um sie mit passenden Fortbildungsangeboten als Neukunden zu gewinnen. Dies zeigt das Beispiel der Nachricht zur Landesbauordnung Schleswig-Holstein, die überwiegend über die Verlinkung auf der Suchplattform Google abgerufen wurde (über 1.700 Klicks). Das große Interesse an Nachrichten fand seinen Niederschlag auch in der Rankingliste der entsprechenden Google-Stichwortsuche, wo die vhw-Nachricht an 6. Stelle geführt wird und somit weiteren Interessierten auf Anhieb ins Auge fallen dürfte.

Slider

Auf der Fortbildungsseite prominent platziert kündigen Slider (Bildbühnen) Veranstaltungen, neue Veranstaltungsreihen und -formate oder Fachbuchveröffentlichungen des vhw an. In der Regel finden sich dort im Wechsel acht verschiedene Ankündigungen für jeweils eine Dauer von ca. vier Wochen. Nutzer werden über einen Link zu weiteren Informationen auf den Veranstaltungs- oder Publikationenseiten geführt.



Abb. 103: Auf der Fortbildungsseite werden hervorhebenswerte Veranstaltungen im Slider angekündigt.
Screenshot: vhw e. V.

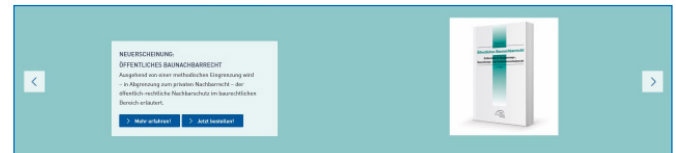


Abb. 104: Ankündigung einer Neuerscheinung aus dem vhw-Fachbuchverlag
Screenshot: vhw e. V.

Kontaktseiten der Regionalgeschäftsstellen

Auf den Kontaktseiten der Regionalgeschäftsstellen werden regelmäßig Veranstaltungskalender zum Fortbildungsangebot in den jeweiligen Regionen zum Download bereitgestellt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle organisatorische Hinweise aus den Regionalgeschäftsstellen platziert.

Dokumentation

Die Internetredaktion aktualisiert, redigiert, erarbeitet Handlungsanleitungen, dokumentiert und betreut wesentliche technische Umsetzungen. Für das 2. Halbjahr 2017 hat sie sich vorgenommen, einen Style- und

Redaktionsguide zu erarbeiten, der alle Seiten unseres Internetauftritts mit seinen Rubriken, deren Funktionen und fixierten Regeln sowie den wesentlichen prozessualen Abläufen beschreibt.

Fernlehrgänge & neue Fortbildungsformate

Bewerbungsmaßnahmen für die Fernlehrgänge erfolgten hauptsächlich über eigene Kanäle: die Präsenzveranstaltungen. Trailer zur Verwendung wurden dafür aktualisiert und die Auslageaktivitäten werden dokumentiert.



Abb. 105/106: Mehrtägige Fortbildungen kommen an.

© vhw e. V.

Nach dem erfolgreichen Start – bereits mit Nachauflagen – des Angebots zur „Fortbildung zur Moderatorin/zum Moderator in der Stadtentwicklung“ wurden ebenfalls kleine Werbekonzepte und Layouts für zwei neue Fortbildungsangebote: „Fortbildung zur Leitungskraft im kommunalen Bauhof“ und „Fortbildung zur vhw-zertifizierten Fachkraft für Kostenrechnung, Controlling und Berichtswesen im kommunalen Rechnungswesen“ entwickelt und gemeinsam mit den Konzipierenden dieser Veranstaltungsformate umgesetzt.



Fortbildung



8. Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

8.1 Rechtliche Verhältnisse

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – wurde als Deutsches Volksheimstättenwerk e. V. am 1. Dezember 1946 gegründet. Er war im Vereinsregister beim Amtsgericht Bielefeld unter der Vereinsregister-Nr. 415 und seit dem 4. März 1964 in Köln unter der Vereinsregister-Nr. 4924 eingetragen. Mit der Verlegung des Vereinssitzes nach Bonn erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn am 27. März 1986 unter der Vereinsregister-Nr. 5286. Seit dem 21. August 2001 mit der Verlegung des Vereinssitzes nach Berlin ist der vhw beim Amtsgericht Berlin Charlottenburg unter der Vereinsregister-Nr. 21002 B eingetragen.

Nach der Satzungsänderung in der Mitgliederversammlung vom 17. September 2008 erfolgte die Umbenennung in vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

Der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. ist nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Der letzte Freistellungsbescheid erfasst den Veranlagungszeitraum bis 2015 und wurde am 23. Dezember 2016 unter der Steuernummer 205/5783/1805 vom Finanzamt Bonn ausgestellt.

8.2 Ehrenmitgliedschaften

Die Mitgliederversammlung kann nach § 13 der Verbandssatzung Persönlichkeiten, die sich um den Verband besonders verdient gemacht haben, zu Ehren-

vorsitzenden oder Ehrenmitgliedern berufen. Ehrenvorsitzende und Ehrenmitglieder haben das Recht, an den Sitzungen der Organe und Arbeitsgruppen des Verbandes beratend teilzunehmen, denen sie früher angehört haben.

Ehrenvorsitzende des vhw sind:

Reinhart Chr. Bartholomäi

Staatssekretär a. D.
Frankfurt am Main

Dr. Dieter Haack

Bundesminister a. D.
Erlangen

Ehrenmitglieder des vhw sind:

Peter Berberich

Ottendorf

Prof. Dr. Klaus Borchard

Regierungsbaumeister
Königswinter

Dr. Ottobert L. Brintzinger

Ministerialdirigent a. D.
Kiel

Werner Cholewa

Beigeordneter a. D.
Bonn

Volker Nordalm

Kamen

Peter Rohland

Düsseldorf

Johann Schell

Oberursel

Prof. Christiane Thalgott

Stadtbaurätin a. D.
München

8.3 Organe des Verbandes

Zur Erfüllung seiner Aufgaben als gemeinnütziger, der wissenschaftlichen Arbeit verpflichteter Verband handelt der vhw durch seine Organe und Einrichtungen.

8.3.1 Die Mitgliederversammlung (§§ 7-9 der Satzung)

Die Mitgliederversammlung hat in ihrer Sitzung am 17. November 2016 in Berlin nach Aussprache

- den Bericht des Verbandsrats (§ 8 Abs. 1 Nr. 5) zustimmend entgegengenommen,
- den Bericht des Vorstandes (§ 8 Abs. 1 Nr. 6) zustimmend entgegengenommen,
- den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses (§ 8 Abs. 1 Nr. 7) zustimmend entgegengenommen,
- den vom Verbandsrat und Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2015 festgestellt (§ 8 Abs. 1 Nr. 8),
- dem Verbandsrat für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt (§ 8 Abs. 1 Nr. 9) und
- dem Vorstand für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt (§ 8 Abs. 1 Nr. 10).

8.3.2 Das Kuratorium (§ 10 der Satzung)

Nach § 10 Abs. 3 hat das Kuratorium insbesondere die Aufgabe, den Verbandsrat in Grundsatzfragen der Verbandspolitik zu beraten und die Arbeit der Arbeitsgruppen zu begleiten. Das Kuratorium kann Anträge zur Tagesordnung der Mitgliederversammlung stellen.

Dem Kuratorium gehören derzeit an:

Vorsitzender:

Prof. Klaus Wermker
Essen

Stellvertretende Vorsitzende:

Prof. Dr. Heidi Sinning

Leiterin Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation (ISP)
Fachhochschule Erfurt

Mitglieder:

Dr. Manfred Beck

Gelsenkirchen

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann

KJB. KOM - Prof. Dr. Klaus J. Beckmann
Kommunalforschung, Beratung, Moderation und Kommunikation
Berlin

Dr. Sonja Beeck

Architektin, Planerin chezweitz GmbH
Berlin

Dennis Beyer

Geschäftsführender Vorstand
Evangelischer Bundesverband für Immobilienwesen in Wissenschaft und Praxis e. V.
Berlin

Frauke Burgdorff

Burg Dorff Stadt Agentur für kooperative
Stadtenwicklung
Bochum

Em. O. Univ. Prof. Mag. rer. nat. Dr. phil.

Jens S. Dangschat

Technische Universität Wien
Department für Raumplanung
Fachbereich Soziologie (ISRA)

Gabriele Dönig-Poppensieker

Dortmund

Bernhard Faller

Consultant
Quaestio - Forschung & Beratung
Bonn



Organisation

Albert Geiger

Referatsleiter für Nachhaltige Stadtentwicklung
und Fachbereichsleiter im Bürgerbüro Bauen
Stadt Ludwigsburg

Karl-Heinz Goetz

Geschäftsführer
Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften
Berlin

Michael Groß, MdB

Geschäftsbereichsleiter
Deutscher Bundestag
Berlin

Meike Heckenroth

Vorstand
empirica ag
Berlin

Christian Huttenloher

Generalsekretär und Vorstandsmitglied
Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau
und Raumordnung e. V.
Berlin

Folkert Kiepe

Beigeordneter a. D.
Rechtsanwalt
Partner of Counsel BBH Becker Büttner Held
Köln

Kerstin Kirsch

Geschäftsführerin
GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft
Potsdam mbH

Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Berlin

Dr. Stefan Köhler

Erster Bürgermeister
Stadt Friedrichshafen

Dr. Dieter Korczak

Leiter und Geschäftsführer
GP-Forschungsgruppe Institut für Grundlagen-
und Programmforschung
Bernau bei Berlin

Hans-Otto Kraus

München

Jan Kuhnert

Geschäftsführer
KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH
Hannover

Ute Kumpf

ehem. MdB, Vorstand
Stiftung Bürger für Bürger
Wildau

Dr. Martin Lenz

Bürgermeister
Stadt Karlsruhe

Dr. Christian Lieberknecht

Geschäftsführer
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen e. V.
Berlin

Claudius Lieven

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung,
Stadtwerkstatt und Partizipationsverfahren
Freie und Hansestadt Hamburg

Prof. Dr. Edda Müller

Ministerin a. D.
Vorstandsvorsitzende
Transparency International Deutschland e. V.
Berlin

Rolf Müller

Gruppenleiter Wohnungs- und Immobilienwesen
BBSR Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumforschung
Bonn

Rechtliche Verhältnisse, Organe und Organisation

Prof. Dr. Halit Öztürk

Professur für Erziehungswissenschaft,
Schwerpunkt Erwachsenenbildung/Weiterbildung,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Leo Penta

Leiter des Instituts für Community Organizing (DICO)
Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Thomas Perry

Berater Milieuforschung
Geschäftsführung
Q I Agentur für Forschung GmbH
Mannheim

Norbert Portz

Beigeordneter
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Bonn

Reiner Pröbß

Referatsleiter
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Stadt Nürnberg

Hans Rauch

Ehrenpräsident
Verband Wohneigentum e. V.
Bonn

Stephan Reiß-Schmidt

Stadtdirektor
Leiter der Hauptabteilung Stadtentwicklungsplanung
Referat für Stadtplanung und Bauordnung
Landeshauptstadt München

Prof. Dr. Frank Roost

Institut für urbane Entwicklungen
Universität Kassel

Prof. Dr. Roland Roth

Professor für Politikwissenschaft
Berlin

Prof. Dr. Gary S. Schaal

Professur für Politikwissenschaft
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Dr. Peter Schaffner

Geschäftsführer
Dakini Investments GmbH
Frankfurt am Main

Stephan Schmickler

Bergisch Gladbach

Prof. Dr. Klaus Selle

Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtentwicklung
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Prof. Dr. Guido Spars

Prodekan für Forschung
Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen
Ökonomie des Planens und Bauens
Bergische Universität Wuppertal

Guido Stephan

Geschäftsführer
Antoniter Siedlungsgesellschaft mbH
Köln

Gerwin Stöcken

Stadtrat für Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport
Landeshauptstadt Kiel

Dag Tvilde

Stadtplaner
Calmers University of Technology Göteborg
Oslo

Prof. Dr. Stefanie Wesselmann

Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Öffentliches Management
Hochschule Osnabrück

Prof. Dr. Erol Yildiz

Kulturwissenschaftler
Institut für Erziehungswissenschaft
Leopold-Franzens-Universität Innsbruck



Organisation

Prof. Martin zur Nedden

Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer
Difu Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Berlin

8.3.3 Der Verbandsrat (§ 11 der Satzung)

Dem Verbandsrat obliegen die Beratung und Aufsicht des Vorstandes sowie die in § 11 Abs. 6 der Satzung aufgeführten Beschlussfassungen über:

1. den Vorschlag der von der Mitgliederversammlung zu wählenden/abzuberufenden Mitglieder des Kuratoriums,
2. den Vorschlag des von der Mitgliederversammlung zu wählenden/abzuberufenden Vorstandes,
3. die Grundsätze der Verbandspolitik,
4. die Grundsätze der Rechnungslegung,
5. den Wirtschaftsplan und den Arbeitsplan,
6. die Verwendung von Jahresüberschüssen und Ergebnisrücklagen sowie die Deckung von wirtschaftlichen Unterschüssen und
7. über die Tagesordnung der Mitgliederversammlung.

Vorsitzender:

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Stellvertretende Vorsitzende:

Helmut Knüpp

Berlin

Werner Spec

Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Mitglieder:

Charlotte Britz

Oberbürgermeisterin
Landeshauptstadt Saarbrücken

Dr. Stephan Gatz

Richter am Bundesverwaltungsgericht
Leipzig

Prof. Dr. Ilse Helbrecht

Direktorin
Geographisches Institut
Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin

Hendrik Jellema

Vorstandsvorsitzender
Stiftung Berliner Leben
Berlin

Prof. Elke Pahl-Weber

Institut für Stadt- und Regionalplanung
Technische Universität Berlin

Michael Sachs

Hamburg

Karl-Christian Schelzke

Geschäftsführender Direktor
Hessischer Städte- und Gemeindebund
Mühlheim

Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert

Emeritus des WZB Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Berlin

Lukas Siebenkotten

Direktor
Deutscher Mieterbund e. V.
Berlin

Peter Stubbe

Vorstandsvorsitzender
GEWOBA Aktiengesellschaft Bauen und Wohnen
Bremen

Hilmar von Lojewski

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen,
Wohnen und Verkehr
Deutscher Städtetag
Berlin

Der Verbandsrat ist seit der Mitgliederversammlung am 17. November 2016 dreimal zusammengetreten, nämlich am 6. Dezember 2016, am 5. April 2017 und am 6. Juli 2017. Er hat sich in seinen Sitzungen insbesondere mit der Vorbereitung der verbandspolitischen Entscheidungen, der Verbandsarbeit, der Vorbereitung der öffentlichen Veranstaltung sowie mit der wirtschaftlichen Situation des Verbandes auseinandergesetzt. Außerdem bereitete er die Mitgliederversammlung am 23. November 2017 vor.

8.3.4 Der Vorstand (§ 12 der Satzung)

Herr Prof. Dr. Jürgen Aring wurde gemäß § 12 der Satzung in der Sitzung der Mitgliederversammlung am 12. November 2014 zum Vorstand gewählt.

Laut § 12 Abs. 3 der Satzung führt der Vorstand die Geschäfte des Verbandes im Rahmen der Beschlüsse der Verbandsorgane. Er leitet die Geschäftsstelle und ist Dienstvorgesetzter der in ihr tätigen Dienstkräfte sowie der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer der regionalen Geschäftsstellen.

Ihm obliegt insbesondere

1. die Verwaltung des Verbandsvermögens und die laufende Geschäftsführung des Verbandes im Rahmen der Richtlinien des Verbandsrats,
2. die Vorbereitung der Mitgliederversammlung,
3. die Vorbereitung der Beratungen und die Durchführung der Beschlüsse der Verbandsorgane und sonstigen Einrichtungen,
4. die Aufstellung des Jahresabschlusses gemeinsam mit dem Verbandsrat,

5. die Aufstellung des Wirtschaftsplans,
6. die Aufstellung des Arbeitsplans,
7. der Vorschlag für die Berufung eines wissenschaftlichen Beirats und der Arbeitsgruppen sowie die Betreuung dieser Einrichtung,
8. die Bestellung der Geschäftsführerinnen oder der Geschäftsführer der regionalen Geschäftsstellen,
9. die Beratung und Betreuung der regionalen Geschäftsstellen sowie
10. die Herausgabe oder Schriftleitung der Veröffentlichungen des Verbandes.

8.3.5 Rechnungsprüfungsausschuss (§ 6 Abs. 3 der Satzung)

Der von der Mitgliederversammlung gewählte Rechnungsprüfungsausschuss prüft den Jahresabschluss. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses sind kraft ihres Amtes geborene Mitglieder des Kuratoriums.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss gehören derzeit an:

Karl-Heinz Goetz

Geschäftsführer Bundesverband der gemeinnützigen
Landgesellschaften
Berlin

Michael Hampel

Mainz

Wolfgang D. Heckeler

Remseck

Herbert Jaspert

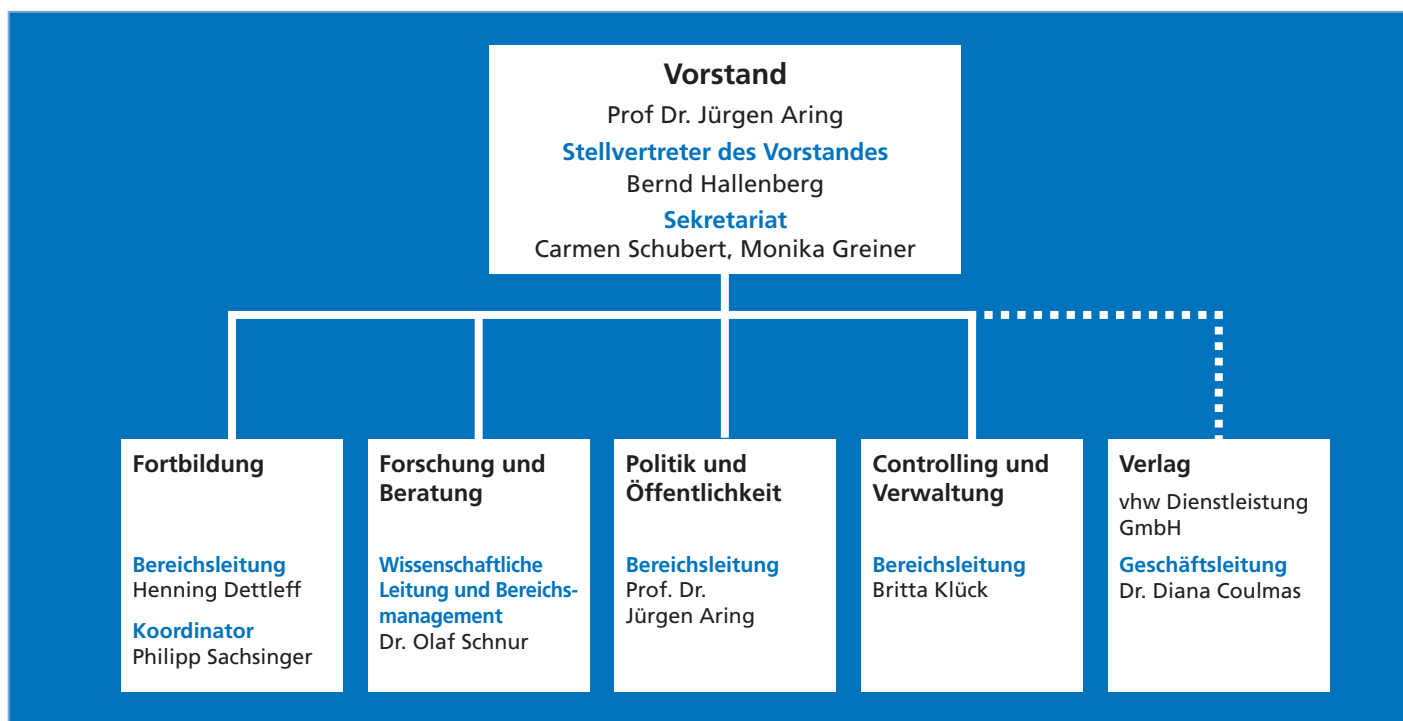
Bielefeld

Helmut Mäule

Ludwigsburg

8.4 Verbandsstruktur

Der Sitz des Verbandes ist Berlin. Die Verwaltungssitze des Verbandes sind Bonn und Berlin. Der Verband ist in regionale Geschäftsbereiche gegliedert.



8.4.1 Bundesgeschäftsstelle/ Hauptgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle in Berlin war zum 30. Juni 2017 mit dem Vorstand des vhw, dem Stellvertreter des Vorstandes, der Bereichsleiterin für Controlling und Verwaltung, dem Bereichsleiter für Fortbildung, dem Wissenschaftlichen Leiter, einem Seniorwissenschaftler, sieben wissenschaftlichen Referenten, vier wissen-

schaftlichen Sachbearbeitern, zwei Referentinnen für Öffentlichkeitsarbeit, drei Verwaltungsmitarbeitern, zwei IT-Administratoren sowie einer Sekretärin und zwei Sekretariatsmitarbeiterinnen besetzt.

Die Fortbildung war mit den Abteilungen Seminar- und Adressverwaltung sowie mit dem Fortbildungssekretariat mit 19 Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen besetzt.

8.4.2 Geschäftsstellen

Nach § 15 Abs.1 und 2 der Satzung ist der Verband in regionale Geschäftsbereiche gegliedert. Die regionalen Geschäftsstellen werden durch Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer geleitet:

Baden-Württemberg:

Rainer Floren

Sindelfingen

Bayern:

Yves Müller

München

Region Nord:

Petra Paul

Philipp Sachsinger

Niedersachsen/Bremen

Schleswig-Holstein/Hamburg

Hannover

Nordrhein-Westfalen:

Eva Isabel Spilker

Bonn

Region Ost:

Petra Lau

Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,

Sachsen-Anhalt

Berlin

Petra Dietrich

Sachsen/Thüringen

Leipzig

Region Südwest:

Bernd Bauer

Hessen/Rheinland-Pfalz

Ingelheim

Saarland:

Detlef Loch

Saarbrücken

Organisation

8.5 Mitgliederbewegung

Im Berichtszeitraum 1. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 wurden 93 Mitglieder neu aufgenommen, 27 Mitglieder sind ausgeschieden. Dem Verband gehören somit zum 30. Juni 2017 1.898 Mitglieder an.

Der Mitgliederbestand weist folgende Struktur auf:

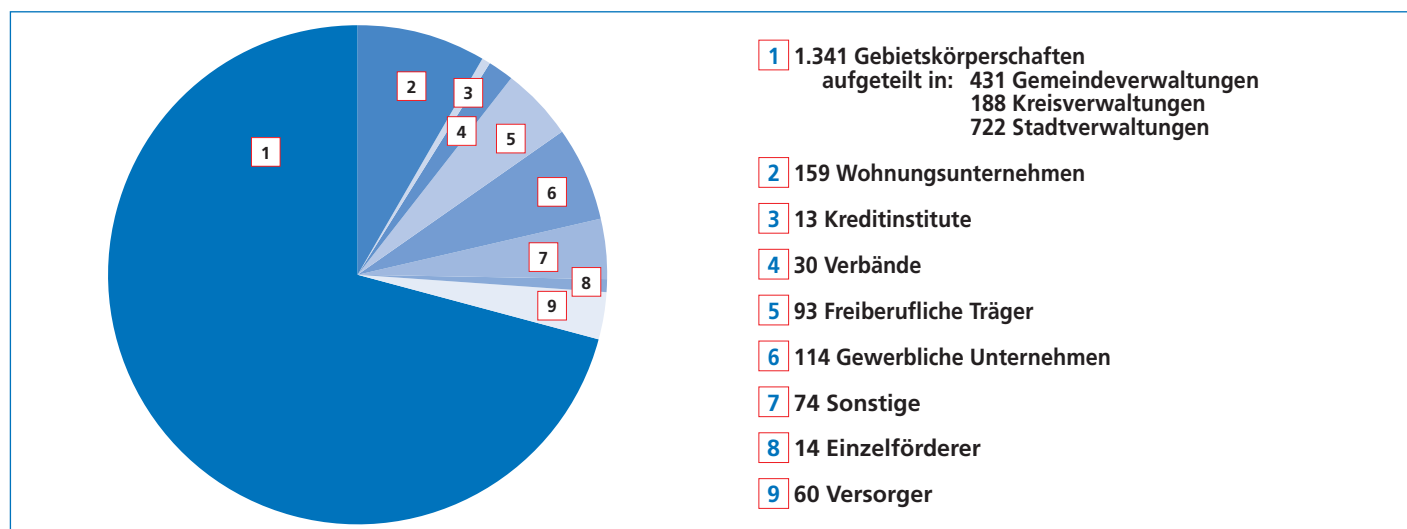


Abb. 108: Aktuelle Mitgliederverteilung

Grafik: vhw e. V.

8.6 vhw-Dienstleistung GmbH

Das Verlagsgeschäft des vhw wird seit dem 1. Januar 1982 in der Rechtsform der vhw-Verlag Deutsches Volkshausstättenwerk GmbH betrieben. Mit dem Eintrag ins Handelsregister B (HRB 397) des Amtsgerichts Bonn am 11. Oktober 2004 wurde der vhw-Verlag in vhw-Dienstleistung GmbH umfirmiert. Mit der Namensänderung wurde auch der Unternehmensgegenstand – bisher Herstellung, Verlegen und Vertrieb von Druckerzeugnissen – um die Geschäftsfelder Aus- und Fortbildung sowie Beratung Dritter erweitert. Der Gesellschaftszweck sollte insbesondere auf den Gebie-

ten der Stadtentwicklungs-, Umwelt-, Vermögens- und Wohnungspolitik sowie des Städtebau- und Wohnungsrechts umgesetzt werden. Alleingesellschafter ist der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – Berlin, mit einem Geschäftsanteil von 33.233,97 Euro.

Die Gesellschafterversammlung

Die 35. Ordentliche Gesellschafterversammlung fand am 5. Juli 2016 in Berlin statt.

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat die Aktivitäten der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2016/2017 in seinen Sitzungen am 5. Juli 2016 und am 6. Dezember 2016 beraten und hat in seiner Sitzung am 5. Juli 2016 die Vorbereitung für die 35. Gesellschafterversammlung veranlasst.

Dem Aufsichtsrat gehören im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender:

Reinhard Chr. Bartholomäi

Ehrenvorsitzender des vhw e. V.

Mitglieder:

Dr. Stephan Gatz

Verbandsratsmitglied des vhw e. V.

Volker Nordalm

Ehrenmitglied des vhw e. V.

Peter Rohland

Ehrenmitglied des vhw e. V.

Die Geschäftsführung:

Dr. Diana Coulmas

Geschäftsführerin der vhw-Dienstleistung GmbH

Das Verlagsgeschäft

Die vhw-Dienstleistung GmbH gibt Fachliteratur zu den rechtlichen Grundlagen des Planens und Bauens heraus. Die verlegten Fachbücher – darunter auch Textausgaben, Leitfäden und Rechtsprechungs-sammlungen – unterstützen die Tätigkeit des vhw e. V. im Rahmen der Aus- und Fortbildung. Das Fachbuchprogramm rundet damit das Dienstleistungsangebot des Verbandes ab. Der Vertrieb der Broschüren erfolgt durch gezieltes Direktmarketing, u. a. abgestimmt auf das bundesweite Aus- und Fortbildungsprogramm des vhw e. V. Das Fachbuchprogramm des Verlages ist u. a. auf aktuelle Fragen in den Bereichen Stadtentwicklung, Planungs-, Umwelt- und Vergaberecht sowie Sozialrecht gerichtet. Es umfasst zum ersten Halbjahr 2017 22 Buchtitel und eine Loseblattsammlung.

8.7 vhw Stiftung

Die vhw Stiftung wurde am 16. Dezember 2016 von der Bezirksregierung Köln in der Rechtsform der selbständigen Stiftung bürgerlichen Rechts als rechtsfähig anerkannt. Der unmittelbar gemeinnützige Stiftungszweck ist die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung. Zweck der Stiftung ist auch die Beschaffung von Mitteln zur Förderung der vorge-nannten Zwecke durch eine andere Körperschaft oder juristische Person des öffentlichen Rechts. Das Stiftungs-vermögen beläuft sich auf 3 Mio. Euro.

Stiftungskuratorium:

Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim

Helmut Knüpp

Berlin

Hendrik Jellema

Vorstandsvorsitzender
Stiftung Berliner Leben
Berlin

Vorstand:

Prof. Dr. Jürgen Aring

Vorstand vhw e. V.
Bonn/Berlin



Organisation

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
Berlin/Bonn

- Bilanz zum 31. Dezember 2016
- Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

Berlin, 1. Oktober 2017

gez. Dr. Peter Kurz
Vorsitzender des Verbandsrats

gez. Prof. Dr. Jürgen Aring
Vorstand



Bilanz zum 31. Dezember 2016

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

Aktiva

	31.12.2016		31.12.2015	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7,00		3.988,00	
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	7,00	0,00	3.988,00
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		453.217,52		451.684,52
2. Geleistete Anzahlungen		0,00		0,00
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen		33.233,97		33.233,97
		486.458,49		488.906,49
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Fertige Erzeugnisse und Waren		112.917,47		112.497,60
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	59.955,16		63.011,27	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.993,84		17.337,17	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	128.474,11	220.423,11	83.994,57	164.343,01
II. Wertpapiere				
Sonstige Wertpapiere		6.705.239,41		6.858.921,42
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		5.623.188,78		2.996.572,76
		12.661.768,77		10.132.334,79
C. Rechnungsabgrenzungsposten		6.995,13		3.655,29
		13.155.222,39		10.624.896,57

Passiva

	31.12.2016		31.12.2015	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Verbandsvermögen (Freie Eigenmittel)		616.135,31		616.135,31
II. Rücklagen				
1. Freie Rücklage	2.427.876,12		1.835.840,53	
2. Betriebsmittelrücklage	3.160.190,75		3.160.190,75	
3. Rücklage für projektbezogene Wissenschaftsarbeit	0,00	5.588.066,87	0,00	4.996.031,28
III. Bilanzgewinn		1.543.268,53		2.970.086,99
		7.747.470,71		8.582.253,58
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen	595.443,00		811.646,00	
2. Steuerrückstellungen	0,00		2.818,70	
3. Sonstige Rückstellungen	546.900,00	1.142.343,00	307.735,00	1.122.199,70
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeit Dotierung Stiftungsvermögen vhw Stiftung	3.000.000,00			
2. Erhaltene Anzahlungen	697.173,87		400.868,84	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	396.030,94		401.437,22	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	172.203,87	4.265.408,68	118.137,23	920.443,29
		13.155.222,39		10.624.896,57

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

1. **Mitgliederbeiträge, Spenden**
2. **Ergebnis aus Lehrgängen**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
3. **Ergebnis aus Fernlehrgängen**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
4. **Ergebnis Qualitätsmanagement Fortbildung**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
5. **Ergebnis aus Adressdatenbank**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
6. **Ergebnis aus Seminarverwaltung**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
7. **Ergebnis aus Modulsekretariat**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
8. **Ergebnis aus Forum Wohnen und Stadtentwicklung**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
9. **Ergebnis aus Wissenschaftsarbeit**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
10. **Ergebnis aus Veranstaltungen**
 - a Erlöse
 - b Aufwendungen mit Einzelkostencharakter
11. **Sonstige Erträge**
12. **Personalaufwand mit Gemeinkostencharakter**
13. **Abschreibungen**
14. **Sächl. Verwaltungsk. mit Gemeinkostencharakter**
 - a Sonstige sächliche Verwaltungskosten
 - Bundesgeschäftsstelle
 - Hauptgeschäftsstelle
 - b Öffentlichkeitsarbeit
 - c EDV-Kosten
15. **Zinsen und ähnliche Erträge**
16. **Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens**
17. **Zinsen und ähnliche Aufwendungen**
18. **Steuern vom Einkommen und Ertrag**
19. **Dotierung des Stiftungsvermögens der vhw Stiftung**
20. **Kaufmännischer Jahresüberschuss**
21. **Gewinnvortrag**
22. **Entnahme aus Rücklagen**
23. **Jahresüberschuss/Bilanzgewinn**
24. **Geplante Entnahme aus Rücklagen**
25. **Geplante Einstellung in Rücklagen**
26. **Bilanzgewinn nach gepl. Einstellung in Rücklagen**

2015		2016	
Euro		Euro	
	504.012,48		534.642,46
16.422.839,73		18.062.864,92	
<u>-12.258.832,44</u>	4.164.007,29	<u>-13.171.401,81</u>	4.891.463,11
208.959,91		162.499,47	
<u>-118.632,95</u>	90.326,96	<u>-101.035,86</u>	61.463,61
450.000,00		468.000,00	
<u>-450.000,00</u>	0,00	<u>-468.000,00</u>	0,00
711.748,03		704.547,15	
<u>-555.000,00</u>	156.748,03	<u>-637.000,00</u>	67.547,15
280.000,00		295.000,00	
<u>-280.000,00</u>	0,00	<u>-295.000,00</u>	0,00
285.000,00		305.000,00	
<u>-285.000,00</u>	0,00	<u>-305.000,00</u>	0,00
8.315,48		8.438,86	
<u>-88.791,54</u>	-80.476,06	<u>-91.622,58</u>	-83.183,72
33.498,14		8.225,60	
<u>-1.391.858,27</u>	-1.358.360,13	<u>-1.835.022,73</u>	-1.826.797,13
2.630,00		0,00	
<u>-149.607,66</u>	-146.977,66	<u>-46.537,50</u>	-46.537,50
	225.162,86		121.855,53
	-567.845,24		-669.960,50
	-106.279,35		-101.934,54
-441.032,92		-515.094,20	
<u>-26.968,00</u>		<u>-29.843,20</u>	
-468.000,92		-544.937,40	
<u>-130.123,99</u>		<u>-180.088,46</u>	
<u>-99.378,09</u>	-697.503,00	<u>-76.663,82</u>	-801.689,68
	149.648,92		97.869,73
	-11.887,84		-47.113,62
	-47.197,00		-31.438,00
	-3.293,27		-969,77
	0,00		-3.000.000,00
	2.270.086,99		-834.782,87
	700.000,00		1.678.051,40
	2.970.086,99		1.543.268,53
	0,00		225.622,22
	-1.292.035,59		-1.768.890,75
	1.678.051,40		0,00



vhw-Geschäftsstellen

Bundesgeschäftsstelle

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-0
Fax: 030 390473-190
bund@vhw.de
www.vhw.de

Hauptgeschäftsstelle

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-0
Fax: 0228 72599-19
bonn@vhw.de

vhw-Dienstleistung GmbH

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-30
Fax: 0228 72599-19
verlag@vhw.de

Geschäftsstellen

Baden-Württemberg

Gartenstraße 13
71063 Sindelfingen
Tel.: 07031 866107-0
Fax: 07031 866107-9
gst-bw@vhw.de

Bayern

Rosenbuschstraße 6
80538 München
Tel.: 089 291639-30
Fax: 089 291639-32
gst-by@vhw.de

Region Nord

Niedersachsen/Bremen Schleswig-Holstein/Hamburg

Sextrostraße 3 – 5
30169 Hannover
Tel.: 0511 984225-0
Fax: 0511 984225-19
gst-ns@vhw.de
gst-sh@vhw.de

Nordrhein-Westfalen

Hinter Hoben 149
53129 Bonn
Tel.: 0228 72599-40
Fax: 0228 72599-49
gst-nrw@vhw.de

Region Ost

Berlin/Brandenburg

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-320
Fax: 030 390473-390
gst-bb@vhw.de

Mecklenburg-Vorpommern

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-310
Fax: 030 390473-390
gst-mv@vhw.de

Sachsen

Grassstraße 12
04107 Leipzig
Tel.: 0341 9 84 89-10
Fax: 0341 9 84 89-11
gst-sn@vhw.de

Sachsen-Anhalt

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin
Tel.: 030 390473-310
Fax: 030 390473-390
gst-st@vhw.de

Thüringen

Grassstraße 12
04107 Leipzig
Tel.: 0341 98489-24
Fax: 0341 98489-23
gst-th@vhw.de

Region Südwest

Hessen/ Rheinland-Pfalz

Binger Straße 89
55218 Ingelheim
Tel.: 06132 71496-1
Fax: 06132 71496-9
gst-he@vhw.de
gst-rp@vhw.de

Saarland

Konrad-Zuse-Straße 5
66115 Saarbrücken
Tel.: 0681 92682-10
Fax: 0681 92682-26
gst-sl@vhw.de

Herausgeber: vhw – Bundesverband für Wohnen
und Stadtentwicklung e.V.

Fritschestraße 27/28
10585 Berlin

Telefon: 030 39 04 73-0
Fax: 030 39 04 73-190

www.vhw.de

Redaktion: Ruby Nähring/Ruth Twellmann

Gestaltung/
Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Collage/Cover,
Fotos/Grafiken: Bürgerhaus Wilhelmsburg, diez-artwork/
Fotolia.com, fotodo/Fotolia.com, Frank Gärtner/
Fotolia.com, GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V./
Jann Wilken, IBA Hamburg GmbH,
iStock.com, Lorelyn Medina/Fotolia.com,
Marco2811/Fotolia.com, rcx/Fotolia.com,
SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH,
vectorlia/fotolia.com, vhw e. V., VRD/fotolia.com,
wuerzburg_stadtmitte_no.7065/wikicommons

Oktober 2017



vhw

Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.